

STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN

FACHSERIE **A**

# BEVÖLKERUNG UND KULTUR

Reihe 8

**Wahl zum 5. Deutschen Bundestag  
am 19. September 1965**

**9. Textliche Auswertung der Wahlergebnisse**



67.3485a

Bestellnummer: A 8/9 — 65

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

# Inhalt

	Seite
Vorwort .....	5
I. Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung .....	6
A. Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem .....	6
1. Wahlsystem .....	6
2. Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl .....	6
3. Stimmzettel und Wahlvorschläge .....	7
4. Wahlrecht und Wählbarkeit .....	10
B. Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik .....	10
C. Wahlorgane und Ergebnisfeststellung .....	12
II. Ergebnisse .....	14
A. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung .....	14
1. Wahlberechtigte und Wähler .....	14
2. Wahlbeteiligung .....	17
B. Ungültige Stimmen .....	24
C. Gültige Erststimmen .....	25
D. Gültige Zweitstimmen .....	30
1. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern .....	30
2. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen .....	34
3. Stimmabgabe der Briefwähler .....	36
4. Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter .....	36
5. Stimmabgabe in Stadt und Land .....	41
6. Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler .....	44
E. Kombination der Erst- und Zweitstimmen .....	46
F. Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen .....	47
1. Sitzverteilungsverfahren .....	47
2. Ergebnis der Sitzverteilung 1965 im Vergleich zu früher .....	49
3. Erfolgswert der Stimmen .....	50
G. Die Gewählten .....	52
Anhang .....	
1. Wahlrechtsgrundlagen .....	55
2. Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1965 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften .....	58
3. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestagswahlen 1965 und 1961 .....	60
4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1949 bis 1965 .....	62
a) CDU/CSU, SPD und FDP .....	62
b) Sonstige Parteien .....	64
5. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1871 bis 1912 .....	67
6. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1919 bis 1933 .....	68
7. Verzeichnis der zugehörigen Karten aus dem Atlas „Die Bundesrepublik Deutschland in Karten“ .....	69

**Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin.**

Erschienen im Oktober 1967

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 7,—

## Verzeichnis der Texttabellen und Schaubilder

Texttabellen	Seite
1. Zugelassene Landeslisten nach Ländern und Parteien 1965.....	9
2. Zugelassene Kreiswahlvorschläge nach Ländern und Parteien 1965.....	10
3. Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter 1965 .....	13
4. Prognose der Wahlergebnisse 1965 in der Wahlnacht .....	14
5. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten 1949 bis 1965.....	15
6. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten 1965 gegenüber 1961 nach Geschlecht und Alter .....	15
7. Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein 1957 bis 1965 .....	15
8. Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter ohne und mit Wahlschein 1961 und 1965 .....	16
9. Wahlberechtigte mit Wahlschein und Wähler mit einfachem und Briefwahlschein 1957 bis 1965 .....	16
10. Wahlkreise mit dem höchsten und dem geringsten Anteil an Briefwählern 1965 .....	17
11. Wahlkreise nach dem Anteil an Briefwählern 1957 bis 1965 .....	17
12. Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 sowie bei den Landtags- und Kommunalwahlen zwischen 1961 und 1966 .....	18
13. Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 1961 und 1965 .....	18
14. Wahlkreise mit der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung 1961 und 1965 .....	18
15. Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler 1957 bis 1965 .....	20
16. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1957 bis 1965.....	20
17. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern 1961 und 1965 .....	21
18. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land 1961 und 1965 .....	23
19. Art der ungültigen Stimmen 1961 und 1965 .....	24
20. Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler 1957 bis 1965 .....	25
21. Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter 1965.....	25
22. Ungültige Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land 1965....	25
23. Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten 1949 bis 1965 .....	26
24. Wahlkreise, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1961 auf 1965 auf eine andere Partei übergegangen ist .....	26
25. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber 1965 .....	28
26. Wahlkreisabgeordnete des 5. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien .....	30
27. Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten 1949, 1957 und 1965 .....	30
28. Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen 1949 und 1957 bis 1965 .....	30
29. Stimmabgabe der Wähler insgesamt, der Briefwähler und der übrigen Wähler 1957 bis 1965 .....	31
30. Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für CDU/CSU, SPD, FDP, NPD und DFU 1961 und 1965 .....	34
31. Wahlkreise mit den meisten Zweitstimmen für die CDU/CSU, SPD und FDP 1961 und 1965 .....	34
32. Gültige Stimmabgabe der Briefwähler nach Parteien 1957 bis 1965 .....	36
33. Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Zweitstimmen der Parteien 1957 bis 1965....	36
34. Stimmabgabe der Männer und Frauen 1953 bis 1965 .....	36
35. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern 1961 und 1965....	38
36. Geschlecht und Alter der Wählerschaft der Parteien 1965.....	39
37. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter 1953 bis 1965 .....	40
38. Stimmabgabe in Stadt und Land 1961 und 1965.....	41
39. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land 1961 und 1965....	43
40. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter in den Gemeinden unter 3000 Einwohnern und nach dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Gemeinden 1965....	44
41. Stimmabgabe nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1961 und 1965.....	45

	Seite
42. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1965 .....	45
43. Kombination der Erst- und Zweitstimmen 1965 .....	46
44. Berechnung der auf die Listenverbindungen entfallenden Sitze 1965 .....	48
45. Berechnung der auf die Länder entfallenden 202 Sitze der SPD 1965 .....	49
46. Sitzverteilung nach Ländern 1961 und 1965 .....	49
47. Wahlkreis- und Landeslistensitze der Parteien 1961 und 1965 .....	50
48. Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung 1965 .....	51
49. Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und Zweitstimmen je Abgeordneten 1965 .....	51
50. Tatsächliche Sitzverteilung 1965 und Sitzverteilung bei Zugrundelegung der genauen Anteile der Zweitstimmen für jede Landesliste an den Zweitstimmen für jede Partei .....	52
51. Alte und neue Abgeordnete im 5. Deutschen Bundestag .....	52
52. Abgeordnete im 5. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Alter .....	53
 Schaubilder	
1. Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 1965 .....	19
2. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Alter 1965 .....	20
3. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Alter 1957 bis 1965 .....	22
4. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Alter in Nordrhein-Westfalen bei den Wahlen 1961 bis 1965 .....	22
5. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land 1961 und 1965 .....	23
6. Wahlkreise nach der Parteizugehörigkeit der gewählten Bewerber 1965 .....	27
7. Wahlkreissitze der CDU, CSU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1965 mit dem Stimmenanteil, mit dem sie gewonnen wurden .....	28
8. Stimmanteile von CDU/CSU, SPD und FDP bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 und bei den letzten Landtagswahlen .....	33
9. Verteilung der Zweitstimmen in den Wahlkreisen 1965 .....	35
10. Stimmabgabe der Briefwähler und der übrigen Wähler 1957 bis 1965 .....	36
11. Stimmabgabe der Männer und Frauen 1953 bis 1965 .....	37
12. Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1961 und 1965 .....	39
13. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter 1965 .....	41
14. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter 1957 bis 1965 .....	41
15. Stimmabgabe in Stadt und Land 1961 und 1965 .....	42
16. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land 1965 .....	44
17. Stimmabgabe nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1961 und 1965 .....	45
18. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden 1965 .....	45

## Vorwort

Mit dem vorliegenden Heft wird die Veröffentlichung der Ergebnisse der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 abgeschlossen. Damit sind in der Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 8: Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 nunmehr folgende Hefte erschienen:

1. Ergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen nach Ländern,
2. Strukturdaten für die neuen Bundestagswahlkreise,
3. Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die neuen Bundestagswahlkreise,
4. Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen,
5. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen,
6. Allgemeine Wahlergebnisse nach Wahlkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete,
7. Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen,
8. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter,
9. Textliche Auswertung der Wahlergebnisse.

Die Hefte 1 bis 3 dienten der Vorbereitung der Wahl, die Hefte 6 bis 9 enthalten die ausführlichen Wahlergebnisse. Außerdem ist — wie schon bei den früheren Wahlen — vor der Wahl ein Verzeichnis sämtlicher Wahlbewerber erschienen.

Das Textheft hat zum Ziel, die Rechtsgrundlagen der Wahl, die Ergebnisfeststellung und die Wahlergebnisse zu erläutern. Zur Analyse der Wahlergebnisse standen zunächst die Unterlagen des Bundeswahlleiters zur Verfügung, in denen die von den Wahlorganen (Wahlvorstände, Kreiswahlausschüsse, Landeswahlausschüsse, Bundeswahlausschuß) festgestellten endgültigen Wahlergebnisse für das Wahlgebiet, die Länder, die Wahlkreise, die Gemeinden und Wahlbezirke nachgewiesen sind. Darüberhinaus konnte auf die Ergebnisse der repräsentativen Bundeswahlstatistik 1965 zurückgegriffen werden, bei der auf Stichprobenbasis — wie schon 1953, 1957 und 1961 — die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter festgestellt wurden. Dieses Material diente in der Gliederung nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler zugleich für Untersuchungen über das Wahlverhalten in Stadt und Land und nach der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung.

Der Veranschaulichung dienen zahlreiche Texttabellen und Schaubilder. Ferner wird auf folgende Karten in dem vom Statistischen Bundesamt, dem Institut für Landeskunde und dem Institut für Raumforschung im W. Kohlhammer-Verlag, Mainz, erschienenen Atlas „Die Bundesrepublik Deutschland in Karten“ aufmerksam gemacht:

Karte 1215: Wahlkreise für die Wahl zum 5. Bundestag der Bundesrepublik Deutschland,

Karte 3611: Ergebnisse der Bundestagswahl 1961 in den für die Bundestagswahl 1965 gültigen Wahlkreisen (1: Wahlbeteiligung, 2: Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die CDU/CSU, 3: Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die SPD, 4: Zweitstimmen für die FDP),

Karte 3612: Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 in den Wahlkreisen (1: Wahlbeteiligung, 2: Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die CDU/CSU, 3: Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die SPD, 4: Zweitstimmen für die FDP).

In den Anhang wurden neu aufgenommen:

die wichtigsten Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung,

ein alphabetisches Verzeichnis sämtlicher bei Bundestags- und Landtagswahlen seit 1947 aufgetretenen Parteien,

eine Tabelle mit den für diese Parteien bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1949 abgegebenen Stimmen,

eine Tabelle mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen von 1871 bis 1912,

eine Tabelle mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen von 1919 bis 1933.

Der Inhalt der 3 Tabellen gehört nicht zu dem eigentlichen Thema des vorliegenden Heftes, sondern dient der Dokumentation des in zahlreichen Veröffentlichungen verstreuten und daher nicht immer leicht greifbaren historischen Materials.

Einen Quellennachweis der vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern herausgegebenen Veröffentlichungen mit Ergebnissen der Bundestagswahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen nach dem Zweiten Weltkrieg enthält das Heft 6 dieser Reihe auf den Seiten 52 ff.

Das Textheft wurde in der Abteilung „Bevölkerungs- und Kulturstatistik“ des Lfd. Regierungsdirektor Dr. Schubnell von Regierungsdirektor Dr. Schwarz und dem Referenten Rangol bearbeitet.

Wiesbaden, im Juli 1967

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Dipl.-Kfm. Patrick Schmidt

# I. Rechtsgrundlagen und Ergebnissetzung

## A. Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem

Allgemeine Rechtsgrundlage für die Bundestagswahlen sind die Artikel 38 und 39 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Danach muß die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein. Die Wahlperiode beträgt vier Jahre. Wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat. Näheres, einschließlich der Bestimmung des Wahlsystems, ist nach Artikel 38 durch ein Bundesgesetz zu regeln.

Bisher gab es drei Bundeswahlgesetze. Im Gegensatz zu den Gesetzen, nach denen der 1. Bundestag am 14. August 1949 (Bundesgesetzbl. I S. 21 und 25) und der 2. Bundestag am 6. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 470) gewählt wurden, bestimmt § 57 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 383) seine Fortgeltung. Die 3. Bundestagswahl am 15. September 1957, die 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 und auch die Wahl zum 5. Bundestag am 19. September 1965 wurden danach im wesentlichen nach den gleichen Vorschriften durchgeführt. Die Änderungen des Bundeswahlgesetzes 1956 durch die Gesetze vom 23. Dezember 1956, 14. Februar 1964 und 16. März 1965 sowie die Änderungen der Bundeswahlordnung 1957 vor der 4. und 5. Bundestagswahl enthalten keine grundsätzlichen Neuerungen.

Die Wahlrechtsentwicklung vom 1. zum 3. Bundeswahlgesetz ist ausführlich gelegentlich der Besprechung der Ergebnisse der 3. Bundestagswahl behandelt worden.<sup>1)</sup> Dort ist dargelegt, daß von Gesetz zu Gesetz neben den vielen gleichgebliebenen Bestimmungen andere bedeutende Änderungen erfahren haben. Sie dürfen bei einem Vergleich der Ergebnisse 1957, 1961 oder 1965 mit den Ergebnissen früherer Bundestagswahlen nicht unbeachtet bleiben, da gewisse Entwicklungstendenzen in den Wahlergebnissen auf gesetzgeberische Maßnahmen zurückzuführen sind. Auf die Bedeutung des Änderungsgesetzes vom 14. Februar 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 61) wird in den Abschnitten über die Wahlkreiseinteilung und über die bei der Bundestagswahl 1965 auftretenden Parteien eingegangen werden. In der Neufassung der Bundeswahlordnung vom 8. April 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 239) sind neben einigen Verbesserungen, die aus Erfahrungen bei der Durchführung früherer Wahlen gewonnen wurden, insbesondere die Änderungen dieses Gesetzes berücksichtigt.

Der Wortlaut der genannten Grundgesetzartikel sowie einige wichtige Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung sind im Anhang abgedruckt.

### 1. Wahlsystem

Nach dem allen Bundeswahlgesetzen eigenen Wahlsystem wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Parteilisten gewählt. Dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik entsprechen dabei Landeslisten der Parteien.

Seit 1953 hat der Wähler zwei Stimmen: eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Die Zahl der Abgeordneten einer jeden Partei richtet sich nach dem Verhältnis der für sie auf die Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die mit der Erststimme gewonnenen Wahlkreissitze sind auf die Abgeordnetensitze, die einer Partei in jedem Land nach den Zweitstimmen zustehen, anzurechnen. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei dabei auch dann, wenn sie die nach dem Verhältnis der Zweitstimmen ermittelte Zahl im Lande übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die gesetzlich vorgegebene Gesamtzahl der Sitze des Bundestages um die Unterschiedszahl. Diese Sitze

werden Überhangmandate genannt. Abgesehen von den Überhangmandaten handelt es sich somit um eine Verhältniswahl, bei der lediglich die Hälfte der Abgeordneten als Person gewählt wird.

Das von Wahl zu Wahl komplizierter gewordene Auszählungsverfahren wird unter Abschnitt F ausführlich erläutert. Dort wird deutlich, daß nicht alle von den zuständigen Wahlausschüssen zugelassenen Parteien bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Das Bundeswahlgesetz enthält zur Verhinderung der Zersplitterung der Wählerstimmen und zur Sicherung regierungsfähiger Mehrheiten eine „Sperrklausel“. Seit 1957 werden bei der Sitzverteilung nur solche Parteien berücksichtigt, die mindestens 5% der im Bund abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens 3 Wahlkreissitze erhalten haben. Parteien nationaler Minderheiten sind hiervon ausgenommen.

### 2. Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl

Die Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl hängt eng mit dem geltenden Wahlsystem und insbesondere damit zusammen, daß für Bundestagswahlen – im Gegensatz etwa zu den früheren Reichstagswahlen – die Zahl der zu wählenden Abgeordneten gesetzlich vorbestimmt ist. Im geltenden Bundeswahlrecht ist nicht nur gesagt, wieviele Abgeordnete überhaupt zu wählen sind, sondern darüber hinaus in welchem Zahlenverhältnis die Wahlkreissitze zu den Landeslistensitzen stehen sollen. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Zahl der Wahlkreise von der 1. zur 5. Bundestagswahl von Interesse, die von 242, nach der Rückgliederung des Saarlandes zu 247 und schließlich zu 248 Wahlkreisen führte.

Insgesamt waren bei der 1. Bundestagswahl 1949 400, bei der 2. Bundestagswahl 1953 484, bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 jeweils 494 und bei der 5. Bundestagswahl 1965 schließlich 496 Abgeordnete zu wählen. Dazu kamen 1949 19 Bundestagsabgeordnete aus dem Lande Berlin, die dort durch das Abgeordnetenhaus gewählt werden. Seit der 2. Bundestagswahl 1953 entsendet das Berliner Abgeordnetenhaus 22 Abgeordnete in den Bundestag.

Im 1. Bundeswahlgesetz, das auch die Zahl der in den einzelnen Ländern zu wählenden Abgeordneten bestimmte, war den Landesregierungen aufgegeben, die ihren Ländern zugeteilten Sitz zwischen Wahlkreissitzen und Sitzen aus den Landesergänzungs-vorschlägen (Landeslisten) im ungefähren Verhältnis 6:4 zu verteilen. Demgemäß wurden das Gebiet der einzelnen Länder entsprechend ihren Einwohnerzahlen und das Bundesgebiet insgesamt in 242 Wahlkreise eingeteilt. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im 2. Bundestag von 400 auf 484 wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu wählenden von 6:4 auf 1:1 geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird seitdem in Wahlkreisen, die andere Hälfte aus Landeslisten gewählt. Eine weitere Änderung ergab sich aus der Rückgliederung des Saarlandes. Nach § 14 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) wurde das Saarland, dessen Bevölkerung 1957 erstmalig mitwählen konnte, in 5 Bundestagswahlkreise eingeteilt. Dem Verhältnis der Wahlkreis- und Landeslistenabgeordneten entsprechend, erhöhte sich dadurch die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Bundestages am Ende der 2. und für die 3. und Wahlperiode von 484 auf 494. Bis 1961 blieb auch die räumliche Abgrenzung der Wahlkreise unberührt.

Im Prinzip sollte neben der Gesamtzahl der Abgeordneten zu jedem Land auch die Zahl der Wahlkreisabgeordneten etwa der Bevölkerungsanteil der Länder entsprechen. Infolge der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung sowohl in den Ländern als auch in den Wahlkreisen kam aber der Grundsatz, daß 50% d

<sup>1)</sup> „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Bd. 200, Heft 3 (Textheft).

Abgeordneten nach Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und 50% aus den Landeslisten gewählt werden sollten, ohne eine Änderung der Wahlkreise bald nur noch für das Bundesgebiet, nicht aber mehr in den Ländern zur Geltung.

Das kommt daher, daß die Einwohnerzahl des Bundesgebietes von 1949 bis 1965 um rd. 10 Millionen gestiegen ist und diese starke Zunahme regional sehr unterschiedlich war. Dies hat dazu geführt, daß in den meisten Ländern die Zahl der Wahlkreise bald nicht mehr dem Bevölkerungsanteil entsprach. Da die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien im Bundestag nach der geschilderten Verbindung zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl letzten Endes von den für die Landeslisten abgegebenen Stimmen abhängt, wiegen kleinere Unterschiede nicht übermäßig schwer. Nach den Einwohnerzahlen völlig gleiche Wahlkreise kann es ohnehin praktisch niemals geben. Größere Unterschiede von Land zu Land dürfen aber insbesondere deshalb nicht unbeachtet bleiben, weil sie leicht zur Vermehrung der Überhangmandate führen. Überhangmandate sind zwar beim gegenwärtigen Wahlsystem nicht ganz zu vermeiden, da sie auch durch schwache Wahlkreismehrheiten oder durch Wahlabsprachen entstehen können. Jedoch kann die mit der Zulassung von Überhangmandaten verbundene Differenzierung des Stimmengewichts nur in engen Grenzen zulässig sein (BVerfGE 7, 63 [75]). Der Verfassungsgrundsatz der gleichen Wahl darf nicht dadurch verletzt werden, daß immer mehr Überhangmandate durch die Ungleichheit der Wahlkreise entstehen, da sich auf diese Weise Manipulationsmöglichkeiten eröffnen, deren Verfassungsmäßigkeit im Falle eines Mißbrauchs angezweifelt werden müßte. Dem kann aber entgegen gewirkt werden, wenn die Wahlkreiseinteilung von Zeit zu Zeit der Bevölkerungsentwicklung angepaßt wird.

Die Aufgabe, „die Veränderung der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu beobachten und im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des Bundestages der Bundesregierung einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten“, wurde der vom Bundespräsidenten ernannten ständigen Wahlkreiskommission übertragen, die sich aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichtes und fünf weiteren Mitgliedern zusammensetzt (BWG 56, § 3). Nach den Richtlinien für die Arbeit der Wahlkreiskommission im 3. Abschnitt dieser Gesetzesbestimmung muß jeder Wahlkreis ein zusammenhängendes Ganzes bilden, dürfen Ländergrenzen bei der Einteilung der Wahlkreise nicht durchschnitten werden und soll die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht mehr als  $33\frac{1}{3}\%$  vom Hundert nach oben oder unten betragen.

Der erste Bericht ist der Bundesregierung nach der Bundestagswahl 1957 am 20. Juni 1958 erstattet, mit Drucksache Nr. 677 und am 25. November 1958 dem Deutschen Bundestag vorgelegt und als Beilage zum Bundesanzeiger 1958, Nr. 241 auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Gesetzgeberische Konsequenzen haben diese Vorschläge der Wahlkreiskommission nicht gehabt. Auch der 4. Bundestag wurde auf der Grundlage der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 1949 gewählt, obwohl auch dem Kommissionsbericht schon damals 28 Wahlkreise vorhanden waren, deren Bevölkerungszahl um mehr als  $33\frac{1}{3}\%$  vom Bundesdurchschnitt abwich. Bis zur Bundestagswahl 1961 war die Zahl der Wahlkreise mit einer solchen Abweichung sogar auf 7 gestiegen.

Eine Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die geänderten Verhältnisse ist jedoch für die Bundestagswahl 1965 durch das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. Februar 1964 geschehen. Diese neue Wahlkreiseinteilung basiert auf den Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 14. September 1962, die in der Bundestagsdrucksache IV/741 vom 12. November 1962 und im Bundesanzeiger 1962, Nr. 228 enthalten sind. Nennenswerte Änderungen hat die von der Wahlkreiskommission vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung im Gesetzgebungsverfahren nur für Bayern und Niedersachsen erfahren. Dabei wurde auch eine Erhöhung der Zahl der Wahlkreise von 247 auf 248 und der gesetzlichen Gesamtzahl der Abgeordneten (ohne die Abgeordneten aus Berlin) von 494 auf 496 vorgenommen.

Nach der neuen Einteilung gab es Ende 1965 nur noch 22 Wahlkreise mit einer Abweichung der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt nach oben oder unten von 20 bis 25% und 10 Wahl-

kreise mit einer solchen von mehr als 25%. Innerhalb des ihr vom Gesetzgeber gelassenen Spielraums ließ sich die Wahlkreiskommission bei der Neueinteilung von dem Gesichtspunkt leiten, möglichst Wahlkreise mit einheitlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur zu schaffen, da hierdurch die Arbeit der Wahlkreisabgeordneten und der Parteien erleichtert wird. In Stadtgebieten mit kurzen Entfernungen, die den Kontakt des Abgeordneten mit der Bevölkerung fördern, wurden zur Verkleinerung der Wahlkreise in dünner besiedelten und verkehrsmäßig schwieriger zu bewältigenden Gebieten häufiger Wahlkreise mit größerer Bevölkerungszahl vorgesehen. Schließlich wurde auch die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt.

Der Gebietsstand der neuen Wahlkreise ist in der Anlage zum „Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ vom 14. Februar 1964 beschrieben. Außerdem ist ihre gebietliche Zusammensetzung dem vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Wahlbewerberverzeichnis vorangestellt. Eine Karte der Wahlkreise ist von der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung in Bad Godesberg bearbeitet und als Karte 1215 in dem Atlas „Die Bundesrepublik Deutschland in Karten“ enthalten. Sie liegt auch Heft 6 dieser Reihe an, in dem die allgemeinen Wahlergebnisse nach Ländern und Wahlkreisen veröffentlicht sind.

Von der Neueinteilung blieben lediglich 95 Wahlkreise unberührt, während 152 — ohne den zusätzlichen Wahlkreis — geändert wurden. Um die Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 nach Wahlkreisen trotzdem mit den Ergebnissen früherer Wahlen vergleichen zu können, sind die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1957 (Zweitstimmen) und 1961 (Erst- und Zweitstimmen) auf die Grenzen der neuen Bundestagswahlkreise umgerechnet worden<sup>2)</sup>. Außerdem erhielten die meisten Wahlkreise eine andere Nummernbezeichnung.

Die gleiche Anzahl von Wahlkreisen wie bisher haben die Länder Hamburg (8), Bremen (3), Hessen (22) und das Saarland (5). Bremen und das Saarland sind zugleich die einzigen Länder, in denen kein Wahlkreis gebietlich geändert zu werden brauchte. Die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern haben in der Reihenfolge ihrer Aufzählung drei, vier und drei Wahlkreise verloren, die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sieben, einen und drei Wahlkreise durch die Neueinteilung hinzugewonnen.

Überhangmandate hat es bei der Bundestagswahl 1965 infolge der neuen Wahlkreiseinteilung nicht mehr gegeben.

### 3. Stimmzettel und Wahlvorschläge

Seit der Bundestagswahl 1953 stehen dem Wähler zwei Stimmen zur Verfügung. Mit der Erststimme wählt er eine Person aus den Wahlkreisvorschlägen, die Zweitstimme gibt er der Landesliste einer Partei. Nur mit der Erststimme haben die Wähler demnach einen unmittelbaren Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages. Bei der Abgabe der Zweitstimme ist ihnen diese Möglichkeit weitgehend entzogen. Welche Landeslistenbewerber gewählt werden, richtet sich nach den Plätzen, die sie auf den Landeslisten innehaben. Die Aufstellung der Bewerber für die Kreiswahlvorschläge und Landeslisten und die Bestimmung der Reihenfolge geschieht nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes durch die Parteiorgane.

Ein Muster des Stimmzettels, der bei der 5. Bundestagswahl in Schleswig-Holstein im Wahlkreis 1 Flensburg verwendet wurde, zeigt Seite 8. Beide Stimmen werden danach auf ein und denselben Stimmzettel abgegeben. Die Reihenfolge der rechts aufgeführten Landeslisten, die nur Parteien einreichen können, richtet sich für die im letzten Bundestag vertretenen Parteien nach der Stimmenzahl, die die Parteien bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Land auf sich vereinigen konnten (BWG 56, § 31), im übrigen nach dem Alphabet. Infolgedessen ist die Reihenfolge von Land zu Land nicht einheitlich und kann auch von Wahl zu Wahl wechseln. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind für die Abgabe der Erststimmen die Wahlkreis-kandidaten auf der linken Seite des Stimmzettels auf gleicher Höhe mit der Landesliste ihrer Partei angegeben. Auf der linken Seite entsteht eine Leerzeile, wenn die Partei zwar mit einer Lan-

<sup>2)</sup> Fachserie A, Reihe 8, Wahl zum 5. Deutschen Bundestag 1965: 3. Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die neuen Bundestagswahlkreise und Atlas „Die Bundesrepublik Deutschland in Karten“, Karten 3611/1—4 und 3612/1—4.

MUSTER

## Stimmzettel

für die Bundestagswahl im Wahlkreis 1 Flensburg, am 19. September 1965

# Sie haben 2 Stimmen



**hier Erststimme**  
für die Wahl  
eines Wahlkreisabgeordneten

**hier Zweitstimme**  
für die Wahl  
einer Landesliste (Partei)

1	<b>Rasner, Will</b> Redakteur Flensburg Liliencronweg 13 <b>CDU</b> Christlich Demokratische Union	<input type="radio"/>
2	<b>Suck, Walter</b> Verbands- geschäftsführer Flensburg Schwalbenstraße 22 <b>SPD</b> Sozialdemo- kratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
3	<b>Dr. Imle, Wolfgang</b> Regierungsrat a. D. Flensburg Dorotheenstraße 46 <b>FDP</b> Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4		<input type="radio"/>
5	<b>Dr. Mahler, Peter</b> Arzt Bredstedt Husumer Straße 13 <b>DFU</b> Deutsche Friedens-Union	<input type="radio"/>
6	<b>Brammer, Hans Heinrich</b> Kaufmann und Mühlenbesitzer Mehlby Krs. Flensburg <b>NPD</b> Nationaldemo- kratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
7	<b>Fiedler, Hermann</b> Kaufmann Flensburg Kappelnstraße 30 <b>FSU</b> Freisoziale Union	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	<b>CDU</b> <b>Christlich Demokratische Union</b> von Hassel, Struve, Dr. Stoltenberg, Rasner, Blöcker	1
<input type="radio"/>	<b>SPD</b> <b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Diekmann, Rehs, Frau Renger, Sängler, Regling	2
<input type="radio"/>	<b>FDP</b> <b>Freie Demokratische Partei</b> Eisenmann, Peters, Dr. Imle, Dr. Baare-Schmidt, Herbst	3
<input type="radio"/>	<b>AUD</b> <b>Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher</b> Brandt, Knak, Danielsen, Dr. Fikentscher, Glitz	4
<input type="radio"/>	<b>DFU</b> <b>Deutsche Friedens-Union</b> Dr. Mahler, Hönck, Schröder, Bostelmann, Reinke	5
<input type="radio"/>	<b>NPD</b> <b>Nationaldemokratische Partei Deutschlands</b> Lober, Petersen, Dr. Schepke, Affeld, Pietruszka	6
<input type="radio"/>		7

desliste zugelassen ist, im Wahlkreis, in dem der Stimmzettel gilt, aber keinen Wahlkreisvorschlag eingereicht hat oder dieser wegen gesetzlicher Mängel nicht zugelassen worden ist. Bei Parteilos oder Wahlkreisbewerbern, die von Parteien ohne Landesliste vorgeschlagen sind, bleibt die entsprechende Zeile auf der rechten Seite leer.

Kreiswahlvorschläge können von Parteien und für parteilose Wahlbewerber eingereicht werden, Landeslisten -- wie schon gesagt -- nur von Parteien. Die Feststellung darüber, welche politischen Vereinigungen bei einer Bundestagswahl als Partei auftreten können, trifft nach dem letzten Wahlrechtsänderungsgesetz für alle Wahlorgane verbindlich der Bundeswahlausschuß. Dazu gehören zunächst alle Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren. Bei der Bundestagswahl 1965 handelte es sich dabei um die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Christlich Demokratische Union (CDU)

Freie Demokratische Partei (FDP)

Christlich-Soziale Union (CSU) sowie die

Bayernpartei (BP) und die

Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) (GDP).

letztere mit jeweils sechs Sitzen im bayerischen bzw. hessischen Landtag.

Diese Parteien brauchten, weil ihre Resonanz in der Bevölkerung durch mindestens fünf Abgeordnete im Bundestag oder in einem Landtag bereits hinreichend dokumentiert war, für ihre Wahlvorschläge auch keine Unterschriften zu sammeln.

Alle anderen politischen Vereinigungen, die sich an der Bundestagswahl 1965 mit Wahlvorschlägen beteiligen wollten, hatten für die Feststellung ihrer Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuß dem Bundeswahlleiter ihre Teilnahme an der Wahl mit frei Unterschriften des Bundesvorstandes, ihrem schriftlichen Programm, ihrer schriftlichen Satzung und mit einem Nachweis der satzungsgemäßen Bestellung des Vorstandes anzuzeigen. Aufgrund dieser Unterlagen konnten folgende weitere politische Vereinigungen als Parteien Wahlvorschläge einreichen:

Die

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)

Christliche Volkspartei (CVP)

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Deutsche Volkspartei (DVP)

Europäische Föderalistische Partei (EFP)

Freisoziale Union (FSU)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die

Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP)

Diese Parteien mußten zur Unterstützung ihrer Wahlvorschläge jedoch Unterschriften sammeln, und zwar mindestens 200 Unterschriften für einen Kreiswahlvorschlag und die Unterschriften von 1 vT der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens 2000, für die Zulassung einer

Landesliste. In Nordrhein-Westfalen waren danach 2000, in Bremen, dem kleinsten Bundesland, aber nur 508 Unterschriften beizubringen.

Von den oben genannten 14 Parteien, die unter ihrem Namen Wahlvorschläge hätten einreichen können, haben die Bayernpartei und die Gesamtdeutsche Partei hierauf verzichtet. An der Bundestagswahl 1965 beteiligten sich demnach zwölf Parteien, verglichen mit nur neun bei der Bundestagswahl 1961.

Nicht wieder aufgetreten sind die Deutsche Gemeinschaft, die Deutsche Reichs-Partei, die Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) und der Südschleswigsche Wählerverband. Neu hinzugekommen sind die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, die Christliche Volkspartei, die Europäische Föderalistische Partei, die Freisoziale Union, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands und die Unabhängige Arbeiter-Partei. Schon 1961 standen auf dem Stimmzettel: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Christlich Demokratische Union, die Freie Demokratische Partei, die Christlich-Soziale Union und die Deutsche Friedens-Union. Nur für diese fünf Parteien können demnach die Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 mit denen von 1961 verglichen werden. Ein ungefährender Vergleich ist außerdem möglich zwischen den Stimmen der Deutschen Gemeinschaft im Jahre 1961 und den Stimmen der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Jahre 1965 sowie den Stimmen der Deutschen Reichs-Partei im Jahre 1961 mit den Stimmen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands 1965.

Nur für die SPD, FDP, AUD, DFU und NPD wurden in allen Ländern Landeslisten zugelassen, für die CDU in allen Ländern außer Bayern. An ihre Stelle tritt in Bayern die CSU, Die CVP war mit einer Landesliste in Nordrhein-Westfalen und im Saarland vertreten, die EFP mit einer Landesliste in Bremen, die FSU mit einer Landesliste in Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und die UAP mit einer Landesliste in Nordrhein-Westfalen.

In Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern gab es neben den Landeslisten der in allen Bundesländern vertretenen Parteien keine weiteren Landeslisten. In Hamburg und Niedersachsen mit jeweils sieben Landeslisten trat die Landesliste der FSU, in Bremen mit sieben Landeslisten die der EFP und im Saarland mit ebenfalls sieben Landeslisten die der CVP hinzu. Die meisten Landeslisten, nämlich neun, waren in Nordrhein-Westfalen auf den Stimmzetteln verzeichnet, wo neben den sechs Parteien, die in allen Ländern Landeslisten hatten, auch die Landeslisten der CVP, FSU und UAP vorkamen. Insgesamt gab es 67 Landeslisten für die Zweitstimmen.

Übersichten mit den Namen und Stimmen aller Parteien, die seit 1949 bei Bundestagswahlen und Landtagswahlen aufgetreten sind, enthält der Anhang.

Den 67 Landeslisten von elf Parteien standen 1434 zugelassene Kreiswahlvorschläge gegenüber, für die sich der Wähler mit seiner Erststimme entscheiden konnte. Für die SPD und FDP waren in allen 248 Wahlkreisen Kreiswahlvorschläge zugelassen, für die CDU in den 204 Wahlkreisen außerhalb Bayerns und für die CSU in den 44 bayerischen Wahlkreisen. Auf 247 Kreiswahlvorschläge hat es die NPD gebracht, die nur in einem Wahlkreis von Rhein-

1. Zugelassene Landeslisten nach Ländern und Parteien

Land	Zugelassene Landeslisten											
	insgesamt		der									
	Zahl der		CDU/ CSU <sup>1)</sup>	SPD	FDP	AUD	CVP	DFU	EFP	FSU	NPD	UAP
	Landes- listen	Bewerber										
Schleswig-Holstein	6	113	25	25	20	15	—	18	—	—	10	—
Hamburg	7	114	17	20	12	15	—	20	—	10	20	—
Niedersachsen	7	264	39	87	34	19	—	42	—	10	33	—
Bremen	7	61	6	10	7	6	—	16	7	—	9	—
Nordrhein-Westfalen	9	405	109	91	45	20	25	70	—	15	10	20
Hessen	6	288	96	88	36	12	—	46	—	—	10	—
Rheinland-Pfalz	6	171	32	32	32	23	—	28	—	—	24	—
Baden-Württemberg	6	254	52	40	30	48	—	39	—	—	45	—
Bayern	6	285	47	56	42	42	—	53	—	—	45	—
Saarland	7	62	11	12	6	3	5	15	—	—	10	—
Landeslisten insgesamt	67	—	10	10	10	10	2	10	1	3	10	1
Bewerber insgesamt	—	2 017	434	461	264	203	30	347	7	25	216	20

<sup>1)</sup> CSU nur in Bayern.

land-Pfalz nicht zugelassen wurde. Die Zahl der Kreiswahlvorschläge der DFU betrug nur 243, weil es für sie in einem Wahlkreis von Nordrhein-Westfalen, in einem Wahlkreis von Rheinland-Pfalz und in drei Wahlkreisen von Bayern keinen Kreiswahlvorschlag gab. Mit insgesamt 151 Kreiswahlvorschlägen erreichte die AUD in keinem Bundesland die mögliche Höchstzahl.

Für Kandidaten der FSU konnten sich die Wähler mit ihrer Erststimme in 28 Wahlkreisen, für Kandidaten der UAP in elf Wahlkreisen und für Kandidaten der CVP in acht Wahlkreisen entscheiden. Außerdem gab es zwei Einzelbewerber, nämlich den Wahlvorschlag Fiebig im Wahlkreis 116 Dortmund III und den Wahlvorschlag Pöhn im Wahlkreis 138 Wiesbaden.

2. Zugelassene Kreiswahlvorschläge nach Ländern und Parteien

Land	Wahlkreise	Zugelassene Kreiswahlvorschläge										
		insgesamt	der									
			CDU/ CSU <sup>1)</sup>	SPD	FDP	AUD	CVP	DFU	FSU	NPD	UAP	Einzelbewerber
Schleswig-Holstein .....	11	65	11	11	11	9	—	11	1	11	—	—
Hamburg .....	8	47	8	8	8	1	—	8	6	8	—	—
Niedersachsen .....	30	167	30	30	30	11	—	30	6	30	—	—
Bremen .....	3	17	3	3	3	2	—	3	—	3	—	—
Nordrhein-Westfalen .....	73	444	73	73	73	54	3	72	11	73	11	1
Hessen .....	22	118	22	22	22	7	—	22	—	22	—	1
Rheinland-Pfalz .....	16	84	16	16	16	6	—	15	—	15	—	—
Baden-Württemberg .....	36	217	36	36	36	34	—	36	3	36	—	—
Bayern .....	44	242	44	44	44	24	—	41	1	44	—	—
Saarland .....	5	33	5	5	5	3	5	5	—	5	—	—
Bundesgebiet ...	248	1 434	248	248	248	151	8	243	28	247	11	2

<sup>1)</sup> CSU nur in Bayern.

Da auf den Landeslisten insgesamt 2017 und auf den Kreiswahlvorschlägen 1434 Wahlbewerber zugelassen wurden, ergaben sich insgesamt 3451 Kandidaturen. Von den 1434 Wahlkreisbewerbern kandidierten rund zwei Drittel gleichzeitig auf einer Landesliste. Die Zahl der Kandidaten betrug daher nur 2486, darunter 240 Frauen. Die Gesamtzahl setzt sich zusammen aus:

- 469 Personen, die sich nur in einem der 248 Wahlkreise bewarben,
- 1052 Personen, die sich nur auf einer der 67 Landeslisten von elf Parteien bewarben und
- 965 Personen, die sich sowohl im Wahlkreis als auch auf einer Landesliste ihrer Partei bewarben.

Im Vergleich zu 1961 mit 2563 Wahlbewerbern, davon 572 nur in einem Wahlkreis, 1042 nur auf einer Landesliste und 949 sowohl im Wahlkreis als auch auf einer Landesliste, hat sich die Zahl der Bewerber nur wenig verändert.

4. Wahlrecht und Wahlbarkeit

Wahlberechtigt sind nach BWG 56, § 12 alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet und entweder seit mindestens 3 Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet oder als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn im Auslande genommen haben, wenn sie nicht aus besonderen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Nach BWG 56, § 13 ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht; weiterhin derjenige, der durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte oder das Wahlrecht rechtskräftig verloren hat. Außerdem ruht das Wahlrecht für die Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt, und diejenigen, die auf Grund Richterspruchs zum Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Sicherung und Besserung untergebracht sind. Strafgefangene dürfen wählen.

Die Wahlbarkeit ist in BWG 56, § 16 geregelt. Der Wahlbewerber muß mindestens seit einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein. Das ebenso wie das

Wahlalter schon grundgesetzlich festgelegte Wahlbarkeitsalter ist 25 Jahre. Nicht wählbar ist, wer vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen ist, wessen Wahlrecht ruht oder wer durch Richterspruch die Wahlbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter rechtskräftig verloren hat. Auch der Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1951 (BGBl. I S. 65) erlangte, hat damit sein passives Wahlrecht verloren.

Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist und sich keinen Wahlschein ausstellen läßt, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen.

Um brieflich wählen zu können, muß sich der Wahlberechtigte beim Wahlamt seines Wohnorts einen Wahlschein, einen Stimmzettel, einen Wahlumschlag für den Stimmzettel mit Siegelmark zu dessen Verschluß und einen Wahlbriefumschlag besorgen. Nach Ausfüllen des Stimmzettels sind diese Unterlagen an den Kreiswahlleiter des Wahlkreises zu senden, in dem sich der Wahlbezirk befindet, in dessen Wählerverzeichnis der Briefwähler eingetragen ist. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden beim Kreiswahlleiter besondere Wahlvorstände gebildet. Jedermann, der Anspruch auf Ausstellung eines Wahlscheines hat, kann auch die Unterlagen für die Briefwahl anfordern. Es handelt sich also bei der Briefwahl um eine Sonderform der schon bisher üblichen Wahlscheinwahl.

Die Briefwahl ist seit der 3. Bundestagswahl zulässig. Mit ihrer Einführung wurde die Freizügigkeit der örtlichen Ausübung des Wahlrechts für die Wahlscheininhaber beschränkt. Sie können seitdem nur noch in ihrem Heimatwahlkreis wählen. Durch die Verbindung mit dem Heimatwahlkreis ist gleichzeitig jegliche Manipulation des Wahlausgangs durch planmäßige Konzentration von Wahlscheinstimmen auf einige Wahlkreise ausgeschlossen.

B. Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik

Bei der allgemeinen Wahlstatistik handelt es sich in der Hauptsache um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse. In der besonderen Wahlstatistik werden die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe verschiedener Bevölkerungsgruppen untersucht. Rechtsgrundlagen sind § 52 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes und § 84 der Bundeswahlordnung.

Erste Auszählungen dieser Art sind im Jahre 1953 ohne Beteiligung von Rheinland-Pfalz, Bayern und des Saarlandes durchgeführt

worden. Sie wurden sodann 1957, 1961 und zuletzt 1965 unter Beteiligung aller Bundesländer wiederholt und werden schon seit vielen Jahren häufig auch bei Landtags- und Kommunalwahlen durchgeführt.

Die besondere Wahlstatistik 1965 beruht auf den Wahlergebnissen in 1163 von insgesamt rd. 55000 Wahlbezirken, die repräsentativ angesehen werden können. Sie erstreckt sich auf 847000 der 38,5 Mill. Wahlberechtigten und 726000 der 33,4 Mill. Wähler. Für die Feststellung der Wahlberechtigten wurden (

MUSTER

Stimmzettel

für die Bundestagswahl am 19. September 1965

A Mann  
Geburtsjahr 1936 — 1944

im Wahlkreis 116 Dortmund III

Sie haben 2 Stimmen



hier Erststimme  
für die Wahl  
eines Wahlkreisabgeordneten



hier Zweitstimme  
für die Wahl  
einer Landesliste (Partei)

1	<b>Löher, Paul</b> Kaufmännischer Angestellter Dortmund, Rittershausstr. 15	<b>CDU</b>	Christlich Demokratische Union	<input type="radio"/>
2	<b>Behrendt, Walter</b> Redakteur DO-Derne, Hardenbergstr. 9	<b>SPD</b>	Sozialdemo- kratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
3	<b>Knoll, Horst-Erhard</b> Handelsreisender (Verlags-Kaufmann) DO-Solderholz, Gladiolenstr. 36	<b>FDP</b>	Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4	<b>Hartung, Erwin</b> Industriekaufmann Dortmund, Körner Hellweg 24	<b>AUD</b>	Aktions- gemeinschaft Unabhängiger Deutscher	<input type="radio"/>
5				<input type="radio"/>
6	<b>Behrisch, Arno</b> Verlags- geschäftsführer Solingen/Wald, Liebermannstr. 14	<b>DFU</b>	Deutsche Friedens-Union	<input type="radio"/>
7				<input type="radio"/>
8	<b>Schumacher, Hans</b> Rechtsanwalt Dortmund, Alexanderstr. 5	<b>NPD</b>	Nationaldemo- kratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
9				<input type="radio"/>
0	<b>Fiebich, Kurt</b> Dozent DO-Körne, Karlsruhestr. 6		Einzelbewerber <b>Parteilos</b>	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	<b>CDU</b>	<b>Christlich Demokratische Union</b> Dr. Adenauer, Dr. Barzel, Dr. Schröder, Frau Brauksiepe, Katzer	1
<input type="radio"/>	<b>SPD</b>	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Brand, Dr. Heinemann, Dr. Arndt, Arendt, Figgen	2
<input type="radio"/>	<b>FDP</b>	<b>Freie Demokratische Partei</b> Dr. Mende, Scheel, Zoglmann, Dr. Effertz, Frau Funke	3
<input type="radio"/>	<b>AUD</b>	<b>Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher</b> Schwann, Hartung, Frau Dr. Fritz, Dr. Manstein, Knaup	4
<input type="radio"/>	<b>CVP</b>	<b>Christliche Volkspartei</b> Vollmer, Schulte-Kellinghaus, Lühnen, Frau Mühlhoff, Thielkes	5
<input type="radio"/>	<b>DFU</b>	<b>Deutsche Friedens-Union</b> Behrisch, Frau Dr. Kirchhof, Lukrawka, Graf von Westphalen, Sanß	6
<input type="radio"/>	<b>FSU</b>	<b>Freisoziale Union</b> Schacht, Wandel, Kokaly, Triebler, Spiecker	7
<input type="radio"/>	<b>NPD</b>	<b>Nationaldemokratische Partei Deutschlands</b> Prinz zu Salm, Schütz, Walendy, Dr. von Grünberg, Körner	8
<input type="radio"/>	<b>UAP</b>	<b>Unabhängige Arbeiter-Partei</b> Kliese, Villmow, Planz, Daumann, Drees	9
<input type="radio"/>			10

Wählerverzeichnisse der Auswahlbezirke herangezogen, die auch Angaben über den Rufnamen (Geschlecht) und den Geburtstag enthalten. Die Feststellungen über die Stimmabgabe wurden durch Ausgabe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für Männer und Frauen nach jeweils vier Altersgruppen in den Stichprobenbezirken ermöglicht (vgl. Muster des Stimmzettels S. 11).

Eine Verletzung des Wahlheimnisses war hierbei nicht zu befürchten. In die zur Feststellung der Wahlbeteiligung herangezogenen Wählerverzeichnisse können die Gemeindebehörden, die Wahlvorstände und die Öffentlichkeit (während der Auslegungsfrist der Wählerverzeichnisse) ohnehin Einblick nehmen. Aber auch die Methode zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter läßt keine Verletzung des Wahlheimnisses zu. Zwar haben die die Auszählungen durchführenden Organe beispielsweise feststellen können, wieviele Frauen einer jeden der vier Altersgruppen eine bestimmte Partei gewählt haben. Da aber zu jeder Altersgruppe der Männer und Frauen zahlreiche Personen gehören, können daraus keine Anhaltspunkte für die Stimmabgabe einer bestimmten Person gewonnen werden. Um ein übriges zu tun, sind die zunächst ausgewählten Wahlbezirke mit weniger als 300 Wahlberechtigten durch größere Wahlbezirke ersetzt worden. Zum weiteren Schutz des Wahlheimnisses ist es nach BWO § 84 Abs. 2 verboten, Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke zu veröffentlichen. Die Wähler selbst wurden durch ein Plakat auf die Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für die repräsentative Wahlstatistik aufmerksam gemacht.

Weitere methodische Ausführungen enthält das vorangegangene Heft 8: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter. Darin sind auch die Grundlagen des Stichprobenplans, die Durchführung der Wahl in den Stichprobenbezirken, Auszählung und Aufbereitung der Ergebnisse sowie die Genauigkeit der Ergebnisse näher erläutert. Außerdem enthält dieses Heft die vollständigen Ergebnisse.

### C. Wahlorgane und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung einer Bundestagswahl sind die Gemeindebehörden, die Kreiswahlleiter, die Landeswahlleiter und der Bundeswahlleiter zuständig. Die Vorbereitungen beginnen mit der Bestimmung des Wahltages durch den Bundespräsidenten.

Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten liegt in den Händen der Gemeindebehörden.

Die Arbeit beginnt mit der Aufstellung der Wählerverzeichnisse mit Familienname und Rufname, Geburtstag und Anschrift der Wahlberechtigten; denn wählen kann nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Die Wählerverzeichnisse für die Bundestagswahl am 19. September 1965 waren am 15. August vorläufig abzuschließen. Innerhalb des Bundesgebietes finden jedoch jährlich über 3 Mill. Umzüge nach einer anderen Gemeinde statt. Ein Teil der Wahlberechtigten wohnte also am 19. September nicht mehr am gleichen Ort. Um die Wählerverzeichnisse trotzdem auf einem möglichst neuen Stand zu halten, waren zwischen dem 15. und 28. August alle Wahlberechtigten zu streichen, die sich in dieser Zeit abgemeldet hatten, und alle Wahlberechtigten neu aufzunehmen, für die eine Neuankündigung vorlag. Am 28. August waren die Wählerverzeichnisse sodann von der Gemeindebehörde zu beurkunden und vom 29. August bis 5. September öffentlich auszulegen.

Durch die öffentliche Auslegung, auf welche die Gemeinden durch Bekanntmachung hinweisen, konnte jedermann feststellen, ob er für die Bundestagswahl 1965 als Wahlberechtigter geführt wurde und ggf. gegen eine Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses Einspruch bei der Gemeindebehörde einlegen. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden einen Wohnsitz haben, werden im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde geführt, in der sich ihr Hauptwohnsitz befindet.

Bis spätestens 28. August erhielten die Wahlberechtigten eine Mitteilung über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis, auf der u. a. der Familien- und Vorname, der Geburtstag, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlbenachrichtigung war im Wahllokal vorzuzeigen.

Hier werden nur Auszüge gebracht. Sie werden auch nicht in einem besonderen Abschnitt behandelt, sondern jeweils im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Totalauszahlungen. Soweit möglich, wurden dabei insbesondere Vergleichszahlen aus dem Jahre 1957 und 1961 mit herangezogen.

Dabei handelt es sich nicht nur um Angaben über die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter. Darüber hinaus wurde das Material der repräsentativen Wahlstatistik unter Beibehaltung der Gliederungsmerkmale Geschlecht und Alter dazu benutzt, Auszählungen nach

1. den Einwohnerzahlen (Gemeindegrößenklassen) der Gemeinden mit Auswahlbezirken;
2. dem Anteil der evangelischen Bevölkerung in den Gemeinden mit Auswahlbezirken und
3. dem Anteil der von einer land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit lebenden Bevölkerung in den Gemeinden mit Auswahlbezirken durchzuführen.

Bei dem Vergleich mit den Totalergebnissen ist folgendes zu beachten:

Die Feststellungen über die Wahlbeteiligung mußten auf die Wahlberechtigten ohne Wahlschein beschränkt bleiben. Wegen der im Vergleich zu den übrigen Wahlberechtigten höheren Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler wird in der repräsentativen Wahlstatistik daher die Wahlbeteiligung etwas zu niedrig ausgewiesen.

Für die Auszählungen über die Stimmenverteilung mußten die Briefwähler unberücksichtigt bleiben. In den Ergebnissen spiegelt sich also, ebenso wie schon früher, nur die Stimmabgabe der Wähler ohne Wahlschein und der Wähler mit einfachem Wahlschein wider.

Auch hierzu ist Näheres dem vorangegangenen Heft 8 zu entnehmen.

Ferner hatten die Gemeindebehörden für mehrere 100 000 Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützten, eine Wahlrechtsbescheinigung auszustellen, für die Wahlbewerber die Wahlbarkeit zu bescheinigen sowie die Wahllokale zu bestimmen und einzurichten.

Im Bundesgebiet gibt es rd. 55 000 Wahlbezirke. Die Wahlbezirke sollen so abgegrenzt sein, daß allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Kein Wahlbezirk soll mehr als 2500 Einwohner haben. Die Anzahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf andererseits aber auch nicht so gering sein, daß erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Sehr kleine Gemeinden waren daher zu einem Wahlbezirk zusammenzufassen.

Eine noch schwierigere Aufgabe als die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Bestimmung der Wahllokale ist für die Gemeinde regelmäßig die Gewinnung der ehrenamtlichen Helfer für den Wahlvorstand in den Wahllokalen, der sich aus dem Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und einigen weiteren Beisitzern zusammensetzt. Das Bundeswahlgesetz sieht vor, daß er aus vier bis neun Personen besteht. Nimmt man im Durchschnitt sechs Personen an, so bedeutet das für den Wahlkreis 330 000 ehrenamtliche Helfer.

Die Wahlorgane sind

der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das ganze Wahlgebiet,  
ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,  
ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis,  
ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk  
ein oder mehrere Wahlvorsteher und Wahlvorstände für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl.

Beim Kreiswahlleiter waren bis spätestens 16. August 1965 die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreiskandidaten einzureichen, für die sich der Wähler mit der Erststimme entscheidet. Die Landeswahlleiter nahmen bis zum gleichen Termin c

Landeslistenvorschläge der Parteien entgegen, für die der Wähler seine Zweitstimme abgibt. Aufgabe der Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter war es dann vorzuprüfen, ob die Zustimmungserklärung der Bewerber für ihre Kandidatur vorlag, ob sie wählbar waren, ob die Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind, ob die evtl. beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in Ordnung waren und für jede Unterschrift auch eine Wahlrechtsbescheinigung vorlag. Damit bereiteten die Kreiswahlleiter und Landeswahlleiter die Sitzungen ihrer Wahlausschüsse vor, die am 20. August 1965 über die Zulassung und Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten entschieden.

Der Bundeswahlausschuß hat am 12. August 1965 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, welche politischen Vereinigungen für die Bundestagswahl 1965 als Parteien anzuerkennen waren. Dazu hatten diejenigen Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, dem Bundeswahlleiter bis zum 3. August 1965 ihre Teilnahme an der Wahl mit der Unterschrift von drei Vorstandsmitgliedern unter Vorlage des schriftlichen Programms, der schriftlichen Satzung und des Nachweises der ordnungsgemäßen Bestellung des Bundesvorstandes anzuzeigen.

Der Bundeswahlausschuß war außerdem die letzte Entscheidungsinstanz in solchen Fällen, in denen sich eine Partei über die Zurückweisung ihrer Landesliste oder der Landeswahlleiter über die Zulassung einer Landesliste beschwerte. Schließlich hat der Bundeswahlausschuß Anfang September über die Anträge der Parteien entschieden, ihre Landeslisten zu verbinden.

Von allen eingereichten Wahlvorschlägen erhielt der Bundeswahlleiter ein Doppel; außerdem gingen ihm Abschriften der Niederschriften über die Sitzungen der Kreiswahlausschüsse und Landeswahlausschüsse zu, in denen über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wurde. Hieraus entstand eine umfangreiche Kartei aller Wahlbewerber, geordnet nach Bewerbern im Wahlkreis, auf den Landeslisten und nach dem Alphabet der Kandidaten.

Diese Unterlagen setzten den Bundeswahlleiter instand, ggf. Beschwerde gegen die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages beim Landeswahlausschuß einzulegen, was 1965 — im Gegensatz zu 1961 — jedoch nicht nötig war. Weiterhin hat der Bundeswahlleiter die Wahlbewerberkartei dazu benutzt, um Anfang September ein Verzeichnis sämtlicher Wahlbewerber zu veröffentlichen. Schließlich war diese Kartei die Grundlage für die Feststellung der Namen der Gewählten.

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung der Wahlergebnisse für die entsprechenden Wahlgebiete, ihre Bekanntgabe und ihre Weitermeldung an die nächst höheren Wahlorgane. Ist die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke eingeteilt, so meldet der

Wahlvorsteher das Wahlergebnis seines Wahlbezirks der Gemeindebehörde, welche die Wahlergebnisse aller Wahlbezirke der Gemeinde zusammenfaßt und dem Kreiswahlleiter meldet. Der Landeswahlleiter kann außerdem anordnen, daß die Wahlergebnisse kreisangehöriger Gemeinden in Wahlkreisen mit mehreren Verwaltungskreisen über die zuständige Kreisverwaltungsbehörde an den Kreiswahlleiter gemeldet werden.

Bei der Übermittlung der Wahlergebnisse ist zwischen der sog. „Schnellmeldung“ in der Wahlnacht und dem endgültigen Wahlergebnis zu unterscheiden. Nach den Schnellmeldungen durch Boten, Fernsprecher, Fernschreiber, Telegramm usw. ermittelt der Kreiswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Wahlkreis, der Landeswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Land und der Bundeswahlleiter das vorläufige Ergebnis für das ganze Wahlgebiet. Der Kreiswahlleiter gibt bei der Meldung auch an, welcher Wahlkreisbewerber als gewählt gelten kann. Der Landeswahlleiter meldet dem Bundeswahlleiter die Wahlkreisergebnisse zunächst einzeln und danach das Landesergebnis. Die Gesamtzahl der Abgeordneten aus den einzelnen Bundesländern geht erst aus dem Ergebnis für das ganze Wahlgebiet hervor und wird vom Bundeswahlleiter vorläufig festgestellt.

Der Bundeswahlleiter erhielt in seinem Büro in Bonn, Bundeshaus, die Schnellmeldungen mit den vorläufigen Wahlergebnissen in Form von Lochkarteninhalten. Dazu waren die Landeswahlleiter mit dem Bundeswahlleiter durch Leitungen der Bundespost verbunden, die für die Wahlnacht durchgeschaltet waren. Bei den Landeswahlleitern wurde der Inhalt der eingehenden Schnellmeldungen der Kreiswahlleiter auf Lochkarten übernommen, die Lochkarten in ein Eingabegerät gelegt und ihr Inhalt sodann über die Fernsprechleitungen unmittelbar in ein elektronisches Datenverarbeitungsgerät beim Bundeswahlleiter gegeben. In dem Datenverarbeitungsgerät des Bundeswahlleiters waren die Wahlkreisergebnisse 1961 und die Namen der Wahlbewerber 1965 gespeichert. Das Datenverarbeitungsgerät führte folgende Arbeiten aus:

- Sofort nach Eingang eines jeden Wahlkreisergebnisses lieferte es einen Abdruck der Meldungen mit Vergleichszahlen 1961 und den üblichen Prozentsätzen;
- es lieferte, je nach Bedarf, Zwischenergebnisse für alle Wahlkreise, deren Zahlen bereits vorlagen, mit Vergleichszahlen 1961 und den üblichen Prozentsätzen;
- es konzentrierte die Wahlkreisergebnisse zu Länderergebnissen und zum Bundesergebnis;
- es berechnete die Sitzverteilung;
- es schrieb ein Namensverzeichnis der Gewählten;
- es stellte die Druckvorlagen für einen Bericht mit sämtlichen Wahlkreisergebnissen und den Vergleichszahlen 1961 her;
- es lieferte eine Wahlprognose.

### 3. Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter

(Ohne Wahlkreise 135 und 236)

Uhrzeit	Vorliegende Meldungen insgesamt	In der angegebenen Zeitspanne eingegangene Ergebnisse nach Nr. des Wahlkreises	Landesergebnis (Nr. des letzten Wahlkreises)
19. 9. 1965			
20.45—21.00	1	77	
21.01—21.15		—	
21.16—21.30	3	178, 160	
21.31—21.45	10	86, 45, 159, 83, 199, 106, 238	
21.46—22.00	16	175, 78, 79, 171, 96, 196	
22.01—22.15	33	167, 120, 158, 234, 144, 127, 32, 153, 176, 57, 169, 29, 200, 70, 139, 172, 151	
22.16—22.30	51	225, 152, 173, 168, 38, 177, 81, 55, 33, 149, 174, 23, 69, 156, 34, 217, 185, 162	
22.31—22.45	81	163, 27, 155, 124, 232, 68, 241, 129, 240, 25, 123, 213, 189, 99, 226, 218, 94, 35, 95, 188, 22, 230, 231, 117, 165, 128, 198, 147, 26, 47	
22.46—23.00	96	4, 145, 138, 190, 113, 42, 101, 48, 150, 193, 93, 7, 157, 181, 97	
23.01—23.15	128	3, 46, 72, 242, 187, 49, 195, 90, 239, 247, 56, 170, 130, 248, 98, 136, 183, 121, 137, 5, 91, 126, 154, 229, 197, 1, 21, 50, 148, 10, 192, 228	Rheinland-Pfalz (148)
23.16—23.30	167	28, 102, 161, 182, 223, 39, 122, 131, 166, 216, 43, 111, 143, 30, 211, 64, 203, 202, 66, 212, 104, 245, 191, 220, 221, 40, 194, 233, 132, 140, 224, 227, 37, 222, 164, 201, 141, 85, 84	
23.31—23.45	184	103, 11, 36, 87, 119, 88, 71, 6, 65, 110, 89, 73, 9, 61, 237, 112, 67	
23.46—24.00	203	186, 142, 20, 24, 2, 133, 118, 80, 82, 58, 62, 52, 105, 215, 244, 107, 246, 125, 31	Saarland (246)
20. 9. 1965			
0.01—0.15	207	92, 8, 59, 41	Schleswig-Holstein (8)
0.16—0.30	214	210, 115, 116, 114, 63, 235, 44	Niedersachsen (44)
0.31—0.45	224	243, 13, 14, 16, 53, 17, 108, 19, 54, 60	
0.46—1.00	233	51, 109, 100, 75, 134, 12, 15, 18, 74	Bremen (51), Hamburg (18)
0.01—1.15	236	76, 219, 146	Nordrhein-Westfalen (76), Hessen (146)
1.16—1.30	243	179, 208, 204, 180, 207, 205, 206	Baden-Württemberg (184), Bayern (209)
nach 1.30	246	2.08: 184, 2.24: 214, 3.46: 209	

#### 4. Prognose der Wahlergebnisse in der Wahlnacht

Zahl der in die Prognose eingegangenen Wahlkreisergebnisse	Uhrzeit des Eingangs des jeweils letzten Wahlkreis-ergebnisses	Ergebnis der Prognose in %					
		Wahlbeteiligung	Anteil der ungültigen Zweitstimmen	Anteil der gültigen Zweitstimmen für			
				CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
15	21.50	86,8	2,4	45,9	39,7	10,0	4,4
19	22.00	86,9	2,5	46,4	39,2	10,0	4,4
23	22.10	86,8	2,5	46,1	39,2	10,1	4,3
26	22.13	86,9	2,5	46,1	39,2	10,0	4,4
29	22.16	87,0	2,4	47,1	39,0	10,0	3,9
36	22.18	87,1	2,4	47,3	39,0	9,9	3,8
41	22.25	87,0	2,5	47,3	38,9	9,9	3,9
49	22.29	87,0	2,4	47,6	38,9	9,9	3,6
70	22.40	87,0	2,5	47,5	39,0	9,9	3,6
Vorläufiges Endergebnis ohne Wahlkreise 135 und 236 .....		86,9	2,4	47,6	39,3	9,5	3,6

Der verbesserten Ausstattung der Gemeindebehörden und Kreiswahlleiter mit Rechengernäten sowie der Verbesserung der Kommunikationsmittel auf allen Ebenen des Meldewegs ist es zu verdanken, daß die Meldungen mit den Wahlkreisergebnissen beim Bundeswahlleiter erheblich früher eingingen und rascher aufeinander folgten, als dies noch 1961 der Fall war. Das erste Wahlkreisergebnis lag schon kurz vor 21 Uhr vor, 1961 aber erst gegen 22 Uhr.

Rund ein Drittel der Wahlkreisergebnisse waren bis 22.45 Uhr, 1961 aber erst bis 24 Uhr eingegangen und rd. die Hälfte um 23 Uhr, verglichen mit 0.30 Uhr im Jahre 1961. Trotzdem konnte das vorläufige Bundesergebnis (ohne die Ergebnisse für die Wahlkreise 135 und 236 mit Nachwahlen) erst am 20. September gegen 4 Uhr und damit nur etwa eine halbe Stunde früher als 1961 bekannt gegeben werden. Das hing damit zusammen, daß bis 1.30 Uhr zwar 243 Wahlkreisergebnisse eingegangen waren, es dann aber noch über 2 Stunden dauerte, bis die noch fehlenden drei Wahlkreisergebnisse mit erheblicher Verspätung eintrafen. Einzelheiten über den Eingang der Meldungen enthält die Tabelle 3.

Nach den Prognoseergebnissen stand der Ausgang der Wahl schon um 22 Uhr, als erst 19 Wahlkreisergebnisse vorlagen, ziemlich genau fest. Ab 22.16 Uhr änderten sich die Prozentsätze der Prognoseergebnisse nur noch in den Stellen rechts vom Komma, obwohl kurz nach 22 Uhr für die Prognose erst 29 Wahlkreisergebnisse zur Verfügung standen. Näheres kann der Tabelle 4 entnommen werden.

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses. Im Gegensatz zu früher sind die Kreiswahl- und Landeswahlausschüsse seit 1953 berechtigt, bei Rechenfehlern Berichtigungen in den Feststellungen der Wahlvorstände

und Kreiswahlausschüsse vorzunehmen und über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen abweichend zu beschließen.

Der Bundeswahlausschuß hat das endgültige Ergebnis der Bundestagswahl vom 19. September 1965 mit den Ergebnissen der Nachwahlen in den Wahlkreisen 135 Obertaunuskreis in Hessen und 236 Schweinfurt in Bayern, in denen die Wahl infolge des Todes von Wahlkreisbewerbern erst am 3. Oktober durchgeführt werden konnte, auf seiner Sitzung am 8. Oktober 1965 festgestellt. Die amtliche Veröffentlichung erfolgte im Bundesanzeiger Nr. 192 vom 12. Oktober 1965.

Der Bundeswahlausschuß hat neben den Zahlen für die Wahlberechtigten, Wähler und abgegebenen Stimmen auch die Namen derjenigen Abgeordneten festgestellt, die aus den Landeslisten gewählt worden sind. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgte durch die Landeswahlleiter, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleiter.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreiswahlleitern, Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter öffentlich bekanntgemachten Ergebnisse sind nur insoweit gültig, als der neue Bundestag auf Grund dieser Ergebnisse zusammentritt. Wahlprüfungsverfahren können diese Ergebnisse noch ändern. Eine Wahlprüfung wird auf Einspruch durchgeführt. Einsprüche können von den Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter in amtlicher Eigenschaft und sonst von jedem Wahlberechtigten eingelegt werden. Erstere sind gesetzlich dazu verpflichtet, zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist. Nach Art. 41 des Grundgesetzes ist die Wahlprüfung Sache des Bundestages. Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 166), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Wahlprüfungsgesetzes vom 24. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 977). Gegen die Entscheidung des Bundestages ist Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.

## II. Ergebnisse

### A. Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

#### 1. Wahlberechtigte und Wähler

Ebenso wie die Gesamtbevölkerung hat sich die Zahl der Wahlberechtigten von Bundestagswahl zu Bundestagswahl erhöht. Sieht man von der Rückgliederung des Saarlandes ab, die 1957 eine Erhöhung der Wahlberechtigten um rd. 660 000 zur Folge hatte, so war ihre Zunahme von 1957 auf 1961 mit 2,0 Mill. am größten.

Von den bei der Bundestagswahl 1961 vorhandenen 37,4 Mill. Wahlberechtigten sind bis zur Bundestagswahl 1965 etwa 2,5 Mill. gestorben. Gleichzeitig rückten 2,9 Mill. jüngere Personen in das wahlfähige Alter auf, was allein schon ausgereicht hätte, um die Verminderung der Zahl der Wahlberechtigten durch Tod mehr als auszugleichen. Eine weitere Zunahme, die etwa 600 000 beträgt, ist durch die Wanderungen eingetreten. Auf diese Weise stieg die Zahl der Wahlberechtigten auf 38,5 Mill., was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes ohne Berlin (West), das an den Bundestagswahlen nicht mit Stimmzetteln teilnimmt, von 67,5% im September 1965 entspricht.

Die Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten zwischen 1961 und 1965 war mit 1,1 Mill. allerdings nur noch etwa halb so groß wie zwischen 1957 und 1961. Dafür sind drei Gründe ausschlaggebend: Das Aufrücken der Personen aus den schwachen Geburtsjahrgängen der während des Zweiten Weltkrieges Geborenen in ein höheres Alter, der geringer gewordene Zuwanderungsüberschuf von Wahlberechtigten und die größere Zahl von Sterbefällen. Die starke Zuwanderung von Ausländern schlägt selbstverständlich nicht zu Buch, weil nur Deutsche wahlberechtigt sind.

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, durch die nur die in den Wählerverzeichnissen eingetragenen 38,4 Mill. Wahlberechtigten erfaßt worden sind. Danach verteilt sich die Zunahme der Wahlberechtigten auf 427 000 Männer und 628 000 Frauen, wodurch sich die Zahl der Männer unter den Wahlberechtigten von 17,0 auf 17,4 Mill. oder um 2,5% und die Zahl der Frauen unter den Wahlberechtigten von 20,4 auf 21,0 Mill. oder um 3,1% erhöht hat. Unter den Wahlberechtigten übersteigt somit die Zahl der Frauen

5. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten

Bundestagswahl	Wahlberechtigte	Veränderung seit der vorangegangenen Wahl				
		insgesamt	und zwar durch			
			Tod von Wahlberechtigten	Jungwähler	Wanderung	Rückgliederung des Saarlandes
1949 .....	31 200 000	—	—	—	—	—
1953 .....	33 120 000	+ 1 920 000 <sup>1)</sup>	— 1 750 000	+ 2 800 000	+ 770 000	—
1957 .....	35 400 000	+ 2 280 000	— 2 000 000	+ 2 860 000	+ 760 000	+ 660 000
Männer .....	16 060 000	.	.	.	.	.
Frauen .....	19 340 000	.	.	.	.	.
1961 .....	37 440 000	+ 2 040 000	— 2 150 000	+ 3 470 000	+ 720 000	—
Männer .....	17 030 000	+ 970 000	— 1 100 000	+ 1 770 000	+ 300 000	—
Frauen .....	20 410 000	+ 1 070 000	— 1 050 000	+ 1 700 000	+ 420 000	—
1965 .....	38 510 000	+ 1 070 000	— 2 470 000	+ 2 931 000	+ 609 000	—
Männer .....	17 460 000	+ 430 000	— 1 260 000	+ 1 496 000	+ 194 000	—
Frauen .....	21 050 000	+ 640 000	— 1 210 000	+ 1 435 000	+ 415 000	—

<sup>1)</sup> Einschl. etwa 100 000 Personen, die durch die Entnazifizierungsbestimmungen erst 1953 wahlberechtigt wurden.

die der Männer um 3,6 Mill. oder 20,6%. Wie schon bei allen vorangegangenen Bundestagswahlen haben also die Frauen abermals Gelegenheit gehabt, das Wahlergebnis weit stärker zu beeinflussen als die Männer. Wie noch gezeigt werden wird, bevorzugt ein großer Teil der Frauen andere Parteien als die Männer. Dem „Frauenüberschuß“ unter den Wahlberechtigten kam demnach für den Wahlausgang große Bedeutung zu.

6. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Alter

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte <sup>1)</sup>		Zu- (+) bzw. Abnahme (—) 1965 gegen 1961	
	1965	1961		
	Anzahl			%
Männer				
21—25 .....	1 495 300	1 767 500	— 272 200	— 15,4
25—30 .....	2 341 200	1 920 700	+ 420 500	+ 21,9
30—35 .....	1 851 800	3 417 200	+ 259 900	+ 7,6
35—40 .....	1 825 300			
40—45 .....	1 510 800	2 647 600	— 66 000	— 2,5
45—50 .....	1 070 700			
50—60 .....	3 115 500	3 394 900	— 279 400	— 8,2
60—70 .....	2 648 600	2 320 100	+ 328 600	+ 14,2
70 und mehr .....	1 569 400	1 533 700	+ 35 600	+ 2,3
Zusammen ...	17 428 600	17 001 600	+ 427 000	+ 2,5
Frauen				
21—25 .....	1 435 200	1 703 900	— 268 700	— 15,8
25—30 .....	2 249 600	1 843 300	+ 406 300	+ 22,0
30—35 .....	1 780 700	3 748 200	— 133 700	— 3,6
35—40 .....	1 833 800			
40—45 .....	2 053 300	3 607 200	— 27 600	— 0,8
45—50 .....	1 526 300			
50—60 .....	4 145 000	4 146 400	— 1 400	— 0,0
60—70 .....	3 422 200	3 097 700	+ 324 500	+ 10,5
70 und mehr .....	2 569 400	2 240 900	+ 328 500	+ 14,7
Zusammen ...	21 015 500	20 387 600	+ 627 900	+ 3,1
Männer und Frauen				
21—25 .....	2 930 500	3 471 400	— 540 900	— 15,6
25—30 .....	4 590 800	3 763 900	+ 826 900	+ 22,0
30—35 .....	3 632 600	7 165 400	+ 126 200	+ 1,8
35—40 .....	3 659 000			
40—45 .....	3 564 100	6 254 800	— 93 700	— 1,5
45—50 .....	2 597 000			
50—60 .....	7 260 500	7 541 300	— 280 800	— 3,7
60—70 .....	6 070 800	5 417 800	+ 653 100	+ 12,1
70 und mehr .....	4 138 800	3 774 600	+ 364 200	+ 9,6
Insgesamt ...	38 444 100 <sup>2)</sup>	37 389 200 <sup>3)</sup>	+ 1 054 900	+ 2,8

<sup>1)</sup> Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten.  
<sup>2)</sup> Totalzahl: 38 510 395. — <sup>3)</sup> Totalzahl: 37 440 715.

Wie schon gesagt, sind zwischen 1961 und 1965 die Personen ins zahlfähige Alter gekommen, die von 1941 bis 1944, also im zweiten Weltkrieg geboren wurden. Diese Geburtsjahrgänge sind relativ schwach besetzt. Die Zahl der Erstwähler hat sich in-olgedessen gegenüber dem Wahljahr 1961, in dem es sich etwa um ie Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1937 bis 1940 handelte, um 41 000 oder 15,6% beträchtlich vermindert. Stärker vermindert at sich außerdem die Zahl der 50- bis 60jährigen männlichen Wahlberechtigten. In dieses Alter ist allmählich ein Teil der Ange-örigen der Geburtsjahrgänge hineingewachsen, die im Zweiten Veltkrieg besonders hohe Verluste erlitten haben. In allen anderen

Altersgruppen hat die Zahl der Wahlberechtigten zugenommen oder nur geringfügig abgenommen. Die hohe Zunahme bei den 25- bis 30jährigen hängt damit zusammen, daß die Personen, die bis 1965 in dieses Alter aufgerückt sind, den starken Geburtsjahrgängen kurz vor dem Zweiten Weltkrieg angehören. Sehr bedeutend war außerdem die Zunahme der Zahl der über 60jährigen vor dem Ersten Weltkrieg geborenen Wahlberechtigten um rd. 1 Mill. Da die Geburtenzahlen vor dem Ersten Weltkrieg sehr hoch waren, wird die Zahl der ältesten Wahlberechtigten weiter steigen. Eine solche Entwicklung ist vor allem für die älteren Frauen zu erwarten, die von den Kriegsverlusten weitgehend verschont geblieben sind. Der schon jetzt sehr hohe „Frauenüberschuß“ unter den älteren Wahlberechtigten (bei den Wahlberechtigten über 60 Jahre übersteigt die Zahl der Frauen die der Männer um 1,8 Mill.) wird sich hierdurch vergrößern.

Auch die Altersstruktur der Wahlberechtigten ist — wie eben-falls noch gezeigt werden wird — für den Ausgang politischer Wahlen von erheblicher Bedeutung.

Bei den Wahlberechtigten können folgende Gruppen unter-schieden werden:

- a) In die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte ohne Sperrvermerk „W“ für ausgegebene Wahlscheine: 35 768 361;
- b) In die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte mit Sperrvermerk „W“ für ausgegebene Wahlscheine: 2 731 985;
- c) Nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlbe-rechtigte mit Wahlschein gemäß § 22 Abs. 2 der Bundeswahl-ordnung: 10 049.

Bei der zuletzt genannten Gruppe handelt es sich um Personen, die einen Wahlschein erhalten haben, weil sie aus einem von ihnen nicht zu vertretenden Grund nicht in den Wählerverzeichnissen standen.

7. Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein

Wahljahr	Von 100		
	Wahlberechtigten erhielten einen Wahlschein	Wählern	
		insgesamt wählten mit Wahlschein	mit Wahlschein waren Briefwähler
1957	5,4	5,7	87,3
1961	5,9	6,3	91,9
1965	7,1	7,7	95,2

Bei der Bundestagswahl 1957, bei der zum ersten Male brief-lich gewählt werden konnte, ließen sich 1,9 Mill. oder 5,4% aller in den Wählerverzeichnissen als wahlberechtigt vermerkten Per-sonen einen Wahlschein ausstellen. Im Jahr 1961 wurden bereits an 2,2 Mill. oder 5,9% und bei der 5. Bundestagswahl 1965 schließ-lich an 2,7 Mill. oder 7,1% der Wahlberechtigten Wahlscheine aus-gegeben. Seit der Wahl 1953, bei der mit dem Wahlschein zwar in einem beliebigen Wahlbezirk des ganzen Wahlgebietes, aber noch nicht brieflich gewählt werden konnte, hat sich danach der Anteil der Wahlscheininhaber unter den Wahlberechtigten mehr als ver-doppelt. Diese Entwicklung, die auch in den einzelnen Ländern

# 8. Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter ohne und mit Wahlschein

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte																										
	Männer						Frauen						Männer und Frauen														
	zusammen	ohne		mit Wahlschein			zusammen	ohne		mit Wahlschein			insgesamt	ohne		mit Wahlschein											
		1965						1965						1965													
		Anzahl						%						Anzahl					%			Anzahl		%			
21—25 .....	1 495 300	1 343 900	151 300	10,1	8,9	1 435 200	1 311 500	123 700	8,6	6,6	2 930 500	2 655 500	275 000	9,4	7,8												
25—30 .....	2 341 200	2 162 100	179 100	7,7	5,8	2 249 600	2 105 600	144 000	6,4	5,0	4 590 800	4 267 700	323 100	7,0	5,4												
30—35 .....	1 851 800	1 753 500	98 400	5,3	4,1	1 780 700	1 700 300	80 500	4,5	3,9	3 632 600	3 453 700	178 800	4,9	4,0												
35—40 .....	1 825 300	1 740 100	85 100	4,7		1 833 800	1 756 100	77 700	4,2		3 659 000	3 496 200	162 800	4,4													
40—45 .....	1 710 800	1 440 800	270 000	5,8	4,4	2 053 300	1 954 200	99 000	4,8	4,1	3 564 100	3 395 000	169 000	4,7	4,2												
45—50 .....	1 070 700	1 011 800	58 900	5,5		1 526 300	1 438 300	88 000	5,8		2 597 000	2 450 100	146 900	5,7													
50—60 .....	3 115 500	2 915 100	200 400	6,4	5,0	4 145 000	3 877 500	267 500	6,5	5,2	7 260 500	6 792 600	467 900	6,4	5,1												
60—70 .....	2 648 600	2 461 600	187 000	7,1	6,1	3 422 200	3 153 400	268 800	7,9	6,7	6 070 800	5 615 000	455 800	7,5	6,5												
70 und mehr ...	1 569 400	1 408 200	161 100	10,3	8,1	2 569 400	2 234 200	335 200	13,0	11,8	4 138 800	3 642 400	496 400	12,0	10,3												
Insgesamt ...	17 628 600	16 237 200	1 191 400	6,8	5,7	21 015 500	19 531 200	1 484 300	7,1	5,8	38 444 100	35 768 400	2 675 800	7,0	5,7												

beobachtet werden kann, ist zweifellos eine Folge der Einführung der Briefwahl. Zwar läßt sich die Zahl der Wahlberechtigten mit Wahlschein, die auch Unterlagen für die Briefwahl bekommen haben, nicht genau feststellen, da bei dem Vermerk über die Ausgabe eines Wahlscheines derzeit noch nicht in den Wählerverzeichnissen aller Länder nach einfachen und Briefwahlscheinen

unterschieden wird; es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß der Anteil der Wahlscheininhaber mit Briefwahlunterlagen an der Zahl der insgesamt ausgegebenen Wahlscheine etwa derselbe ist, wie der Anteil von 95,2<sup>o</sup> Briefwählern an der Zahl aller Wahlscheinwähler. Rund 2,6 Mill. Wahlberechtigte dürften somit die Unterlagen für die Briefwahl erhalten haben.

# 9. Wahlberechtigte mit Wahlschein und Wähler mit einfachem und Briefwahlschein

Wahljahr	Wahlberechtigte				Wähler				Wahlbeteiligung der Wähler		
	insgesamt	ohne Wahrschein	mit <sup>1)</sup> Wahrschein		insgesamt	ohne Wahrschein	mit		insgesamt	ohne Wahrschein	mit
							einfachem Wahrschein	Brief-Wahrschein			
Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	% <sup>2)</sup>	%				
Schleswig-Holstein											
1957	1 548 961	1 467 249	81 712	5,3	1 367 225	1 293 278	94,5	8 265	65 682	88,8	90,5
1961	1 626 141	1 531 368	94 773	5,8	1 431 704	1 343 241	93,8	5 242	83 221	91,1	93,3
1965	1 687 266	1 571 694	115 572	6,8	1 448 994	1 342 046	92,6	4 097	102 851	96,2	92,5
Hamburg											
1957	1 328 657	1 250 737	77 920	5,9	1 185 178	1 110 670	93,7	708	73 800	99,0	95,6
1961	1 386 411	1 290 604	95 807	6,9	1 227 787	1 136 371	92,6	606	90 810	99,3	95,4
1965	1 392 994	1 274 201	118 793	8,5	1 202 934	1 088 599	90,5	2 880	111 455	97,5	96,2
Niedersachsen											
1957	4 438 885	4 204 620	234 265	5,3	3 950 248	3 735 599	94,6	28 407	186 242	86,8	91,6
1961	4 613 112	4 372 285	240 827	5,2	4 083 490	3 858 911	94,5	24 053	200 526	89,3	93,3
1965	4 748 325	4 447 988	300 337	6,3	4 145 849	3 864 431	93,2	20 984	260 434	92,5	93,7
Bremen											
1957	467 250	444 608	22 642	4,8	414 498	392 572	94,7	595	21 331	97,3	96,8
1961	507 760	482 141	25 619	5,0	447 936	423 237	94,5	1 094	23 605	95,6	96,4
1965	525 730	490 141	35 589	6,8	452 799	419 153	92,6	719	32 927	97,9	94,5
Nordrhein-Westfalen											
1957	10 407 006	9 796 732	610 274	5,9	9 158 928	8 603 075	93,9	73 345	482 508	86,8	91,1
1961	11 985 775	10 384 010	701 765	6,3	9 799 429	9 139 374	93,3	42 776	617 279	93,5	94,1
1965	11 322 627	10 410 905	911 722	8,1	9 920 068	9 069 838	91,4	19 942	830 288	97,7	93,3
Hessen											
1957	3 214 856	3 039 806	175 050	5,4	2 863 092	2 697 699	94,2	17 160	148 233	89,6	94,5
1961	3 395 285	3 195 059	199 326	5,9	3 028 241	2 841 030	93,8	15 355	171 856	91,8	93,9
1965	3 516 041	3 284 450	231 591	6,6	3 073 037	2 857 086	93,0	14 216	201 735	93,4	93,2
Rheinland-Pfalz											
1957	2 237 023	2 123 562	113 461	5,1	1 976 225	1 870 660	94,7	14 391	91 174	86,4	93,0
1961	2 348 108	2 211 086	136 422	5,8	2 069 927	1 943 096	93,9	8 643	118 188	93,2	93,0
1965	2 403 771	2 237 570	166 201	6,9	2 114 311	1 957 357	92,6	8 270	148 684	91,7	94,4
Baden-Württemberg											
1957	4 857 815	4 607 947	249 868	5,1	4 097 575	3 870 771	94,5	35 233	191 571	84,5	90,8
1961	5 211 883	4 925 099	286 784	5,5	4 419 748	4 152 852	94,0	32 896	234 000	87,7	93,1
1965	5 425 126	5 082 137	342 989	6,3	4 598 715	4 278 290	93,0	22 842	297 583	92,9	93,4
Bayern											
1957	6 240 490	5 913 527	326 972	5,2	5 470 347	5 171 539	94,5	41 850	256 958	86,0	91,4
1961	6 551 728	6 170 693	381 035	5,8	5 714 545	5 357 082	93,7	34 466	322 997	90,4	93,8
1965	6 752 276	6 287 694	464 582	6,9	5 803 004	5 365 990	92,5	28 694	408 320	93,4	94,1
Saarland											
1957	659 971	635 224	24 747	3,7	589 578	565 531	95,9	4 452	19 595	81,5	97,2
1961	714 512	680 521	33 991	4,8	626 817	595 045	94,9	2 650	29 122	91,7	93,5
1965	736 239	681 581	54 658	7,4	656 496	604 939	92,1	1 899	49 658	96,3	94,3
Bundesgebiet											
1957	35 400 923	33 484 012	1 916 911	5,4	31 072 894	29 311 394	94,3	224 406	1 537 094	87,3	91,9
1961	37 440 715	35 244 366	2 196 349	5,9	32 849 624	30 790 239	93,7	167 781	1 891 604	91,9	93,8
1965	38 510 395	35 768 361	2 742 034	7,1	33 416 207	30 847 729	92,3	124 543	2 443 935	95,2	93,3

<sup>1)</sup> Einschl. der Wahlberechtigten nach § 22 Abs. 2 BWO. — <sup>2)</sup> % der Wähler mit Wahlschein insgesamt.

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik haben sich die Männer zu 6,8% und die Frauen zu 7,1% Wahlschein gegeben lassen. Bei der Bundestagswahl 1957 betrug der Anteil der Wahlscheininhaber unter den Männern erst 5,1 und unter den Frauen 5,4%, bei der Bundestagswahl 1961 unter den Männern 5,7 und unter den Frauen 5,8%. Bei allen diesen Wahlen erklärt sich der höhere Anteil der Frauen mit Wahlscheinen daraus, daß es unter den Frauen so viele ältere Personen gibt, die besonders häufig vom Wahlschein Gebrauch machen. Viele Wahlscheininhaber gab es außerdem wieder unter den jüngsten Wahlberechtigten. Bei den jüngsten wahlberechtigten Männern dürfte es sich häufig um Wehrpflichtige gehandelt haben, die sich einen Wahlschein beschafften, um von ihrem Standort aus wählen zu können. Für die ältesten Wahlberechtigten, von denen die über 70jährigen Männer zu 10,3% und die über 70jährigen Frauen sogar zu 13,0% einen Wahlschein hatten, dürften in der Hauptsache Gebrechlichkeit und Krankheit die Antragsgründe gewesen sein.

Mit einfachem Wahlschein, d. h. persönlich in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises oder vor einem beweglichen Wahlvorstand in Altersheimen, Krankenhäusern und Strafanstalten, haben bei der Bundestagswahl 1965 rd. 125000 Wahlberechtigte oder knapp 5% aller Wahlscheinwähler gewählt. Bei der Bundestagswahl 1957 mit der ersten Möglichkeit der Briefwahl, haben sich noch 225000 des einfachen Wahlscheines bedient, obwohl es damals insgesamt 1 Million weniger Wahlscheinwähler gab. Danach ist es ausschließlich die Zahl der Briefwähler, die in den 8 Jahren zwischen 1957 und 1965 um fast 1 Million oder 63% größer geworden ist.

Der Unterschied zeigt, welch geringe Bedeutung dem einfachen Wahlschein geblieben ist, nachdem er nur noch in Wahlbezirken des Heimatwahlkreises benutzt werden kann und außerdem das Wahllokal nach wie vor innerhalb der Wahlzeit aufgesucht werden muß. Mitunter werden sicherlich nicht nur die Abwesenheit vom Wahlkreis am Wahltag, hohes Alter oder schwere Krankheit, sondern auch die Bequemlichkeit dazu führen, statt mit dem einfachen Wahlschein brieflich zu wählen. Nach den geltenden Vorschriften erhält nämlich jeder, der den Berechtigungsnachweis geführt hat, überhaupt mit Wahlschein wählen zu dürfen, jetzt auch die Unterlagen für die Briefwahl, wenn er nicht ausdrücklich zu erkennen gibt, daß er vor einem Wahlvorstand wählen will. Ursprünglich war entweder ein einfacher Wahlschein oder ein Briefwahlschein ausdrücklich zu beantragen. Danach dürfte auch die Änderung der BWO § 25 Abs. 3 dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Wähler mit einfachem Wahlschein kleiner und die der Briefwähler größer geworden ist.

In den einzelnen Ländern machten 1965 von den Wählern 3 bis 9% von der Briefwahl Gebrauch. Weniger als 7% Briefwähler wurden in Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg gezählt. Niedersachsen gehörte neben dem Saarland schon 1961 zu den Ländern mit den wenigsten Briefwählern. Einen Anteil von über 8% zeigten Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Hamburg hatte schon 1957 und 1961 die relativ meisten Briefwähler.

Seit der vorangegangenen Wahl sind Zahl und Anteil sowohl der Wahlberechtigten mit Wahlschein als auch der Briefwähler in allen Ländern größer geworden. Außer in Hamburg hat sich überall auch das Verhältnis von Briefwählern und Wählern mit einfachem Wahlschein zugunsten der Briefwähler verändert. Allein in Hamburg ist der Anteil der Briefwähler an allen Wahlscheinwählern kleiner geworden, obwohl auch dort mehr Wahlberechtigte einen Wahlschein erhielten und mit Wahlschein überhaupt oder brieflich gewählt haben als 1961.

Der Stadtstaatscharakter dürfte auch die Ursache für die Spitzenstellung von Hamburg in der Reihenfolge der Länder nach dem Anteil der Briefwähler sein. Die Vermutung wird durch den Vergleich der Briefwahlanteile in den einzelnen Wahlkreisen gestützt. Hier richtet sich der Anteil der Briefwähler, wie schon 1957 und 1961, nach ihrem ländlichen oder städtischen Charakter. Die meisten Briefwähler haben die Großstädte. Die Spitzenstellung von Bonn läßt sich mit der Ausgabe von Wahlbriefen an die Angehörigen der deutschen Vertretungen im Ausland erklären. In der Texttafel 10 kehren die Städte wieder, in denen schon 1961 die höchsten Anteile für die Briefwähler festgestellt worden waren. Wegen der neuen Wahlkreiseinteilung ist jedoch in Namensvergleich der Wahlkreise, die 1961 und 1965 den

10. Wahlkreise mit dem höchsten und dem geringsten Anteil an Briefwählern

Wahlkreis			Wahlkreis		
		Anteil der Briefwähler			Anteil der Briefwähler
Nr.	Name	%	Nr.	Name	%
63	Bonn	16,7	23	Delmenhorst-Wesermarsch	4,2
60	Köln II	13,9	28	Hoya	4,5
204	München-Mitte	13,0	197	Balingen	4,5
74	Düsseldorf I	12,5	146	Dieburg	4,5
95	Münster	12,2	26	Ennsland	4,6
59	Köln I	12,1	132	Wetzlar	4,6
89	Essen III	12,1	27	Cloppenburg	4,6
13	Altona	11,3	214	Landshut	4,7
166	Stuttgart III	11,2	129	Fritzlar-Homburg	4,7
53	Aachen-Stadt	11,0	25	Stade	4,7

höchsten und den niedrigsten Anteil an Briefwählern hatten, wenig sinnvoll. Wie sehr aber die Briefwahl nicht nur allgemein und in den Ländern, sondern auch in allen Wahlkreisen an Boden gewinnt, veranschaulicht die Tabelle 11.

11. Wahlkreise nach dem Anteil an Briefwählern

Anteil der Briefwähler von ... bis unter ... %	1957		1961		1965	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 4	57	23,1	19	7,7	-	-
4 - 6	152	61,5	153	61,9	72	29,0
6 - 8	33	13,4	54	21,9	98	39,5
8 - 10	5	2,0	18	7,3	59	23,8
10 - 12	-	-	3	1,2	12	4,8
12 und mehr	-	-	-	-	7	2,8
Insgesamt	247	100	247	100	248	100

Von den bei den Kreiswahlleitern eingegangenen Wahlbriefen blieben 97650 für das Wahlergebnis ohne Bedeutung, weil sie verspätet eingegangen waren oder aus Formmängeln zurückgewiesen werden mußten. Bei der Bundestagswahl 1961 handelte es sich erst um 66915 Wahlbriefe dieser Art. Verspätet eingegangen sind 1961 9755 oder 0,5%, 1965 aber nur noch 9002 oder 0,4%, obwohl die Gesamtzahl der Wahlberechtigten mit Unterlagen für die Briefwahl beträchtlich gestiegen ist. Die Verlängerung der Fristen für die Übersendung und die Rücksendung der Unterlagen für die Briefwahl hat also den Anteil der verspätet eingegangenen Wahlbriefe reduziert.

Wegen Formmängel nach BWO § 72 Abs. 2 mußten zurückgewiesen werden:

- a) 82755 Wahlbriefe 1965 gegen 52302 im Jahr 1961, weil dem Wahlumschlag kein gültiger Wahlschein oder kein mit der vorgeschriebenen eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt war;
- b) 656 Wahlbriefe 1965 gegen 908 im Jahr 1961, weil die Wähler nicht im Wahlscheinverzeichnis eingetragen waren;
- c) 961 Wahlbriefe 1965 gegen 581 im Jahr 1961, weil weder der Wahlbrief, noch der Wahlumschlag verschlossen waren;
- d) 4276 Wahlbriefe 1965 gegen 3369 im Jahr 1961, weil der Stimmzettel nicht in einen amtlichen Wahlumschlag gelegt war oder in einen amtlichen Wahlumschlag, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abwich oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthielt.

2. Wahlbeteiligung

Während die Zahl der Wahlberechtigten von 1961 auf 1965 um 1,07 Mill. zunahm, stieg die Zahl der Wähler nur um rd. 567000. Infolgedessen ist die Wahlbeteiligung von 87,8% im Jahre 1957 und 87,7% im Jahre 1961 auf 86,8% im Jahre 1965 zurückgegangen. Die Wahlbeteiligung war 1965 jedoch etwas größer als 1953 (86,0%) und erheblich größer als bei der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 (78,5%).

Auch im Hinblick auf die Wahlen zum Reichstag in der Weimarer Republik kann von einer beginnenden „Wahlmüdigkeit“

nicht gesprochen werden. So betrug z. B. die Wahlbeteiligung bei der Reichstagswahl vom

- 4. Mai 1924: 77,4%,
- 7. Dez. 1924: 78,8%,
- 20. Mai 1928: 75,6%,
- 14. Sept. 1930: 82,0%,
- 31. Juli 1932: 84,0%,
- 6. Nov. 1932: 80,6%.

Auch im Kaiserreich war die Wahlbeteiligung niedriger. Bei der Reichstagswahl 1877 belief sie sich auf 60,6%, bei der Reichstagswahl 1890 auf 71,6% und bei der Reichstagswahl 1912 auf 84,9% (Anhang).

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1965, wie auch bei den vorangegangenen Bundestagswahlen, kann ferner als relativ hoch bezeichnet werden, wenn man sie mit entsprechenden Ergebnissen im Ausland vergleicht und sich dabei auf solche Länder beschränkt, in denen keine Wahlpflicht besteht. So betrug die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum(r)

- Britischen Unterhaus am 15. Oktober 1964: 77%,
- Schwedischen Reichstag am 20. September 1964: 84%,
- Französischen Nationalversammlung am 18. und 25. November 1962 69%,
- Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten am 3. November 1964 69%.

Die Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen wurde bisher regelmäßig, und z. T. erheblich, übertroffen. Bundestagswahlen finden von allen politischen Wahlen demnach bei weitem das größte Interesse.

12. Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen sowie bei den Landtags- und Kommunalwahlen

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt			
	Bundestagswahl		Landtagswahl	Kommunalwahl <sup>1)</sup>
	1965	1961		
Schleswig-Holstein..	85,9	88,0	70,1 (23. 9. 62)	71,2 (11. 3. 62)
Hamburg .....	86,4	88,6	69,8 (27. 3. 66)	69,8 (27. 3. 66)
Niedersachsen .....	87,3	88,5	76,9 (19. 5. 63)	74,8 (27. 9. 64)
Bremen .....	86,1	88,2	76,1 (29. 9. 63)	76,1 (29. 9. 63)
Nordrhein-Westfalen	87,6	88,4	76,5 (10. 7. 66)	76,2 (27. 9. 64)
Hessen .....	87,4	89,2	81,0 (6. 11. 66)	79,3 (25. 10. 64)
Rheinland-Pfalz .....	88,0	88,2	75,5 (31. 3. 63)	81,4 (25. 10. 64)
Baden-Württemberg .....	84,8	84,8	67,7 (26. 4. 64)	65,4 (7. 11. 65)
Bayern .....	85,9	87,2	80,6 (20. 11. 66)	77,8 (13. 3. 66)
Saarland .....	89,2	87,7	81,8 (27. 6. 65)	81,8 (25. 10. 64)

<sup>1)</sup> Wahlen zu den Vertretungskörperschaften in den kreisfreien Städten und Landkreisen.

Die höchste Wahlbeteiligung hatten 1949 Schleswig-Holstein (82,7%) und Bremen (81,9%), im Jahre 1953 Schleswig-Holstein (88,5%) und Niedersachsen (88,7%), im Jahre 1957 das Saarland (89,3%) und Hamburg (89,2%) und im Jahre 1961 Hessen (89,2%) und Hamburg (88,6%). Die niedrigste Wahlbeteiligung war bei bisher allen Bundestagswahlen in Baden-Württemberg (1949: 70,6%, 1953: 81,8%, 1957: 84,4%, 1961: 84,8%) zu verzeichnen. In Baden-Württemberg blieb die Wahlbeteiligung mit 84,8% gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl zwar unverändert, erreichte jedoch wieder nicht die Wahlbeteiligung in den anderen Bundesländern. Die höchste Wahlbeteiligung ergab sich diesmal für das Saarland mit 89,2% und für Rheinland-Pfalz mit 88,0%. Das Saarland ist auch das einzige Land, in dem die Wahlbeteiligung zugenommen hat. Am stärksten ging sie in Hamburg und in Bremen zurück. Ordnet man die Länder nach dem Umfang, in dem ihre Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 1965 teilnahmen, ergibt sich folgende Reihenfolge:

- Saarland: 89,2%
- Rheinland-Pfalz: 88,0%
- Nordrhein-Westfalen: 87,6%
- Hessen: 87,4%
- Niedersachsen: 87,3%
- Hamburg: 86,4%
- Bremen: 86,1%
- Bayern: 85,9%
- Schleswig-Holstein: 85,9%
- Baden-Württemberg: 84,8%.

13. Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen

Wahlbeteiligung in %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehender Wahlbeteiligung	
	1965	1961 <sup>1)</sup>
92 und mehr .....	4	13
90 bis unter 92 .....	26	52
88 bis unter 90 .....	60	63
86 bis unter 88 .....	65	59
84 bis unter 86 .....	62	86
82 bis unter 84 .....	15	12
80 bis unter 82 .....	12	8
unter 80 .....	4	6
Insgesamt ...	248	248

<sup>1)</sup> Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1965.

Wegen des in vielen Teilen des Bundesgebietes zu beobachtenden Rückgangs der Wahlbeteiligung hat sich die Zahl der Wahlkreise, in denen die Wahlbeteiligung mehr als 90% betrug, von 65 im Jahr 1961 auf 30 vermindert. Dabei sind in den geänderten Wahlkreisen die Ergebnisse von 1961 auf die Wahlkreisgrenzen 1965 umgerechnet worden. Auf der anderen Seite hat die Zahl der Wahlkreise mit einer relativ niedrigen Wahlbeteiligung zugenommen. Bei der Bundestagswahl 1961 gab es nur 25 Wahlkreise mit einer Wahlbeteiligung von weniger als 84%, 1965 aber 31. In etwa der Hälfte der Wahlkreise lag 1965 die Wahlbeteiligung zwischen 86 und 90%.

14. Wahlkreise mit der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung

Nr. und Name des Wahlkreises	Wahlbeteiligung in %	
	1965	1961 <sup>1)</sup>
Die 5 Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung 1965		
92 Ahaus-Bocholt .....	92,4	93,1
221 Tirschenreuth .....	92,3	93,3
121 Olpe-Meschede .....	92,0	92,7
96 Steinfurt-Coesfeld .....	92,0	93,4
83 Kleve .....	91,8	93,2
Die 5 Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung 1965		
204 München-Mitte .....	77,0	76,9
205 München-Nord .....	78,9	79,1
59 Köln 1 .....	79,0	78,6
206 München-Ost .....	79,3	79,4
178 Karlsruhe .....	80,4	81,4

<sup>1)</sup> Umgerechnet auf die Grenzen des Wahlkreises 1965.

Die Namen der Wahlkreise mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung enthält Tabelle 14. Die fünf Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung lagen schon 1961 an der Spitze. Die fünf Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung liegen in den Großstädten München, Köln und Karlsruhe. Auch in Stuttgart und in einem der beiden Wahlkreise von Nürnberg und Mannheim war sie relativ niedrig. Es wäre jedoch falsch, hieraus zu schließen, daß sich in allen großen Städten verhältnismäßig viele Wahlberechtigte der Stimme enthielten. Das trifft z. B. nicht zu für Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover oder Braunschweig und für die meisten Ruhrgebiets-Städte, in denen die Wahlbeteiligung in der Nähe des Bundesdurchschnitts lag. Ebenso falsch wäre es, für alle ländlichen Wahlkreise eine relativ hohe Wahlbeteiligung anzunehmen. Im Wahlkreis 3 Husum betrug sie nur 82,1% und in Wahlkreis 195 Calw sogar nur 80,6%. Die auch sonst wieder recht niedrige Wahlbeteiligung im Lande Baden-Württemberg geht auf den geringen Wahleifer in Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe aber auch in einigen nicht-großstädtischen Wahlkreisen zurück wo schon bei den früheren Bundestagswahlen die Wahlbeteiligung sehr gering war.

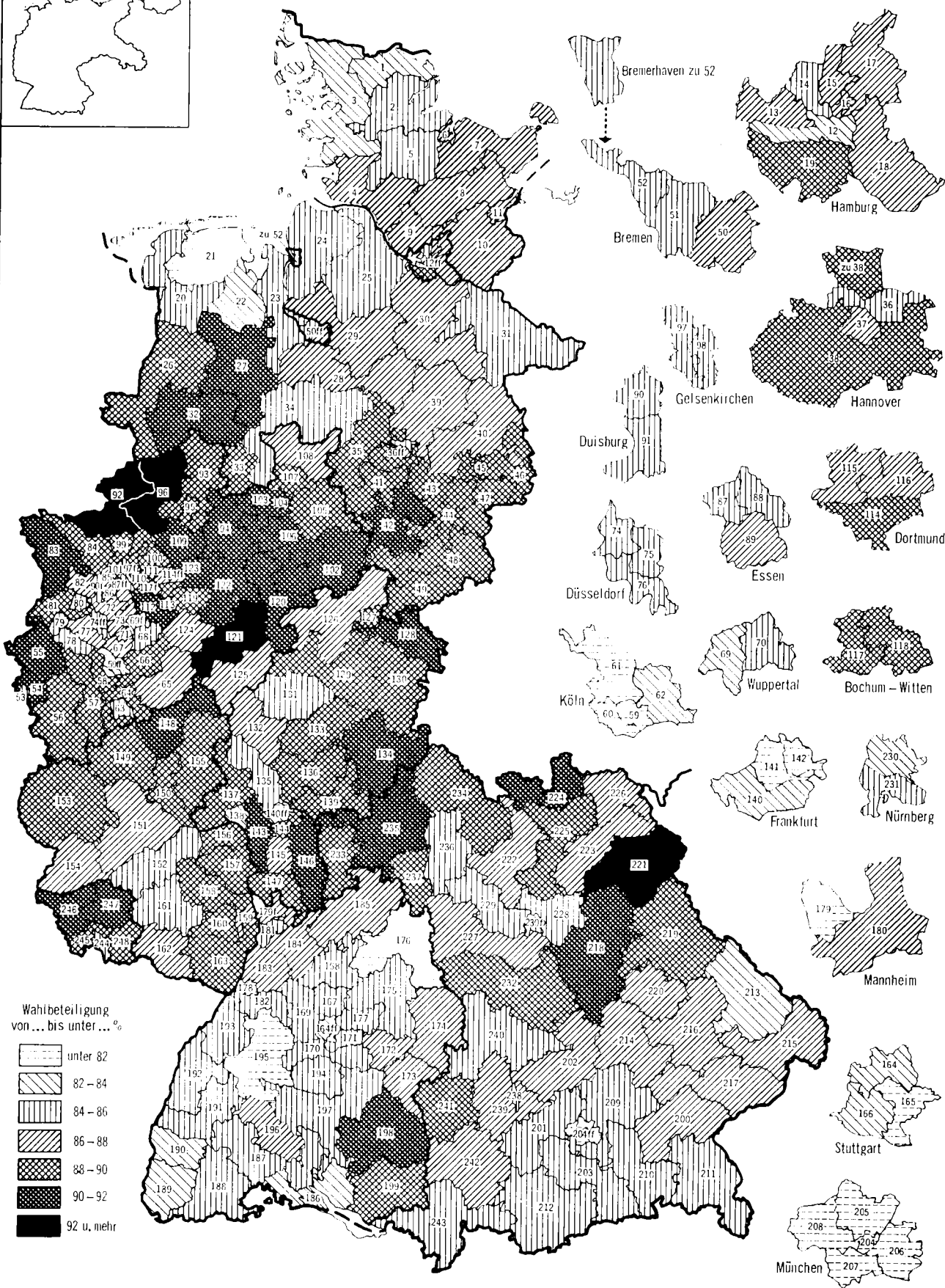
Im Wahlkreis 135 Obertaunuskreis hat sich die Wahlbeteiligung von 89,7 auf 84,4% und im Wahlkreis 236 Schweinfurt von 90, auf 84,1% vermindert. In beiden Wahlkreisen fanden wegen des Todes eines Wahlkreisbewerbers Nachwahlen statt. Der hier zu beobachtende stärkere Rückgang dürfte mit eine Folge diese Nachwahlen sein.

Bei einer Wahlbeteiligung von 86,8% für alle Wahlberechtigte betrug die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein 86,2 und die der Wahlberechtigten mit Wahlschein 93,3%

Deutschland  
in den Grenzen vom 31.12.1937

# WAHLBETEILIGUNG IN DEN WAHLKREISEN

1



STAT. BUNDESAMT 5569

Zeichnung der Wahlkreise siehe Schaubild 9

Die Wahlbeteiligung der Briefwähler unter den Wahlberechtigten mit Wahlschein läßt sich nicht genau berechnen, da über die Zahl der Personen, an die Unterlagen für die Briefwahl ausgegeben worden sind, keine genauen Angaben vorliegen. Bei dem sehr kleinen Anteil der Wähler mit einfachen Wahlscheinen kann aber die Wahlbeteiligung aller Wahlscheinwähler als identisch mit der Wahlbeteiligung der Briefwähler angesehen werden.

Die Wahlbeteiligung der Wahlscheininhaber liegt aus naheliegenden Gründen erheblich über derjenigen der übrigen Wahlberechtigten. Im Vergleich mit der Wahl 1961 hat allerdings ihr Wahleifer ein wenig nachgelassen, jedoch nicht in dem Maße wie bei den übrigen Wahlberechtigten, deren Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl geringer geworden ist. Ohne die Wahlscheininhaber wäre die allgemeine Wahlbeteiligung möglicherweise noch stärker gesunken.

Von den Wahlscheinwählern, die sich der Mühe unterzogen haben, einen Wahlschein zu besorgen, sollte eigentlich eine vollständige Wahlbeteiligung erwartet werden. Bei Wertung der Wahlbeteiligung dieser Wähler ist jedoch daran zu denken, daß auch Wahlbriefe zu spät eingetroffen oder nur aus formalen Gründen zurückgewiesen werden mußten. Die fast 100 000 Absender solcher Wahlbriefe galten aber nicht als Wähler. Hätten diese Personen als Wähler mit ungültiger Stimme angesehen

15. Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler

Wahljahr	Von 100 Wahlberechtigten		
	insgesamt	ohne Wahrschein	mit Wahrschein
		haben gewählt	
1957	87,8	87,5	91,9
1961	87,7	87,4	93,8
1965	86,8	86,2	93,3

werden können, würden nur noch etwa 3<sup>o</sup>, der Wahlscheininhaber ihren Wahlschein nicht ausgenutzt haben. Dieser geringe Prozentsatz von Nichtwählern unter den Personen, die ihren Wahlwillen mit der Beantragung des Wahlscheines bekundet haben, ist schon eher erklärlich. Zum Beispiel können die Briefwahlunterlagen, die ja erst ausgegeben und versandt werden, wenn die Stimmzettel zur Verfügung stehen, so verspätet beim Wahlberechtigten (z. B. in Übersee) eintreffen, daß er es als zwecklos ansieht, sie noch zurückzusenden. Weiterhin können die Unterlagen verloren gehen, die Stimmzettel verschrieben, das Ausfüllen oder Absenden vergessen werden. Bei den Inhabern einfacher Wahlscheine kann es vorkommen, daß sie wider Erwarten nicht in der Lage sind, ein Wahllokal ihres Heimatwahlkreises aufzusuchen.

Weitere Aufschlüsse über die Wahlbeteiligung gibt die repräsentative Wahlstatistik. Da in dieser Statistik die Wahlberechtigten mit Wahlschein aus eingangs genannten Gründen nicht berücksichtigt werden können, beträgt sie hier nur 85,9<sup>o</sup>, verglichen mit 86,8<sup>o</sup>, nach den Ergebnissen der Totalstatistik. Der Unterschied beruht zunächst auf der gegenüber den übrigen Wählern höheren Wahlbeteiligung der Wahlscheininhaber. Nach den Totalzahlen für die Wahlberechtigten und Wähler ohne Wahlschein ergibt sich für den Personenkreis der Wahlberechtigten, die keinen Wahlschein erhalten haben, eine Wahlbeteiligung von 86,2<sup>o</sup>. Auch die Wahlbeteiligung dieser Wahlberechtigten wird somit in der repräsentativen Wahlstatistik im Durchschnitt etwas zu niedrig ausgewiesen.

Die Frauen unter den Wahlberechtigten haben ihr zahlenmäßiges Übergewicht von 3,6 Mill. am Wahltag nicht voll genutzt; denn die Männer beteiligten sich zu 87,5<sup>o</sup>, die Frauen aber nur zu 84,6<sup>o</sup> an der Wahl. Auf diese Weise gingen rund 576 000 Frauenstimmen dadurch verloren, daß die weiblichen Wähler nicht im gleichen Umfang zum Wahllokal gingen wie die Männer. Auch bei der vorangegangenen Bundestagswahl lag die Wahlbeteiligung der Frauen unter derjenigen der Männer. Der Abstand von der Wahlbeteiligung der Männer hat sich auch nicht verringert, sondern eher wieder etwas vergrößert: Im Jahre 1957 betrug er 3,3 Prozentpunkte, im Jahre 1961 nur noch 2,7 Prozentpunkte und bei der Bundestagswahl 1965 wieder 2,9 Prozentpunkte, weil der Rückgang der Wahlbeteiligung seit 1961 bei den Frauen etwas größer war als bei den Männern.

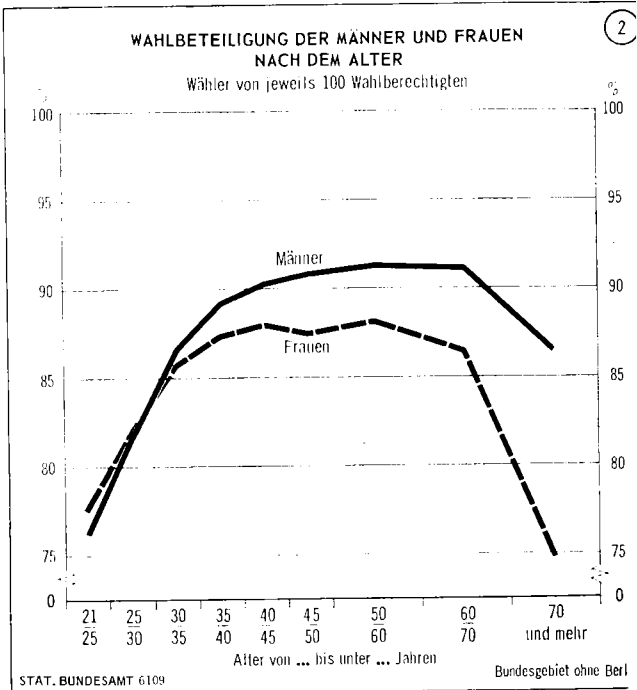
Die Feststellungen über die Wahlbeteiligung nach dem Alter wurden von bisher sieben auf neun Altersgruppen erweitert, so daß nunmehr auch für die 30- bis 50jährigen eine Unterscheidung nach fünfjährigen Altersgruppen möglich ist. Zu Vergleichszwecken ist daneben für 1965 in der Tabelle 16 auch die bisherige Altersgliederung beibehalten worden.

16. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte <sup>1)</sup>	Wähler <sup>1)</sup>			
		1965	1961	1957	
		Anzahl	von 100 Wahlberechtigten		
Männer					
21- 25 .....	1 343 900	1 022 800	76,1	78,9	80,9
25- 30 .....	2 162 100	1 764 600	81,6	84,5	85,3
30- 35 .....	1 753 500	1 518 800	86,6	87,9	90,1
35- 40 .....	1 740 100	1 551 400	89,2		
40- 45 .....	1 440 800	1 301 500	90,3	90,5	91,8
45- 50 .....	1 011 800	919 100	90,8		
50- 60 .....	2 915 100	2 661 200	91,3	92,0	92,4
60- 70 .....	2 461 600	2 244 600	91,2	91,8	92,9
70 und mehr .....	1 408 200	1 216 500	86,4	87,1	88,3
Zusammen ...	16 237 200	14 200 500	87,5	88,9	89,6
Frauen					
21- 25 .....	1 311 500	1 016 700	77,5	80,0	80,3
25- 30 .....	2 105 600	1 720 500	81,7	83,7	84,0
30- 35 .....	1 700 300	1 456 800	85,7	86,5	88,5
35- 40 .....	1 756 100	1 532 200	87,3		
40- 45 .....	1 954 200	1 719 300	88,0	87,8	89,5
45- 50 .....	1 438 300	1 257 800	87,4		
50- 60 .....	3 877 500	3 414 500	88,1	89,2	89,4
60- 70 .....	3 153 400	2 725 600	86,4	87,3	87,4
70 und mehr .....	2 234 200	1 670 500	74,8	75,8	75,3
Zusammen ...	19 531 200	16 513 800	84,6	86,2	86,3
Männer und Frauen					
21-25 .....	2 655 500	2 039 500	76,8	79,5	80,6
25- 30 .....	4 267 700	3 485 100	81,7	84,1	84,6
30- 35 .....	3 453 700	2 975 600	86,2	87,2	89,2
35- 40 .....	3 496 200	3 083 700	88,2		
40- 45 .....	3 395 000	3 020 800	89,0	88,9	90,5
45- 50 .....	2 450 100	2 176 900	88,8		
50- 60 .....	6 792 600	6 075 700	89,4	90,5	90,8
60- 70 .....	5 615 000	4 970 100	88,5	89,3	89,7
70 und mehr .....	3 642 400	2 887 000	79,3	80,5	81,1
Insgesamt ...	35 768 400	30 714 400	85,9	87,4	87,8

<sup>1)</sup> Ohne Personen mit Wahlschein.

Wiederum hatten die Erstwähler die niedrigste Wahlbeteiligung. Fast ein Viertel von ihnen blieb der Wahl fern. Die Erstwähler sind zugleich die Altersgruppe, in der die Wahlbeteiligung am stärksten abgenommen hat. Bei der Wahl 1961 betrug sie 79,5<sup>o</sup> und bei der Wahl 1965 nur noch 76,8<sup>o</sup>.



Die wiederum recht niedrige Wahlbeteiligung der jüngsten Wähler hängt möglicherweise damit zusammen, daß es eine gewisse Zeit dauert, bis bei vielen jüngeren Personen ein tieferes Interesse an den politischen Fragen wach wird und die nötige Sicherheit gewonnen worden ist, zwischen den politischen Parteien eine Entscheidung zu treffen.

Mit zunehmendem Alter wächst die Wahlbeteiligung. Auch die Personen, die bei früheren Wahlen absichts gestanden haben,

werden also allmählich Wähler. Den größten Wahleifer legten mit 91,3% die 50- bis 60jährigen Männer an den Tag. Eine so hohe Wahlbeteiligung ergab sich für die Frauen in keiner Altersgruppe. Aber auch bei ihnen sind es die 50- bis 60jährigen, für die mit 88,1% die höchste Wahlbeteiligung festgestellt werden konnte. Nach dem 60. Lebensjahr sinkt die Wahlbeteiligung der Frauen schneller und tiefer als die der Männer. Von den über 70jährigen Frauen gingen nur 74,8% zum Wahllokal, von den über 70jährigen Männern aber

17. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern\*)

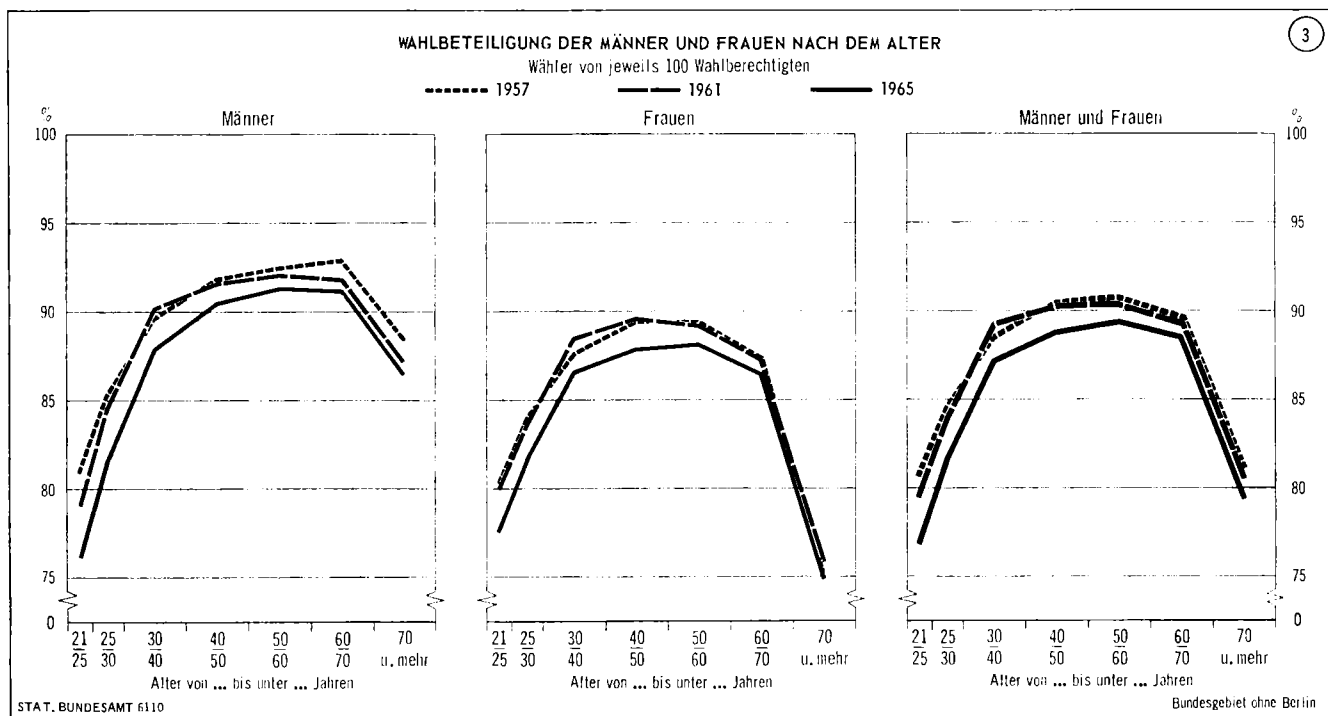
Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wähler von 100 Wahlberechtigten									
	Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen		Nordrhein-Westfalen	
	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961
Männer										
21-25	70,6	73,6	76,0	75,7	76,5	78,3	74,6	79,3	76,9	81,5
25-30	76,6	82,1	78,6	81,0	83,0	85,8	76,4	81,5	81,1	85,4
30-35	85,1	86,5	81,3	83,0	88,7	89,8	83,0	85,4	85,8	87,2
35-40	88,2		84,8		91,0		87,9		88,6	
40-45	88,9	89,5	86,2	87,3	91,1	91,4	88,9	88,6	90,2	90,7
45-50	90,4		88,8		91,8		88,3		91,4	
50-60	90,7	93,1	88,5	90,5	92,3	93,4	89,6	92,5	91,3	92,5
60-70	90,7	92,9	90,3	92,0	92,4	93,1	91,4	93,3	91,8	93,0
70 und mehr	87,1	88,7	88,2	90,4	87,1	86,4	88,2	90,3	88,0	89,6
Zusammen	85,1	88,5	85,3	87,5	88,5	90,0	85,8	88,4	87,6	90,1
Frauen										
21-25	74,3	79,5	75,1	78,3	77,8	81,5	75,2	81,4	79,5	82,5
25-30	79,6	82,4	77,5	80,3	82,3	86,1	80,3	85,8	81,9	85,4
30-35	83,4	85,0	81,8	83,1	88,2	88,6	85,6	86,3	85,5	86,4
35-40	86,7		84,4		89,1		87,1		87,3	
40-45	86,7	87,4	88,2	87,6	89,5	89,3	89,1	88,5	88,4	87,9
45-50	88,2		86,7		89,0		87,7		87,2	
50-60	87,6	90,2	88,6	90,8	89,6	90,7	89,2	92,1	88,6	90,1
60-70	85,8	89,5	88,6	90,8	87,9	87,0	88,5	90,8	87,2	88,8
70 und mehr	76,2	77,6	81,5	83,4	74,2	73,5	80,7	79,9	76,4	79,5
Zusammen	83,3	86,5	84,5	87,4	85,5	87,3	85,6	88,6	85,3	87,9
Männer und Frauen										
21-25	72,4	76,5	75,5	77,0	77,1	79,8	74,9	80,6	78,2	82,0
25-30	78,0	82,1	78,1	80,6	82,7	86,0	78,4	83,5	81,5	85,4
30-35	84,3	85,7	81,6	83,1	88,5	89,2	84,3	85,9	85,6	86,8
35-40	87,4		84,6		90,0		87,5		88,0	
40-45	87,6	88,3	87,4	87,5	90,2	90,2	89,0	88,6	89,1	89,1
45-50	89,1		87,6		90,2		87,9		89,0	
50-60	88,9	91,5	88,5	90,7	90,8	91,9	89,4	92,4	89,7	91,2
60-70	87,9	90,9	89,3	91,3	89,9	90,6	89,7	91,8	89,3	90,7
70 und mehr	80,5	82,3	84,0	86,2	79,2	78,9	83,7	84,4	81,0	83,7
Insgesamt	84,2	87,4	84,8	87,4	86,9	88,5	85,7	88,5	86,3	88,9

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wähler von 100 Wahlberechtigten									
	Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Saarland	
	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961
Männer										
21-25	78,5	81,4	78,0	78,6	75,6	76,4	74,7	77,8	77,2	78,9
25-30	82,6	86,4	83,6	85,4	81,9	83,1	82,1	83,5	85,1	84,7
30-35	86,3	87,7	87,6	88,8	87,4	88,4	87,0	88,1	89,0	90,3
35-40	89,0		90,1		89,5		89,2		91,5	
40-45	90,0	90,0	94,1	93,7	89,8	90,1	90,1	89,8	92,6	93,1
45-50	90,1		93,0		90,5		89,4		93,9	
50-60	91,8	93,8	92,6	92,2	90,9	90,1	90,7	90,6	93,6	92,0
60-70	90,9	92,3	91,8	91,1	89,8	90,2	90,3	89,7	93,5	92,5
70 und mehr	86,2	87,5	88,2	86,5	83,5	82,9	83,9	85,7	90,6	86,8
Zusammen	87,7	90,2	89,1	89,2	87,0	86,9	86,9	87,6	90,1	88,9
Frauen										
21-25	77,2	80,9	80,4	79,6	76,1	75,8	75,8	78,7	79,8	77,2
25-30	81,2	85,1	83,9	85,0	81,3	79,6	81,9	82,4	84,0	83,1
30-35	85,8	86,5	86,3	87,8	85,1	85,6	85,6	86,1	87,2	87,9
35-40	87,1		89,2		86,3		86,5		88,6	
40-45	88,2	88,0	90,2	90,0	86,2	86,2	86,8	86,7	89,8	89,5
45-50	87,8		89,8		86,1		86,6		88,9	
50-60	88,3	89,6	89,9	88,8	85,7	85,8	86,9	88,4	91,1	89,1
60-70	86,3	86,9	87,8	86,9	82,9	82,6	85,6	86,3	90,7	90,0
70 und mehr	72,6	72,1	77,2	73,1	69,4	70,6	73,9	75,7	82,3	78,5
Zusammen	84,3	86,4	86,5	86,0	82,5	82,4	83,7	85,2	87,9	86,6
Männer und Frauen										
21-25	77,9	81,2	79,2	79,1	75,9	76,1	75,2	78,2	78,4	78,0
25-30	81,9	85,8	83,8	85,2	81,6	81,4	82,0	82,9	84,6	83,9
30-35	86,1	87,1	86,9	88,3	86,2	87,0	86,3	87,1	88,1	89,1
35-40	88,0		89,6		87,9		87,8		90,1	
40-45	89,0	88,9	91,9	91,6	87,7	87,8	88,1	88,0	91,0	91,0
45-50	88,8		91,1		87,9		87,7		91,1	
50-60	89,8	91,5	91,1	90,3	87,9	87,7	88,5	89,4	92,1	90,4
60-70	88,3	89,2	89,5	88,6	85,9	85,8	87,6	87,7	91,9	91,1
70 und mehr	77,9	78,7	81,6	79,0	74,8	75,5	77,6	79,8	85,9	82,2
Insgesamt	85,8	88,1	87,7	87,4	84,5	84,4	85,1	86,2	88,9	87,7

\*) Ohne Personen mit Wahlschein.

noch 86,4%. Auffällig ist die gegenüber den 40- bis 45jährigen und den 50- bis 60jährigen Frauen etwas geringere Wahlbeteiligung der 45- bis 50jährigen Frauen. Dieses Ergebnis der Stichprobe kann als gesichert angesehen werden; es wiederholt sich auch in nahezu allen Landesergebnissen. Möglicherweise beruht es darauf, daß sich in dieser Altersgruppe infolge des Zweiten Weltkriegs besonders viele alleinstehende Frauen befanden.

Die Wahlbeteiligung ist in allen Altersgruppen der Männer und Frauen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, zurückgegangen. Besonders stark war der Rückgang bei den Wahlberechtigten unter 50 Jahren. Die wahlberechtigten Männer über 50 Jahre haben fast im gleichen Umfang wie 1961 und 1957 gewählt. Auch bei den über 50jährigen Frauen war die Abnahme der Wahlbeteiligung geringfügig.



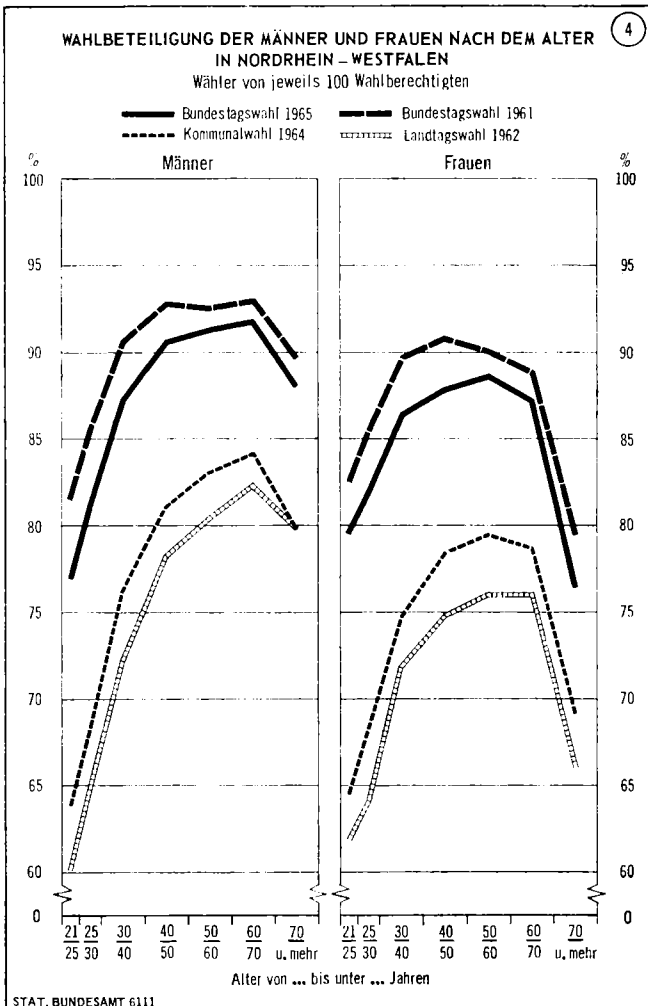
Von einem auffälligen Rückgang der Wahlbeteiligung kann daher auch nicht bei einer Unterscheidung nach Männern und Frauen sowie nach Altersgruppen gesprochen werden. Auch in dieser Gliederung ist wieder der Vergleich mit entsprechenden Ergebnissen aus Landtags- und Kommunalwahlen aufschlußreich. Als Beispiel kann auf das Schaubild 4 verwiesen werden, in dem die Ergebnisse der Landtagswahl 1962, der Kommunalwahl 1964 sowie der Bundestagswahlen 1961 und 1965 in Nordrhein-Westfalen dargestellt sind. Bei der Landtagswahl 1962 wählten in Nordrhein-Westfalen nur 60,1 der 21- bis 25jährigen Männer und 61,9% der Frauen dieses Alters, bei der Bundestagswahl 1965 aber 76,9 bzw. 79,5%. Auch die älteren Männer und Frauen sind am Ausgang von Bundestagswahlen stärker interessiert als am Ausgang von Landtags- oder Kommunalwahlen. Bei solchen Wahlen verzichten die älteren Wahlberechtigten jedoch nicht so häufig auf ihr Wahlrecht wie die jüngeren Personen.

Ebenso wie schon bisher war auch 1965 die Wahlbeteiligung in den Gemeinden zwischen 3000 und 10000 Einwohnern mit 88,4% am größten. Etwas niedriger lag sie 1965 wie 1961 in den kleineren Gemeinden und noch niedriger in den Gemeinden mit mehr als 50000 Einwohnern. In den Gemeinden mit mehr als 200000 Einwohnern erreichte sie sogar nur 82,7%.

Die Frauen gingen in jeder Gemeindegrößenklasse seltener zur Wahl als die Männer. Hervorzuheben ist die relativ geringe Wahlbeteiligung der Frauen in den kleineren Gemeinden. In den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern erreichte sie bei einer Wahlbeteiligung der Männer von 89,0% nur 84,0%. In den Gemeinden mit mehr als 200000 Einwohnern war die Wahlbeteiligung der Frauen zwar noch niedriger, kam mit 81,9% der Wahlbeteiligung der Männer in diesen Gemeinden von 83,7% jedoch recht nahe.

In keiner Gemeindegrößenklasse wurde die Wahlbeteiligung von 1961 erreicht. In erster Linie hat sich die städtische Bevölkerung 1965 in größerem Umfang als bei der vorangegangenen Wahl der Stimme enthalten.

Eine weitere Differenzierung der Wahlbeteiligung in Stadt und Land ergibt sich bei der Unterscheidung nach dem Alter der Wahlberechtigten. Die hierüber vorliegenden Zahlen lassen zunächst erkennen, daß die etwa 30- bis 60jährigen sowohl in den kleinen



als auch in den mittleren und großen Gemeinden häufiger zur Wahl gingen als die jüngeren und älteren Wahlberechtigten. Insofern besteht in Stadt und Land eine schon früher beobachtete große Übereinstimmung der Wahlbeteiligung. Falsch wäre es jedoch, die für den Durchschnitt der Wahlberechtigten aller Altersgruppen festgestellte hohe Wahlbeteiligung in den Gemeinden mittlerer Größe auch für die jüngeren Wahlberechtigten anzunehmen. Die unter 45 jährigen in den kleinen Gemeinden haben weit häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht als die unter 45jährigen in den mittleren und großen Gemeinden, während sich die über 60 jährigen in den kleinen Gemeinden weit häufiger als in den großen Gemeinden der Stimme enthalten haben. Die überhaupt schwächste Wahlbeteiligung wurde mit 74,1% für die noch nicht 30 Jahre alten Männer und Frauen in den Gemeinden mit mehr als 200000 Einwohner und für die über 60jährigen Frauen mit nur 64,4% in den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner festgestellt.

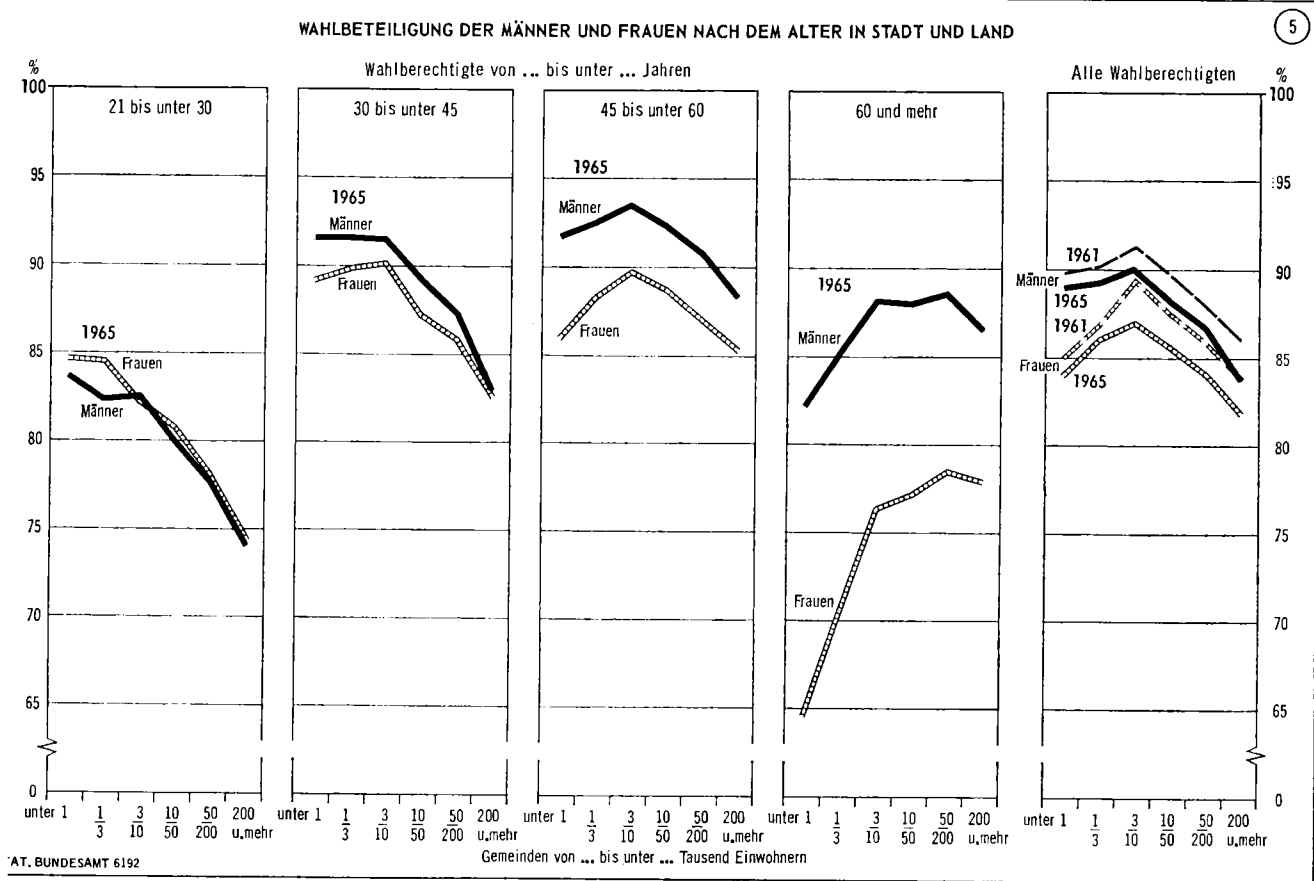
Die noch nicht 30 Jahre alten Frauen machten in allen Gemeindegrößenklassen eher in einem etwas größeren Umfang als die Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch, aber schon die 30- bis 45 jährigen, vor allem in den kleineren Gemeinden, weit weniger. Ein noch größerer Abstand besteht zwischen der Wahlbeteiligung der über 60jährigen Männer und Frauen. In den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern gingen nur 64,6% dieser Frauen, aber 82,1% der gleichaltrigen Männer zur Wahlurne. Auch in den übrigen Gemeinden gingen weit weniger ältere Frauen als ältere Männer zum Wahllokal.

Die schwache Wahlbeteiligung der älteren Mitbürger auf dem Lande dürfte mit den besonders für Frauen oft langen und beschwerlichen Wegen zum Wahllokal zusammenhängen, die der Städte nicht hat. Ganz andere Gründe muß jedoch der geringe Wahleifer der jüngeren Wahlberechtigten beiderlei Geschlechts in den Großstädten haben. In den kleinen Gemeinden erreichte 1965

18. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land\*)

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Von 100					aller
	21 bis unter 30-	30 bis unter 45-	45 bis unter 60-	60 und mehr		
	Wahlberechtigten haben gewählt					
	1965					1961
Männer						
unter 1 000 ...	83,7	91,6	91,7	82,1	89,0	89,8
1 000— 3 000 ...	82,3	91,6	92,5	85,3	89,3	90,2
3 000— 10 000 ...	82,5	91,5	93,5	88,2	90,0	91,3
10 000— 50 000 ...	79,9	89,2	92,3	88,0	88,2	89,7
50 000—200 000 ...	77,6	87,3	90,8	88,6	86,7	88,0
200 000 und mehr ...	74,0	83,0	88,3	86,5	83,7	86,0
Zusammen ...	79,5	88,6	91,2	86,4	87,5	88,9
Frauen						
unter 1 000 ...	84,7	89,2	86,0	64,6	84,0	85,0
1 000— 3 000 ...	84,6	89,8	88,3	70,6	86,1	86,9
3 000— 10 000 ...	82,2	90,1	89,7	76,3	87,0	89,4
10 000— 50 000 ...	80,6	87,2	88,7	77,1	85,6	87,5
50 000—200 000 ...	78,2	85,8	87,0	78,4	84,1	85,9
200 000 und mehr ...	74,3	82,6	85,3	77,9	81,9	83,8
Zusammen ...	80,1	87,0	87,3	74,8	84,6	86,2
Männer und Frauen						
unter 1 000 ...	84,2	90,4	88,5	71,9	86,3	87,3
1 000— 3 000 ...	83,4	90,7	90,1	76,4	87,6	88,4
3 000— 10 000 ...	82,4	90,7	91,4	80,9	88,4	90,3
10 000— 50 000 ...	80,2	88,2	90,3	81,2	86,8	88,5
50 000—200 000 ...	77,9	86,5	88,6	82,2	85,3	86,8
200 000 und mehr ...	74,1	82,8	86,6	81,2	82,7	84,8
Insgesamt ...	79,8	87,8	89,0	79,3	85,9	87,4

\*) Ohne Personen mit Wahlschein.



Wahlbeteiligung der noch nicht 30 jährigen doch wenigstens der über 60jährigen Männer in diesen Gemeinden. In den Ben Gemeinden lag die Wahlbeteiligung der unter 30jährigen gegen noch unter derjenigen der über 60jährigen Frauen. Das g in diesen Gemeinden zum Teil daher kommen, daß die Mit- der der Wahlvorstände die Wahlberechtigten kaum mehr sönlich kennen und der Nichtwähler daher nicht Gefahr läuft,

aufzufallen. Auch der in der Stadt weniger eifrige Gottesdienst- besuch, der häufig mit dem Gang zum Wahllokal verbunden wird, könnte für die besonders niedrige Wahlbeteiligung der städtischen Jungwähler eine Rolle spielen. Bequemlichkeit, politische Un- interessiertheit und der in Städten wohl stärkere Einfluß anderer Ereignisse wird viele Jungwähler in der Stadt von der Stimm- abgabe abgehalten haben.

## B. Ungültige Stimmen

Ungültig sind die Stimmen, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen sowie die Stimmen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten (BWG § 39 Abs. 2). In der Praxis handelt es sich fast nur um folgende Fälle, die auch gleichzeitig vorkommen können:

- a) Der Stimmzettel ist auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen;
- b) es sind auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite mehrere Wahlvorschläge angekreuzt.

In dem zuerst genannten Fall hat der Wähler absichtlich oder aus Unachtsamkeit darauf verzichtet, sich für einen Wahlkreisvorschlag oder eine Landesliste oder für beides zu entscheiden, im zweiten Falle kann vom Wahlvorstand nicht darüber befunden werden, welches Kreuz gelten soll. Ist nur die Erst- oder nur die Zweitstimme ungültig, gilt die andere Stimme.

Wegen der Besonderheit der Abgabe von zwei Stimmen auf einem Stimmzettel ist der Vergleich der ungültigen Stimmen bei Bundestagswahlen mit den ungültigen Stimmen bei anderen politischen Wahlen, bei denen nur eine Stimme abzugeben ist, nicht ohne weiteres möglich.

Verfolgt man die Entwicklung seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, ist der Anteil der ungültigen Erststimmen an allen Erststimmen bis 1961 von 3,4 auf 2,6% gesunken. Gleichzeitig hat sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen an allen Zweitstimmen bis 1961 von 3,3 auf 4,0% ständig erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 stieg der Anteil der ungültigen Erststimmen sodann auf 2,9% und verminderte sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen auf 2,4%.

Insbesondere die starke Zunahme der Zahl der ungültigen Zweitstimmen bis auf 1,3 Mill. im Jahre 1961 gab damals zu einer Sonderuntersuchung der ungültigen Stimmen mit Hilfe der repräsentativen Wahlstatistik Veranlassung, deren Hauptergebnisse Tabelle 19 enthält. Danach beruhte die hohe Zahl ungültiger Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1961 in einem großen Umfang vermutlich darauf, daß ein erheblicher Teil der Wähler glaubte, mit der Abgabe der Erststimme sein Wahlrecht erschöpft zu haben. Dafür sprach insbesondere die Beobachtung, daß nur 584 000 Wähler mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme festgestellt wurden, aber 959 000 Wähler mit gültiger Erst- und ungültiger Zweitstimme. Die Bedeutung einer verstärkten Aufklärung der Bevölkerung über Zweck und Technik der doppelten Stimmabgabe und Bemühungen um eine Verbesserung des Stimmzettels ergaben sich hieraus von selbst. Es erschien daher wichtig, die Sonderauszählungen von 1961 für 1965 zu wiederholen.

Die Ergebnisse von 1965 zeigen zunächst, daß die Zahl der Personen, die beide Stimmen ungültig abgegeben haben, mit rund 340 000 unverändert geblieben ist. Von diesen Wählern haben 206 000 den Stimmzettel ganz leer gelassen oder durchgestrichen und damit offenbar gar nicht ernstlich die Absicht gehabt, sich für einen Wahlvorschlag zu entscheiden. Anders kann es sich jedoch bei den Wählern verhalten haben, die auf einer Seite des Stimmzettels mehrere Kreuze hatten und die andere Seite leer gelassen oder durchgestrichen haben sowie bei den Wählern mit mehreren Kreuzen auf beiden Seiten (Ziffern 2, 3 und 4 der Tabelle 19). Ein Teil der zuerst genannten Wähler wird angenommen haben, die beiden Stimmen könnten entweder nur als Erststimmen oder nur als Zweitstimmen abgegeben werden, und ein Teil der letzteren, es könnten auf beiden Seiten des Stimmzettels je zwei Wahlvorschläge angekreuzt werden.

Der prozentuale Anteil der Wähler, die beide Stimmen ungültig hatten, betrug wie 1961 1,1%. Dieser Prozentsatz ist aus schon genannten Gründen am ehesten mit den ungültigen Stimmen bei den früheren Reichstagswahlen oder bei den Landtagswahlen zu vergleichen, für die sich ähnliche Prozentsätze ergeben.

Ebenfalls nahezu unverändert blieb mit 627 000 im Vergleich zu 584 000 im Jahr 1961 die Zahl der Wähler mit ungültiger Erststimme und gültiger Zweitstimme. Bei diesen Wählern könnte es sich in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt haben, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab oder um Personen, die dem Wahlkreis kandidaten ihrer

19. Art der ungültigen Stimmen\*)

Wähler mit ...	Jahr	Männer	Frauen	Männer und Frauen	
		1 000			%
A. Ungültiger Erst- und Zweitstimme					
1. Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen .....	1965	95	111	206	14,6
	1961			237	12,6
2. Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze .....	1965	22	39	61	4,3
	1961			25	1,3
3. Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze .....	1965	18	27	45	3,2
	1961			38	2,0
4. Beide Seiten mehrere Kreuze .....	1965	10	12	22	1,6
	1961			30	1,6
5. Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen .....	1965	1	1	2	0,1
	1961			3	0,1
6. Beide Seiten sonstige Ursachen .....	1965	3	2	6	0,4
	1961			6	0,3
1. bis 6. zusammen .....	1965	149	192	341	24,2
	1961	154	184	339	18,0
B. Ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme					
7. Erststimmenseite leer oder durchgestrichen .....	1965	190	428	618	43,9
	1961			572	30,4
8. Erststimmenseite mehrere Kreuze .....	1965	3	5	8	0,6
	1961			10	0,5
9. Sonstige Ursachen .....	1965	1		1	0,1
	1961			1	0,1
7. bis 9. zusammen .....	1965	193	434	627	44,5
	1961	208	376	584	31,0
C. Ungültiger Zweit- und gültiger Erststimme					
10. Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen .....	1965	149	276	424	30,1
	1961			848	50,4
11. Zweitstimmenseite mehrere Kreuze .....	1965	5	8	14	1,0
	1961			11	0,6
12. Sonstige Ursachen .....	1965		1	1	0,1
	1961			1	0,1
10. bis 12. zusammen .....	1965	154	285	439	31,2
	1961	339	620	959	51,0
Insgesamt .....	1965	497	911	1 408	100
	1961	701	1 180	1 882	100

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Partei keine Erfolgsaussichten einräumten. Dieser Vermutung steht jedoch entgegen, daß von 627 000 Personen mit ungültiger Erststimme sich mit ihrer Zweitstimme 306 000 für die CDU/CS und 252 000 für die SPD entschieden und nur rund 70 000 für eine andere Partei. Werden Unkenntnis und Nachlässigkeit außer Betracht gelassen, wird man infolgedessen annehmen müssen, daß die Personen, die ihre Zweitstimme gültig und ihre Erststimme ungültig abgaben, vor allem solche Wähler waren, denen kein der Kreiswahlvorschläge zusagte.

Im Gegensatz zu der unveränderten Zahl von Wählern, die beide Stimmen oder nur die Erststimme ungültig abgaben, hat sich die Zahl der Wähler mit gültiger Erststimme und ungültiger Zweitstimme von 959 000 auf 439 000 oder auf weit weniger als die Hälfte vermindert. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Personen, welche die für die Abgabe der Zweitstimme vorgesehene Seite des Stimmzettels leer gelassen oder durchgestrichen haben. Von diesen Personen entschieden sich mit der Erststimme 227 0 für den Wahlkreisbewerber der CDU/CSU und 168 000 für den Wahlkreisbewerber der SPD. In welchem Umfang hier Unkenntnis und Nachlässigkeit eine Rolle spielen, läßt sich ebenfalls nicht exakt schätzen. Sicherlich wird es aber unter den 439 000 Personen viele gegeben haben, die sich zwar für die Person eines Wahlkreisbewerbers, aber für keine Landesliste entschieden mochten.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Verminderung der Zahl der Wähler mit gültiger Erststimme und ungültiger Zweitstimme um 20000 seit 1961 in so großem Umfang auf einem „Abbau“ von Vorbehalten gegenüber den Landeslisten der Parteien beruht. Wichtiger dürfte sein, daß der Anteil der Wähler, die annahmen, mit der Abgabe der Erststimme alle Möglichkeiten erschöpft zu haben, inzwischen bedeutend kleiner geworden ist. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über das Zweitstimmensystem wird zu dem hierdurch hervorgerufenen Rückgang der Zahl der ungültigen Zweitstimmen von 4,0 auf 2,4% ebenso beigetragen haben wie die Neugestaltung des Stimmzettels.

## 20. Ungültige Stimmabgabe der Briefwähler

Wahljahr	Von 100 der		
	Briefwähler	übrigen Wähler	Wähler insgesamt
haben ungültig gewählt			
Erststimme			
1957	1,6	3,0	3,0
1961	0,8	2,7	2,6
1965	0,9	3,1	2,9
Zweitstimme			
1957	1,7	3,9	3,8
1961	1,3	4,1	4,0
1965	0,7	2,5	2,4

Von den Briefwählern wurden bisher immer weniger ungültige Erst- und Zweitstimmen abgegeben als von den übrigen Wählern. Bei den Briefwählern war 1965 sowohl der Anteil der ungültigen Erststimmen von 0,9%, als auch der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 0,7% nicht einmal ein Drittel so groß wie bei den übrigen Wählern, bei denen diese Anteile 3,1 bzw. 2,5% ausmachten. Der Grund mag an dem größeren politischen Interesse der Briefwähler liegen, das schon an dem Umstand zu erkennen ist, daß sie sich die Unterlagen für die Briefwahl überhaupt sorgten. Die Briefwähler können außerdem den Stimmzettel genauer studieren und sich von Familienangehörigen und Bekannten über die Technik der Stimmabgabe beraten lassen. Auch sie müssen jedoch den Stimmzettel unbeobachtet ausfüllen und die persönliche Stimmabgabe sogar eidesstattlich bestätigen.

Von den Briefwählern sind zum ersten Mal seit 1957 — ebenso wie von den übrigen Wählern — mehr ungültige Erststimmen als gültige Zweitstimmen abgegeben worden; früher war es umgekehrt.

Die ungültigen Stimmen sind vor allem Frauenstimmen. Bei der Bundestagswahl 1965 gab es 911 000 Frauen, aber nur 497 000 Männer, die eine oder beide Stimmen ungültig abgaben. Dabei sind die Fälle, in denen nur die Zweitstimme ungültig war, bei den Männern in etwa dem gleichen Umfang wie bei den Frauen stark zurückgegangen.

Von 100 Erststimmen der Männer waren 2,4 und von 100 Erststimmen der Frauen 3,8, von 100 Zweitstimmen der Männer 2,1 und von 100 Zweitstimmen der Frauen 2,9 ungültig. Unterzählt man nach dem Alter, wählten die über 60jährigen mit 2% der Erststimmen und 3,5% der Zweitstimmen besonders häufig ungültig.

Da die Abgabe von nur einer ungültigen Stimme häufig auf der Ablehnung entweder aller Kreiswahlvorschläge oder aller Landeslisten und nicht nur auf Mißverständnissen und Fehlern beruhen könnte, könnte man versuchen, die vielen ungültigen Stimmen der älteren Wähler hieraus zu erklären. Man würde dabei unterstellen, daß die älteren Wähler, die etwa doppelt so häufig wie die jüngsten Wähler nur eine Stimme gültig abgegeben haben, besonders häufig sind. Etwa doppelt so häufig wie die unter 30jährigen Wähler, die über 60jährigen aber auch mit beiden Stimmen ungültig

## 21. Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter\*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von jeweils 100 Wählern wählten mit der					
	Erst- stimme ungültig	auch mit der Zweit- stimme	nur mit der Erst- stimme	Zweit- stimme ungültig	auch mit der Erst- stimme	nur mit der Zweit- stimme
Männer						
21—30 .....	1,6	0,6	1,0	1,6	0,6	1,0
30—45 .....	1,8	0,8	1,0	1,7	0,8	0,9
45—60 .....	2,6	1,2	1,4	2,3	1,2	1,1
60 und mehr .....	3,6	1,5	2,1	3,0	1,5	1,5
Zusammen ...	2,4	1,0	1,4	2,1	1,0	1,1
dagegen 1961 ...	2,5	1,0	1,4	3,4	1,0	2,4
Frauen						
21—30 .....	2,3	0,7	1,6	2,0	0,7	1,3
30—45 .....	2,7	1,0	1,7	2,3	1,0	1,3
45—60 .....	4,1	1,3	2,8	3,1	1,3	1,8
60 und mehr .....	5,4	1,5	3,9	3,9	1,5	2,4
Zusammen ...	3,8	1,2	2,6	2,9	1,2	1,7
dagegen 1961 ...	3,3	1,1	2,3	4,9	1,1	3,8
Männer und Frauen						
21—30 .....	1,9	0,6	1,3	1,8	0,6	1,2
30—45 .....	2,3	0,9	1,4	2,0	0,9	1,1
45—60 .....	3,5	1,2	2,3	2,7	1,2	1,5
60 und mehr .....	4,6	1,5	3,1	3,5	1,5	2,0
Insgesamt ...	3,1	1,1	2,0	2,5	1,1	1,4
dagegen 1961 ...	2,9	1,1	1,9	4,2	1,1	3,2

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

gewählt. Man wird daher eher folgern müssen, daß es für die älteren Wähler schwieriger ist, den Stimmzettel auszufüllen, als für die jüngeren Wähler. Dasselbe gilt für die Frauen im Vergleich zu den Männern.

## 22. Ungültige Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land\*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Zweitstimmen der		
	Männer	Frauen	Männer und Frauen
nebenstehenden Alters waren ungültig			
Gemeinden unter 3 000 Einwohnern			
21—30 .....	2,0	2,6	2,3
30—45 .....	2,4	3,2	2,8
45—60 .....	3,4	4,1	3,8
60 und mehr .....	4,3	4,7	4,5
Gemeinden mit 3 000 bis unter 50 000 Einwohnern			
21—30 .....	1,6	1,9	1,7
30—45 .....	1,6	2,1	1,9
45—60 .....	2,1	3,0	2,7
60 und mehr .....	3,0	3,8	3,5
Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern			
21—30 .....	1,2	1,6	1,4
30—45 .....	1,1	1,8	1,5
45—60 .....	1,7	2,4	2,1
60 und mehr .....	2,0	3,3	2,8

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Wie schon die Untersuchungen aus Anlaß der früheren Bundestagswahlen gezeigt haben, ist ferner anzunehmen, daß sich die städtische Bevölkerung mit dem Stimmzettel besser zurecht findet als die ländliche. Gleich von welcher Altersgruppe der Männer und Frauen man ausgeht, haben nach der Tabelle 22 in den großen Gemeinden erheblich weniger Personen mit der Zweitstimme ungültig gewählt als in den kleinen.

## C. Gültige Erststimmen

Die 32 437 049 gültigen Erststimmen entschieden darüber, welche Kreisabgeordneten in den Bundestag einzogen. Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 1961 hatten nur die Kreisabgeordneten der CDU/CSU und der SPD Aussichten, Kreismandate zu erringen. Viele Anhänger der übrigen Parteien haben daher ihre Erststimme nicht den Wahlkreis-

kandidaten ihrer Partei sondern den wirklich aussichtsreichen Wahlkreisbewerbern gegeben. In einigen Wahlkreisen wurden sie hierzu von ihrer Partei sogar ausdrücklich aufgefordert. Hieraus erklärt es sich, daß die CDU/CSU und die SPD erheblich mehr Erststimmen als Zweitstimmen erhalten haben. Weniger Erst- als Zweitstimmen erhielten alle übrigen Parteien. Dabei muß aller-

dings in Betracht gezogen werden, daß es in manchen Wahlkreisen für einige dieser Parteien keine Wahlkreiskandidaten gab. Bei der CDU/CSU überstieg die Zahl der Erststimmen die der Zweitstimmen um 311 899 und bei der SPD um 185 288.

Von den 248 Wahlkreissitzen fielen 154 an die CDU/CSU und 94 an die SPD. Bei der Bundestagswahl 1961 waren es 156 bzw. 91. Bei diesem Vergleich ist jedoch zu beachten, daß sich die Zahl der Wahlkreise um einen erhöht hat und rd. zwei Drittel aller

23. Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Parteizugehörigkeit	Jahr der Wahl					
	1949	1953	1957	1961	1961 <sup>1)</sup>	1965
SPD .....	96	45	46	91	89	94
CDU .....	91	130	147	114	120	118
CSU .....	24	42	47	42	39	36
FDP .....	12	14	1	—	—	—
Sonstige .....	19 <sup>2)</sup>	11 <sup>3)</sup>	6 <sup>4)</sup>	—	—	—
Insgesamt ...	242	242	247	247	248	248

<sup>1)</sup> Bei der Wahlkreiseinteilung 1965 und einer gesetzlichen Zahl von 496 Abgeordneten. — <sup>2)</sup> Davon: BP: 11, DP: 5, Wählergruppen: 3. — <sup>3)</sup> Davon DP: 10, Zentrum: 1. — <sup>4)</sup> DP.

Wahlkreise Grenzänderungen erfahren haben. Es ist daher zweckmäßiger, auch für 1961 von den Mehrheitsverhältnissen in den neuen Wahlkreisen auszugehen. Danach hat sich die Zahl der Wahlkreissitze der CDU/CSU von bisher 159 um fünf vermindert und die bisherige Zahl von 89 Wahlkreissitzen der SPD um fünf erhöht. Die FDP bekam wiederum keinen Wahlkreissitz.

15 Wahlkreise sind von der CDU/CSU an die SPD und zehn von der SPD an die CDU/CSU übergegangen. Die Wahlkreise, welche die CDU verloren hat, liegen fast alle in den Großstädten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets. Außerdem ging der Wahlkreis 244 Saarbrücken-Stadt von der CDU an die SPD über. Die CSU mußte in den Wahlkreisen 208 München-West, 224 Coburg und 230 Nürnberg-Nord die Mehrheit der Erststimmen der

24. Wahlkreise, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1961 auf 1965 auf eine andere Partei übergegangen ist

Nr. und Name des Wahlkreises	Anteil der Erststimmen			
	1965		1961 <sup>1)</sup>	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Übergang von der CDU/CSU an die SPD				
59 Köln I .....	44,9	46,0	47,7	35,9
62 Köln IV .....	44,6	47,5	46,9	39,2
67 Leverkusen-Opladen .....	44,5	44,7	45,4	36,5
69 Wuppertal I .....	43,7	45,3	39,8	37,8
70 Wuppertal II .....	43,4	45,2	40,0	38,2
71 Solingen .....	41,2	45,1	41,7	35,9
75 Düsseldorf II .....	42,3	48,6	42,5	40,7
85 Oberhausen .....	42,3	52,6	45,4	44,4
99 Recklinghausen Land .....	46,9	47,1	48,9	40,9
100 Recklinghausen Stadt .....	42,9	51,1	44,9	44,0
101 Bottrop-Gladbeck .....	41,5	52,9	46,6	44,2
208 München-West .....	43,7	43,9	43,3	40,8
224 Coburg .....	43,1	46,4	41,4	41,4
230 Nürnberg-Nord .....	40,4	42,4	40,5	38,5
244 Saarbrücken Stadt .....	39,5	42,0	38,6	34,2
Übergang von der SPD an die CDU/CSU				
23 Delmenhorst-Wesermarsch .....	42,6	42,3	35,1	41,6
24 Cuxhaven .....	51,5	38,6	35,9	37,1
29 Verden .....	51,8	39,9	36,4	36,9
40 Gifhorn .....	48,1	41,0	35,5	39,2
125 Siegen-Wittgenstein .....	46,2	44,6	38,8	41,6
131 Marburg .....	44,9	44,5	40,2	41,5
135 Obertaunuskreis .....	48,1	43,6	39,0	40,0
166 Stuttgart III .....	40,0	39,2	32,5	37,0
169 Leonberg-Vaihingen .....	45,4	38,2	35,1	37,7
177 Waiblingen .....	42,8	37,5	34,8	36,6

<sup>1)</sup> Nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1965.

SPD überlassen. Von den zehn Wahlkreisen, welche die SPD verloren hat, liegen vier in Niedersachsen und drei in Baden-Württemberg. Außerdem gingen der Wahlkreis 125 Siegen-Wittgenstein in Nordrhein-Westfalen sowie die Wahlkreise 131 Marburg und 135 Obertaunuskreis in Hessen von der SPD an die CDU über (Tab. 24).

Trotz eines Stimmenanteils der CDU von 38,3% in Hamburg und von 34,9% in Bremen, fielen dort alle Wahlkreissitze an die SPD. Auf der anderen Seite konnte die SPD z. B. in Schleswig-Holstein wo diese Partei 39,2% der Stimmen erhielt, von den insgesamt elf Wahlkreisabgeordneten nur einen, die CDU aber zehn stellen. Im ganzen Wahlgebiet verhalten sich die Wahlkreissitze der SPD zu den Wahlkreissitzen der CDU/CSU wie 3:5, die Stimmen aber wie 5:6. Würde sich der Bundestag nur aus den nach den Grundsätzen der relativen Mehrheitswahl gewählten 248 Wahlkreisabgeordneten zusammensetzen, hätte sich demnach aus der Bundestagswahl 1965 ein wesentlich anderes Kräfteverhältnis ergeben.

Die SPD verdankt ihre weitaus meisten Wahlkreissitze ihrer Anhängerschaft in den Großstädten. In zwei Dritteln der rd. 90 Wahlkreise, die man als großstädtische Wahlkreise bezeichnen kann, stellte sie den Wahlkreissieger. Die Wahlkreisabgeordnete der SPD kommen daher vor allem aus Hamburg und Bremen, aus dem Raum Hannover—Minden—Bielefeld, aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, aus dem Rhein-Main-Gebiet sowie aus den Räumen Mannheim-Ludwigshafen, Stuttgart, Nürnberg und München. Das größte geschlossene Gebiet mit Wahlsiegern der SPD reicht von Hannover über ganz Hessen bis zur Saarland.

Demgegenüber sind die ländlichen Wahlkreise, d. h. die Gebiete außerhalb der Großstädte und nicht nur die bäuerlichen Wahlkreise, vor allem eine Domäne der CDU/CSU. Unter den 43 Wahlkreisen, in denen auf die CDU/CSU über 60% der Erststimmen fielen, befindet sich nur ein einziger Wahlkreis mit einer Großstadt nämlich Regensburg.

Es ist derjenige Wahlkreisbewerber gewählt, der die relativ meisten Erststimmen auf sich vereinigt. Mehr als 50% der gültigen Erststimmen sind nicht erforderlich. Durch die immer stärker werdende Konzentration der Stimmen auf die beiden großen Parteien wurden jedoch immer mehr Wahlkreiskandidaten mit absoluter Mehrheit gewählt. Bei der Bundestagswahl 1949 waren es erst 2 bei der Bundestagswahl 1953 aber bereits 115 und bei der Bundestagswahl 1957 132. Der Rückgang bei der Bundestagswahl 1965 auf 97 war nur vorübergehend; denn 1965 gab es sogar 145 Wahlkreiskandidaten, die mehr als 50% der Erststimmen auf sich vereinen konnten. Darunter befanden sich 108 Kandidaten der CDU/CSU. Von ihnen haben 43 sogar mehr als 60% und acht mehr als 70% der Erststimmen erhalten.

Die SPD bekam die meisten ihrer 94 Wahlkreissitze mit so viel geringeren Mehrheiten. Nur 37 ihrer Wahlkreissieger hatten über die Hälfte der Wähler hinter sich und zwei mehr als 60%. Dabei handelt es sich um die Wahlkreise 115 Dortmund II (60,6%) und 118 Bochum-Witten (60,1%).

Mit weniger als 40% der Erststimmen konnten 1949 noch 1 Wahlkreissiege errungen werden, 1957 aber nur 26 und 1965 so nur noch zwei. Dabei handelt es sich um den Wahlkreis 22 Oldenburg, in dem die CDU mit 38,2% der Erststimmen zu ihrem Wahlsieg kam und um den Wahlkreis 168 Heilbronn, in dem die SPD nur 38,1% der Erststimmen benötigte. Das andere Extrem ist der Wahlkreis 27 Cloppenburg mit 79,4% der Erststimmen für die Kandidaten der CDU (Tabelle 25).

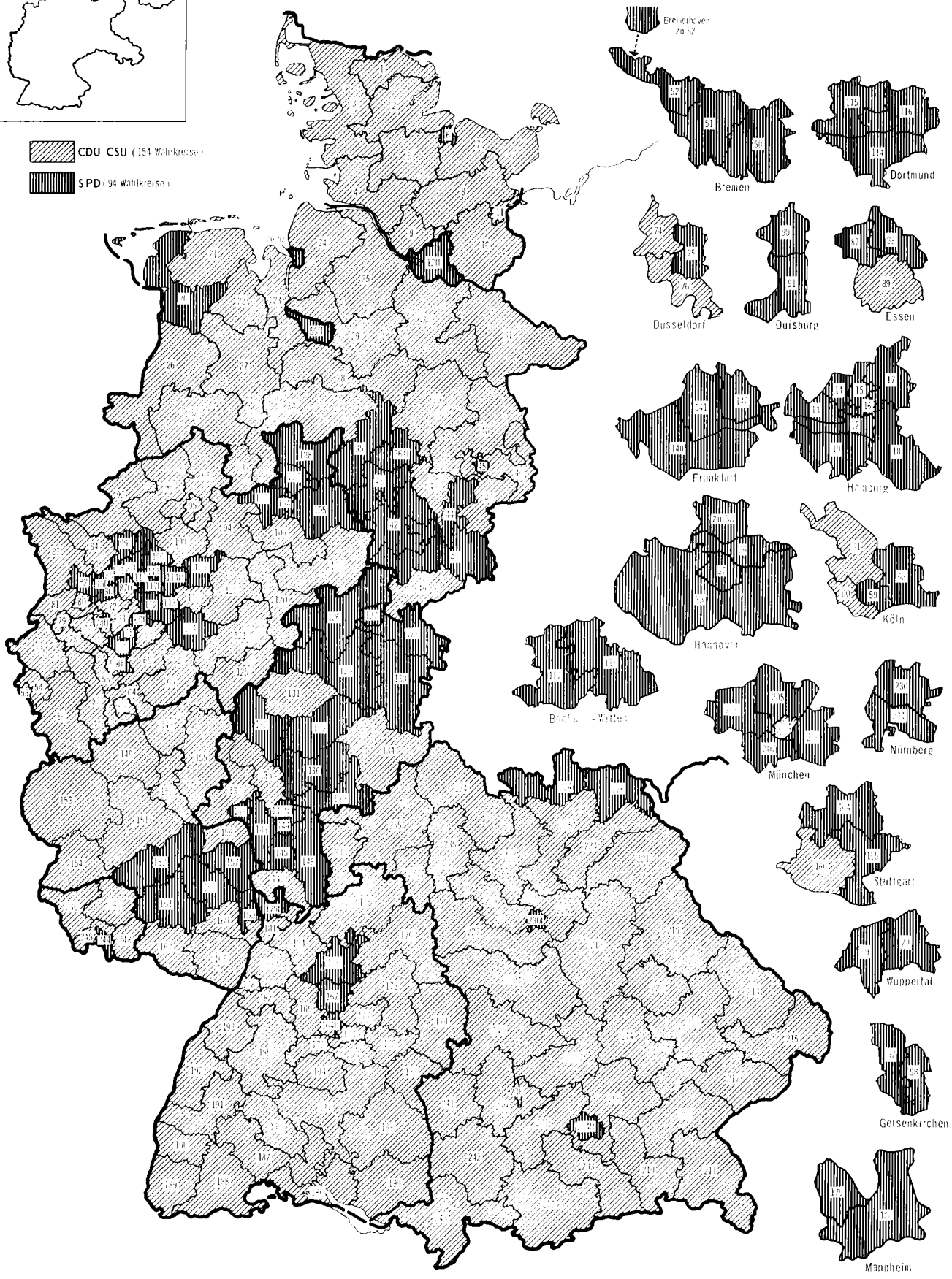
Für den Übergang des Wahlkreissitzes an den Kandidaten einer anderen Partei genügen oft nur wenige Stimmen, da es zahlreiche Wahlkreise gibt, in denen das Stimmenverhältnis zwischen CDU/CSU und SPD ziemlich ausgeglichen ist. In zehn Fällen bei der Bundestagswahl 1965 die Zahl der Erststimmen für den Wahlsieger der CDU/CSU um weniger als 2% größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der SPD. In weiteren neun Fällen die Zahl der Erststimmen für den Wahlsieger der SPD um weniger als 2% größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der CDU/CSU. Bis 5% machte der Vorsprung von 22 Wahlkreissiegern der CDU/CSU und von 18 Wahlkreissiegern der SPD, bis zu 10% der Vorsprung von 38 Wahlkreissiegern der CDU/CSU und von 45 Wahlkreissiegern der SPD aus. Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 38 Wahlkreisen mit einem Stimmenvorsprung der CDU/CSU um weniger als 10% eine Abwanderung bereits 5% der CDU/CSU-Wähler zur SPD genügen, damit die CDU/CSU 38 Wahlkreise verliert und die SPD 38 Wahlkreise



Wahlkreise nach der Parteizugehörigkeit der gewählten Bewerber

CDU CSU (154 Wahlkreise)

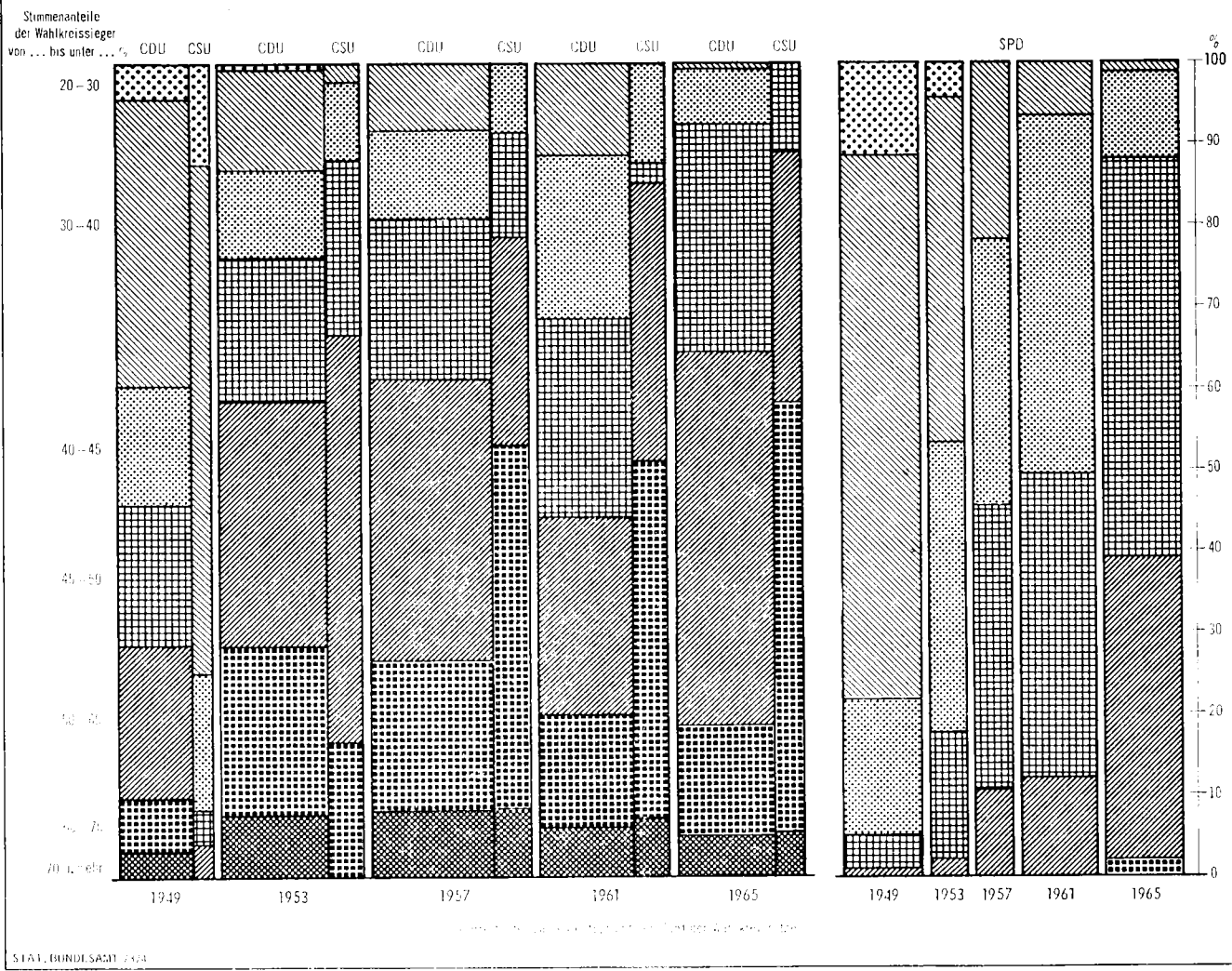
SPD (94 Wahlkreise)



TAT, BUNDESAMT 5452

Zeichnung der Wahlkreise siehe Schaubild 9

WAHLKREISSITZE DER CDU, CSU UND SPD BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN  
nach dem Stimmenanteil, mit dem sie gewonnen wurden



25. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber

Lfd. Nr.	Nummer und Name des Wahlkreises	Parteiangehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen	Lfd. Nr.	Nummer und Name des Wahlkreises	Parteiangehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen
70 bis unter 80%				noch: 60 bis unter 70%			
1	27 Cloppenburg	CDU	79,1	21	151 Cochem	CDU	63,5
2	153 Bittburg	CDU	74,9	22	94 Beckum-Warendorf	CDU	63,3
3	217 Pfarrkirchen	CSU	71,7	23	55 Geilenkirchen-Heinsberg	CDU	67,1
4	198 Biberach	CDU	71,2	24	222 Bamberg	CSU	63,0
5	232 Weidenburg	CSU	72,3	25	213 Deggendorf	CSU	63,0
6	92 Ahaus-Bocholt	CDU	71,2	26	241 Neu-Ühn	CSU	62,5
7	26 Enslund	CDU	71,0	27	64 Siegburg-Idar-Ober-Saars	CDU	61,8
8	106 Paderborn-Wiedenbrück	CDU	70,3	28	220 Regensburg	CSU	61,7
60 bis unter 70%				29	193 Rastatt	CDU	61,1
1	102 Höxter	CDU	69,8	30	154 Trier	CDU	61,0
2	200 Altfötting	CSU	69,4	31	236 Schweinfurt	CSU	60,8
3	234 Bad Kissingen	CSU	69,0	32	115 Dortmund II	SPD	60,6
4	121 Olpe-Meschede	CDU	68,9	33	239 Augsburg-Land	CSU	60,6
5	216 Straubing	CSU	68,8	34	120 Lippstadt-Brilon	CDU	60,5
6	219 Burglengenfeld	CSU	68,4	35	211 Traunstein	CSU	60,5
7	240 Donauwörth	CSU	68,3	36	221 Tirschenreuth	CSU	60,2
8	83 Kleve	CDU	68,2	37	118 Bochum-Witten	SPD	60,1
9	218 Amberg-Neumarkt i. d. Opf.	CSU	67,8	50 bis unter 60%			
10	96 Steinfurt-Coesfeld	CDU	67,5	1	197 Balingen	CDU	59,9
11	235 Karlstadt	CSU	67,5	2	88 Essen II	SPD	59,6
12	149 Ahrweiler	CDU	67,4	3	63 Bonn	CDU	59,6
13	32 Bersenbrück	CDU	66,8	4	93 Pöcklenburg	CDU	59,2
14	199 Ravensburg	CDU	66,1	5	243 Kempten	CSU	59,1
15	185 Tauberbischofsheim	CDU	65,6	6	210 Rosenheim	CSU	59,0
16	56 Düren	CDU	64,7	7	225 Kulinbach	CSU	59,0
17	202 Ingolstadt	CSU	64,2	8	212 Weithelm	CSU	58,9
18	242 Kaufbeuren	CSU	64,0	9	77 Neuß-Grevenbroich I	CDU	58,8
19	214 Landshut	CSU	63,9	10	110 Wanne-Eickel-Wattenscheid	SPD	58,4
20	215 Passau	CSU	63,7	11	81 Kempen-Krefeld	CDU	58,3

noch: 25. Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den gewählten Wahlkreisbewerber

Lfd. Nr.	Nummer und Name des Wahlkreises	Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen	Lfd. Nr.	Nummer und Name des Wahlkreises	Partei- zugehörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erst- stimmen
noch: 50 bis unter 60%				noch: 40 bis unter 50%			
12	173 Ulm	CDU	58,2	8	6 Kiel	SPD	49,0
13	183 Bruchsal-Karlsruhe-Land II	CDU	58,1	9	171 Eßlingen	CDU	48,8
14	98 Gelsenkirchen II	SPD	57,9	10	42 Holzminde	SPD	48,7
15	201 Fürstentumbrück	CSU	57,9	11	48 Northheim	SPD	48,6
16	79 Mönchengladbach	CDU	57,9	12	189 Lörrach-Mühlheim	CDU	48,6
17	128 Eschwege	SPD	57,7	13	75 Düsseldorf II	SPD	48,6
18	174 Arden-Heidenheim	CDU	57,7	14	162 Pirmasens	CDU	48,6
19	122 Arnsberg-Soest	CDU	57,4	15	73 Düsseldorf-Mettmann II	CDU	48,6
20	3 Husum	CDU	57,0	16	89 Essen III	CDU	48,6
21	95 Münster	CDU	57,0	17	61 Köln III	CDU	48,4
22	90 Duisburg I	SPD	56,8	18	145 Darmstadt	SPD	48,4
23	192 Offenburg	CDU	56,8	19	140 Frankfurt I	SPD	48,3
24	150 Koblenz	CDU	56,8	20	44 Salzgitter	SPD	48,3
25	66 Rheinisch-Bergischer Kreis	CDU	56,6	21	158 Frankenthal	SPD	48,2
26	116 Dortmund III	SPD	56,6	22	17 Wandsbek	SPD	48,2
27	233 Aschaffenburg	CSU	56,4	23	160 Neustadt-Speyer	CDU	48,1
28	188 Waldshut	CDU	56,3	24	135 Obertaunuskreis	CDU	48,1
29	97 Gelsenkirchen I	SPD	56,2	25	40 Gifhorn	CDU	48,1
30	187 Donaueschingen	CDU	56,2	26	80 Krefeld	CDU	48,0
31	57 Bergheim	CDU	56,0	27	223 Bayreuth	CSU	48,0
32	196 Rottweil	SPD	55,9	28	47 Goslar-Wolfenbüttel	CDU	48,0
33	82 Moers	SPD	55,9	29	38 Hannover III	SPD	48,0
34	209 München-Land	CSU	55,8	30	142 Frankfurt III	SPD	47,9
35	25 Stade	CDU	55,8	31	132 Wetzlar	SPD	47,8
36	176 Crailsheim	CDU	55,3	32	139 Hanau	SPD	47,8
37	186 Konstanz	CDU	55,3	33	11 Lübeck	CDU	47,7
38	117 Bochum	SPD	55,2	34	205 München-Nord	SPD	47,7
39	134 Fulda	CDU	54,9	35	62 Köln IV	SPD	47,5
40	111 Herne-Castrop-Rauxel	SPD	54,9	36	119 Iserlohn	CDU	47,5
41	191 Emmendingen	CDU	54,8	37	146 Dieburg	SPD	47,5
42	227 Ansbach	CSU	54,5	38	35 Schaumburg	SPD	47,4
43	30 Soltau-Harburg	CDU	54,5	39	245 Saarbrücken-Land	CDU	47,4
44	184 Heidelberg-Land-Sinsheim	CDU	54,4	40	105 Detmold-Lippe	SPD	47,3
45	109 Lidinghausen	CDU	54,4	41	133 Gießen	SPD	47,3
46	237 Würzburg	CSU	54,4	42	181 Heidelberg-Stadt	CDU	47,3
47	148 Neuwied	CDU	54,3	43	228 Erlangen	CSU	47,2
48	2 Schleswig-Eckernförde	CDU	54,3	44	99 Recklinghausen-Land	SPD	47,1
49	78 Rheydt-Grevenbroich II	CDU	54,2	45	14 Eimsbüttel	SPD	47,1
50	246 Saarouis	CDU	54,2	46	103 Bielefeld-Land	SPD	47,0
51	123 Unna	SPD	54,0	47	76 Düsseldorf III	CDU	47,0
52	247 Ottweiler	CDU	54,0	48	231 Nürnberg-Süd	SPD	47,0
53	87 Essen I	SPD	53,9	49	45 Braunschweig	SPD	47,0
54	203 Miesbach	CSU	53,9	50	49 Göttingen	CDU	47,0
55	12 Hamburg-Mitte	SPD	53,8	51	207 München-Süd	SPD	47,0
56	53 Aachen-Stadt	CDU	53,8	52	147 Bergstraße	CDU	46,9
57	51 Bremen-West	SPD	53,7	53	194 Reutlingen	CDU	46,9
58	8 Segeberg-Eutin	CDU	53,6	54	84 Dinslaken	CDU	46,8
59	19 Harburg	SPD	53,5	55	226 Hof	SPD	46,8
60	112 Ennepe-Ruhr-Kreis	SPD	53,2	56	182 Pforzheim-Karlsruhe-Land I	CDU	46,8
61	54 Aachen-Land	CDU	53,2	57	126 Waldeck	SPD	46,7
62	5 Rendsburg-Neumünster	CDU	53,1	58	41 Hameln-Springe	SPD	46,7
63	114 Dortmund I	SPD	53,0	59	13 Altona	SPD	46,7
64	101 Bottrop-Gladbeck	SPD	52,9	60	161 Kaiserslautern	SPD	46,5
65	179 Mannheim I	SPD	52,8	61	43 Hildesheim	CDU	46,5
66	18 Bergedorf	SPD	52,6	62	28 Hoya	CDU	46,4
67	85 Oberhausen	SPD	52,6	63	224 Coburg	SPD	46,4
68	86 Mülheim	SPD	52,6	64	72 Düsseldorf-Mettmann I	CDU	46,4
69	229 Fürth	CSU	52,5	65	238 Augsburg	CSU	46,3
70	143 Groß-Gerau	SPD	52,2	66	193 Calw	CDU	46,2
71	4 Steinburg-Süderdithmarschen	CDU	52,2	67	125 Siegen-Wittgenstein	CDU	46,2
72	137 Limburg	CDU	52,2	68	124 Altena-Lüdenscheid	SPD	46,2
73	190 Freiburg	CDU	52,1	69	15 Hamburg-Nord I	SPD	46,1
74	113 Hagen	SPD	52,1	70	178 Karlsruhe	CDU	46,1
75	127 Kassel	SPD	52,1	71	59 Köln I	SPD	46,0
76	58 Köln-Land	SPD	51,9	72	20 Emden-Leer	SPD	46,0
77	65 Oberbergischer Kreis-Siegkreis II	CDU	51,9	73	108 Minden	SPD	45,9
78	163 Landau	CDU	51,9	74	164 Stuttgart I	SPD	45,8
79	152 Kreuznach	SPD	51,9	75	141 Frankfurt II	SPD	45,8
80	29 Verden	CDU	51,8	76	129 Fritzlar-Homberg	SPD	45,7
81	31 Lüneburg-Lüchow-Dannenberg	CDU	51,5	77	169 Leonberg-Vaihingen	CDU	45,4
82	24 Cuxhaven	CDU	51,5	78	138 Wiesbaden	SPD	45,3
83	91 Duisburg II	SPD	51,4	79	69 Wuppertal I	SPD	45,3
84	52 Bremerhaven-Bremen-Nord	SPD	51,3	80	70 Wuppertal II	SPD	45,2
85	155 Montabaur	CDU	51,2	81	204 München-Mitte	CDU	45,1
86	159 Ludwigshafen	SPD	51,1	82	34 Nienburg	CDU	45,1
87	100 Recklinghausen-Stadt	SPD	51,0	83	71 Solingen	SPD	44,9
88	37 Hannover II	SPD	50,9	84	181 Marburg	CDU	44,9
89	16 Hamburg-Nord II	SPD	50,8	85	157 Worms	SPD	44,8
90	10 Stormarn-Herzogtum Lauenburg	CDU	50,7	86	68 Remscheid	CDU	44,7
91	107 Herford	SPD	50,7	87	206 München-Ost	SPD	44,7
92	74 Düsseldorf I	CDU	50,5	88	67 Leverkusen-Opladen	SPD	44,7
93	7 Plön	CDU	50,4	89	156 Mainz	CDU	44,5
94	172 Göppingen	CDU	50,3	90	248 St. Ingbert	CDU	44,5
95	36 Hannover I	SPD	50,2	91	21 Wilhelmshaven	CDU	44,5
96	170 Nürtingen-Böblingen	CDU	50,1	92	50 Bremen-Ost	SPD	44,2
97	175 Schwäbisch Gmünd-Backnang	CDU	50,1	93	208 München-West	SPD	43,9
98	60 Köln II	CDU	50,0	94	180 Mannheim II	SPD	43,6
99	33 Osnabrück	CDU	50,0	95	177 Waiblingen	CDU	42,8
100	9 Pinneberg	CDU	50,0	96	23 Delmenhorst-Wesermarsch	CDU	42,6
40 bis unter 50%				97	230 Nürnberg-Nord	SPD	42,4
1	136 Friedberg	SPD	49,8	98	167 Ludwigsburg	SPD	42,1
2	46 Helmstedt-Wolfsburg	CDU	49,7	99	244 Saarbrücken-Stadt	SPD	42,0
3	39 Celle	CDU	49,3	100	165 Stuttgart II	SPD	40,8
4	130 Hersfeld	SPD	49,2	101	166 Stuttgart III	CDU	40,0
5	104 Bielefeld-Stadt	SPD	49,2	30 bis unter 40%			
6	144 Offenbach	SPD	49,1	1	22 Oldenburg	CDU	38,2
7	1 Flensburg	CDU	49,0	2	168 Heilbronn	SPD	38,1

winnt, was dazu führen würde, daß die SPD mehr als die Hälfte aller Wahlkreisabgeordneten stellt. Ein entsprechender Stimmenumschwung in den 45 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der SPD von weniger als 10% würde dagegen für die SPD eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 94 auf 49 zur Folge haben. Je nachdem, von welcher Entwicklung man ausgeht, sind also sehr unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten. Selbst im ungünstigsten Falle könnte die CDU/CSU jedoch nicht allzu viele Wahlkreissitze verlieren, weil sie von den insgesamt 154 Wahlkreissitzen 116 oder über zwei Drittel mit einem Vorsprung von mehr als 10% errungen hat. Von den 94 Wahlkreissiegern der SPD hatten jedoch nur 49

26. Wahlkreisabgeordnete des 5. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien

Land	Abgeordnete insgesamt	Davon der		
		SPD	CDU	CSU
Schleswig-Holstein...	11	1	10	—
Hamburg .....	8	8	—	—
Niedersachsen .....	30	10	20	—
Bremen .....	3	3	—	—
Nordrhein-Westfalen	73	35	38	—
Hessen .....	22	17	5	—
Rheinland-Pfalz .....	16	5	11	—
Baden-Württemberg	36	6	30	—
Bayern .....	44	8	—	36
Saarland .....	5	1	4	—
Bundesgebiet ...	248	94	118	36

oder etwa die Hälfte einen Vorsprung von mehr als 10% vor den Kandidaten der CDU/CSU.

Die Zahl der Erststimmen für einen Wahlkreisbewerber hängt von seiner Parteizugehörigkeit, von der Wirkung seiner Persönlichkeit und von Wahlabsprachen ab. Soweit es sich um die beiden letzten dieser drei Faktoren handelt, läßt sich ihre Wirkung daran ablesen, ob die Wahlkreiskandidaten erheblich mehr Erststimmen erhalten haben als ihre Partei Zweitstimmen. In 42 Wahlkreisen übersteigt die Zahl der Erststimmen für einen Kandidaten die Zahl der Zweitstimmen für die Landesliste seiner Partei um mehr als 3000. Dabei handelt es sich um 31 Kandidaten der CDU/CSU und elf der SPD. Das auffälligste Beispiel ist der Wahlkreis 135 Obertaunuskreis, wo der Kandidat der CDU bei der Nachwahl, offenbar mit der Unterstützung von Anhängern der FDP, fast 11000 Erststimmen mehr als die Landesliste seiner Partei bekam und nur dadurch den Bewerber der SPD schlagen konnte. Dieses Beispiel macht auch deutlich, daß die Unterschiede zwischen Erst- und Zweitstimmen nur begrenzte Schlüsse auf die persönliche Wirkung der Wahlkreiskandidaten zulassen. Auf den damaligen Bundesvorsitzenden der CDU, Dr. Konrad Adenauer, entfielen in seinem Wahlkreis 63 Bonn 5041 und auf den damaligen Bundeskanzler, Professor Dr. Ludwig Erhard, in seinem Wahlkreis 173 Ulm 6898 Erststimmen mehr als auf die Landesliste der CDU. Unter den Wahlkreisbewerbern der SPD erhielten z. B. die Mitglieder des Bundesvorstandes Fritz Erler (+ 5135) und Professor Dr. Carlo Schmidt (+ 4252) bedeutend mehr Erststimmen als ihre Partei Zweitstimmen.

27. Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten

Anteil der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreissieger mit nebenstehendem Stimmenanteil <sup>1)</sup>														
	insgesamt			nach Parteien											
				SPD			CDU			CSU			Sonstige und Parteilose		
				1949	1957	1965	1949	1957	1965	1949	1957	1965	1949	1957	1965
70 und mehr .....	3	16	8	—	—	—	3	12	6	—	4	2	—	—	—
60—70 .....	6	48	37	—	—	2	6	27	16	—	21	19	—	—	—
50—60 .....	19	68	100	1	5	35	17	51	54	1	12	11	—	—	—
40—50 .....	60	89	101	20	31	56	29	45	41	5	10	4	—	—	—
30—40 .....	129	26	2	64	10	1	32	12	1	15	—	—	6	3	—
20—30 .....	25	—	—	11	—	—	4	—	—	3	—	—	18	4	—
Insgesamt ...	242	247	248	96	46	94	91	147	118	24	47	36	31	7	—

<sup>1)</sup> 1949 ohne Saarland.

28. Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen

Abstand der Erststimmen in % <sup>1)</sup>	Abstände insgesamt				Abstände zwischen							
					CDU/CSU — SPD				SPD — CDU/CSU			
	1949 <sup>2)</sup>	1957	1961	1965	1949 <sup>2)</sup>	1957	1961	1965	1949 <sup>2)</sup>	1957	1961	1965
unter 1 .....	14	10	12	7	3	4	8	3	1	5	4	4
1 bis unter 2 .....	4	12	13	12	—	6	5	7	2	5	8	5
2 bis unter 5 .....	33	22	25	21	8	9	14	12	8	10	11	9
5 bis unter 10 .....	61	34	48	43	20	19	20	16	14	12	28	27
10 bis unter 15 .....	50	27	37	46	10	21	14	20	21	4	23	26
15 bis unter 20 <sup>3)</sup> .....	30	25	19 <sup>3)</sup>	32	11	18	9 <sup>3)</sup>	18	5	6	10	14
20 bis unter 30 .....	30	37	41	46	16	32	35	37	—	2	6	9
30 bis unter 40 .....	9	27	23	18	8	26	22	18	—	—	1	—
40 bis unter 50 .....	8	31	19	18	5	29	19	18	1	—	—	—
50 bis unter 60 .....	—	18	8	4	—	17	8	4	—	—	—	—
60 bis unter 70 .....	2	4	2	1	2	4	2	1	—	—	—	—
70 und mehr .....	1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Insgesamt ...	242	247	247	248	83	185	156	154	57	44	91	94

<sup>1)</sup> Absolute Differenz der prozentualen Stimmenanteile. — <sup>2)</sup> Ohne Saarland. — <sup>3)</sup> Darunter 1961 nur noch ein Wahlkreis, in dem die FDP und nicht die SPD nach der CDU mit einem Abstand von 15,1% Erstunterlegener war (Wahlkreis 173 Crailsheim).

D. Gültige Zweitstimmen

1. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern

Die Verteilung der Erststimmen auf die Wahlkreiskandidaten ist für den Wahlausgang in den Wahlkreisen und für die personelle Zusammensetzung der Hälfte des Bundestages von Bedeutung. Für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer Partei im Bundestag sind die Zweitstimmen ausschlaggebend. Auch die politische Einstellung der Bevölkerung, die sich im Wahlergebnis durch Bevorzugung der einen oder anderen Partei niederschlägt,

findet vor allem in den Zweitstimmen ihren Ausdruck. Auf die Zweitstimmen wird daher näher als auf die Erststimmen eingegangen werden.

Bei der Bundestagswahl 1965 wurden 32620442 gültige Zweitstimmen abgegeben. Davon erhielten die

CDU/CSU	15524068 oder 47,6%,
SPD	12813186 oder 39,3%,
FDP	3096739 oder 9,5%.

29. Stimmabgabe der Wähler insgesamt, der Briefwähler und der übrigen Wähler

Wahljahr	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf							
	insgesamt		ungültig	gültig	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige	
	Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wähler insgesamt												
Schleswig-Holstein												
1957	1 367 225	55 180	4,0	1 312 045	631 147	48,1	404 595	30,8	73 656	5,6	202 647	15,4
1961	1 431 704	68 338	4,8	1 363 366	569 216	41,8	495 728	36,4	188 619	13,8	109 803	8,1
1965	1 448 994	32 252	2,2	1 416 742	682 626	48,2	549 901	38,8	132 761	9,4	51 454	3,6
Hamburg												
1957	1 185 178	30 919	2,6	1 154 259	432 262	37,4	528 645	45,8	108 451	9,4	84 901	7,4
1961	1 227 787	34 050	2,8	1 193 737	380 613	31,9	560 038	46,9	187 255	15,7	65 831	5,5
1965	1 202 934	15 855	1,3	1 187 079	446 133	37,6	572 859	48,3	112 047	9,4	56 040	4,7
Niedersachsen												
1957	3 950 248	123 835	3,1	3 826 413	1 495 343	39,1	1 255 204	32,8	226 463	5,9	849 403	22,2
1961	4 083 490	140 535	3,4	3 942 955	1 536 956	39,0	1 526 824	38,7	519 139	13,2	360 036	9,1
1965	4 145 849	93 108	2,2	4 052 741	1 855 124	45,8	1 614 540	39,8	440 860	10,9	142 217	3,5
Bremen												
1957	414 498	15 898	3,8	398 600	121 264	30,4	184 003	46,2	23 311	5,8	70 022	17,6
1961	447 936	19 695	4,4	428 241	115 493	27,0	212 734	49,7	64 955	15,2	35 059	8,2
1965	452 799	8 582	1,9	444 217	150 889	34,0	215 487	48,5	51 894	11,7	25 947	5,8
Nordrhein-Westfalen												
1957	9 158 928	303 657	3,3	8 855 271	4 813 996	54,4	2 965 616	33,5	554 781	6,3	520 878	5,9
1961	9 799 429	281 183	2,9	9 518 246	4 530 553	47,6	3 549 359	37,3	1 118 460	11,8	319 874	3,4
1965	9 920 068	168 836	1,7	9 751 232	4 593 281	47,1	4 149 910	42,6	739 954	7,6	268 087	2,7
Hessen												
1957	2 863 092	135 829	4,7	2 727 263	1 116 494	40,9	1 037 166	38,0	232 872	8,5	340 731	12,5
1961	3 028 241	149 552	4,9	2 878 689	1 003 279	34,9	1 233 312	42,8	438 726	15,2	203 372	7,1
1965	3 073 037	84 585	2,8	2 988 452	1 130 871	37,8	1 366 010	45,7	359 419	12,0	132 152	4,4
Rheinland-Pfalz												
1957	1 976 225	77 220	3,9	1 899 005	1 019 709	53,7	578 203	30,4	185 288	9,8	115 805	6,1
1961	2 069 927	99 994	4,8	1 969 933	964 270	48,9	659 830	33,5	259 578	13,2	86 255	4,4
1965	2 114 311	58 581	2,8	2 055 730	1 013 573	49,3	754 175	36,7	209 028	10,2	78 954	3,8
Baden-Württemberg												
1957	4 097 575	189 735	4,6	3 907 840	2 061 701	52,8	1 009 019	25,8	561 538	14,4	275 582	7,1
1961	4 419 748	230 585	5,2	4 189 163	1 899 266	45,3	1 342 885	32,1	697 311	16,6	249 701	6,0
1965	4 598 715	146 488	3,2	4 452 227	2 219 808	49,9	1 470 040	33,0	582 913	13,1	179 466	4,0
Bayern												
1957	5 470 347	196 706	3,6	5 273 641	3 015 892	57,2	1 394 811	26,4	240 695	4,6	622 243	11,8
1961	5 714 545	227 583	4,0	5 486 962	3 014 471	54,9	1 652 642	30,1	479 830	8,7	340 019	6,2
1965	5 803 004	161 513	2,8	5 641 491	3 136 506	55,6	1 869 467	33,1	413 744	7,3	221 774	3,9
Saarland												
1957	589 578	38 487	6,5	551 091	300 591	54,5	138 309	25,1	100 080	18,2	12 111	2,2
1961	626 817	47 208	7,5	579 609	284 255	49,0	194 003	33,5	74 893	12,9	26 458	4,6
1965	656 496	25 965	4,0	630 531	295 257	46,8	250 797	39,8	54 119	8,6	30 358	4,8
Bundesgebiet												
1957	31 072 894	1 167 466	3,8	29 905 428	15 008 399	50,2	9 495 571	31,8	2 307 135	7,7	3 094 323	10,3
1961	32 849 624	1 298 723	4,0	31 550 901	14 298 372	45,3	11 427 355	36,2	4 028 766	12,8	1 796 408	5,7
1965	33 416 207	795 765	2,4	32 620 442	15 524 068	47,6	12 813 186	39,3	3 096 739	9,5	1 186 449	3,6
Briefwähler												
Schleswig-Holstein												
1957	65 682	2 042	3,1	63 640	36 571	57,5	13 382	21,0	4 991	7,8	8 696	13,7
1961	83 221	1 641	2,0	81 580	38 403	47,1	22 221	27,2	14 493	17,8	6 463	7,9
1965	102 851	702	0,7	102 149	53 582	52,5	32 994	32,3	11 092	10,9	4 481	4,4
Hamburg												
1957	73 800	992	1,3	72 808	36 193	49,7	22 359	30,7	8 566	11,8	5 690	7,8
1961	90 810	1 291	1,4	89 519	35 311	39,4	31 382	35,1	19 050	21,3	3 776	4,2
1965	111 455	661	0,6	110 794	49 221	44,4	43 939	39,7	12 514	11,3	5 120	4,6
Niedersachsen												
1957	186 242	2 145	1,2	184 097	90 205	49,0	41 509	22,5	15 665	8,5	36 718	19,9
1961	200 526	2 543	1,3	197 983	89 486	45,2	59 061	29,8	34 994	17,7	14 442	7,3
1965	260 434	1 889	0,7	258 545	126 258	48,8	86 603	33,5	34 815	13,5	10 869	4,2
Bremen												
1957	21 331	540	2,5	20 791	8 751	42,1	5 936	28,6	2 056	9,9	4 048	19,5
1961	23 665	470	2,0	23 195	8 366	36,2	7 703	33,3	5 220	22,6	1 846	8,0
1965	32 927	218	0,7	32 709	13 844	42,3	11 904	36,4	5 181	15,8	1 780	5,4
Nordrhein-Westfalen												
1957	482 508	9 469	2,0	473 039	316 470	66,9	93 142	19,7	38 558	8,2	24 869	5,3
1961	617 279	6 513	1,1	610 766	344 769	56,4	158 200	25,9	92 004	15,1	15 793	2,6
1965	830 288	4 762	0,6	825 526	458 039	55,5	267 205	32,4	76 492	9,3	23 790	2,9
Hessen												
1957	148 233	2 369	1,6	145 864	76 289	52,3	39 916	27,4	15 034	10,3	14 625	10,0
1961	171 856	2 092	1,2	169 764	72 677	43,0	56 799	33,6	30 301	17,9	9 087	5,4
1965	201 735	2 442	1,2	199 293	88 831	44,6	74 537	37,4	27 158	13,6	8 767	4,4

noch: 29. Stimmabgabe der Wähler insgesamt, der Briefwähler und der übrigen Wähler

Wahljahr	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen gültigen Zweitstimmen entfielen auf							
	insgesamt		ungültig	gültig	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige	
	Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Briefwähler												
Rheinland-Pfalz												
1957	91 174	1 885	2,1	89 289	57 172	64,0	18 826	21,1	8 975	10,1	4 316	4,8
1961	118 188	1 761	1,5	116 427	65 678	56,4	29 866	25,7	17 325	14,9	3 558	3,1
1965	148 684	1 135	0,8	147 549	81 523	55,3	44 700	30,3	16 253	11,0	5 073	3,4
Baden-Württemberg												
1957	191 571	2 362	1,2	189 209	116 498	61,6	32 443	17,1	29 582	15,6	10 686	5,6
1961	234 000	3 128	1,3	230 872	117 763	51,0	57 214	24,8	43 940	19,0	11 955	5,2
1965	297 583	2 022	0,7	295 561	153 184	51,8	84 147	28,5	44 836	15,2	13 394	4,5
Bayern												
1957	256 958	3 202	1,2	253 756	162 035	63,9	46 751	18,4	18 392	7,2	26 578	10,5
1961	322 997	3 749	1,2	319 248	182 540	57,2	76 099	23,8	41 141	12,9	19 468	6,1
1965	408 320	2 940	0,7	405 380	225 761	55,7	114 730	28,3	44 868	11,1	20 021	4,9
Saarland												
1957	19 595	495	2,5	19 100	11 480	60,1	3 073	16,1	4 209	22,0	338	1,8
1961	29 122	646	2,2	28 476	16 430	57,7	6 677	23,4	4 542	16,0	827	2,9
1965	49 058	716	1,4	48 342	26 073	53,3	16 031	32,8	4 954	10,1	1 884	3,8
Bundesgebiet												
1957	1 537 094	25 501	1,7	1 511 593	911 664	60,3	317 337	21,0	146 028	9,7	136 564	9,0
1961	1 891 604	24 734	1,3	1 866 870	971 423	52,0	505 222	27,1	303 010	16,2	87 215	4,7
1965	2 443 935	17 487	0,7	2 426 448	1 276 316	52,6	776 790	32,0	278 163	11,5	95 179	3,9
Übrige Wähler												
Schleswig-Holstein												
1957	1 301 543	53 138	4,1	1 248 405	495 576	47,6	391 213	31,3	68 665	5,5	193 951	15,5
1961	1 348 483	66 697	4,9	1 281 786	530 813	41,4	473 507	36,9	174 126	13,6	103 340	8,1
1965	1 346 143	31 550	2,3	1 314 593	629 044	47,9	516 907	39,3	121 669	9,3	46 973	3,6
Hamburg												
1957	1 111 378	29 927	2,7	1 081 451	396 069	36,6	506 286	46,8	99 885	9,2	79 211	7,3
1961	1 136 977	32 759	2,9	1 104 218	345 302	31,3	528 656	47,9	168 205	15,2	62 055	5,6
1965	1 091 479	15 194	1,4	1 076 285	396 912	36,9	528 920	49,1	99 533	9,2	50 920	4,7
Niedersachsen												
1957	3 764 006	121 690	3,2	3 642 316	1 405 138	38,6	1 213 695	33,3	210 798	5,8	812 685	22,3
1961	3 882 964	137 992	3,6	3 744 972	1 447 470	38,7	1 467 763	39,2	484 145	12,9	345 594	9,2
1965	3 885 415	91 219	2,3	3 794 196	1 728 866	45,6	1 527 937	40,3	406 045	10,7	131 348	3,5
Bremen												
1957	393 167	15 358	3,9	377 809	112 513	29,8	178 067	47,1	21 255	5,6	65 974	17,5
1961	424 331	19 225	4,5	405 106	107 127	26,4	205 031	50,6	59 735	14,7	33 213	8,2
1965	419 872	8 304	2,0	411 508	137 045	33,3	203 583	49,5	46 713	11,4	24 167	5,9
Nordrhein-Westfalen												
1957	8 076 420	294 188	3,4	8 382 232	4 497 526	53,7	2 872 474	34,3	516 223	6,2	496 009	5,9
1961	9 182 150	274 670	3,0	8 907 480	4 185 784	47,0	3 391 159	38,1	1 026 456	11,5	304 081	3,4
1965	9 089 780	164 074	1,8	8 925 706	4 135 242	46,3	3 882 705	43,5	663 462	7,4	244 297	2,7
Hessen												
1957	2 714 859	133 460	4,9	2 581 399	1 040 205	40,3	997 250	38,6	217 838	8,4	326 106	12,6
1961	2 856 385	146 560	5,1	2 709 825	930 602	34,3	1 176 513	43,4	408 425	15,1	194 285	7,2
1965	2 871 302	82 143	2,9	2 789 159	1 042 040	37,4	1 291 473	46,3	332 261	11,9	123 385	4,4
Rheinland-Pfalz												
1957	1 885 051	75 335	4,0	1 809 716	962 537	53,2	559 377	30,9	176 313	9,7	111 489	6,2
1961	1 951 739	98 233	5,0	1 853 506	898 592	48,5	629 964	34,0	242 253	13,1	82 697	4,5
1965	1 965 627	57 446	2,9	1 908 181	932 050	48,8	709 475	37,2	192 775	10,1	73 881	3,9
Baden-Württemberg												
1957	3 906 004	187 373	4,8	3 718 631	1 945 203	52,3	976 576	26,3	531 956	14,3	264 806	7,1
1961	4 185 748	227 457	5,4	3 958 291	1 781 503	45,0	1 285 671	32,5	653 371	16,5	237 746	6,0
1965	4 301 132	144 466	3,4	4 156 666	2 066 624	49,7	1 385 893	33,3	538 077	12,9	166 072	4,0
Bayern												
1957	5 213 389	193 504	3,7	5 019 885	2 853 857	56,9	1 348 060	26,9	222 303	4,4	595 665	11,9
1961	5 391 548	223 834	4,2	5 167 714	2 831 931	54,8	1 576 543	30,5	438 689	8,5	320 551	6,2
1965	5 394 684	158 573	2,9	5 236 111	2 910 745	55,6	1 754 737	33,5	368 876	7,0	201 753	3,9
Saarland												
1957	569 983	37 992	6,7	531 991	289 111	54,3	135 236	25,4	95 871	18,0	11 773	2,2
1961	597 695	46 562	7,8	551 133	267 825	48,6	187 326	34,0	70 351	12,8	25 631	4,7
1965	606 838	25 249	4,2	581 589	269 184	46,3	234 766	40,1	49 165	8,5	28 474	4,9
Bundesgebiet												
1957	29 535 800	1 141 965	3,9	28 393 835	14 096 735	49,6	9 178 234	32,3	2 161 107	7,6	2 957 759	10,4
1961	30 958 020	1 273 989	4,1	29 684 031	13 326 949	44,9	10 922 133	36,8	3 725 756	12,6	1 709 193	5,8
1965	30 972 272	778 278	2,5	30 193 994	14 247 752	47,2	12 036 396	39,9	2 818 576	9,3	1 091 270	3,6

Die restlichen Zweitstimmen verteilen sich auf folgende Parteien:

NPD	664193 oder 2,0%,
DFU	434182 oder 1,3%,
AUD	52637 oder 0,2%,
CVP	19832 oder 0,1%,
FSU	10631 oder 0,0%,
UAP	3959 oder 0,0%,
EFP	1015 oder 0,0%.

Zusammen erhielten diese sieben Parteien nur 3,6% der Zweitstimmen, woran ihr geringer Wahlerfolg abzulesen ist. Am besten schloß von den kleinen Parteien die NPD mit 2,0% der Zweitstimmen ab. Der Stimmenanteil der DFU war mit 1,3% geringer als 1961 (1,9%).

Bei der Wahl 1961 haben die im Bundestag nicht vertretenen Parteien noch 5,7% der Zweitstimmen auf sich vereinigen können. Die Entwicklung zu einer Konzentration der Stimmen auf die CDU/CSU, SPD und FDP hat sich somit fortgesetzt. Ausschlaggebend dafür war, daß die GDP, für die sich 1961 2,8% der Wähler entschieden hatten, 1965 auf eigene Wahlvorschläge verzichtete. Hieraus — und aus dem Stimmenrückgang bei der FDP — erklärt es sich, daß sowohl die SPD als auch die CDU/CSU ihren Stimmenanteil vergrößern konnten.

Die CDU/CSU ist aus der Wahl von neuem als stärkste Partei hervorgegangen. Ihren Stimmenanteil von 1957 mit 50,2% der

Zweitstimmen hat sie zwar nicht wieder erreicht, ihren Stimmenanteil von 45,3% im Jahre 1961 jedoch auf 47,6% erhöht. Die absolute Zahl ihrer Zweitstimmen stieg um 1,23 Mill. (= 8,6%).

Während sich der Stimmenanteil der CDU/CSU bis 1957 ständig vergrößert und sodann vorübergehend verkleinert hatte, erhielt die SPD von Wahl zu Wahl mehr Zweitstimmen. Von 31,8% im Jahre 1957 über 36,2% im Jahre 1961 steigerte sich ihr Stimmenanteil auf 39,3% oder — absolut — um 1,39 Mill. (= 12,1%).

Die Partei mit den drittstärksten Wählermassen blieb die FDP. Ihr Stimmenanteil hatte sich von 7,7% im Jahre 1957 auf 12,8% im Jahre 1961 stark erhöht. Ein ähnlicher Erfolg wie 1961 blieb der FDP bei der Bundestagswahl 1965, bei der sie nur 9,5% der Zweitstimmen erhielt, jedoch versagt. Die absolute Zahl der für die FDP abgegebenen Zweitstimmen ging um 0,93 Mill. (= 23,1%) zurück.

Nach Ländern ergaben sich für die CDU/CSU folgende Veränderungen der prozentualen Stimmenanteile:

Bremen	+ 7,0
Niedersachsen	+ 6,8
Schleswig-Holstein	+ 6,4
Hamburg	+ 5,7
Baden-Württemberg	+ 4,6
Hessen	+ 2,9
Bayern	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	— 0,5
Saarland	— 2,2.

Die größten Stimmengewinne wurden somit von der CDU im norddeutschen Raum und in Baden-Württemberg erzielt. In Nordrhein-Westfalen nahm der Stimmenanteil der CDU um 0,5 und im Saarland um 2,2 Prozentpunkte ab.

Die SPD mußte nur in Bremen einen Rückgang ihres Stimmenanteils um 1,2 Prozentpunkte hinnehmen. In den übrigen Ländern stieg ihr Stimmenanteil um folgende Prozentpunkte:

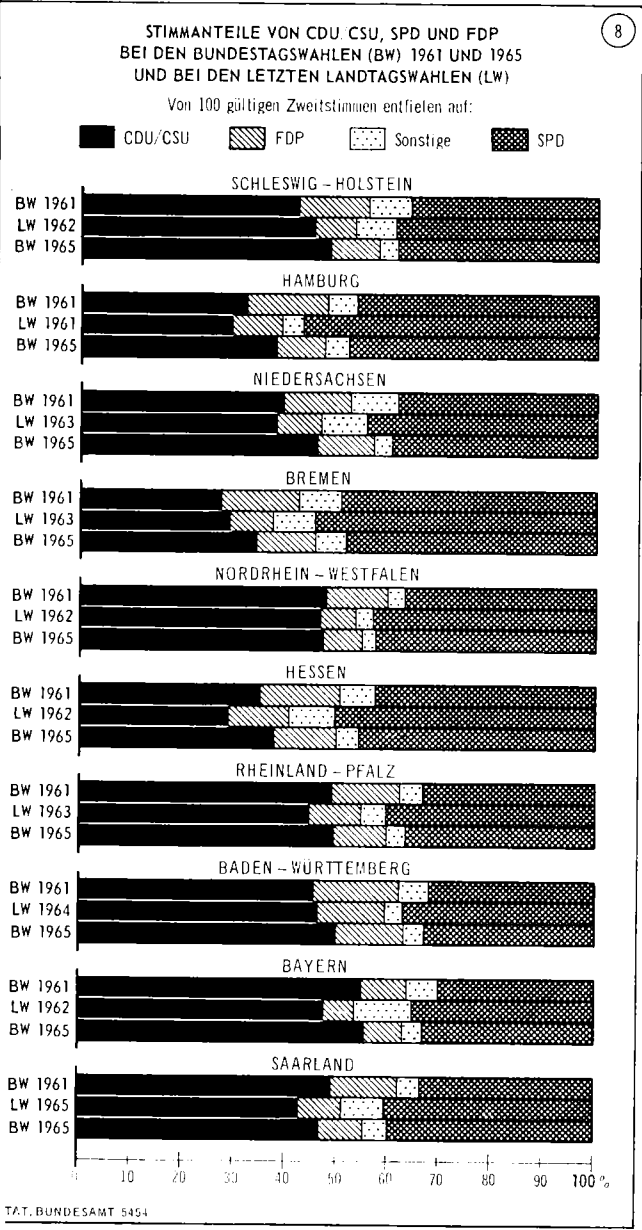
Saarland	+ 6,3
Nordrhein-Westfalen	+ 5,3
Rheinland-Pfalz	+ 3,2
Bayern	+ 3,0
Hessen	+ 2,9
Schleswig-Holstein	+ 2,4
Hamburg	+ 1,4
Niedersachsen	+ 1,1
Baden-Württemberg	+ 0,9.

Die Stimmenanteile der FDP gingen am stärksten in Hamburg (— 6,3), Schleswig-Holstein (— 4,4), im Saarland (— 4,3) und in Nordrhein-Westfalen (— 4,2 Prozentpunkte) zurück.

Über die Hälfte aller gültigen Zweitstimmen erhielt die CSU mit 55,6% in Bayern; fast die Hälfte erreichte die CDU in Baden-Württemberg (49,9%), Rheinland-Pfalz (49,3%) und in Schleswig-Holstein (48,2%). Die SPD konnte nur in Hamburg und Bremen knapp die Hälfte aller Zweitstimmen für sich gewinnen. In Hessen erreichte sie 45,7% und in Nordrhein-Westfalen 42,6% der Zweitstimmen.

Die FDP blieb in allen Bundesländern mit weitem Abstand von den übrigen Parteien die drittstärkste Partei, mußte aber überall empfindliche Verluste hinnehmen. Den überhaupt größten Stimmenanteil erhielt sie — wie früher — mit 13,1% in Baden-Württemberg, wo sie insbesondere im württembergischen Raum schon immer eine starke Position hatte. In Hessen, wo sie 12,0% der Zweitstimmen erhielt, konzentrierten sich ihre Wähler vor allem auf den nordhessischen Raum. Die wenigsten Stimmen erhielt die FDP in Bayern und in Nordrhein-Westfalen.

Die NPD konnte vor allem in Bremen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern einen nennenswerten Teil der Wähler für sich gewinnen. Die DFU war in Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg und im Saarland weit erfolgreicher als in den übrigen Ländern. Allen anderen Parteien gelang es in keinem Bundesland auch nur 1% der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Das trifft auch für die CVP zu, deren Bemühungen sich auf Nordrhein-Westfalen und das Saarland beschränkten, ferner für die FSU, die nur in Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen auftrat, sowie für die EFP, die nur in Bremen, und die UAP, die nur in Nordrhein-Westfalen Wahlvorschläge eingereicht hatten.



2. Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen

Die Zahl der Wahlkreise, in denen die CDU/CSU bisher relativ schwach vertreten war, hat sich stark verringert. Geht man von den Grenzen der jetzigen Bundestagswahlkreise aus, gab es nach dem Wahlergebnis 1961 51 Wahlkreise, in denen der Anteil der Zweitstimmen für die CDU/CSU weniger als 35% betrug. Bei der Bundestagswahl 1965 gab es dagegen nur noch zwölf solcher Wahlkreise. Die Zahl der Wahlkreise, in denen mehr als 50% der Zweitstimmen für die CDU/CSU abgegeben wurden, hat sich von 84 auf 97 und die Zahl der Wahlkreise mit mehr als 60% der Zweitstimmen für die CDU/CSU von 37 auf 40 erhöht. Die zehn Wahlkreise, in denen die CDU/CSU ihre meisten Stimmen erhielt, gehen aus der Tabelle 31 hervor. Es handelt sich durchweg um ländliche Wahlkreise mit einem hohen Anteil katholischer Bevölkerung.

Die Zahl der Wahlkreise mit weniger als 35% Zweitstimmen für die SPD hat sich von 110 auf 88 und damit nicht in dem Umfang wie bei der CDU/CSU vermindert. Es gibt auch nur 30 Wahl-

kreise, in denen die SPD über die Hälfte der Zweitstimmen bekommen hat. Bei der Bundestagswahl 1961 waren es allerdings erst zwölf. Wahlkreise mit einem großen Übergewicht der SPD-Stimmen gab es weder 1961 noch 1965. Nur in einem Wahlkreis, nämlich dem Wahlkreis 115 Dortmund II, kam die SPD auf 60,1%. Auch die übrigen neun Wahlkreise, in denen die SPD ihre meisten Stimmen erhielt, liegen fast alle in den Großstädten von Nordrhein-Westfalen.

Mehr als 20% der Zweitstimmen erhielt die FDP 1961 noch in 13 Wahlkreisen, 1965 aber nur noch in zwei. In 141 oder mehr als der Hälfte aller Wahlkreise belief sich ihr Stimmenanteil auf weniger als 10%. Die Wahlkreise mit besonders vielen Stimmen für die FDP liegen in Württemberg und in Nordhessen. Außerdem ist der Wahlkreis 22 Oldenburg zu erwähnen, in dem die FDP auf 18,2% der Zweitstimmen kam.

Von den Splitterparteien erreichte nur die NPD im Raum Nürnberg in drei Wahlkreisen und im Wahlkreis 157 Worms mehr als 5%.

Die oben genannten Zahlen über die Veränderungen der Zweitstimmenanteile der CDU/CSU und SPD in den Ländern sind Durchschnitte, hinter denen sich vielfältige regionale Besonderheiten verbergen.

Vor allem in den katholischen Wahlkreisen im Westen von Niedersachsen (26 Emsland, 27 Cloppenburg, 32 Bersenbrück) mit schon früher starkem Übergewicht der CDU hat diese Partei weit weniger Stimmen hinzugewonnen als sonst im norddeutschen Raum. Hieran zeigt sich, daß es für eine Partei um so schwieriger wird, weitere Anhänger zu gewinnen, je mehr sie bereits hat.

Auch die SPD hat in den meisten Wahlkreisen des norddeutschen Raums ihre prozentualen Stimmenanteile vergrößern können, wenn auch nicht so stark wie die CDU. Es gibt in Norddeutschland aber auch Gebiete, in denen die SPD einen kleinen Rückgang ihres Stimmenanteils hinnehmen mußte, wie in den Wahlkreisen 9 Pinneberg, 19 Harburg, 20 Emden-Leer, 21 Wilhelmshaven, 38 Hannover III und in den beiden Wahlkreisen der Stadt Bremen.

Überhaupt keinen Rückgang der Zweitstimmenanteile hatte die SPD in sämtlichen Wahlkreisen von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und des Saarlandes, wo die CDU/CSU, mit Ausnahme der hessischen Wahlkreise, in vielen Fällen, besonders in Nordrhein-Westfalen, Einbußen erlitt. In Nordrhein-Westfalen konzentrierten sich die Gewinne der SPD und die Verluste der CDU auf die Großstädte. In Bayern waren die Gewinne der SPD bei gleichzeitigen Verlusten der CSU besonders groß in Teilen Oberbayerns, Niederbayerns, der Oberpfalz und Frankens. In den restlicher Wahlkreisen von Bayern erzielten beide Parteien Gewinne. Das selbe gilt für Hessen, wo es keine Wahlkreise gibt, in denen nicht beide Parteien sich als Gewinner bezeichnen könnten. Anders verhält es sich dagegen in Rheinland-Pfalz und im Saarland. In Rheinland-Pfalz mit 16 Wahlkreisen hat der Stimmenanteil der CDU in sechs, davon fünf überwiegend katholischen Wahlkreisen zugunsten der SPD abgenommen. Der Stimmenanteil der SPI verminderte sich nur in einem Wahlkreis von Rheinland-Pfalz

In Baden-Württemberg, wo der Anteil der CDU-Stimmen nur in vier Wahlkreisen (178 Karlsruhe, 179 Mannheim, 198 Biberach, 199 Ravensburg) zurückging, konnte diese Partei vor allem in dem stark industrialisierten zentral-württembergischen Raum und darüber hinaus hohe Gewinne erzielen. Gleichzeitig nahm der Anteil der Zweitstimmen für die SPD in den Wahlkreisen um Stuttgart, jedoch nicht in der Stadt selbst ab.

Daß in den meisten Wahlkreisen die CDU/CSU und die SPD Stimmengewinne verzeichnen konnten, hängt auf engste damit zusammen, daß die GDP bei der Bundestagswahl 1965 keine eigenen Wahlvorschläge mehr eingereicht hatte. Hieraus erklären sich vorwiegend die hohen Stimmengewinne der CDU in Norddeutschland, vor allem in solchen Wahlkreisen, in denen die in der GDP aufgegangene DP früher sehr stark war. In Hessen und im besonderen in Bayern dürfte es der CDU bzw. CSU nicht in dem gleichen Umfang gelungen sein, die früheren Wähler der GDP für sich zu gewinnen. Hier haben die früheren GDP-Wähler vermutlich häufiger als in Norddeutschland SPD bevorzugt.

30. Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für CDU/CSU, SPD, FDP, NPD und DFU\*)

Anteil der Zweitstimmen in %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehendem Stimmenanteil							
	CDU/CSU		SPD		FDP		NPD	DFU
	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1965
80 und mehr	—	—	—	—	—	—	—	—
75 bis unter 80	1	3	—	—	—	—	—	—
70 bis unter 75	4	6	—	—	—	—	—	—
65 bis unter 70	20	12	—	—	—	—	—	—
60 bis unter 65	15	16	1	—	—	—	—	—
55 bis unter 60	26	27	8	1	—	—	—	—
50 bis unter 55	31	20	21	11	—	—	—	—
45 bis unter 50	36	30	47	34	—	—	—	—
40 bis unter 45	39	31	42	47	—	—	—	—
35 bis unter 40	64	52	41	45	—	—	—	—
30 bis unter 35	10	39	42	36	—	—	—	—
25 bis unter 30	2	10	29	40	—	2	—	—
20 bis unter 25	—	2	14	21	2	11	—	—
15 bis unter 20	—	—	2	10	15	59	—	—
10 bis unter 15	—	—	1	3	90	108	—	—
5 bis unter 10	—	—	—	—	120	59	4	—
unter 5	—	—	—	—	21	9	244	248
Insgesamt	248	248	248	248	248	248	248	248

\*) Für 1961 auf die Wahlkreiseinteilung 1965 umgerechnete Ergebnisse.

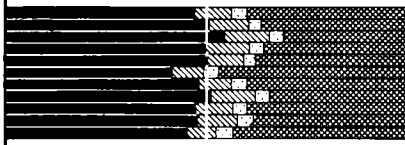
31. Wahlkreise mit den meisten Zweitstimmen für die CDU/CSU, SPD und FDP

Nr. und Name des Wahlkreises	Zweitstimmen in %	
	1965	1961 <sup>1)</sup>
Die 10 Wahlkreise, in denen die CDU/CSU ihre meisten Zweitstimmen erhielt		
27 Cloppenburg	77,5	75,3
217 Pfarrkirchen	74,2	73,0
153 Bitburg	73,8	76,1
198 Biberach	73,6	75,4
92 Ahaus-Bocholt	71,4	71,9
26 Emsland	69,8	66,9
232 Weidenburg	69,7	71,9
102 Höxter	69,4	71,7
216 Straubing	69,4	67,3
200 Altötting	69,0	64,2
Die 10 Wahlkreise, in denen die SPD ihre meisten Zweitstimmen erhielt		
115 Dortmund II	60,1	54,0
88 Essen II	59,2	52,5
118 Bochum-Witten	59,1	53,1
110 Wanne-Eickel-Wattenscheid	57,8	50,2
98 Gelsenkirchen II	57,4	49,0
90 Duisburg I	56,8	51,0
128 Eschwege	56,3	54,4
116 Dortmund III	55,9	49,7
97 Gelsenkirchen I	55,7	47,8
82 Moers	54,8	50,5
Die 10 Wahlkreise, in denen die FDP ihre meisten Zweitstimmen erhielt		
126 Waldeck	20,8	23,0
168 Heilbronn	20,6	25,4
176 Crailsheim	19,3	26,9
177 Waiblingen	19,0	23,3
166 Stuttgart III	18,8	24,7
129 Fritzlar-Homberg	18,7	22,5
165 Stuttgart II	18,7	23,7
195 Calw	18,6	24,9
175 Schwäbisch-Gmünd-Backnang	18,3	19,9
22 Oldenburg	18,2	24,4

<sup>1)</sup> Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1965.

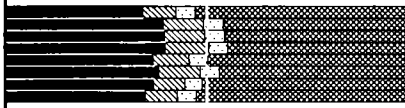
CDU/CSU FDP Sonstige SPD

SCHLESWIG-HOLSTEIN



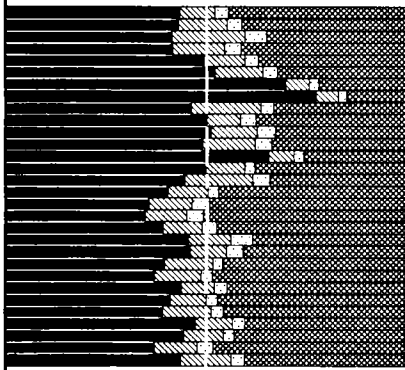
- 1 Flensburg
- 2 Schleswig-Eckernförde
- 3 Husum
- 4 Steinburg-Süderdithmarschen
- 5 Rendsburg-Neumünster
- 6 Kiel
- 7 Plön
- 8 Segeberg-Eutin
- 9 Pinneberg
- 10 Stormarn-Herzogtum Lauenburg
- 11 Lubeck

HAMBURG



- 12 Hamburg-Mitte
- 13 Altona
- 14 Eimsbüttel
- 15 Hamburg-Nord I
- 16 Hamburg-Nord II
- 17 Wandsbek
- 18 Bergedorf
- 19 Harburg

NIEDERSACHSEN



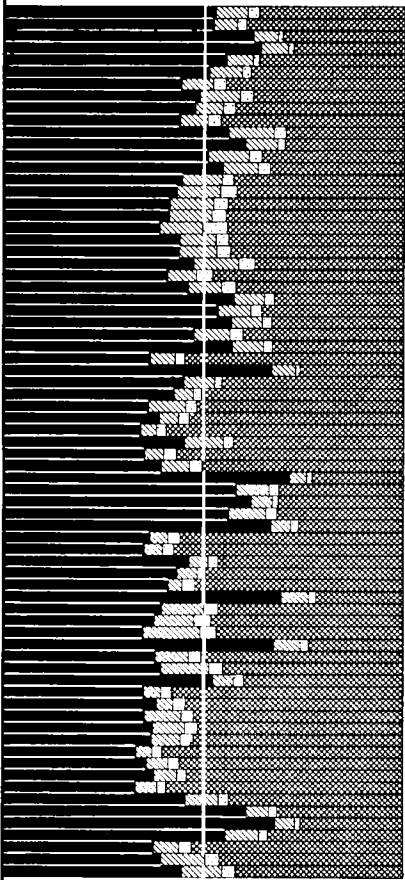
- 20 Emden-Leer
- 21 Wilhelmshaven
- 22 Oldenburg
- 23 Delmenhorst-Wesermarsch
- 24 Cuxhaven
- 25 Stade
- 26 Eintracht
- 27 Cloppenburg
- 28 Hoya
- 29 Verden
- 30 Soltau-Harburg
- 31 Lüneburg-Ludow-Dannenberg
- 32 Bessenbrück
- 33 Osterode
- 34 Nienburg
- 35 Schumburg
- 36 Hannover I
- 37 Hannover II
- 38 Hannover III
- 39 Göttingen
- 40 Göttingen
- 41 Hameln-Springe
- 42 Holzminden
- 43 Hildesheim
- 44 Salzgitter
- 45 Braunschweig
- 46 Helmstedt-Wollsburg
- 47 Goslar-Wolfenbüttel
- 48 Northeim
- 49 Göttingen

BREMEN



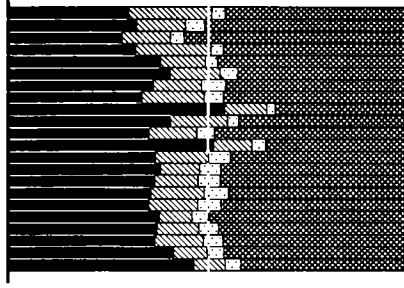
- 50 Bremen-Ost
- 51 Bremen-West
- 52 Bremerhaven-Bremen-Nord

NORDRHEIN-WESTFALEN



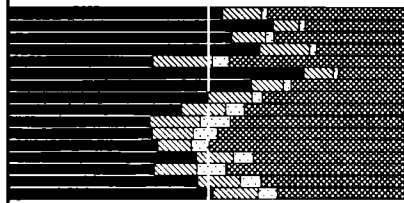
- 53 Aachen-Stadt
- 54 Aachen-Land
- 55 Goldenkirchen-Heinsberg
- 56 Düren
- 57 Bergheim
- 58 Köln-Land
- 59 Köln I
- 60 Köln II
- 61 Köln III
- 62 Köln IV
- 63 Bonn
- 64 Siegen I-Rhein-Land
- 65 Oberbergischer Kreis-Siegen II
- 66 Rheinisch-Bergischer Kreis
- 67 Leverkusen-Oberbayern
- 68 Krefeld
- 69 Wuppertal I
- 70 Wuppertal II
- 71 Solingen
- 72 Düsseldorf-Mettmann I
- 73 Düsseldorf-Mettmann II
- 74 Düsseldorf I
- 75 Düsseldorf II
- 76 Düsseldorf III
- 77 Neuss-Geyersdorf I
- 78 Neuss-Geyersdorf II
- 79 Mönchengladbach
- 80 Krefeld
- 81 Kempen-Krefeld
- 82 Mönchengladbach
- 83 Kleve
- 84 Dinslaken
- 85 Oberhausen
- 86 Mülheim
- 87 Essen I
- 88 Essen II
- 89 Essen III
- 90 Dortmund I
- 91 Dortmund II
- 92 Ahlen-Rosenthal
- 93 Bielefeld
- 94 Bielefeld-Warendorf
- 95 Minden
- 96 Steinhilber-Großschell
- 97 Gelsenkirchen I
- 98 Gelsenkirchen II
- 99 Gelsenkirchen III
- 100 Essen-Land
- 101 Essen-Land
- 102 Essen-Land
- 103 Essen-Land
- 104 Essen-Land
- 105 Essen-Land
- 106 Essen-Land
- 107 Essen-Land
- 108 Essen-Land
- 109 Essen-Land
- 110 Essen-Land
- 111 Essen-Land
- 112 Essen-Land
- 113 Essen-Land
- 114 Essen-Land
- 115 Essen-Land
- 116 Essen-Land
- 117 Essen-Land
- 118 Essen-Land
- 119 Essen-Land
- 120 Essen-Land
- 121 Essen-Land
- 122 Essen-Land
- 123 Essen-Land
- 124 Essen-Land
- 125 Essen-Land

HESSEN



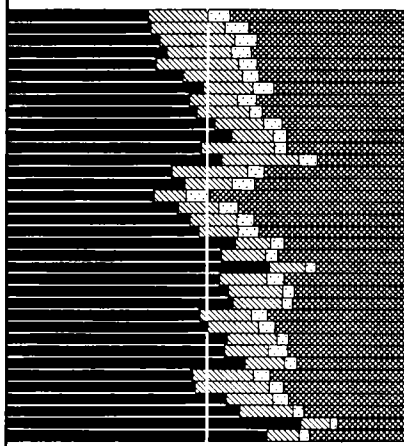
- 126 Waldeck
- 127 Kassel
- 128 Eschwege
- 129 Fritzlar-Homberg
- 130 Hersfeld
- 131 Marburg
- 132 Wetzlar
- 133 Gießen
- 134 Fulda
- 135 Obertaunuskreis
- 136 Friedberg
- 137 Limburg
- 138 Wiesbaden
- 139 Hanau
- 140 Frankfurt I
- 141 Frankfurt II
- 142 Frankfurt III
- 143 Groß-Gerau
- 144 Offenbach
- 145 Darmstadt
- 146 Dieburg
- 147 Bergstraße

RHEINLAND-PFALZ



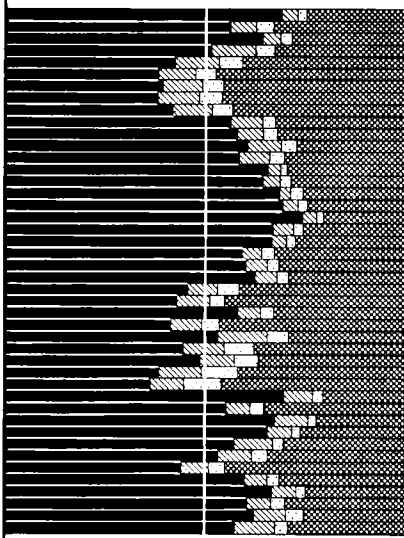
- 148 Neuwied
- 149 Altwieser
- 150 Koblenz
- 151 Cochem
- 152 Kreuznach
- 153 Bad Kreuznach
- 154 Trier
- 155 Montabaur
- 156 Mainz
- 157 Wehrhahn
- 158 Frankenthal
- 159 Ludwigshafen
- 160 Neustadt-Speyer
- 161 Kaiserslautern
- 162 Pirmasens
- 163 Landau

BADEN-WÜRTTEMBERG



- 164 Stuttgart I
- 165 Stuttgart II
- 166 Stuttgart III
- 167 Ludwigsburg
- 168 Heilbronn
- 169 Leonberg-Vaihingen
- 170 Nürtingen-Böblingen
- 171 Ulm
- 172 Ulm
- 173 Ulm
- 174 Aalen-Heidenheim
- 175 Schwäbisch-Gmünd-Böckingen
- 176 Gailshausen
- 177 Waiblingen
- 178 Karlsruhe
- 179 Mannheim I
- 180 Mannheim II
- 181 Heidelberg-Stadt
- 182 Pforzheim-Karlsruhe-Land I
- 183 Büchel-Karlsruhe-Land II
- 184 Heidelberg-Land-Sinsheim
- 185 Ludwigschloßheim
- 186 Konstanz
- 187 Donaueschingen
- 188 Waldshut
- 189 Lörrach-Müllheim
- 190 Freiburg
- 191 Emmendingen-Wolfach
- 192 Offenburg
- 193 Sasbach
- 194 Reutlingen
- 195 Calw
- 196 Tübingen
- 197 Tübingen
- 198 Biberach
- 199 Ravensburg

BAYERN



- 200 Albstadt
- 201 Forstfeld-Isar
- 202 Regensburg
- 203 München
- 204 München-Mitte
- 205 München-Nord
- 206 München-Ost
- 207 München-Süd
- 208 München-West
- 209 München-Land
- 210 Rosenheim
- 211 Traunstein
- 212 Weilheim
- 213 Dingolfing
- 214 Landshut
- 215 Passau
- 216 Straubing
- 217 Pfaffenhofen
- 218 Augsburg-Neumarkt-OPF
- 219 Regensburg-Land
- 220 Regensburg
- 221 Tirschenreuth
- 222 Bamberg
- 223 Bayreuth
- 224 Coburg
- 225 Kulmbach
- 226 Hof
- 227 Ansbach
- 228 Bamberg
- 229 Bamberg
- 230 Bamberg
- 231 Nürnberg-Nord
- 232 Nürnberg-Süd
- 233 Nürnberg-Land
- 234 Regensburg
- 235 Regensburg
- 236 Regensburg
- 237 Regensburg
- 238 Regensburg
- 239 Regensburg
- 240 Regensburg
- 241 Regensburg
- 242 Regensburg
- 243 Regensburg

SAARLAND



- 244 Saarbrücken-Stadt
- 245 Saarbrücken-Land
- 246 Saarbrücken
- 247 Ottweiler
- 248 St. Ingbert

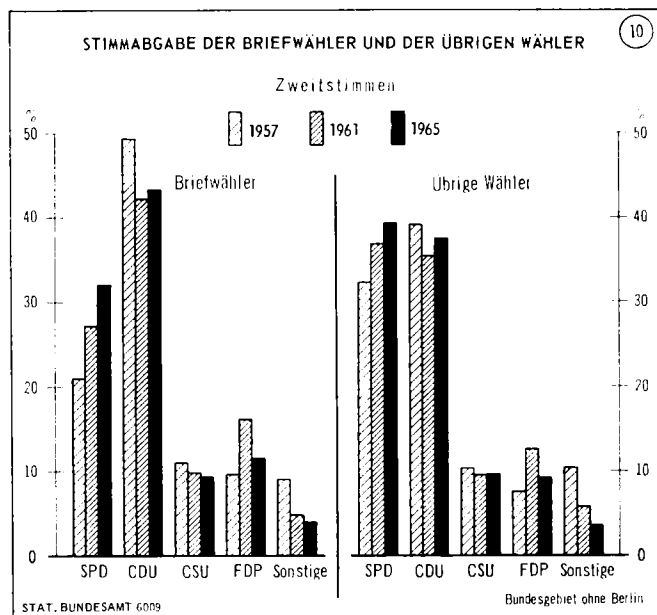
### 3. Stimmabgabe der Briefwähler

Während im Durchschnitt 7,4% der gültigen Zweitstimmen von Briefwählern kamen, waren es bei der FDP und CDU mehr, bei der CSU und SPD weniger. Entsprechend der Zunahme der Zahl der Briefwähler hat jede dieser Parteien bei der Bundestagswahl 1965 mehr Briefwahlstimmen gewonnen als 1961. Den höchsten Anteil Briefwähler hatte schon 1957 die FDP, die stärkste Zunahme von Wahl zu Wahl aber die SPD.

#### 32. Gültige Stimmabgabe der Briefwähler nach Parteien

Partei	Wahljahr	Von 100 Zweitstimmen			
		die auf nebenstehende Parteien entfielen, wurden mit Wahlbrief abgegeben	der		
			Briefwähler	übrigen Wähler	Wähler insgesamt
entfielen auf nebenstehende Parteien					
SPD . . . .	1957	3,3	21,0	32,3	31,8
	1961	4,4	27,1	36,8	36,2
	1965	6,1	32,0	39,0	39,3
CDU . . . .	1957	6,3	49,3	39,2	39,7
	1961	7,0	42,2	35,4	35,8
	1965	8,5	43,3	37,5	38,0
CSU . . . .	1957	5,3	11,0	10,4	10,5
	1961	6,1	9,8	9,5	9,6
	1965	7,2	9,3	9,6	9,6
FDP . . . .	1957	6,3	9,7	7,6	7,7
	1961	7,5	16,2	12,6	12,8
	1965	9,0	11,5	9,3	9,5
Sonstige . .	1957	4,4	9,0	10,4	10,3
	1961	7,4	4,7	5,8	5,7
	1965	8,0	3,9	3,6	3,6

Infolge dieser Entwicklung haben sich die Unterschiede zwischen den Stimmenanteilen der Briefwähler und der übrigen Wähler von 1957 auf 1965 bei den für die SPD abgegebenen Stimmen von 11,3 auf 7,9 und bei den Stimmen für die CDU von 10,1 auf 5,8 Prozentpunkte vermindert. Vergleicht man die von den Briefwählern für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen, betrug 1957 der Abstand zwischen SPD und CDU 28,3, 1965 aber nur noch 11,3 Prozentpunkte zugunsten der CDU.



#### 4. Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter

Die gültigen Zweitstimmen wurden zu 46,2% von Männern und zu 53,8% von Frauen abgegeben. Würden die Frauen bei der Bundestagswahl 1965 die gleichen politischen Entscheidungen getroffen haben wie die Männer, müßte diese Relation bei der Wählerschaft jeder Partei wiederkehren. Tatsächlich setzt sich die

Wählerschaft der einzelnen Parteien jedoch sehr unterschiedlich aus Männern und Frauen zusammen. Die Frauen sind nur unter den Wählern der CDU/CSU und unter den Wählern der FDP in der Mehrzahl; unter den Wählern der SPD, NPD und DFU überwiegen die Männer. Besonders groß war der Anteil der männlichen Wähler mit fast 60% bei der NPD und mit rd. 54% bei der DFU. Bei der SPD lag er mit 51,2% etwas niedriger und hat sich seit der Bundestagswahl 1961 auch kaum geändert. Auf der anderen Seite war 1965 bei der CDU/CSU der Anteil der männlichen Wähler mit 41,3% geringfügig niedriger als 1961. Die CDU/CSU mit 41,3% Männerstimmen, aber 58,7% Frauenstimmen hat sich somit noch mehr zu einer Partei mit hauptsächlich weiblichen Wählern entwickelt. Von der SPD zu behaupten, sie wäre in gleichem Umfang zu einer Partei mit vorwiegend männlichen Wählern geworden, würde nicht ganz stimmen; denn bei der SPD mit 51,2% Männerstimmen und 48,8% Frauenstimmen beträgt der Unterschied zwischen dem Anteil der männlichen und weiblichen Wähler nur 2,4, bei der CDU/CSU aber 17,4 Prozentpunkte.

#### 33. Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Zweitstimmen der Parteien\*)

Partei	Von 100 Zweitstimmen für nebenstehende Parteien entfielen auf					
	Männerstimmen			Frauenstimmen		
	1957	1961	1965	1957	1961	1965
CDU/CSU	42,2	41,6	41,3	57,8	58,4	58,7
SPD	51,7	51,3	51,2	48,3	48,7	48,8
FDP	50,3	49,4	47,7	49,7	50,6	52,3
NPD	—	—	59,6	—	—	40,4
DFU	—	53,5	53,7	—	46,5	46,3
Sonstige	49,6	50,1	51,1	50,4	49,9	48,9
Insgesamt	46,7	46,7	46,2	53,3	53,3	53,8

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler. 1957 ohne Saarland.

Am besten schnitt die CDU/CSU bisher bei der Bundestagswahl 1957 ab, die ihr 50,2% der gültigen Zweitstimmen brachte. Im Jahre 1961 fiel ihr Stimmenanteil auf 46,0%, stieg aber dann wieder auf 48,8% bei der Bundestagswahl 1965. Demgegenüber hat die SPD einen ständigen Stimmenzuwachs, zuletzt von 36,5 auf 40,1% erzielt. Die FDP konnte ihren Wahlerfolg von 1961 nicht wiederholen, erhielt mit 7,9% aber einige Stimmen mehr als 1957. In gleicher Richtung bewegten sich die Stimmenanteile der Männer und Frauen.

#### 34. Stimmabgabe der Männer und Frauen\*)

Partei	Jahr	Von 100 Zweitstimmen der		
		Männer	Frauen	Männer und Frauen
		entfielen auf nebenstehende Parteien		
CDU/CSU	1953	38,9	47,2	43,3
	1957	44,6	53,5	49,3
	1961	40,3	49,6	45,8
	1965	42,0	51,7	47,2
SPD	1953	32,5	27,6	29,9
	1957	35,3	28,9	31,9
	1961	30,7	32,0	36,1
	1965	44,0	36,2	39,8
FDP	1953	11,7	10,4	11,0
	1957	8,6	7,4	8,0
	1961	13,6	12,2	12,0
	1965	9,7	9,2	9,4
Sonstige	1953	16,9	14,8	15,8
	1957	11,5	10,2	10,8
	1961	6,4	5,3	5,8
	1965	4,3	2,9	3,5
darunter:				
NPD	1965	2,5	1,5	2,0
DFU	1961	2,2	1,6	1,9
	1965	1,5	1,1	1,3

\*) 1957, 1961 und 1965 ohne Stimmen der Briefwähler sowie 1953 ohne Rhein-land-Pfalz, Bayern und Saarland und 1957 ohne Saarland.

Bei der Bundestagswahl 1961 hatten die Männer infolge der Stimmengewinne der SPD und der Stimmenverluste der CDU/CSU n nahezu demselben Umfange SPD wie CDU/CSU gewählt. Von 1961 auf 1965 ist der Anteil der für die CDU/CSU abgegebenen Männerstimmen wieder gestiegen. Dieser Stimmengewinn hielt mit dem der SPD aber nicht Schritt: denn die CDU/CSU konnte bei den Männern ihren Stimmenanteil nur von 40,3 auf 42,0%, die SPD aber von 39,7 auf 44,0% steigern. Damit hat die SPD von den Männern zum erstenmal eindeutig mehr Stimmen bekommen als die CDU/CSU. Auch von den Frauen hat sich 1965 mit 36,2% ein höherer Teil für die SPD entschieden als bei jeder Bundestagswahl zuvor. Im Jahre 1957 stimmten nur 28,9% und 1961 32,9% der Frauen für die SPD. Gleichzeitig, wenn auch nicht so stark, stieg über auch der Anteil der von den Frauen für die CDU/CSU abgegebenen Zweitstimmen von 49,6% im Jahre 1961 auf 51,7%. Bei den Frauen den Vorsprung der CDU/CSU einzuholen oder von den Frauen gar mehr Stimmen als die CDU/CSU zu erhalten, ist der SPD damit auch bei der Bundestagswahl 1965 bei weitem nicht gelungen. Der Abstand zwischen den Zweitstimmenanteilen der Frauen für die CDU/CSU und der SPD, der bei der Wahl 1961 6,7 Prozentpunkte betrug, hat sich aber immerhin auf 15,5 Prozentpunkte verringert, weil die SPD um etwa die Hälfte mehr Frauenstimmen hinzugewann als die CDU/CSU.

Im Wahljahr 1961 verdankte die CDU/CSU ihre Stellung als stärkste Partei fast nur den Frauenstimmen und 1965 nur noch den Frauenstimmen. Auf der anderen Seite hat es die SPD vermocht, nicht nur unter den Männern, sondern auch unter den Frauen neue Wähler für sich zu gewinnen. Um die CDU/CSU von ihrem ersten Platz zu verdrängen und stärkste Partei zu werden, hätte sie jedoch eines weit stärkeren Wahlerfolgs bei den weiblichen Wählern bedurft. Aber selbst bei einem doppelt so hohen Stimmenzuwachs von 32,9 auf 39,5% statt auf nur 36,2%, allein auf Kosten der CDU/CSU, würde es der SPD nicht gelungen sein, stärkste Partei zu werden. In einem solchen Fall würden sich wegen der auch dann noch fast 50%igen Wahlentscheidung der Frauen für die CDU/CSU und wegen des hohen Frauenüberchusses noch 45,4% Zweitstimmen der CDU/CSU und nur 41,6% der SPD bei Zusammenfassung der Männer- und Frauenstimmen ergeben haben.

Die von den Männern für die FDP abgegebenen Zweitstimmen haben sich von 13,6 auf 9,7% und die von den Frauen für diese Partei abgegebenen Zweitstimmen von 12,2 auf 9,2% vermindert. Beide Stimmenanteile liegen aber über dem Ergebnis von 1957. Absolut haben etwas mehr Frauen als Männer FDP gewählt. Gemessen an der Zahl der Stimmen der Männer und Frauen haben sich jedoch, wie bisher schon, weniger Frauen als Männer für die FDP entschieden.

Für die NPD stimmten 2,5% der Männer und 1,5% der Frauen. Die 2,0% Zweitstimmen, welche die NPD im Durchschnitt erhalten hat, verdankt sie also in der Hauptsache männlichen Wählern. Auch die DFU erhielt von den Männern (1,5%) prozentual viel mehr Stimmen als von den Frauen (1,1%). Ihre Resonanz in der Öffentlichkeit verteilt sich jedoch nicht so ungleichmäßig auf Männer und Frauen wie bei der NPD. Ihren Stimmenanteil von 1961 hat sie weder bei den Männern noch bei den Frauen halten können.

Die Bundesländer, in denen die Männer der SPD mehr Stimmen gaben als der CDU/CSU, sind Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und das Saarland. Über 50% der Zweitstimmen der Männer erhielt die SPD aber nur in Hamburg (50,3%) und in Bremen (54,8%). Bei der Bundestagswahl 1961 hatte die SPD in Nordrhein-Westfalen und im Saarland von den Männern noch nicht so viele Stimmen bekommen wie die CDU. Mehr Stimmen als die SPD, aber nicht über 50%, erhielt die CDU/CSU 1965 von den Männern in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. In Bayern waren es, wie schon 1961, genau 50%.

Die Frauen entschieden sich nur in Hamburg, Bremen und Hessen häufiger für die SPD als für CDU. Mehr als 50% der Frauensimmen erhielt die SPD jedoch in keinem dieser drei Bundesländer; anders die CDU/CSU, die in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland die absolute Mehrheit der Frauenstimmen auf sich vereinigen konnte.

Im Bundesdurchschnitt liegt der Prozentsatz der Männerstimmen für die SPD (44,0%) um 7,8 Punkte über dem Prozentsatz der Frauenstimmen für die SPD (36,2%). Die Bundesländer, in denen diese Differenz zwischen den Männer- und Frauenstimmen für die SPD etwa gleich hoch oder höher ist, sind Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und das Saarland. Dabei handelt es sich um Bundesländer, in denen die katholische Bevölkerung entweder überwiegt oder, wie in Baden-Württemberg, nahezu die Hälfte ausmacht. In den Ländern mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil gaben also die Frauen weit seltener der SPD ihre Stimme als die Männer. Die Frauen zogen es statt dessen vor, CDU/CSU zu wählen.

Zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter wurden 1965 vier statt bisher drei Altersgruppen gebildet. Aus den hierbei angefallenen Zahlen geht hervor, wie sich die Wählerschaft einer jeden Partei nach dem Alter zusammensetzt (Tabelle 35).

Zunächst sei für die Parteien festgestellt, wieviel Prozent ihrer Wähler sie in jeder Altersgruppe haben. Dabei ergibt sich, immer beginnend mit den Parteien mit den höchsten Prozentsätzen, folgende Reihenfolge der Parteien in den vier Altersgruppen:

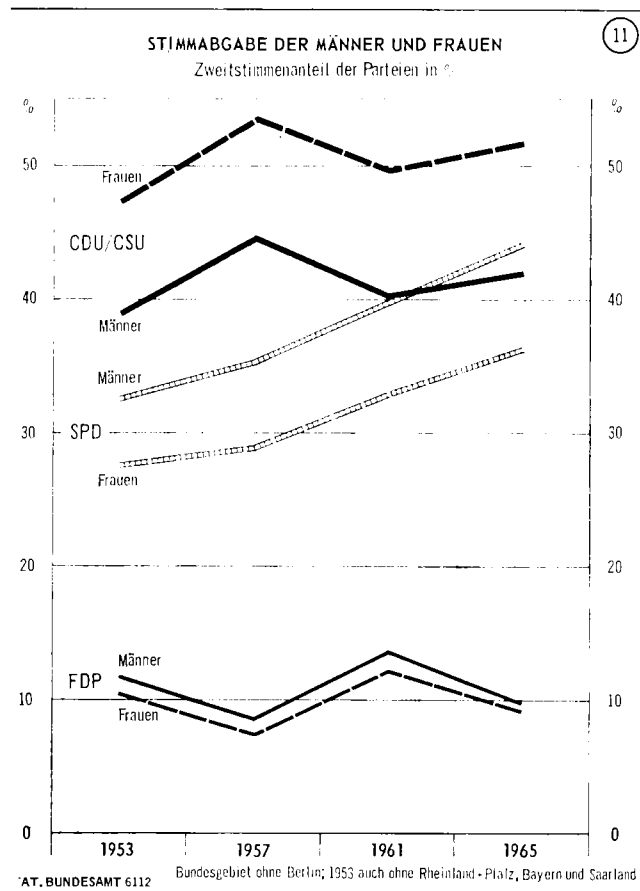
21- bis unter 30jährige: CDU/CSU — SPD — FDP — NPD — DFU — Sonstige;

30- bis unter 45jährige; SPD — FDP — NPD — Sonstige — CDU/CSU — DFU;

45- bis unter 60jährige: NPD — Sonstige — FDP — DFU — CDU/CSU — SPD;

über 60jährige: DFU — Sonstige — CDU/CSU — FDP — SPD — NPD.

Die meisten jüngsten Anhänger haben demnach die CDU/CSU und SPD, die meisten ältesten Anhänger die DFU und CDU/CSU.

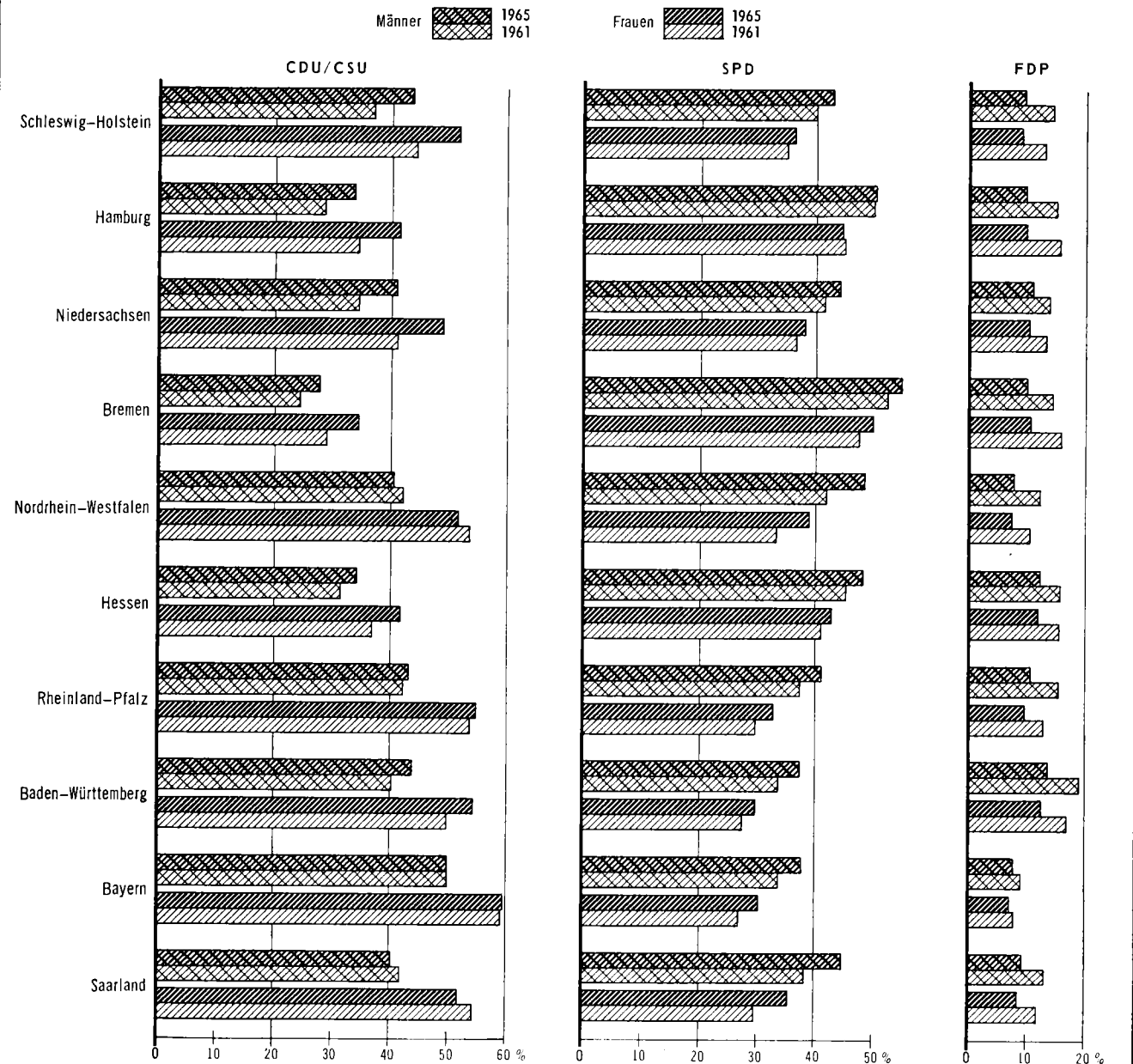


**35. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern  
(ohne Stimmabgabe der Briefwähler)**

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Partei	Von 100 Zweitstimmen der jeweiligen Personengruppe entfielen auf nebenstehende Parteien									
		Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen		Nordrhein-Westfalen	
		1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961
Männer											
21—30	CDU/CSU	48,6	38,8	35,6	28,0	45,7	37,6	30,4	24,6	45,0	44,1
	SPD	40,1	40,7	51,0	53,3	42,7	43,4	55,3	57,3	46,6	42,9
	FDP	8,0	14,3	8,9	15,3	9,0	12,6	9,1	13,9	6,2	10,9
	Sonstige	3,3	6,1	4,5	3,5	2,6	6,5	5,2	4,2	2,3	2,1
30—45	CDU/CSU	39,5	41,0	35,6	29,7	32,5	27,8	37,6	38,8	33,3	25,0
	SPD	47,2	44,5	40,4	55,1	50,8	49,2	48,9	46,1	42,2	50,5
	FDP	9,9	10,2	15,5	9,2	10,1	15,9	10,0	10,9	14,4	9,0
	Sonstige	3,4	4,3	8,5	5,9	6,6	7,0	3,6	4,2	10,2	6,6
45—60	CDU/CSU	42,8		35,2		40,2		27,5		24,5	
	SPD	41,4		46,6		42,7		52,4		47,6	
	FDP	10,6		10,9		12,0		11,2		8,9	
	Sonstige	5,3		7,2		5,1		8,9		3,7	
60 und mehr	CDU/CSU	44,6	38,6	34,6	30,6	42,1	35,1	29,6	24,5	42,7	47,5
	SPD	41,6	38,5	48,8	49,4	41,3	38,4	50,8	48,8	45,4	36,8
	FDP	9,4	12,3	9,8	12,8	11,9	13,3	10,2	15,3	8,0	11,0
	Sonstige	4,5	10,6	6,8	7,2	4,7	13,1	9,4	11,4	3,9	4,7
Zusammen	CDU/CSU	43,7	37,0	33,7	28,6	41,0	34,5	27,8	24,2	40,6	42,2
	SPD	42,8	40,0	50,3	50,0	44,2	41,5	54,8	52,4	48,5	41,9
	FDP	9,5	14,4	9,8	15,0	10,8	13,8	9,9	14,4	7,7	12,3
	Sonstige	4,1	8,6	6,2	6,5	4,0	10,2	7,6	9,0	3,2	3,7
Frauen											
21—30	CDU/CSU	50,7	44,3	41,5	33,2	50,9	41,2	36,2	28,5	53,6	52,7
	SPD	38,1	35,6	45,4	46,2	37,9	38,8	50,9	50,4	37,9	35,0
	FDP	8,9	13,9	9,2	16,9	9,1	13,3	8,9	16,1	6,7	10,3
	Sonstige	2,4	6,1	3,9	3,7	2,1	6,7	4,1	5,0	1,8	2,0
30—45	CDU/CSU	48,7	49,7	42,7	38,3	39,8	32,8	45,8	47,1	40,2	31,3
	SPD	37,5	37,5	35,9	46,4	45,2	45,0	41,1	39,3	36,8	53,1
	FDP	10,8	9,7	13,8	11,2	10,6	16,8	10,6	10,9	13,8	10,4
	Sonstige	3,0	3,1	7,7	4,2	4,4	5,4	2,5	2,7	9,3	5,2
45—60	CDU/CSU	50,7		41,1		48,4		33,0		28,1	
	SPD	37,4		44,1		37,4		50,1		48,4	
	FDP	8,6		10,1		11,2		10,9		15,2	
	Sonstige	3,2		4,7		2,9		5,9		8,4	
60 und mehr	CDU/CSU	55,6	47,5	43,8	37,9	51,4	43,1	38,9	31,4	48,7	59,8
	SPD	33,4	32,9	43,6	44,8	35,9	34,8	45,3	43,0	41,2	28,3
	FDP	8,1	11,1	8,8	12,7	10,2	12,0	11,2	17,0	7,9	9,2
	Sonstige	3,0	8,6	3,8	4,5	2,5	10,1	4,6	8,9	2,3	2,7
Zusammen	CDU/CSU	51,6	44,3	41,4	34,4	48,9	41,1	34,5	28,9	51,7	53,6
	SPD	36,4	35,0	44,7	45,1	38,1	36,6	49,9	47,4	39,0	33,2
	FDP	9,1	13,0	9,8	15,6	10,4	13,2	10,5	15,8	7,3	10,5
	Sonstige	2,9	7,7	4,1	4,9	2,6	9,1	5,1	7,9	2,1	2,6

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Partei	Von 100 Zweitstimmen der jeweiligen Personengruppe entfielen auf nebenstehende Parteien									
		Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Saarland	
		1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961
Männer											
21—30	CDU/CSU	37,5	34,0	47,0	45,7	47,7	41,9	54,4	55,2	41,1	40,1
	SPD	49,4	48,6	42,0	39,2	37,9	35,6	35,8	32,9	47,3	44,3
	FDP	9,7	13,3	7,8	12,1	10,8	17,7	6,5	7,9	7,6	10,7
	Sonstige	3,4	4,1	3,2	3,1	3,6	4,8	3,3	3,9	4,0	4,9
30—45	CDU/CSU	31,1	32,4	30,0	40,8	40,9	39,7	41,6	41,4	47,3	39,6
	SPD	52,1	49,1	45,3	44,4	43,0	38,3	40,8	39,2	34,9	41,3
	FDP	12,0	12,6	16,5	10,2	10,9	16,5	12,9	13,9	19,8	7,6
	Sonstige	4,9	5,8	8,2	4,6	5,2	5,6	4,6	5,5	7,3	3,9
45—60	CDU/CSU	34,0		41,1		41,2		47,5		39,2	
	SPD	45,6		41,3		37,2		38,1		43,0	
	FDP	13,4		11,8		15,1		8,5		11,0	
	Sonstige	7,0		5,8		6,5		5,9		6,9	
60 und mehr	CDU/CSU	35,6	32,7	46,3	46,2	46,9	45,3	52,7	52,3	45,7	50,5
	SPD	45,3	42,5	36,3	33,0	32,6	28,7	34,9	30,5	37,2	29,4
	FDP	13,4	16,1	12,2	16,2	14,7	18,7	8,0	8,4	11,0	14,7
	Sonstige	5,7	8,7	5,2	4,7	5,7	7,3	4,4	8,8	6,1	5,4
Zusammen	CDU/CSU	34,2	31,4	43,3	42,3	43,9	40,3	50,0	50,0	40,4	42,0
	SPD	48,2	45,3	41,2	37,4	37,5	33,8	37,9	33,8	44,8	38,3
	FDP	12,2	15,8	10,6	15,5	13,5	19,1	7,7	9,1	9,3	13,2
	Sonstige	5,3	7,5	4,8	4,8	5,1	6,8	4,4	7,2	5,5	6,5
Frauen											
21—30	CDU/CSU	42,3	37,1	55,3	53,9	54,2	48,9	59,9	60,7	52,2	51,1
	SPD	44,6	44,0	34,1	31,9	31,6	30,3	30,7	27,7	37,7	35,8
	FDP	10,7	14,3	8,2	11,5	11,7	16,5	6,9	7,5	7,2	10,0
	Sonstige	2,4	4,6	2,4	2,7	2,6	4,3	2,4	4,1	2,9	3,3
30—45	CDU/CSU	38,7	40,0	35,9	50,9	51,7	50,9	52,3	48,0	55,8	57,2
	SPD	45,0	43,7	41,0	36,2	34,2	30,6	32,8	31,1	28,2	33,2
	FDP	12,8	12,6	16,3	9,8	10,1	13,6	12,6	12,9	17,7	8,0
	Sonstige	3,5	3,8	6,8	3,1	3,1	4,1	3,7	3,8	6,1	3,0
45—60	CDU/CSU	41,2		54,5		53,7		58,6		52,0	
	SPD	42,4		32,1		29,2		30,4		34,2	
	FDP	12,3		10,4		13,2		7,4		9,3	
	Sonstige	4,1		3,0		3,9		3,5		4,6	
60 und mehr	CDU/CSU	45,3	39,3	59,0	59,4	59,2	55,9	64,1	62,8	57,3	60,6
	SPD	40,1	39,3	28,9	25,9	25,3	23,2	26,9	23,6	28,8	23,3
	FDP	11,3	14,3	9,3	11,6	12,0	15,2	6,4	6,8	9,1	13,2
	Sonstige	3,3	7,1	2,8	3,1	3,6	5,6	2,6	6,8	4,8	3,0
Zusammen	CDU/CSU	41,8	36,9	54,8	53,9	54,3	49,9	59,6	59,1	51,8	54,4
	SPD	42,8	41,1	32,8	29,8	29,8	27,4	30,3	26,8	35,5	29,6
	FDP	11,9	15,5	9,6	12,8	12,5	16,9	7,2	7,8	8,6	12,0
	Sonstige	3,4	6,5	2,9	3,6	3,5	5,7	2,9	6,2	4,1	3,6

STIMMABGABE DER MÄNNER UND FRAUEN IN DEN LÄNDERN  
Zweitstimmenanteil der Parteien in %



STAT. BUNDESAMT 6113

36. Geschlecht und Alter der Wählerschaft der Parteien\*)

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Von 100 Zweitstimmenwählern (der)						
	CDU/ CSU	SPD	FDP	NPD	DFU	son- stigen	ins- gesamt
	hatten nebenstehendes Alter						
Männer							
21—30 ....	21,7	19,3	16,2	14,5	13,4	10,9	19,8
30—45 ....	28,6	33,6	29,6	28,7	25,9	28,8	30,9
45—60 ....	24,3	24,6	28,3	33,7	27,5	31,8	25,1
60 und mehr	25,4	22,5	25,9	23,1	33,2	28,5	24,2
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100
Frauen							
21—30 ....	17,0	16,9	15,3	13,0	14,1	12,7	16,7
30—45 ....	26,5	31,2	30,0	31,5	27,0	28,8	28,6
45—60 ....	27,7	28,0	30,0	32,7	31,2	32,0	28,2
60 und mehr	28,7	24,0	24,6	22,9	27,6	26,6	26,5
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100
Männer und Frauen							
21—30 ....	19,0	18,1	15,7	13,9	13,7	11,8	18,1
30—45 ....	27,4	32,4	29,8	29,8	26,4	28,8	29,7
45—60 ....	26,3	26,2	29,2	33,3	29,2	31,9	26,8
60 und mehr	27,3	23,2	25,2	23,0	30,6	27,6	25,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Ein etwas gröberes, aber einprägsameres Bild vermittelt die Unterscheidung nach dem Anteil der unter und über 45jährigen Wähler einer jeden Partei. Der Anteil der unter 45jährigen Wähler bei der Bundestagswahl 1965 betrug bei der

- SPD: 50,5%,
- CDU/CSU: 46,4%,
- FDP: 45,5%,
- NPD: 43,7%,
- DFU: 40,1%.

und im Durchschnitt aller Wähler 47,8%. Einen überdurchschnittlichen Anteil jüngerer Wähler unter 45 Jahren hat demnach nur die SPD.

Für den Anteil der über 45jährigen Wähler lautet die Reihenfolge:

- DFU: 59,9%,
- NPD: 56,3%,
- FDP: 54,5%,
- CDU/CSU: 53,6%,
- SPD: 49,5%.

Die CDU/CSU erhielt von den unter 30jährigen Männern 46,1% und von den über 60jährigen Männern 44,1% der Zweitstimmen, von den 30- bis unter 45jährigen und von den 45- bis unter 60jährigen Männern jedoch nur 38,9 bzw. 40,7%. Auch von den jüngsten und ältesten Frauen haben sich weit mehr für die CDU/CSU entschieden als von den Frauen zwischen 30 und 60 Jahren. Von den Frauen jeden Alters erhielt die CDU/CSU jedoch weit mehr Stimmen als von irgendeiner Altersgruppe der Männer. Besonders eindeutig haben sich die über 60jährigen Frauen für die CDU/CSU entschieden, die dieser Partei zu 56,0% ihre Stimme gaben. Von den Stimmen der über 60jährigen Männer fielen dagegen, wie gesagt, nur 44,1% an die CDU/CSU.

37. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter\*)

Partei	Jahr	Von 100 Zweitstimmen der Wähler im Alter von ... Jahren			
		unter 30	30 bis unter 45	45 bis unter 60	60 und mehr
		entfielen auf nebenstehende Parteien			
Männer					
CDU/CSU .....	1953	41,4	37,0		42,2
	1957	46,1	43,2		47,1
	1961	43,0	38,2		43,4
	1965	46,1	39,7		44,1
	1965	46,1	38,9	40,7	44,1
SPD .....	1953	34,3	32,9		30,1
	1957	37,9	35,8		31,8
	1961	41,0	40,7		35,9
	1965	43,0	45,7		40,7
	1965	43,0	47,9	43,0	40,7
FDP .....	1953	10,0	12,3		11,4
	1957	7,5	9,1		8,2
	1961	12,2	14,4		12,9
	1965	7,9	10,0		10,4
	1965	7,9	9,3	10,9	10,4
Sonstige .....	1953	14,3	17,8		16,3
	1957	8,5	11,9		12,9
	1961	3,8	6,7		7,8
	1965	3,0	4,6		4,8
	1965	3,0	3,9	5,4	4,8
darunter: NPD .....	1965	1,8	2,3	3,4	2,4
DFU .....	1961	1,3	2,3		2,5
	1965	1,0	1,5		2,1
	1965	1,0	1,3	1,7	2,1
Frauen					
CDU/CSU .....	1953	48,4	45,4		51,4
	1957	53,1	52,2		57,4
	1961	49,5	47,9		53,7
	1965	52,7	49,4		56,0
	1965	52,7	48,0	51,0	56,0
SPD .....	1953	29,0	28,3		24,7
	1957	31,3	29,5		25,3
	1961	34,8	33,7		29,7
	1965	36,6	37,7		32,8
	1965	36,6	39,5	36,0	32,8
FDP .....	1953	9,5	10,9		9,6
	1957	7,0	7,8		6,7
	1961	11,9	12,8		10,9
	1965	8,4	9,7		8,5
	1965	8,4	9,6	9,8	8,5
Sonstige .....	1953	13,1	15,4		14,3
	1957	8,6	10,5		10,6
	1961	3,8	5,6		5,7
	1965	2,3	3,1		2,7
	1965	2,3	2,9	3,2	2,7
darunter: NPD .....	1965	1,1	1,6	1,7	1,3
DFU .....	1961	2,3	1,8		1,5
	1965	1,0	1,2		1,2
	1965	1,0	1,1	1,3	1,2
Männer und Frauen					
CDU/CSU .....	1965	49,4	43,6	46,5	50,7
SPD .....	1965	39,8	43,5	39,0	36,3
FDP .....	1965	8,2	9,5	10,3	9,4
Sonstige .....	1965	2,7	3,4	4,2	3,6
darunter: NPD .....	1965	1,5	2,0	2,4	1,8
DFU .....	1965	1,0	1,2	1,4	1,6

\*) 1957, 1961 und 1965 ohne Stimmen der Briefwähler sowie 1953 ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland und 1957 ohne Saarland.

Umgekehrt verhält es sich bei der SPD. Nicht die jüngsten und auch nicht die ältesten Wähler entschieden sich besonders häufig für diese Partei, sondern die Wähler im Alter von 30 bis

45 Jahren. Von den 30- bis 45jährigen Männern wählten 47,9% und von den gleichaltrigen Frauen 39,5% SPD. Von den 45- bis 60jährigen erhielt die SPD genauso viele Stimmen wie von den unter 30jährigen (43% der Männerstimmen und 36% der Frauenstimmen). Die über 60jährigen Männer und Frauen entschieden sich dagegen nur zu 40,7% bzw. 32,8% für die SPD. Außerdem bekam die SPD in jeder Altersgruppe von den Frauen weit weniger Stimmen als von den Männern.

Für die FDP haben sich nicht so sehr jüngere als ältere Personen entschieden. Die meisten Stimmen erhielt sie von den 45- bis 60jährigen Männern und Frauen (10,9 bzw. 9,8%) und die wenigsten Stimmen von den unter 30jährigen Männern und Frauen (7,9 bzw. 8,4%). Nur ganz wenige junge Wähler bekannten sich außerdem zur NPD oder zur DFU. Die NPD hat ihren stärksten Rückhalt unter den 45- bis 60jährigen und die DFU unter den über 60jährigen Wählern. Vor allem die 45- bis 60jährigen Männer haben mit 3,4% besonders häufig NPD gewählt; dagegen entschieden sich von den 45- bis 60jährigen Frauen mit 1,7% nur halb so viele für diese Partei.

Der Anteil der SPD-Stimmen hat in allen Altersgruppen der Männer und Frauen zugenommen. Auch die CDU/CSU erhielt von den Männern und Frauen jeden Alters mehr Stimmen als bei der Bundestagswahl 1961; jedoch — wenn man von den unter 30jährigen Männern absieht — nicht mehr so viele Stimmen wie 1957. Die FDP mußte in allen Altersgruppen der Männer und Frauen gegenüber 1961, aber nicht gegenüber 1957, einen Stimmenrückgang hinnehmen.

In der Altersgruppe der 30- bis 60jährigen Männer stieg der Anteil der SPD-Stimmen von 40,7 auf 45,7%. Die SPD ließ dadurch die CDU/CSU, welche von den 30- bis 60jährigen Männern nur 39,7% der Stimmen erhielt, weit zurück. Die SPD hat auch bei den unter 30jährigen und noch mehr bei den über 60jährigen Wählern viele Stimmen hinzugewonnen. In diesen beiden Altersgruppen der Männer ist es ihr jedoch nicht gelungen, die CDU/CSU einzuholen. Daß die Männer im Durchschnitt der SPD mehr Stimmen gaben als der CDU/CSU, verdankt die SPD somit in erster Linie ihren beachtlichen Wahlerfolg bei den 30- bis 60jährigen.

Der Stimmenzuwachs der CDU/CSU beruht vor allem darauf daß sich 1965 mehr unter 30jährige Männer und Frauen für diese Partei entschieden haben als 1961. Bei den 30- bis unter 60- und den über 60jährigen Männern und Frauen war ihr Stimmenzuwachs wesentlich geringer.

Bei der Bundestagswahl 1961 erhielt die SPD 33,7% der Stimmen der Frauen zwischen 30 und 60 Jahren und damit weniger Stimmen als von den unter 30jährigen Frauen (34,8%). Bei der Bundestagswahl 1965 fielen auf die SPD jedoch 37,7% der Stimmen der 30- bis 60jährigen Frauen, verglichen mit 36,6% bei den unter 30jährigen. Ähnlich wie bei den Männern hat die SPD somit auch unter den Frauen mittleren Alters besonders viele neue Anhänger gewonnen. Trotzdem hat sich hier der Vorsprung der CDU/CSU nur von 14,2 auf 11,7 Prozentpunkte vermindert. Bei den unter 30jährigen Frauen hat die etwas stärkere Zunahme des Stimmenanteils der CDU/CSU dazu geführt, daß sich der Vorsprung der CDU/CSU etwas vergrößerte. In der Altersgruppe der über 60jährigen Frauen trennen CDU/CSU und SPD sogar noch 23,2 Prozentpunkte.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die wieder stärker gewordene Position der CDU/CSU auf ihren vielen Anhängern unter den jüngsten und ältesten Wählern, vor allem aber auf den starken Sympathien beruht, die ihr die Frauen jeden Alters entgegenbringen. Die SPD hat 1965 bei Männern und Frauen jedes Alters und besonders bei den 30- bis 60jährigen einen bedeutenden Wahlerfolg errungen. Sie wird die CDU/CSU jedoch nur dann einholen können, wenn es ihr in Zukunft gelingen sollte, die älteren Wähler und die weiblichen Wähler jeden Alters stärker als bisher für sich zu gewinnen.

Die CDU hat — wie schon ausgeführt — vor allem im norddeutschen Raum und in Baden-Württemberg ihre Position stark verbessern können. Die SPD in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.

In Norddeutschland und in Baden-Württemberg verdankt die CDU ihre Stimmengewinne vor allem den Frauen und jüngeren Männern. Die SPD hat hierdurch von den unter 30jährigen Männern in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen etwas weniger Stimmen bekommen als 1961.

13



14

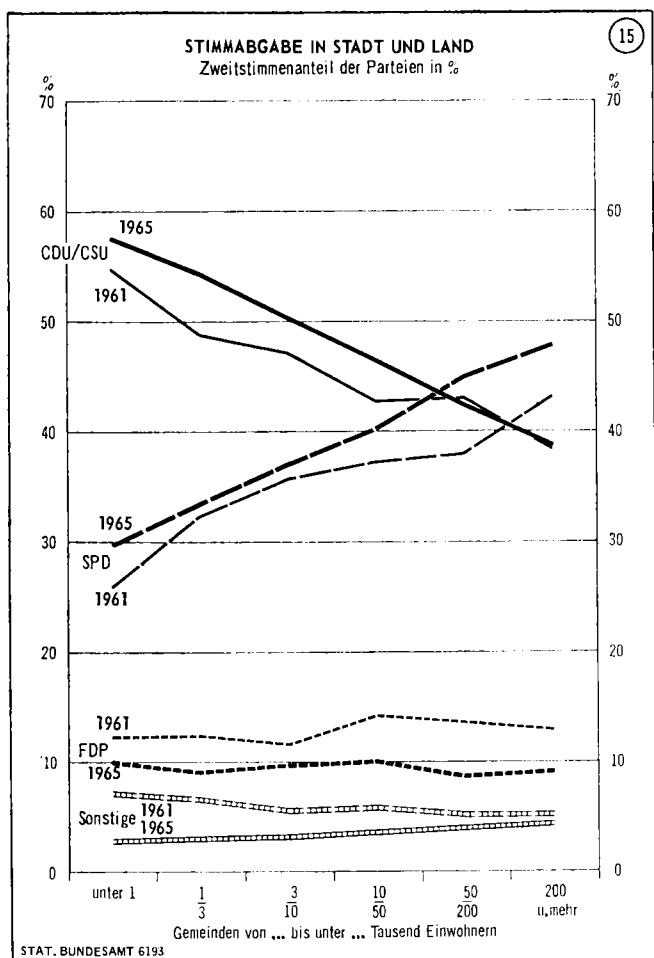


unter 3000 Einwohnern nach dem Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung im Zeitpunkt der Volkszählung 1961 unterschieden worden.

### 38. Stimmabgabe in Stadt und Land\*)

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Jahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf			
		CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
unter 1 000 ...	1965	57,6	29,7	10,0	2,8
	1961	54,8	25,9	12,3	7,0
1 000— 3 000 ...	1965	54,4	33,5	9,0	3,0
	1961	48,8	32,3	12,4	6,5
3 000— 10 000 ...	1965	50,3	37,0	9,7	3,1
	1961	47,2	35,7	11,6	5,5
10 000— 50 000 ...	1965	46,4	40,1	10,0	3,5
	1961	42,7	37,3	14,2	5,8
50 000—200 000 ...	1965	42,5	44,9	8,6	3,9
	1961	43,1	38,0	13,6	5,2
200 000 und mehr ...	1965	38,6	47,9	9,1	4,2
	1961	38,5	43,2	13,0	5,2
Insgesamt ...	1965	47,2	39,8	9,4	3,5
	1961	45,3	36,1	12,9	5,8

— 41 —



Mehr Stimmen als die SPD erhielt die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1965 im Durchschnitt der Gemeinden von weniger als 50 000 Einwohnern. In den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern konnte sie sogar mehr als 50% der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen. In den Gemeinden über 200 000 Einwohner betrug ihr Stimmenanteil jedoch nur noch 38,6%, verglichen mit 57,6% in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Umgekehrt verhält es sich bei der SPD, für die sich in diesen Gemeinden nur 29,7% der Wähler, in den Gemeinden mit mehr als 200 000 Einwohnern aber 47,9% entschieden haben. Während sich die Stimmenanteile der CDU/CSU von den kleinsten zu den größten Gemeinden um rund 20 Prozentpunkte vermindern, steigen sie bei der SPD in etwa dem gleichen Umfang an. Der Anteil der Zweitstimmen für die FDP erwies sich in allen Gemeindegrößenklassen als nahezu gleich. Weit mehr Stimmen als in den kleineren und mittleren Gemeinden wurden dagegen in den großen Städten für alle sonstigen Parteien, das heißt in erster Linie für die NPD und die DFU, abgegeben.

Die Stimmengewinne der CDU/CSU seit der Bundestagswahl 1961 konzentrieren sich ebenfalls auf die Landgemeinden, Klein- und Mittelstädte. Im Durchschnitt der größeren Gemeinden hat sie ihren Stimmenanteil nicht erhöhen können. In diesen Gemeinden war nur der SPD ein besonders großer Wahlerfolg beschieden. In den Gemeinden zwischen 50 000 und 200 000 Einwohnern stieg ihr Stimmenanteil von 38,0 auf 44,9% und in den Gemeinden über 200 000 Einwohnern von 43,2 auf 47,9%. Erheblich geringer war der Stimmenzuwachs der SPD dagegen in den Gemeinden unter 50 000 Einwohnern, wo er hinter dem der CDU/CSU zurückblieb. Wenn die SPD im gesamten Wahlgebiet ihren Stimmenanteil mehr steigern konnte als die CDU/CSU, so verdankt sie dies demnach ausschließlich ihrem stärker gewordenen Rückhalt in den großen Städten.

Die FDP hat in den Gemeinden ab 10 000 Einwohnern bedeutend mehr Wählerstimmen verloren als in den kleineren Gemeinden. In ersteren verminderte sich ihr Stimmenanteil um rund 4, in

letzteren aber nur um 2 bis 3 Prozentpunkte. Die Gruppe der sonstigen Parteien mußte dagegen besonders hohe Stimmenverluste in den kleineren Gemeinden hinnehmen, weil 1965 die Gesamtdeutsche Partei (GDP) nicht mehr auftrat, die 1961 auf dem Lande mehr Stimmen bekam als in den Städten.

Diese Entwicklung der FDP-Stimmen und der Stimmen der sonstigen Parteien läßt auch Rückschlüsse auf die Veränderungen der Stimmenanteile der CDU/CSU und SPD zu. Vermutlich hat in den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern der größte Teil der nach 1961 von der FDP abgefallenen Wähler 1965 für die CDU/CSU gestimmt und hierdurch in diesen Gemeinden die Stimmenverluste der CDU/CSU an die SPD wettgemacht. Auch in den Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern dürfte der größte Teil der Personen, die 1961 für die FDP gestimmt haben, sich bei der Bundestagswahl 1965 für die CDU/CSU entschieden haben, und werden CDU/CSU-Wähler zur SPD übergegangen sein. Wenn sich hier für die CDU/CSU trotzdem ein Stimmengewinn ergab, der über den der SPD noch hinausgeht, so wahrscheinlich deshalb, weil sich in den kleineren Gemeinden mehr ehemalige Wähler der GDP für die CDU/CSU als in den großen Gemeinden entschieden haben, und die CDU/CSU in den kleineren Gemeinden vermutlich relativ wenige Stimmen an die SPD verloren hat.

Die unterschiedliche Resonanz von CDU/CSU und SPD bei Männern und Frauen und bei jung und alt ist auch in Stadt und Land festzustellen. In jeder Gemeindegrößenklasse bekam die CDU/CSU von den Frauen mehr und die SPD von den Frauen weniger Stimmen als von den Männern. In jeder Gemeindegrößenklasse entschieden sich außerdem für die CDU/CSU mehr unter 30- und über 60jährige und für die SPD weniger unter 30- und über 60jährige als 30- bis unter 60jährige. Ferner ist für jede Altersgruppe der Männer und Frauen zu beobachten, daß sich die Stimmenanteile der CDU/CSU nach den großen Gemeinden hin stark vermindern und die der SPD stark erhöhen. Es besteht also in mehrfacher Hinsicht eine große Parallelität des Wahlverhaltens der Bevölkerung in Stadt und Land (Tabelle 39).

Mehr Männerstimmen als die CDU/CSU erhielt die SPD von den unter 30jährigen und den über 60jährigen in den Gemeinden ab 50 000 Einwohnern sowie von den 30- bis 45jährigen in den Gemeinden ab 3 000 Einwohnern und von den 45- bis 60jährigen in den Gemeinden ab 10 000 Einwohnern; mehr Frauenstimmen als die CDU/CSU erhielt die SPD dagegen von den unter 30jährigen und den 45- bis 60jährigen nur in den Gemeinden über 200 000 Einwohnern und von den 30- bis 45jährigen in den Gemeinden ab 50 000 Einwohnern. Die über 60jährigen Frauen wählten auch in den größten Gemeinden vorzugsweise CDU/CSU. Den höchsten Stimmenanteil der Männer bekam diese Partei mit 57,1% von den noch nicht 30 Jahre alten Wählern in den Gemeinden von weniger als 1 000 Einwohnern und den größten Stimmenanteil der Frauen mit 65,5% von den über 60jährigen in den gleichen Gemeinden. Die SPD wurde am stärksten von den 30- bis unter 45jährigen Männern und Frauen in den Gemeinden mit mehr als 200 000 Einwohnern unterstützt, wo sich diese Personen zu 57,3 bzw. 48,3% zu dieser Partei bekannten.

Daß die CDU/CSU in den Gemeinden von mehr als 50 000 Einwohnern keine Stimmen hinzugewonnen hat, beruht auf ihren Stimmenverlusten bei den über 30jährigen männlichen Wählern. Infolge der leichten Stimmengewinne bei den unter 30jährigen Männern und Frauen in den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern sind diese Verluste aber wieder wettgemacht worden. Die über 30jährigen Frauen haben in diesen Gemeinden in etwa dem gleichen Umfang wie 1961 CDU/CSU gewählt. In den Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern hat die CDU/CSU von den Männern und Frauen jeden Alters mehr Stimmen erhalten als 1961.

Die SPD verdankt ihren Stimmenzuwachs in allen Gemeindegrößenklassen in starkem Maße den 30- bis 60jährigen Männern und Frauen. Vor allem in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern entschieden sich 1965 weit mehr Männer und Frauen dieses Alters für die SPD. An zweiter Stelle steht der Stimmenzuwachs der SPD bei den über 60jährigen Männern und Frauen in allen Gemeindegrößenklassen. Der Stimmenzuwachs der SPD bei den noch nicht 30 Jahre alten Männern und Frauen blieb in den kleineren Gemeinden hinter dem der CDU/CSU zurück.

# 39. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter in Stadt und Land\*)

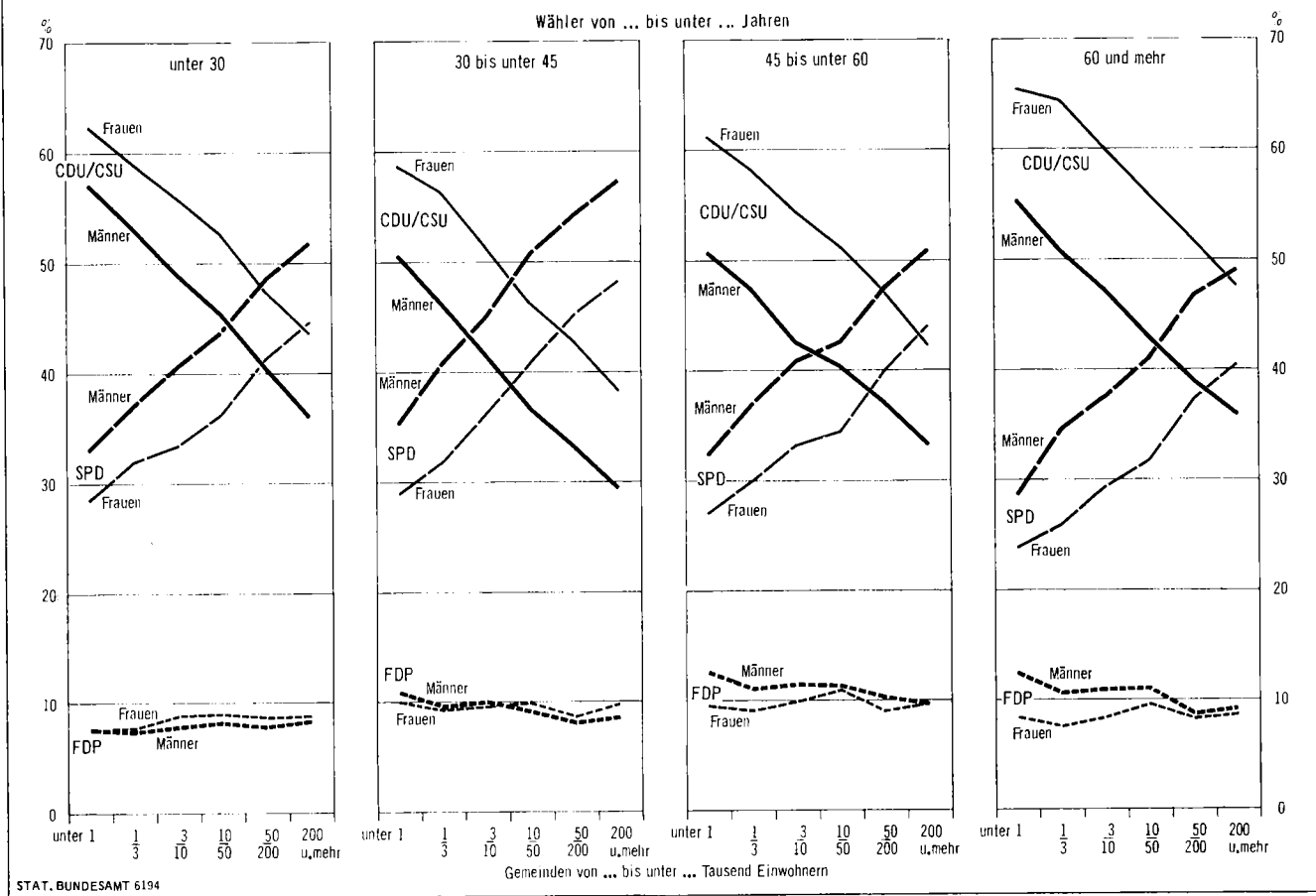
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen (der)								
		unter 30-		30- bis unter 45-	45- bis unter 60-	30- bis unter 60-		über 60-		aller
		jährigen								
		Männer bzw. Frauen entfielen auf nebenstehende Parteien								
		1965	1961	1965		1961	1965	1961	1965	
Männer										
unter 1 000 .....	CDU/CSU	57,1	53,9	50,6	50,7	50,6	48,7	55,4	52,9	53,1
	SPD	32,9	30,0	35,2	32,3	34,0	29,1	28,6	24,4	32,4
	FDP	7,6	11,4	10,9	12,6	11,6	14,5	12,5	13,6	11,0
	Sonstige	2,4	4,7	3,4	4,3	3,8	7,7	3,5	9,1	3,5
1 000— 3 000 .....	CDU/CSU	53,1	48,2	46,2	47,3	46,6	41,3	50,8	45,9	49,0
	SPD	36,9	35,7	40,8	36,9	39,2	37,1	34,6	31,8	37,6
	FDP	7,4	11,8	9,5	11,0	10,1	14,4	10,5	13,1	9,6
	Sonstige	2,6	4,3	3,6	4,9	4,1	7,2	4,1	9,3	3,8
3 000— 10 000 .....	CDU/CSU	49,0	43,3	41,5	42,6	42,0	39,8	47,3	45,9	44,7
	SPD	40,5	42,3	45,1	40,9	43,3	40,9	37,5	34,1	41,4
	FDP	7,9	11,2	10,0	11,6	10,7	13,0	10,9	12,5	10,2
	Sonstige	2,6	3,2	3,3	4,8	4,0	6,3	4,3	7,6	3,8
10 000— 50 000 .....	CDU/CSU	45,3	39,0	36,6	40,3	38,3	35,2	42,9	41,4	40,8
	SPD	43,6	43,6	50,8	42,5	47,1	42,6	41,1	36,4	45,0
	FDP	8,2	13,5	9,1	11,4	10,1	15,7	11,0	13,9	9,9
	Sonstige	2,9	4,0	3,6	5,8	4,5	6,5	4,9	8,3	4,3
50 000—200 000 .....	CDU/CSU	40,5	40,1	33,2	37,0	34,9	36,3	38,9	41,2	37,0
	SPD	48,5	44,0	54,2	47,5	51,1	42,8	46,8	38,7	49,5
	FDP	7,8	12,6	8,0	10,2	9,0	14,8	8,6	13,2	8,7
	Sonstige	3,3	3,3	4,6	5,4	5,0	6,1	5,7	6,9	4,8
200 000 und mehr .....	CDU/CSU	35,9	34,5	29,4	33,2	31,2	31,8	35,9	36,9	33,3
	SPD	51,8	49,2	57,3	50,9	45,2	47,8	49,1	44,6	52,4
	FDP	8,3	12,7	8,5	9,7	9,1	14,1	9,2	11,8	9,0
	Sonstige	4,1	3,6	4,9	6,2	5,5	6,3	5,8	6,7	5,3
Zusammen ....	CDU/CSU	46,1	43,0	38,9	40,7	39,7	38,2	44,1	43,4	42,0
	SPD	43,0	41,0	47,9	43,0	45,7	40,7	40,7	35,9	44,0
	FDP	7,9	12,2	9,3	10,9	10,0	14,4	10,4	12,0	9,7
	Sonstige	3,0	3,8	3,9	5,4	4,6	6,7	4,8	7,8	4,3
Frauen										
unter 1 000 .....	CDU/CSU	62,3	59,0	58,7	61,2	59,9	57,5	65,5	60,9	61,7
	SPD	28,5	25,8	28,9	27,0	28,0	24,0	23,9	21,8	27,0
	FDP	7,6	10,6	10,0	9,5	9,8	11,6	8,4	9,6	9,0
	Sonstige	1,7	4,5	2,3	2,2	2,3	6,9	2,2	7,7	2,2
1 000— 3 000 .....	CDU/CSU	58,9	52,9	56,3	58,2	57,2	52,0	64,4	56,9	59,3
	SPD	31,9	31,5	31,8	30,0	31,0	29,6	25,8	26,3	29,8
	FDP	7,7	11,4	9,3	9,1	9,2	12,1	7,5	9,8	8,5
	Sonstige	1,6	4,1	2,6	2,7	2,6	6,3	2,3	7,0	2,4
3 000— 10 000 .....	CDU/CSU	55,9	51,8	51,4	54,4	52,9	50,3	60,0	55,5	55,2
	SPD	33,3	34,7	36,3	33,2	34,8	33,1	29,3	29,0	33,1
	FDP	8,8	9,9	9,6	9,9	9,8	11,4	8,4	10,0	9,2
	Sonstige	2,1	3,6	2,6	2,6	2,6	5,2	2,4	5,5	2,4
10 000— 50 000 .....	CDU/CSU	52,7	46,9	46,4	51,2	48,7	45,6	55,9	52,4	51,2
	SPD	36,2	35,8	40,9	34,4	37,7	34,8	31,7	30,0	35,9
	FDP	8,9	13,4	9,9	11,0	10,5	14,3	9,6	11,8	10,0
	Sonstige	2,2	3,9	2,7	3,4	3,1	5,3	2,8	5,8	2,8
50 000—200 000 .....	CDU/CSU	47,5	46,2	42,8	47,2	45,0	45,6	51,8	51,6	47,3
	SPD	41,3	37,2	45,3	40,0	42,6	35,7	37,3	31,0	41,0
	FDP	8,6	13,0	8,6	9,0	8,8	13,5	8,2	12,5	8,6
	Sonstige	2,6	3,6	3,3	3,8	3,6	5,1	2,8	4,9	3,2
200 000 und mehr .....	CDU/CSU	43,6	42,0	38,2	42,2	40,3	40,9	47,6	47,7	42,9
	SPD	44,6	41,8	48,3	44,1	46,1	40,6	40,4	36,9	44,2
	FDP	8,7	13,0	9,8	9,7	9,8	13,6	8,7	11,2	9,3
	Sonstige	3,1	3,2	3,7	4,0	3,9	4,9	3,2	4,2	3,6
Zusammen ....	CDU/CSU	52,7	49,5	48,0	51,0	49,4	47,9	56,0	53,7	51,7
	SPD	36,6	34,8	39,5	36,0	37,7	33,7	32,8	29,7	36,2
	FDP	8,4	11,9	9,6	9,8	9,7	12,8	8,5	10,9	9,2
	Sonstige	2,3	3,8	2,9	3,2	3,1	5,6	2,7	5,7	2,9

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Die für die Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern geoffene zusätzliche Untergliederung nach dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung bestätigte die bereits im Anschluß an die Bundestagswahl 1961 gewonnenen Ergebnisse. In den häufig am Rande der Städte gelegenen kleinen Gemeinden ohne nennenswerte Landwirtschaft, die vielfach den Charakter von Arbeiterwohngegenden haben, erhielt die CDU/CSU auch 1965 nicht viel mehr Stimmen als in den Großstädten. Ihr Stimmenanteil steigt jedoch bis auf 80% in den reinen Bauerngemeinden. Umgekehrt verhält es sich bei der SPD, die in den kleinen Ge-

meinden, in denen die Bevölkerung nicht oder nur noch nebenberuflich von der Landwirtschaft lebt, weit mehr Anhänger hat als in den Bauerndörfern, wo noch nicht 20% der Wähler und besonders wenig Frauen dieser Partei ihre Stimme gaben. Bei sehr hohem Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung entschieden sich für die SPD sogar nicht mehr Wähler als für die FDP. Man kann somit davon ausgehen, daß die CDU/CSU in der bäuerlichen Bevölkerung einen nach wie vor sehr starken Rückhalt hat und es der SPD bisher nicht gelungen ist, größere Teile dieser Bevölkerung für sich zu gewinnen.

STIMMABGABE DER MÄNNER UND FRAUEN NACH DEM ALTER IN STADT UND LAND  
Zweitstimmenanteil der Parteien in %



40. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter in den Gemeinden unter 3 000 Einwohnern und nach dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Gemeinden

Partei	Alter von bis unter Jahren	Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von ... bis unter ... %																			
		unter 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	70 u. mehr	zus.	unter 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 bis 70	70 u. mehr	zus.		
		Männer										Frauen									
		in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien																			
CDU/CSU	unter 30	43,4	52,3	54,8	55,6	69,5	68,5	77,8	75,3	54,9	51,5	57,9	58,6	62,2	72,5	76,1	82,0	84,1	60,3		
	30—45	38,0	44,6	48,2	49,3	60,8	63,1	68,2	83,2	48,2	48,5	54,7	56,5	56,6	69,6	73,3	73,2	88,8	57,3		
	45—60	39,7	45,8	48,3	49,5	58,7	63,8	67,0	80,7	48,7	50,3	57,7	57,2	61,1	71,5	74,5	77,1	84,9	59,5		
	60 und mehr	41,9	49,5	50,0	56,8	64,8	67,6	70,3	76,6	52,9	55,7	62,5	62,3	68,0	74,3	81,2	79,4	85,0	64,8		
	zusammen	40,4	47,6	50,0	52,5	63,1	65,5	70,3	79,4	50,8	51,3	58,1	58,5	61,7	71,8	76,2	77,3	86,0	60,3		
SPD	unter 30	46,7	38,7	35,4	33,5	20,4	18,9	12,5	12,7	35,1	39,6	33,6	31,9	27,6	16,6	13,9	12,0	4,1	30,4		
	30—45	50,3	42,5	38,1	35,8	23,4	20,9	10,7	5,1	38,2	40,0	33,7	31,1	30,1	17,6	14,1	13,7	4,5	30,5		
	45—60	44,9	38,5	35,7	32,2	23,3	18,8	17,0	6,8	34,9	38,1	30,9	30,1	26,3	17,2	14,7	13,3	3,2	28,7		
	60 und mehr	43,7	35,6	33,0	28,7	19,6	17,2	14,5	5,6	31,7	34,2	27,7	26,7	22,9	14,6	9,5	9,8	2,7	25,0		
	zusammen	46,8	39,2	35,8	32,7	21,8	19,1	15,4	6,9	35,3	38,0	31,5	29,9	26,7	16,6	12,9	12,3	3,6	28,6		
FDP	unter 30	7,0	6,5	7,8	8,0	7,7	10,1	8,7	8,5	7,5	7,3	6,6	8,0	8,5	8,5	9,0	5,3	10,3	7,6		
	30—45	8,0	9,1	10,7	10,8	12,4	14,1	12,1	10,0	10,2	8,7	8,8	10,2	10,2	10,8	11,5	11,9	6,5	9,7		
	45—60	10,0	10,4	12,1	13,3	13,6	14,2	14,5	11,1	11,7	8,5	8,7	10,5	10,2	8,8	9,2	8,6	10,3	9,3		
	60 und mehr	9,9	10,5	13,3	10,6	12,2	13,1	12,7	15,5	11,5	7,6	7,3	8,9	6,7	9,0	8,3	9,7	11,5	7,9		
	zusammen	8,7	9,2	11,0	10,7	11,7	13,1	12,1	11,5	10,3	8,1	8,0	9,6	9,0	9,4	9,6	9,3	9,4	8,8		
Sonstige	unter 30	2,8	2,6	2,0	2,8	2,5	2,5	1,0	3,6	2,5	1,6	1,8	1,5	1,7	2,4	1,0	0,7	1,5	1,7		
	30—45	3,6	3,8	3,0	4,1	3,5	1,9	3,0	1,7	3,4	2,8	2,8	2,3	3,2	2,0	1,2	1,2	0,3	2,5		
	45—60	5,4	5,3	4,0	5,1	4,4	3,2	1,6	1,4	4,7	3,0	2,6	2,2	2,4	2,5	1,7	1,1	1,6	2,5		
	60 und mehr	4,6	4,4	3,7	3,9	3,4	2,3	2,4	2,2	3,9	2,4	2,5	2,2	2,4	2,0	1,1	1,2	0,8	2,2		
	zusammen	4,1	4,0	3,2	4,0	3,5	2,3	2,1	2,1	3,6	2,5	2,5	2,1	2,5	2,2	1,3	1,1	0,9	2,3		

6. Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler

In derselben indirekten Weise wie die Stimmabgabe der bäuerlichen Bevölkerung ist der Zusammenhang zwischen Stimmabgabe und Religionszugehörigkeit der Wähler untersucht worden. Dazu wurden die Ergebnisse für die Auswahlbezirke der repräsentativen Wahlstatistik nach dem Anteil der evangelischen Bevölkerung der betreffenden Gemeinden im Volkszählungsjahr 1961 zusammengestellt. Auf die Berücksichtigung des Anteils der Katholiken

konnte verzichtet werden, weil die Bevölkerung, die nicht evangelisch oder katholisch ist, nur rund 6% ausmacht. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß bei einem Bevölkerungsanteil der Evangelischen von beispielsweise 20 bis 30% der Anteil der Katholiken ungefähr 70 bis 80% beträgt.

In noch stärkerem Umfang als von der Größe der Gemeinde wurde das Wahlergebnis durch die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmt. In den fast rein katholische

41. Stimmabgabe nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden\*)

Anteil der evangelischen Bevölkerung 1961 von ... bis unter ... %	Von 100 gültigen Zweitstimmen in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf							
	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige	
	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961
unter 10 .....	72,1	74,2	21,6	16,5	4,5	5,7	1,8	3,7
10—20 .....	58,6	59,8	32,0	27,8	6,9	8,4	2,5	3,9
20—30 .....	51,4	49,3	36,6	33,9	8,5	11,2	3,6	5,6
30—40 .....	51,7	52,9	38,2	30,6	7,6	12,7	2,5	4,0
40—50 .....	42,2	46,1	46,0	38,0	8,3	11,8	3,5	4,2
50—60 .....	38,2	37,7	48,7	43,7	8,7	13,1	4,4	5,7
60—70 .....	40,3	36,1	43,0	42,0	12,5	16,1	4,1	5,9
70—80 .....	39,2	32,3	44,8	45,3	11,3	15,9	4,6	6,5
80—90 .....	40,4	33,4	44,1	42,3	11,4	16,5	4,1	7,9
90 und mehr .....	42,9	34,3	40,2	37,3	13,9	18,1	3,1	10,4
Insgesamt .....	47,2	45,3	39,8	36,1	9,4	12,9	3,5	5,8

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Gemeinden (Anteil der Evangelischen unter 10%) entfielen auf die CDU/CSU 72,1%, in den fast rein evangelischen Gemeinden (Anteil der Evangelischen über 90%) jedoch nur noch 42,9% der Zweitstimmen. Noch niedriger war ihr Stimmenanteil mit teilweise weniger als 40% in den Gemeinden mit stark gemischter Bevölkerung. Wie die Ergebnisse 1961 zeigten, bei denen das Merkmal Religionszugehörigkeit auch mit der Gemeindegrößenklasse kombiniert war, ist der Grund hierfür darin zu suchen, daß es sich bei diesen Gemeinden häufig um Großstädte handelt, in denen aus anderen Ursachen als der Konfession die CDU/CSU nicht so stark ist. Die SPD erhielt in den rein katholischen Gemeinden nur 21,6%, in den konfessionell stark gemischten Gemeinden aus genannten Gründen aber um 45% und in den rein

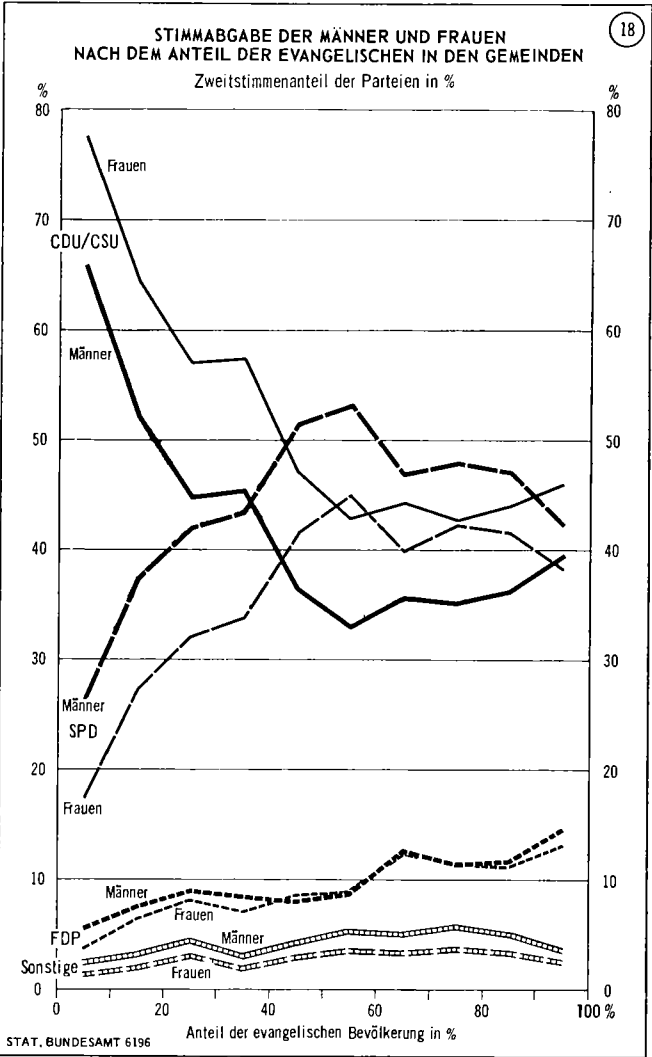
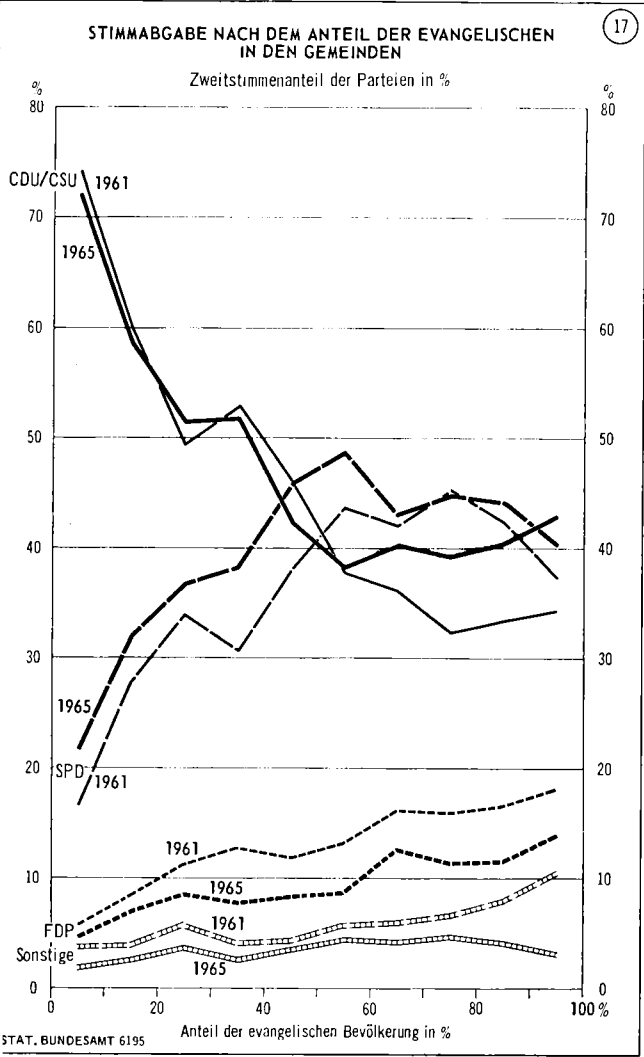
evangelischen Gemeinden 40,2% der Zweitstimmen. Auch für die FDP und für die sonstigen Parteien wurden in den Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung weit weniger Stimmen gezählt als in den Gemeinden, in denen die Evangelischen vorherrschen.

42. Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden\*)

Anteil der evangelischen Bevölkerung 1961 von ... bis unter ... %	Von 100 gültigen Zweitstimmen in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf							
	CDU/CSU		SPD		FDP		Sonstige	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 10 ..	65,9	77,6	20,3	17,3	5,5	3,7	2,4	1,3
10—20 ..	52,0	64,4	37,4	27,3	7,5	6,4	3,2	2,0
20—30 ..	44,7	56,9	42,0	32,1	8,9	8,1	4,4	3,0
30—40 ..	45,4	57,3	43,3	33,7	8,3	7,0	3,0	1,9
40—50 ..	36,4	47,1	51,4	41,4	8,0	8,6	4,2	3,0
50—60 ..	32,9	42,8	53,1	44,9	8,7	8,8	5,3	3,5
60—70 ..	35,6	44,3	46,8	39,8	12,6	12,5	5,0	3,3
70—80 ..	35,1	42,7	47,9	42,3	11,3	11,3	5,7	3,7
80—90 ..	36,2	44,0	47,1	41,5	11,6	11,2	5,0	3,3
90 u. mehr ..	39,5	46,0	42,2	38,2	14,6	13,2	3,6	2,5
Insgesamt ..	42,0	51,7	44,0	36,2	9,7	9,2	4,3	2,9

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Die SPD konnte ihr Wahlergebnis vor allem in den konfessionell gemischten Gemeinden, aber auch in den überwiegend katholischen Gemeinden verbessern. Das ist der CDU/CSU nicht gelungen. Dafür hat sie sehr viele Stimmen in den überwiegend evangelischen Gemeinden hinzugewonnen, was in einem engen Zusammenhang mit ihrem großen Wahlerfolg im norddeutschen Raum zu sehen



ist. Von großer Bedeutung für die Stimmengewinne der CDU/CSU müssen die Stimmenverluste der FDP in den überwiegend evangelischen Gemeinden und der Verzicht der GDP auf eigene Wahlvorschläge gewesen sein.

Der Zusammenhang zwischen der Bevorzugung dieser oder jener Partei und der konfessionellen Struktur der Gemeinden ist für die Männer ebenso festzustellen wie für die Frauen, wobei die CDU/CSU von den Frauen immer mehr, die SPD immer weniger Stimmen erhielt als von den Männern. Bei näherer Betrachtung werden jedoch auch Besonderheiten sichtbar. So ist es auffällig, daß die Frauen in den überwiegend katholischen Gemeinden, im

Gegensatz zu den überwiegend evangelischen Gemeinden, weit weniger geneigt waren, SPD zu wählen als die Männer. Dasselbe gilt in bezug auf die FDP. In den Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung ist infolgedessen der Abstand zwischen den Frauen- und Männerstimmen für die CDU/CSU bedeutend größer als in den überwiegend evangelischen Gemeinden.

Auch in den Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung erhielt die CDU/CSU von den Frauen einige Stimmen mehr als die SPD. Die Männer entschieden sich dagegen schon in den Gemeinden mit 40 bis 50% Evangelischen häufiger für die SPD als für die CDU/CSU.

E. Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Maßgebend für die Sitzverteilung im Bundestag sind die Zweitstimmen. Sie standen daher bisher im Vordergrund der Untersuchung. Die Erststimmen wirken sich über die Wahl der Wahlkreisabgeordneten nur auf die personelle Zusammensetzung der Hälfte der Mitglieder des Bundestages aus. Verwirklicht wird dieses System einer teilweise personifizierten Verhältniswahl, indem aufgrund der Zweitstimmen zunächst die Sitze festgestellt werden, die einer jeden Partei zahlenmäßig zustehen. In einem weiteren Schritt werden von diesem Ergebnis die von den Parteien mit den Erststimmen errungenen Wahlkreissitze abgezogen. Die restlichen Sitze werden sodann aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der Bewerber besetzt. Damit wird erreicht, daß der Anhänger einer Partei, der bereit ist, dieser Partei seine Zweitstimme zu geben, mit seiner Erststimme auch den Kandidaten einer anderen Partei wählen kann, ohne auf diese Weise die Zahl

der Sitze im Bundestag zu schmälern. Wählen viele Anhänger einer Partei A, der sie die Zweitstimme geben, wegen der besonderen Qualitäten oder der besseren Siegesaussichten der Wahlkreisbewerber einer Partei B mit ihrer Erststimme diese Bewerber, vermindern sie zwar die Zahl der Wahlkreissitze der Partei A, nicht aber die Gesamtzahl ihrer Sitze, weil von der Partei A entsprechend mehr Landeslistenbewerber in den Bundestag einziehen.

Von der Möglichkeit, die Erststimme anders als die Zweitstimme abzugeben, die als ein Kernstück des Bundeswahlrechts angesehen werden kann, haben auch 1965 nicht allzu viele Wähler Gebrauch gemacht. Von den Wählern mit gültiger Zweitstimme gaben 91,40% den Wahlkreisbewerbern der Partei ihre Erststimme, die sie mit der Zweitstimme gewählt hatten. Von den restlichen 8,60% stimmten 6,60% für die Wahlkreisbewerber anderer Parteien und 2,00% mit der Erststimme ungültig. Bei der Bundestagswahl 1961 war der Anteil der Wähler mit gleichlautenden Erst- und Zweitstimmen (93,70%) etwas höher. Von den Männern gaben bei der Wahl 1965 91,70% und von den Frauen 91,00% beide Stimmen der gleichen Partei. Der etwas niedrigere Prozentsatz bei den Frauen beruht darauf, daß ihre Erststimme häufiger als bei den Männern ungültig war.

Die Zweitstimmen bringen die Parteipräferenzen der Wählerschaft besser zum Ausdruck als die Erststimmen. Auch in der folgenden Untersuchung über die Stimmenkombinationen nach Parteien wird daher von den Zweitstimmen ausgegangen.

Von den Zweitstimmenwählern der CDU/CSU haben 94% und von den Zweitstimmenwählern der SPD fast 95% ihre Erststimme den Wahlkreiskandidaten der gleichen Partei gegeben. Von der Möglichkeit, die Erststimme anders abzugeben, wurde demnach von den Anhängern dieser beiden Parteien besonders wenig Gebrauch gemacht. Die Zweitstimmenwähler der CDU/CSU, die sich nicht für die Wahlkreisbewerber dieser Partei entscheiden wollten, bevorzugten mit ihrer Erststimme etwa im gleichen Umfang (2,30%) die SPD, wie umgekehrt die Zweitstimmenwähler der SPD mit ihrer Erststimme die CDU/CSU (2,20%). Sehr viel seltener als die Zweitstimmenwähler der CDU/CSU entschied sich die Zweitstimmenwähler der SPD jedoch für die Wahlkreisbewerber der FDP. Diese Partei hatte in keinem Wahlkreis große Aussicht, das Wahlkreismandat zu erringen. Wohl hauptsächlich in Kenntnis dieser Sachlage haben nur 70% der Zweitstimmenwähler der FDP mit der Erststimme ihre Wahlkreisbewerber unterstützt, die — wie auch von der CDU/CSU und SPD — in allen 248 Wahlkreisen aufgestellt worden waren. Die übrigen FDP Anhänger verbesserten vor allem die Wahlaussichten der Wahlkreisbewerber der CDU/CSU. Diese Partei erhielt von den Zweitstimmenwählern der FDP 21% der Erststimmen, die SPD aber nur knapp 7%.

Die in 247 Wahlkreisen zugelassenen Bewerber der NPD und die in 243 Wahlkreisen zugelassenen Bewerber der DFU hatten noch weniger Aussicht auf ein Wahlkreismandat. Trotzdem entschiede sich die Zweitstimmenwähler dieser beiden Parteien zu 80% für ihre Wahlkreiskandidaten, um auf diese Weise ihre politische Einstellung auch mit der Erststimme zu demonstrieren. Die Anhänger der NPD, die das nicht taten oder mangels eines Wahlkreisbewerbers nicht tun konnten, wählten mit ihrer Erststimme vorzugsweise CDU/CSU und die Anhänger der DFU mit anderer lautender Erststimme ganz überwiegend SPD. Von den Zweit

43. Kombination der Erst- und Zweitstimmen\*)

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern, die mit der Erststimme bzw. Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme						
		CDU/ CSU	SPD	FDP	NPD	DFU	Son- stige	un- gültig
Erststimmen = 100								
CDU/ CSU	männlich	91,2	2,2	4,6	0,6	0,1	0,1	1,3
	weiblich	92,5	1,6	3,7	0,3	0,1	0,1	1,8
	insgesamt	91,9	1,8	4,1	0,4	0,1	0,1	1,6
SPD	männlich	2,4	94,2	1,5	0,3	0,5	0,1	1,0
	weiblich	3,0	93,0	1,6	0,2	0,4	0,0	1,8
	insgesamt	2,7	93,6	1,6	0,3	0,4	0,1	1,4
FDP	männlich	8,0	3,4	85,9	1,1	0,3	0,2	1,0
	weiblich	9,3	3,3	84,6	0,8	0,4	0,2	1,5
	insgesamt	8,7	3,3	85,2	0,9	0,4	0,2	1,3
NPD	männlich	4,0	2,8	2,4	89,1	0,3	0,4	1,1
	weiblich	5,0	2,6	2,8	86,7	0,4	0,7	1,9
	insgesamt	4,4	2,7	2,5	88,1	0,4	0,5	1,4
DFU	männlich	2,1	5,3	1,9	1,0	88,0	0,5	1,3
	weiblich	3,8	5,4	2,1	0,6	85,1	0,6	2,3
	insgesamt	2,9	5,4	2,0	0,8	86,7	0,6	1,8
Sonstige	männlich	8,2	6,6	4,0	3,2	1,3	72,3	4,4
	weiblich	9,6	8,2	4,4	2,8	2,1	67,2	5,7
	insgesamt	8,9	7,3	4,2	3,0	1,7	69,9	5,0
Ungültig	männlich	24,9	24,0	3,8	1,4	1,1	1,1	43,6
	weiblich	35,2	27,0	4,2	1,0	1,1	0,8	30,8
	insgesamt	31,6	26,0	4,0	1,1	1,1	0,9	35,3
Zweitstimmen = 100								
CDU/ CSU	männlich	94,2	2,6	1,5	0,2	0,1	0,0	1,4
	weiblich	93,7	2,1	1,4	0,1	0,1	0,0	2,6
	insgesamt	93,9	2,3	1,4	0,2	0,1	0,0	2,1
SPD	männlich	2,2	95,6	0,6	0,1	0,2	0,0	1,3
	weiblich	2,3	93,9	0,7	0,1	0,2	0,0	2,9
	insgesamt	2,2	94,7	0,6	0,1	0,2	0,0	2,1
FDP	männlich	20,7	7,0	70,4	0,5	0,3	0,1	1,0
	weiblich	21,0	6,4	70,1	0,4	0,2	0,1	1,8
	insgesamt	20,9	6,7	70,3	0,5	0,2	0,1	1,4
NPD	männlich	10,6	5,7	3,6	77,9	0,5	0,3	1,3
	weiblich	9,9	5,1	3,9	77,7	0,4	0,3	2,5
	insgesamt	10,3	5,5	3,7	77,9	0,5	0,3	1,8
DFU	männlich	2,3	15,1	1,7	0,4	78,5	0,2	1,8
	weiblich	3,9	11,6	2,6	0,5	77,2	0,3	3,8
	insgesamt	3,0	13,5	2,1	0,5	77,9	0,3	2,7
Sonstige	männlich	11,2	9,8	5,9	2,8	2,3	58,1	9,9
	weiblich	14,9	7,8	7,2	3,8	2,9	50,6	12,9
	insgesamt	13,0	8,8	6,5	3,3	2,6	54,5	11,4
Ungültig	männlich	25,4	19,6	3,8	1,1	0,8	0,5	48,9
	weiblich	31,3	22,7	3,9	0,9	0,8	0,3	40,1
	insgesamt	29,0	21,5	3,9	0,9	0,8	0,4	43,5

\*) Ohne Stimmen der Briefwähler.

stimmenwählern der NPD entschieden sich mit ihrer Erststimme 10,3% für die CDU/CSU und 5,5% für die SPD, von den Zweitstimmenwählern der DFU mit ihrer Erststimme nur 3,0% für die CDU/CSU, aber 13,5% für die SPD.

F. Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

1. Sitzverteilungsverfahren

Maßgebend für die Sitze, die jeder Partei zustehen, sind die für ihre Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens 5% der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklausel“).

Die SPD, CDU und CSU erfüllten beide Bedingungen, die FDP die erste. Alle übrigen Parteien erhielten weder 5% der Zweitstimmen noch Wahlkreissitze. Damit kamen für die Sitzverteilung wiederum nur die Parteien in Betracht, die schon im 4. Bundestag vertreten waren, nämlich die SPD, CDU, CSU und FDP mit zusammen rund 31,4 Mill. Stimmen. Die 1,2 Mill. Stimmen für die übrigen Parteien waren für die Sitzverteilung ohne Bedeutung.

Das Bundeswahlgesetz geht — föderalistischen Prinzipien folgend — von Landeslisten der Parteien und von einer der Verteilung der Zweitstimmen auf diese Landeslisten entsprechenden Sitzverteilung aus. Dabei findet das d’Hondt’sche Verfahren Anwendung<sup>1)</sup>. Hierzu ein einfaches Beispiel, bei dem angenommen wird, daß insgesamt 10 Sitze auf die Partei A mit 1190, die Partei B mit 600 und die Partei C mit 210 Stimmen zu verteilen sind:

Es werden zunächst die Parteistimmen A, B und C mit 1, 2, 3 usw. dividiert, was zu folgenden Ergebnissen führt:

Teiler	Stimmen für		
	A = 1190	B = 600	C = 210
1	1190	600	210
2	595	300	105
3	396	200	70
4	297	150	52
5	238	120	42
6	198	100	35

Auf diese insgesamt 18 Quotienten, im folgenden Höchstzahlen genannt, werden nun in der Reihenfolge ihrer Größe solange Sitze verteilt, bis ihre Zahl erschöpft ist. Es erhält also den

- 1. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 1190,
- 2. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 600,
- 3. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 595,
- 4. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 396,
- 5. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 300,
- 6. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 297,
- 7. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 238,
- 8. Sitz die Partei C mit der Höchstzahl 210,
- 9. Sitz die Partei B mit der Höchstzahl 200,
- 10. Sitz die Partei A mit der Höchstzahl 198.

Insgesamt erhalten somit

- die Partei A: 6 Sitze,
- die Partei B: 3 Sitze,
- die Partei C: 1 Sitz.

Diese Verteilung entspricht fast genau dem Verhältnis der Stimmen und hätte sich auch bei streng proportionaler Verteilung „B.“ dann ergeben, wenn zunächst die Stimmenanteile für die Parteien A = 0,595, B = 0,300 und C = 0,105 festgestellt und diese Anteile sodann mit zehn multipliziert worden wären. Anders erhält es sich jedoch — weil nur ganze Sitze vergeben werden können —, wenn größere Reste verbleiben. Das ist z. B. bei der Verteilung von nur sieben Sitzen auf dieselben Stimmenanteile der

Von den Anhängern der übrigen, hier unter „Sonstige“ zusammengefaßten Parteien konnten schon deshalb nur 55% für einen eigenen Wahlkreisbewerber stimmen, weil es einen solchen in vielen Wahlkreisen gar nicht gab.

Parteien A, B und C der Fall. Verteilt man sieben Sitze nach den drei Stimmenanteilen, ergeben sich für die Partei

A: 7 × 0,595 = 4,165 Sitze,  
B: 7 × 0,300 = 2,100 Sitze,  
C: 7 × 0,105 = 0,735 Sitze.

Es läge nun nahe, 4 Sitze der Partei A, 2 Sitze der Partei B und einen Sitz der Partei C zuzuweisen, weil die Partei C den größten Stimmenrest (Wert der Dezimalen) hat.

Nach d’Hondt erhält die Partei A jedoch 5 Sitze, die Partei B 2 Sitze und die kleinste Partei C keinen Sitz. Bei Reststimmen, auf die kein voller Sitz entfällt, kann es somit vorkommen, daß die kleinen Parteien schlechter gestellt werden, als ihrem Stimmenanteil entspricht. Damit kann man allerdings noch nicht behaupten, das d’Hondtsche Verfahren sei schlechterdings ungerecht. Bei streng proportionaler Verteilung der Sitze unter Beachtung der Rundungsregeln würde die Partei C für ihren einen Sitz nur 210 Stimmen benötigen, die Parteien A und B je Sitz im Durchschnitt aber 600:2 = 300 bzw. 1190:4 = 297, oder anders ausgedrückt: Verlangt man auch für die Parteien A und B je Sitz nicht mehr Stimmen als für die Partei C bleiben 1190 — (4 × 210) = 350 Stimmen der Partei A und 600 — (2 × 210) = 180 Stimmen der Partei B ohne Sitz.

Sinn des d’Hondt’schen Verfahrens ist es, die Zahl zu finden, durch die man die Stimmen der Parteien dividieren muß, damit die vollen (ungerundeten) Sitzzahlen einer jeden Partei zusammen genau der vorgegebenen Gesamtzahl entsprechen. Das bedeutet in dem Beispiel der Verteilung von sieben Sitzen auf die Parteien A, B und C, daß der Teiler höher als 210, aber nicht höher als 238 anzusetzen ist, weil schon beim Teiler 239 nur noch 6 Sitze (4 für die Partei A und 2 für die Partei B) verteilt werden könnten und bei einem Teiler von weniger als 211 mehr als sieben Sitze zur Verfügung stehen müßten. Die Partei C geht unter Zugrundelegung von 211 bis 238 Stimmen für einen Sitz allerdings leer aus.

Die Sitzverteilung bei Bundestagswahlen kann in einem einstufigen und in einem zweistufigen Verfahren geschehen. Wäre bei der Bundestagswahl 1965 das einstufige Verfahren angewendet worden, hätten die Zweitstimmen für die zehn Landeslisten der SPD und der FDP sowie die Zweitstimmen für neun Landeslisten der CDU und die Landesliste der CSU in Bayern, also insgesamt 30 Zahlen, statt nur drei, wie in dem Beispiel, nebeneinander durch 1, 2, 3 usw. geteilt werden müssen, um auf die dabei anfallenden Höchstzahlen in der Reihenfolge ihrer Größe die 496 Sitze zu vergeben. Dabei wäre folgende Sitzverteilung herausgekommen:

- SPD: 204, statt tatsächlich 202,
- CDU: 198, statt tatsächlich 196,
- CSU: 50, statt tatsächlich 49,
- FDP: 44, statt tatsächlich 49.

Dieses Ergebnis, nach dem die FDP fünf Sitze weniger, die SPD und CDU je zwei und die CSU einen Sitz mehr erhalten hätten, hängt damit zusammen, daß die ohnehin schon relativ wenigen Stimmen der FDP beim einstufigen Sitzverteilungsverfahren nicht als Ganzes in die Waagschale gefallen wären, sondern aufgesplittet in zehn Teile. Die beim d’Hondt’schen Verfahren mögliche Schlechterstellung der kleineren Parteien, oder in diesem Falle der Landeslisten mit wenig Stimmen, würde sich also für die FDP sehr negativ ausgewirkt haben, nicht jedoch für die etwa gleich starke CSU mit einer Konzentration aller Stimmen in Bayern.

Um solche Auswirkungen des d’Hondt’schen Verfahrens weitgehend zu neutralisieren, läßt es das Bundeswahlgesetz seit 1957 zu, daß die Parteien durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter ihre Landeslisten für die Sitzverteilung miteinander verbinden. Die Feststellung darüber, welche Landeslisten als verbunden gelten, trifft der Bundeswahlausschuß. Das bedeutet keine Aufstellung von Kandidaten für eine Bundesliste, hat aber zur

<sup>1)</sup> V. d’Hondt: Système Pratique et Raisonnée de Représentation Proportionnelle, Brüssel 1882.

Folge, daß nach d'Hondt zunächst die Sitze zu berechnen sind, die einer Partei aufgrund ihrer Zweitstimmen im ganzen Bundesgebiet zustehen. In einem zweiten Schritt werden die Sitze einer jeden Partei im Bund sodann — wieder nach d'Hondt — auf die Länder nach Maßgabe der Zweitstimmen für ihre einzelnen Landeslisten verteilt. Rechnerisch geschieht dies in der ersten Stufe durch eine Teilung der Zweitstimmen einer jeden Partei im Bund und in der zweiten Stufe durch eine Teilung der Zweitstimmen einer jeden Partei in den Ländern durch 1, 2, 3, 4 usw. und anschließende Verteilung der Sitze in der Reihenfolge der dabei anfallenden Höchstzahlen.

Bei der Bundestagswahl 1965 haben von der Möglichkeit der Listenverbindung ebenso wie bei den Wahlen 1961 und 1957 alle Parteien Gebrauch gemacht. Die Folge davon war, daß die vier im Bundestag vertretenen Parteien ihre Sitze mit folgenden durchschnittlichen Stimmenzahlen erhielten:

Partei	Tatsächlich	dagegen bei Verzicht auf die Listenverbindung
SPD .....	63 431	62 809
CDU .....	63 201	62 563
CSU .....	64 010	62 730
FDP .....	63 198	70 380

44. Berechnung der auf die Listenverbindungen entfallenden Sitze

SPD			CDU			CSU			FDP		
Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
1	12 813 186	1	1	12 387 562	2	1	3 136 506	8	1	3 096 739	10
2	6 406 593	3	2	6 193 781	4	2	1 568 253	18	2	1 548 369	20
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
201	63 747	492	195	63 525	493	48	65 343	480	48	64 515	486
202	63 431	494	196	63 201	495	49	64 010	490	49	63 198	496
203	63 119 <sup>1)</sup>	497 <sup>1)</sup>	197	62 881 <sup>1)</sup>	498 <sup>1)</sup>	50	62 730 <sup>1)</sup>	500 <sup>1)</sup>	50	.	.
204	62 809 <sup>1)</sup>	499 <sup>1)</sup>	198	62 563 <sup>1)</sup>	501 <sup>1)</sup>	51	.	.	51	.	.

1) Die nicht mehr zum Zug gekommenen fünf weiteren Höchstzahlen.

Wären noch weitere Sitze zu verteilen gewesen, hätte zunächst die SPD mit der Höchstzahl 63 119 zum Zuge kommen müssen, dann die CDU, dann wieder die SPD, dann die CSU und schließlich wieder die CDU.

In der geschilderten Weise erhielten die  
SPD: 202 Sitze,  
CDU: 196 Sitze,  
CSU: 49 Sitze,  
FDP: 49 Sitze.

Diese Verteilung entspricht genau dem Verhältnis der Zweitstimmen dieser vier Parteien. Die Eigenschaft des d'Hondt'schen Verfahrens, die kleineren Parteien etwas schlechter zu stellen, hat sich also bei der Verteilung der Sitze auf Bundesebene nicht ausgewirkt.

Der nächste Schritt war — wieder nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren — die Verteilung der Sitze jeder Partei auf die Länder, entsprechend dem Verhältnis der Verteilung aller Zweitstimmen einer jeden Partei auf ihre Landeslisten. Auf diese Weise entfielen z. B. von den 202 Sitzen der SPD 66 auf das Land Nordrhein-Westfalen (Tabelle 45). Beim 66. handelte es sich um den 198. der zu verteilenden insgesamt 202 Sitze der SPD. Der letzte Sitz der SPD fiel nach Niedersachsen. Wäre noch ein weiterer Sitz zu verteilen gewesen, hätte ihn die SPD in Hessen bekommen.

Von diesen Sitzen der Parteien in den Ländern waren nunmehr die Sitze abzuziehen, die sie bereits durch die Erststimmen in den Wahlkreisen errungen hatten. In Nordrhein-Westfalen waren das 35 Wahlkreissitze der SPD (Tabelle 46). Als Rest blieben hier 31 Sitze, die aus der Landesliste der SPD für Nordrhein-Westfalen zu besetzen waren.

Um die Namen der gewählten Landeslistenbewerber festzustellen, wurden auf den Landeslisten zunächst die Bewerber gestrichen, die zugleich im Wahlkreis kandidiert hatten und dort

Die tatsächlichen Stimmenzahlen der Parteien je Abgeordneten liegen infolge der Listenverbindungen dicht beieinander. Die Listenverbindungen haben also dafür gesorgt, daß jede der vier Parteien soviele Sitze erhielt, wie ihrem Stimmenanteil im Bund entspricht. Bei Verzicht auf die Listenverbindungen hätte die FDP dagegen über 70 000 Zweitstimmen für einen Abgeordneten benötigt und wäre infolgedessen gegenüber den anderen Parteien, für die bereits knapp 63 000 genügt hätten, stark benachteiligt worden.

Über die ersten Höchstzahlen und die letzten, auf die bei der Verteilung der Sitze auf die Listenverbindungen gerade noch Sitze vergeben werden konnten, unterrichtet die Tabelle 44. Die Höchstzahlen mit dem Teiler 1 sind identisch mit der Gesamtzahl der Zweitstimmen jeder Partei im Bundesgebiet. Unter dem Abschlußstrich stehen die fünf weiteren Höchstzahlen, auf die keine Sitze mehr verteilt werden konnten, weil bereits 496 Sitze vergeben waren. Die CSU erhielt ihren 49. und letzten Sitz mit der Höchstzahl 64 010, die SPD ihren 202. und letzten Sitz mit der Höchstzahl 63 431, die CDU ihren 196. und letzten Sitz mit der Höchstzahl 63 201 und die FDP ihren 49. und letzten Sitz mit der niedrigsten Höchstzahl 63 198. Hieraus ergibt sich, daß der 49. nach Nordrhein-Westfalen gefallene Sitz der FDP durch die beiden Nachwahlen am stärksten gefährdet war und bei größeren, allerdings nicht eingetretenen Stimmenverlusten gegenüber 1961 in den Wahlkreisen 135 und 236 leicht hätte verlorengehen können.

Wahlkreissieger wurden, weil das durch Persönlichkeitswahl gewonnene Wahlkreismandat Vorrang hat. Auf die nicht gestrichenen Bewerber wurden sodann in der Reihenfolge ihrer Plätze so lange Sitze verteilt, bis z. B. in Nordrhein-Westfalen aus der Landesliste der SPD 31 Sitze vergeben waren. Die übrigen Landeslistenbewerber gingen leer aus. Sie haben aber noch die Chance, im Laufe der Legislaturperiode Bundestagsabgeordnete zu werden. Stirbt nämlich ein Abgeordneter oder verzichtet ein Abgeordneter auf sein Mandat, so rückt — gleich ob es sich um einen Wahlkreisabgeordneten oder um einen Abgeordneten aus der Landesliste handelt — derjenige noch zur Partei gehörende Landeslistenbewerber in der Reihenfolge der Plätze nach, der bei der Wahl keiner Sitz mehr erhalten konnte.

Wie gesagt, werden die von einer Partei gewonnenen Wahlkreissitze mit den Sitzen verrechnet, die ihr in jedem Land aufgrund der Zweitstimmen zustehen. Dabei kann es vorkommen, daß eine Partei in einem Lande mehr Wahlkreissitze hat, als aufgrund der Zweitstimmen Sitze insgesamt berechnet wurden. Das war z. B. 1961 bei der CDU in Schleswig-Holstein und im Saarland der Fall. In Schleswig-Holstein standen ihr auf Grund der Zweitstimmen nur neun Sitze und im Saarland nur vier Sitze zu. Mit den Erststimmen hatte sie jedoch in Schleswig-Holstein 13 Wahlkreissiege und im Saarland fünf Wahlkreissiege errungen. Auf diese Weise bekam die CDU in Schleswig-Holstein vier und im Saarland ein „Überhangmandat“, da ihr die Wahlkreissitze nicht genommen werden konnten. Bei der Bundestagswahl 1965 sind solche „Überhangmandate“ nicht entstanden. Das hängt zunächst damit zusammen, daß in Schleswig-Holstein die Zahl der Wahlkreise von 13 auf 11 vermindert wurde, in denen die CDU zehn Wahlkreissieger stellte. Dazu kommt, daß sich die Zahl der Zweitstimme für die CDU in Schleswig-Holstein beträchtlich erhöht hat. Infolgedessen standen ihr bei der Bundestagswahl 1965 aufgrund der Zweitstimmen nicht neun wie im Jahre 1961, sondern 11 Sitze zu, so daß — bei zehn Wahlkreismandaten — noch Raum für ein Landeslistenmandat blieb und somit keine Überhangsitze entstanden.

45. Berechnung der auf die Länder entfallenden 202 Sitze der SPD

Land	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
Schleswig-Holstein	1	549 901	19
	2	274 950	41
	8	68 737	182
Hamburg	9	61 100 <sup>1)</sup>	206 <sup>1)</sup>
	1	572 859	18
	2	286 429	39
Niedersachsen	9	63 651	197
	1	1 614 540	4
	2	807 270	11
Bremen	26	62 097	202
	1	215 487	55
	2	107 443	114
Nordrhein-Westfalen	3	71 829	174
	1	4 149 910	1
	2	2 074 955	2
Hessen	66	62 877	198
	67	61 938 <sup>1)</sup>	204 <sup>1)</sup>
	68	61 028 <sup>1)</sup>	207 <sup>1)</sup>
Rheinland-Pfalz	1	1 366 010	7
	2	683 005	15
	21	65 048	191
Baden-Württemberg	22	62 091 <sup>1)</sup>	203 <sup>1)</sup>
	1	754 175	12
	2	377 087	29
Bayern	12	62 847	199
	1	1 470 040	5
	2	735 020	13
Saarland	23	63 914	195
	24	61 251 <sup>1)</sup>	205 <sup>1)</sup>
	1	1 869 467	3
Saarland	2	934 733	9
	30	62 315	201
Saarland	1	250 797	47
	2	125 398	97
	4	62 699	200

<sup>1)</sup> Die nicht mehr zum Zug gekommenen fünf weiteren Höchstzahlen.

mandate mehr entstehen konnten. Im Saarland blieb die Wahlkreiseinteilung unverändert; statt bisher fünf Wahlkreisabgeordnete stellte dort die CDU aber nur noch vier. Andererseits standen ihr — ebenso wie schon 1961 — aufgrund der Zweitstimmen auch nur vier Sitze zu. Die Zahl der Wahlkreissitze der CDU im Saarland war also gerade groß genug, um alle Zweitstimmensitze zu absorbieren. Aus diesem Grunde erhielt die CDU dort weder ein „Überhangmandat“ noch einen Landeslistensitz.

Die Sitzverteilung, für die rund 1000 Höchstzahlen zu berechnen waren, wurde vom Bundeswahlleiter mittels einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage vorgenommen, die von den Parteien nach den Zweitstimmen zustehenden Sitzen auch die Wahlkreissitze abzog und so die Zahlen der aus den Landeslisten zu besetzenden Sitze errechnete. Ebenfalls vollmaschinell wurde eine Namensliste der in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten Gewählten niedergeschrieben, nachdem vorher alle Wahlbewerber, getrennt nach Parteien, Wahlkreis- und Landeslistenbewerbern in der Anlage „gespeichert“ worden waren.

2. Ergebnis der Sitzverteilung 1965 im Vergleich zu früher

Die vorläufigen Wahlergebnisse am Abend nach der Wahl und die etwa 14 Tage später vorliegenden endgültigen Ergebnisse weichen im allgemeinen nicht erheblich voneinander ab. Infolgedessen steht die Sitzverteilung im allgemeinen schon in der „Wahlnacht“ fest. Eine gewisse Unsicherheit gab es jedoch bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965, weil 1961 im Wahlkreis 151 Cochem und 1965 in den Wahlkreisen 135 Obertaunuskreis und 236 Schweinfurt die Wahl wegen des Todes von Wahlkreisbewerbern nicht am Tage der Hauptwahl durchgeführt werden konnte. Dabei ist deutlich geworden, daß die Berechnung der Sitzverteilung erst einsetzen kann, wenn das vollständige Wahlergebnis vorliegt; denn die Zahl der zu wählenden Abgeordneten ist nicht für jedes einzelne Land, sondern nur für das ganze Wahlgebiet festgelegt.

Um noch vor den beiden Nachwahlen 496 Sitze verteilen zu können, hatte der Bundeswahlleiter für die Wahlkreise 135 und 236 die Wahlergebnisse 1961 eingesetzt. Nach Vorliegen der Ergebnisse dieser beiden Nachwahlen führte die Neuberechnung der Sitzverteilung zu fast keinen Änderungen. Lediglich in Hessen ergab sich eine Verschiebung zwischen den Wahlkreis- und Landeslistensitzen, wobei die CDU einen Wahlkreissitz mehr und einen Landeslistensitz weniger, die SPD dagegen einen Wahlkreissitz weniger und einen Landeslistensitz mehr bekam. Im Wahlkreis 135, wo die SPD den Sitz an die CDU abgeben mußte, stand der unterlegene Kandidat der SPD auf einem günstigen Platz der Landesliste und kam daher in den Bundestag.

Das Ergebnis der Sitzverteilung bei der Bundestagswahl 1965 enthält die Tabelle 46. In den Zeilen „insgesamt“ stehen für jede

46. Sitzverteilung nach Ländern

Partei	Wahljahr	Wahlkreis Landesliste	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin <sup>1)</sup> (West)	Bundesgebiet einschl. Berlin (West)
CDU/CSU	1965	Wahlkreis Landesliste	10 1	— 7	20 9	— 2	38 36	5 13	11 5	30 5	36 13	4 —	154 91	— —	
		insgesamt	11	7	29	2	74	18	16	35	49	4	245	6	251
SPD	1961	insgesamt	13 <sup>2)</sup>	6	26	1	76	17	16	32	50	5 <sup>3)</sup>	242	9	251
		Wahlkreis Landesliste	1 7	8 1	10 16	3 —	35 31	17 4	5 7	6 17	8 22	1 3	94 108	— —	
FDP	1965	insgesamt	8	9	26	3	66	21	12	23	30	4	202	15	217
		insgesamt	8	9	25	3	60	21	11	22	28	3	190	13	203
Insgesamt	1965	Wahlkreis Landesliste	— 2	— 1	— 7	— —	— 13	— 6	— 3	— 10	— 7	— —	— 49	— 1	
		insgesamt	2	1	7	—	13	6	3	10	7	—	49	1	50
Insgesamt	1961	insgesamt	3	3	9	1	19	7	4	12	8	1	67	—	67
		Wahlkreis Landesliste	11 10	8 9	30 32	3 2	73 80	22 23	16 15	36 32	44 42	5 3	248 248	— —	
Insgesamt	1965	insgesamt	21	17	62	5	153	45	31	68	86	8	496	22	518
		insgesamt	24 <sup>2)</sup>	18	60	5	155	45	31	66	86	9 <sup>3)</sup>	499	22	521

<sup>1)</sup> Vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. — <sup>2)</sup> Einschl. 4 Überhangmandate. — <sup>3)</sup> Einschl. 1 Überhangmandat.

Partei die Sitze, die ihnen in den Ländern aufgrund der Zweitstimmen zustanden. Zieht man davon die Wahlkreissitze in der ersten Zeile für jedes Land ab, ergeben sich die Sitze, die für jede Partei aus den Landeslisten zu besetzen waren.

Von den 496 Abgeordneten im Wahlgebiet ohne Berlin entfielen auf die

SPD: 202 Abgeordnete,  
CDU: 196 Abgeordnete,  
CSU: 49 Abgeordnete,  
FDP: 49 Abgeordnete.

Dazu kommen die 22 Abgeordneten aus dem Lande Berlin, von denen die SPD 15, die CDU 6 und die FDP einen stellten.

Die Zahl der Abgeordneten der CDU/CSU vergrößerte sich dadurch auf 251, die der SPD auf 217 und die der FDP auf 50.

Läßt man die vom Berliner Abgeordnetenhaus hinzugewählten Bundestagsabgeordneten außer Betracht, so hat sich die Zahl der Sitze für die CDU/CSU seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und jeweils nach dem Stand bei der Wahl wie folgt entwickelt: 1949 (ohne Saarland): 139, 1953 (ohne Saarland): 243, 1957: 270, 1961: 242 und 1965: 245.

Die Zahl der Abgeordneten der CDU/CSU hatte sich somit zunächst ständig erhöht. Bei der Bundestagswahl 1953 fehlte ihr an der absoluten Mehrheit nur noch ein Sitz und bei der Bundestagswahl 1957 erhielt sie weit über die Hälfte aller Sitze. Diese Mehrheit ging dann 1961 wieder verloren und wurde auch bei der Bundestagswahl 1965 nicht wieder gewonnen. Einschließlich der Berliner Abgeordneten erhielt die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1965 auch nicht mehr Sitze als bei der vorangegangenen Wahl.

Wieder ohne die Berliner Abgeordneten ergaben sich für die SPD bei allen bisherigen Bundestagswahlen folgende Mandate: 1949 (ohne Saarland): 131, 1953 (ohne Saarland): 151, 1957: 169, 1961: 190 und 1965: 202.

Sieht man von der Bundestagswahl 1949 ab, bei der die CDU/CSU und die SPD nur acht Sitze trennten, hat sich somit der Vorsprung der CDU/CSU allmählich verringert. Bei der Bundestagswahl 1957 betrug er 101 Sitze, bei der Bundestagswahl 1961 aber nur noch 52 und bei der Bundestagswahl 1965 43 Sitze.

Für die letzte im 5. Bundestag vertretene Partei, die FDP, ergaben sich 1949 (ohne Saarland): 52, 1953 (ohne Saarland): 48, 1957: 41, 1961: 67 und 1965: 49 Sitze.

Nur die FDP erhielt somit 1965 nicht mehr soviel Sitze wie bei der Bundestagswahl 1961, aber mehr als bei der Bundestagswahl 1957.

Von Wahl zu Wahl waren im Bundestag weniger Parteien vertreten. In dem im Jahre 1949 gewählten ersten Bundestag mit 402 Abgeordneten ohne die Abgeordneten aus dem Lande Berlin gab es neben den Sitzen der CDU/CSU, SPD und FDP noch

17 Sitze der Bayernpartei,  
17 Sitze der Deutschen Partei,  
15 Sitze der Kommunistischen Partei Deutschlands,  
12 Sitze der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung,  
10 Sitze der Deutschen Zentrums Partei,  
5 Sitze der Deutschen Rechts-Partei,  
1 Sitz des Südschleswigschen Wählerverbands sowie  
3 Sitze von Parteilosen und Wählergruppen.

Im 2. Bundestag gab es dagegen neben den auch heute noch im Bundestag vertretenen Parteien nur noch

27 Sitze des Gesamtdeutschen Blocks/BHE,  
15 Sitze der Deutschen Partei und  
3 Sitze des Zentrums.

Bei der 3. Bundestagswahl 1957 blieben davon neben den Sitzen der CDU/CSU, SPD und FDP nur noch die 17 Sitze der Deutschen Partei übrig, die dann 1961 nach vorangegangener Auflösung dieser Partei verschwunden sind.

Parteilose Bewerber kamen nur 1949 in drei Wahlkreisen zum Sieg. Die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien, die 1949 noch 10 betrug, hat sich auf 6 im Jahre 1953, 4 im Jahre 1957 und 3 in den Jahren 1961 und 1965 vermindert, wenn man die CDU und die CSU als eine Partei auffaßt.

Von den 202 in unmittelbarer Wahl errungenen Sitzen der SPD entfielen 94 auf Wahlkreissitze und 108 auf Landeslistensitze; von den 245 Sitzen der CDU/CSU sind dagegen 154 Wahlkreissitze und nur 91 Landeslistensitze. Die FDP mit 49 Abgeordneten, ohne ihren einen Abgeordneten aus Berlin, erhielt überhaupt nur Landeslistensitze.

#### 47. Wahlkreis- und Landeslistensitze der Parteien

Partei	Jahr der Wahl	Wahlkreissitze	Landeslistensitze	Sitze insgesamt
CDU/CSU .....	1965	154	91	245
	1961 <sup>1)</sup>	159	81	240 <sup>2)</sup>
	1961	156	86	242 <sup>3)</sup>
SPD .....	1965	94	108	202
	1961 <sup>1)</sup>	89	102	191
	1961	91	99	190
FDP .....	1965	—	49	49
	1961 <sup>1)</sup>	—	67	67
	1961	—	67	67
Insgesamt ....	1965	248	248	496
	1961 <sup>1)</sup>	248	250	498 <sup>2)</sup>
	1961	247	252	499 <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Bei der Wahlkreiseinteilung 1965 und einer gesetzlichen Zahl von 496 Abgeordneten. — <sup>2)</sup> Einschl. 2 „Überhangmandate“, davon eines in Schleswig-Holstein und eines im Saarland. — <sup>3)</sup> Einschl. 5 „Überhangmandate“, davon 4 in Schleswig-Holstein und eines im Saarland.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen werden, ist nun schwer vorauszusagen. Das hängt vor allem damit zusammen, daß eine Zunahme der Stimmen und damit auch der Gesamtzahl der Sitze nicht unbedingt auch mit einer Zunahme der Wahlkreissitze verbunden zu sein braucht. Ein Beispiel dafür ist die Zunahme der Stimmen für die CDU/CSU, die zu einer Zunahme der Zahl der Sitze von 242 bzw. — ohne Einrechnung der Überhangmandate — 237 bei der Bundestagswahl 1961 auf 245 bei der Bundestagswahl 1965 führte. Trotzdem hat die Zahl der Wahlkreissitze der CDU/CSU nicht zu-, sondern von 156, und bei Zugrundelegung der Wahlkreiseinteilung 1965, von 159 auf 154 abgenommen. Die Zahl der Landeslistensitze stieg infolgedessen von 86 bzw. 81 auf 91. Wegen der Verrechnung der Wahlkreissitze mit den Sitzen, die die Parteien aufgrund der Zweitstimmen insgesamt zustehen, kann es also vorkommen, daß bei einer Verringerung der Wahlkreissitze Landeslistenbewerber in den Bundestag kommen, mit denen nicht gerechnet worden ist. Umgekehrt ist es aber auch möglich, daß Landeslistenbewerber, deren Plätze als durchaus aussichtsreich angesehen werden konnten, nicht mehr zum Zuge kommen, wenn nach Abzug der Wahlkreissitze von den insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner Rest verbleibt. Die Parteien stehen infolgedessen vor jeder Bundestagswahl bei der Aufstellung der Kandidaten vor einer schwierigen Entscheidung. Nach der Wahl stellt sich häufig heraus, daß ein unerwarteter Wahlkreissieg der eigenen Partei die Aussichten eines Landeslistenbewerbers zunichte gemacht hat.

Die CDU hat in Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen und Baden-Württemberg Sitze hinzugewonnen, dagegen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und im Saarland Sitze verloren. Die Verluste in Schleswig-Holstein und im Saarland sind jedoch lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß bei der Bundestagswahl 1965 keine „Überhangmandate“ mehr angefallen sind. Läßt man in Schleswig-Holstein die vier „Überhangmandate“ des Jahres 1961 außer Betracht, hat auch hier die CDU mehr Sitze erhalten.

Die SPD gewann in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland Sitze hinzu; in den übrigen Ländern hat sie ihren Besitzstand gewahrt.

Die FDP erhielt 1965 in allen Bundesländern weniger Sitze als 1961. Abgeordnete aus Bremen und dem Saarland hat sie überhaupt nicht mehr.

#### 3. Erfolgswert der Stimmen

Bei der Bundestagswahl 1965 gab es 38510395 Wahlberechtigte und 496 Abgeordnete (ohne die 22 Abgeordneten aus dem Lande Berlin) waren zu wählen. Durchschnittlich kam somit auf 776 Wahlberechtigte ein Abgeordneter.

Der Wahl ferngeblieben sind 5094188 Wahlberechtigte, die bei 77 642 Wahlberechtigten je Sitz die Parteizugehörigkeit von 65 Abgeordneten hätten bestimmen können. Ferner sind von den für den Wahlausgang entscheidenden Zweitstimmen 795 765 ungültig abgegeben worden und damit ebenfalls nicht in die Waagschale gefallen. Diese Stimmen entsprechen zehn Abgeordneten. Die Nichtwähler und die Wähler mit ungültigen Zweitstimmen haben somit die Wahl von 75 Abgeordneten anderen überlassen.

Aber auch von den 32620442 gültigen Zweitstimmen war ein erheblicher Teil für die Zusammensetzung des Bundestages ohne Bedeutung. Es handelt sich dabei um die 1186449 Zweitstimmen für Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, weil sie weniger als 5% der gültigen Zweitstimmen erhielten. Durch die Abgabe von

rund 1,2 Mill. Stimmen für Splitterparteien ist somit auf die Wahl von weiteren 15 Abgeordneten kein Einfluß genommen worden. Die Wahl der 496 Abgeordneten blieb vielmehr den 31 433 993 Wählern vorbehalten, die ihre Zweitstimme der CDU/CSU, der SPD oder der FDP gaben. Das sind aber nur 81,6% der Wahlberechtigten und 96,4% der Wähler mit gültigen Zweitstimmen. Bei der Bundestagswahl 1961 war der Anteil der Personen, die Einfluß auf die Sitzverteilung genommen haben, noch kleiner. Damals bestimmten nur 79,5% der Wahlberechtigten und 94,3% der Wähler mit gültigen Zweitstimmen die Sitzverteilung.

Der Anteil der Wähler, welche der Wahl ferngeblieben sind, ihre Zweitstimme ungültig abgaben oder für Parteien stimmten, die nicht in die Sitzverteilung kamen, weist von Land zu Land keine

48. Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung

Land	Wahlberechtigte		Nichtwähler		Wähler mit ungültiger Zweitstimme		Wähler mit Zweitstimme für Parteien ohne Sitze		Summe der Zahlen b, c und d	
	(a)		(b)		(c)		(d)			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	% <sup>1)</sup>
Schleswig-Holstein	1 687 266		238 272	14,1	32 252	1,9	51 454	3,0	321 978	19,1
Hamburg	1 392 994		190 060	13,6	15 855	1,1	56 040	4,0	261 955	18,8
Niedersachsen	4 748 325		602 476	12,7	93 108	2,0	142 217	3,0	837 801	17,6
Bremen	525 730		72 931	13,9	8 582	1,6	25 947	4,9	107 460	20,4
Nordrhein-Westfalen	11 322 627		1 402 559	12,4	168 836	1,5	268 087	2,4	1 839 482	16,2
Hessen	3 516 041		443 004	12,6	84 585	2,4	132 152	3,8	659 741	18,8
Rheinland-Pfalz	2 403 771		289 460	12,0	58 581	2,4	78 954	3,3	426 995	17,8
Baden-Württemberg	5 425 126		826 411	15,2	146 488	2,7	179 466	3,3	1 152 365	21,2
Bayern	6 752 276		949 272	14,1	161 513	2,4	221 774	3,3	1 332 550	19,7
Saarland	736 239		79 743	10,8	25 965	3,5	30 358	4,1	136 066	18,5
Bundesgebiet	38 510 395		5 094 188	13,2	795 765	2,1	1 186 449	3,1	7 076 402	18,4

<sup>1)</sup> In % der Wahlberechtigten (a).

edeutenden Unterschiede auf. Am größten war er — wegen der geringen Wahlbeteiligung — mit 21,2% in Baden-Württemberg und am kleinsten mit 16,2% — wegen der relativ hohen Wahlbeteiligung, wegen der relativ kleinen Zahl ungültiger Zweitstimmen, vor allem aber wegen der sehr geringen Zahl von Zweitstimmen für die Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen — in Nordrhein-Westfalen. Im Saarland mit der höchsten Wahlbeteiligung haben trotzdem 18,5% der Wahlberechtigten, und damit etwa so viele wie im Bundesdurchschnitt, keinen Einfluß auf die Sitzverteilung gehabt, weil hier der Anteil der ungültigen Zweitstimmen und der Zweitstimmen für Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, besonders groß war.

Wie gesagt haben von den Wahlberechtigten in Baden-Württemberg 21,2%, d. h. weit mehr als im Bundesdurchschnitt, die Sitzverteilung nicht beeinflußt, während es im Saarland nur 18,5% waren. Trotzdem sind in Baden-Württemberg schon 1781 Wahlberechtigte, im Saarland aber erst 92030 durch einen in diesem Land gewählten Abgeordneten repräsentiert. Auch wenn man nur von den gültigen Zweitstimmen ausgeht, sind die Unterschiede beträchtlich; denn in Baden-Württemberg beträgt die durchschnittliche Zahl der gültigen Zweitstimmen je Abgeordneten

65474 und im Saarland 78816. Beschränkt man sich schließlich auf die Zweitstimmen, die für die im Bundestag vertretenen Parteien abgegeben wurden, beträgt die durchschnittliche Stimmenzahl je Abgeordneten in Baden-Württemberg 62835 und im Saarland 75022 bei einem Bundesdurchschnitt von 63375.

Von den für die Abgeordneten einer jeden Partei im Bundesdurchschnitt tatsächlich benötigten Zweitstimmen, deren Zahl zwischen 63198 bei der FDP und 64010 bei der CSU liegt, weichen die Durchschnittszahlen der Zweitstimmen für die Abgeordneten einer jeden Partei in den Ländern erheblich ab. Die SPD benötigte in Bremen für einen Abgeordneten 71 829 Stimmen, in Niedersachsen genügten aber schon 62097. Die CDU brauchte für einen Abgeordneten in Bremen noch mehr Stimmen (75 444) und für einen Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen nur 62071. Noch krasser sind die Unterschiede bei der FDP. Ihr einziger Abgeordneter in Hamburg wurde mit 112047 Stimmen gewählt, bei einem Bundesdurchschnitt für die FDP von 63198. In Nordrhein-Westfalen, wo die 13 FDP-Abgeordneten mit durchschnittlich 56919 Zweitstimmen gewählt wurden, genügte dagegen bereits die Hälfte. Im Saarland mit 54119 und in Bremen mit 51 894 Zweitstimmen für die FDP erhielt diese Partei überhaupt keinen Sitz.

49. Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und Zweitstimmen je Abgeordneten

Land	Durchschnittliche Zahl der						
	Wahlberechtigten	gültigen Zweitstimmen					
		insgesamt	für CDU/CSU, SPD und FDP zusammen	und zwar für die			
				SPD	CDU	CSU	FDP
je Abgeordneten							
Schleswig-Holstein	80 346	67 464	65 014	68 737	62 056	—	66 380
Hamburg	81 941	69 828	66 532	63 651	63 733	—	112 047
Niedersachsen	76 586	65 367	63 073	62 097	63 969	—	62 980
Bremen	105 146	88 843	83 654	71 829	75 444	—	—
Nordrhein-Westfalen	74 004	63 734	61 981	62 877	62 071	—	56 919
Hessen	78 134	66 410	63 473	65 048	62 826	—	59 903
Rheinland-Pfalz	77 541	66 314	63 767	62 847	63 348	—	69 676
Baden-Württemberg	79 781	65 474	62 835	63 914	63 423	—	58 291
Bayern	78 515	65 599	63 020	62 315	—	64 010	59 106
Saarland	92 030	78 816	75 022	62 699	73 814	—	—
Bundesgebiet	77 642	65 767	63 375	63 431	63 201	64 010	63 198

Man könnte die Verteilung der Sitze der einzelnen Parteien auf die Länder auch in der Weise vornehmen, daß man nicht das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren anwendet, sondern sich bei jeder Partei an den prozentualen Anteil der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen hält und dann beim Auftreten von Bruchteilen von Sitzen auf- und abrundet. Bei diesem Verfahren würde die CDU in Nordrhein-Westfalen einen Sitz verlieren und im Saarland einen hinzugewinnen. Die SPD würde in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen einen Sitz verlieren und je einen in Schleswig-Holstein und in Hessen hinzugewinnen. Die FDP schließlich würde in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern je einen Sitz verlieren und dafür in Hamburg von einem auf zwei Sitze sowie in Bremen und im Saarland, wo sie ohne Sitze geblieben ist, auf je einen Sitz kommen.

50. Tatsächliche Sitzverteilung (a) und Sitzverteilung bei Zugrundelegung der genauen Anteile der Zweitstimmen für jede Landesliste an den Zweitstimmen für jede Partei (b) im Bundesgebiet

Land	Sitze insgesamt		Davon für					
			CDU/CSU		SPD		FDP	
	a	b	a	b	a	b	a	b
Schleswig-Holstein	21	22	11	11	8	9	2	2
Hamburg	17	18	7	7	9	9	1	2
Niedersachsen	62	61	29	29	26	25	7	7
Bremen	5	6	2	2	3	3	—	1
Nordrhein-Westfalen	153	150	74	73	66	65	13	12
Hessen	45	46	18	18	21	22	6	6
Rheinland-Pfalz	31	31	16	16	12	12	3	3
Baden-Württemberg	68	67	35	35	23	23	10	9
Bayern	86	85	49	49	30	30	7	6
Saarland	8	10	4	5	4	4	—	1
Bundesgebiet	496	496	245	245	202	202	49	49

Rechnet man die Sitze für alle Parteien zusammen, würden sich bei diesem Verfahren nur in Rheinland-Pfalz die Zahlen nicht ändern. Die Zahl der Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen würde sich dagegen um drei und die Zahl der Abgeordneten aus Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern um je einen vermindern. Auf der anderen Seite würde sich die Zahl der Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Hessen um je einen und die Zahl der Abgeordneten aus dem Saarland um zwei erhöhen. Daraus würden sich folgende Durchschnittszahlen

der für die CDU/CSU, SPD und FDP insgesamt abgegebenen Zweitstimmen je Land ergeben:

Land	Zweitstimmen für CDU/CSU, SPD und FDP je Abgeordneten
Bremen	69 712
Niedersachsen	64 107
Baden-Württemberg	63 773
Rheinland-Pfalz	63 767
Bayern	63 761
Nordrhein-Westfalen	63 221
Hamburg	62 836
Hessen	62 093
Schleswig-Holstein	62 059
Saarland	60 017
Bundesdurchschnitt	63 375

Die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt sind hier erheblich geringer.

Unter dem Gesichtspunkt der regionalen Gleichbehandlung der Wählerstimmen erweist sich das d'Hondt'sche Verfahren somit als nicht frei von Nachteilen. Dem stehen jedoch auch Vorteile gegenüber, und zwar insbesondere die Tatsache, daß das Rechenergebnis immer eindeutig ist, weil es keine Bruchteile von Abgeordneten mit dem Zwang zur Auf- oder Abrundung ergibt. Außerdem sind die Abgeordneten nicht Vertreter der Länder. Die Länder sind im Bundesrat repräsentiert.

Bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 war die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder festgelegt. Wahlbeteiligung, ungültige Stimmen und Anteil der gültigen Stimmen für die Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, spielten infolgedessen für die Zahl der Abgeordneten aus jedem Land keine Rolle. Alle diese Faktoren sind jedoch seit 1957 in der Weise wirksam, daß die Zahl der Abgeordneten aus einem Land um so größer wird, je höher die Wahlbeteiligung, je niedriger der Anteil der ungültigen Zweitstimmen und je niedriger der Anteil der Zweitstimmen für Parteien ist, die wegen der Sperrklauseln für die Sitzverteilung ausscheiden. Dadurch kommen die Wirkungen des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens bei dem es möglich ist, daß bei der Verteilung der Gesamtzahl der Sitze einer Partei auf die Länder in den kleineren Ländern besonders viele ungenutzte Reststimmen verbleiben.

G. Die Gewählten

Einschließlich der 22 Abgeordneten aus dem Lande Berlin gehörten nach dem Stand bei der Wahl, also ohne die inzwischen durch Verzicht oder Tod eingetretenen Veränderungen, von den insgesamt 518 Abgeordneten 151 zum erstenmal dem Bundestag

an. Bei der Bundestagswahl 1961 gab es dagegen nur 133 „Neulinge“. Die meisten neuen Abgeordneten hat mit 74 die CDU/CSU verglichen mit 49 im Jahr 1961. Bei der SPD stieg die Zahl der zum erstenmal in den Bundestag gewählten Abgeordneten nur von

51. Alte und neue Abgeordnete im 5. Deutschen Bundestag

Von den Abgeordneten des 5. Deutschen Bundestages sind zum ... Male gewählt worden	Abgeordnete														
	insgesamt	davon		zusammen	SPD		zusammen	CDU		zusammen	CSU		zusammen	FDP	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen
1. Mal	151	145	6	67	64	3	62	59	3	12	12	—	10	10	—
2. Mal	111	104	7	46	43	3	36	33	3	11	11	—	18	17	1
darunter mit Unterbrechung	12	12	—	1	1	—	6	6	—	4	4	—	1	1	—
3. Mal	100	95	5	35	32	3	43	42	1	8	8	—	14	13	1
darunter mit Unterbrechung	5	5	—	1	1	—	4	4	—	—	—	—	—	—	—
4. Mal	84	75	9	36	31	5	30	28	2	14	12	2	4	4	—
darunter mit Unterbrechung	6	5	1	3	2	1	2	2	—	1	1	—	—	—	—
5. Mal	72	63	9	33	28	5	31	28	3	4	3	1	4	4	—
Abgeordnete insgesamt	518	482	36	217	198	19	202	190	12	49	46	3	50	48	2
dagegen 1961															
1. Mal	133	123	10	55	51	4	40	37	3	9	9	—	29	26	3
4. Mal	125	111	14	56	48	8	52	47	5	9	8	1	8	8	—

55 auf 67. Die Zahl der neuen Abgeordneten der FDP ist von 29 im Jahr 1961 oder nahezu der Hälfte der damals 67 Abgeordneten auf zehn oder ein Fünftel zurückgegangen.

Die Zahl der Abgeordneten, die seit 1949 ununterbrochen ein Bundestagsmandat inne haben, wird verständlicher Weise immer kleiner, weil ein Teil dieser Abgeordneten inzwischen ein zu hohes Alter erreicht hat oder verstorben ist. Die Zahl dieser Abgeordneten verminderte sich von 125 im Jahre 1961 auf 72, davon 35 Abgeordnete der CDU/CSU, 33 Abgeordnete der SPD und vier Abgeordnete der FDP. Wenn auch zuweilen mit Unterbrechung wurden zum zweitenmal 111, zum drittenmal 100 und zum viertenmal 84 Abgeordnete in den Bundestag berufen. Unter den zum erstenmal gewählten Abgeordneten befinden sich 145 Männer und sechs Frauen und unter den zum fünftenmal gewählten 63 Männer und neun Frauen.

Während der 4. Bundestag noch 43 weibliche Abgeordnete aufwies, sind es im 5. Bundestag nur noch 36. Bedenkt man, daß die Frauen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten und Wähler ausmachen, sind die Frauen demnach im Bundestag nur schwach repräsentiert. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten der CDU/CSU hat sich von 18 auf 15, die der SPD von 21 auf 19 und die der FDP

von vier auf zwei vermindert. Die SPD stellt also wieder die meisten weiblichen Abgeordneten. Sie machen aber auch hier weniger als 10% aus.

Das Alter der Wählbarkeit beginnt mit der Vollendung des 25. Lebensjahres. Abgeordnete unter 25 Jahren gibt es daher überhaupt nicht. Es wurden auch keine Abgeordneten zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr festgestellt, wohl aber 18 Abgeordnete im Alter von 30 bis 35 Jahren. Davon gehören acht zur CDU/CSU, neun zur SPD und einer zur FDP. Weitere 134 Abgeordnete waren am Jahresende 1965 zwischen 35 und 45 Jahre alt. Die Zahl dieser Abgeordneten hat sich besonders stark erhöht; denn bei der Bundestagswahl 1961 gab es nur 106 Abgeordnete in diesem Alter. Von ihnen gehören 63 zur CDU/CSU, 62 zur SPD und 9 zur FDP. Die Zahl der Abgeordneten über 65 Jahre hat von 50 auf 42 abgenommen. Von diesen 42 Abgeordneten gehören 19 zur SPD, 20 zur CDU und drei zur FDP. Die CSU hat keinen über 65jährigen und die SPD keinen über 70jährigen Abgeordneten. Rechnet man zu den jüngeren Abgeordneten alle unter 50jährigen, so gehören dazu von den 217 Abgeordneten der SPD 104, von den 251 Abgeordneten der CDU/CSU 100 und von den 50 Abgeordneten der FDP 21. Die SPD hat somit sowohl absolut wie relativ die meisten jüngeren Abgeordneten.

52. Abgeordnete im 5. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Alter\*)

Geburtsjahrgänge	Alter Ende 1965 von ... bis unter ... Jahren	Abgeordnete															
		insgesamt				SPD				CDU				CSU			
		Män-ner	Frau-en	insgesamt		Män-ner	Frau-en	zusammen		Män-ner	Frau-en	zusammen		Män-ner	Frau-en	zusammen	
		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%	
1890 u. früher	75 u. mehr	1	—	1	0,2	—	—	—	—	1	—	1	0,5	—	—	—	—
1891—1895	70—75	4	—	4	0,8	—	—	—	—	3	—	3	1,5	—	—	—	—
1896—1900	65—70	34	3	37	7,1	16	3	19	8,8	16	—	16	7,9	—	—	—	—
1901—1905	60—65	62	4	66	12,7	22	1	23	10,6	31	2	33	16,3	6	1	7	14,3
1906—1910	55—60	88	13	101	19,5	37	6	43	19,8	34	4	38	18,8	4	2	6	12,2
1911—1915	50—55	76	8	84	16,2	24	4	28	12,9	28	4	32	15,8	15	—	15	30,6
1916—1920	45—50	70	3	73	14,1	31	2	33	15,2	20	—	20	9,9	9	—	9	18,4
1921—1925	40—45	75	4	79	15,3	38	2	40	18,4	25	2	27	13,4	6	—	6	12,2
1926—1930	35—40	55	—	55	10,6	22	—	22	10,1	26	—	26	12,9	4	—	4	8,2
1931—1935	30—35	17	1	18	3,5	8	1	9	4,1	6	—	6	3,0	2	—	2	4,1
Insgesamt ...		482	36	518	100	198	19	217	100	190	12	202	100	46	3	49	100
dagegen 1961 ...		478	43	521	100	182	21	203	100	186	15	201	100	47	3	50	100

\*) Stand bei der Wahl am 19. 9. 1965 unter Berücksichtigung der Nachfolger für die 3 nicht angenommenen Mandate und einschl. der 22 Abgeordneten von Berlin.



# Anhang

## 1. Wahlrechtsgrundlagen

### Auszüge aus dem

Bundswahlgesetz (BWG) vom 7. Mai 1956, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. März 1965, und der  
Bundswahlordnung (BWO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. April 1965

BWG: Bundesgesetzbl. 1956 I S. 383, I 011, 1964 I S. 61, 1965 I S. 65

BWO: Bundesgesetzbl. 1965 I S. 239

#### Wahlsystem

##### § 1

#### Zusammensetzung des Bundestages und Wahlrechts- grundsätze

(1) Der Bundestag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 518 <sup>1)</sup> Abgeordneten. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

(2) Von den Abgeordneten werden 259 <sup>1)</sup> nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt.

1) Davon werden 22 Abgeordnete vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Dadurch vermindert sich die Zahl der unmittelbar zu wählenden Abgeordneten auf 496, von denen die Hälfte in den 248 Wahlkreisen gewählt werden, in die das Bundesgebiet (ohne Berlin) eingeteilt ist (§ 54). Bei der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestages handelt es sich um eine Mindestzahl, die sich erhöhen kann, wenn sog. „Überhangmandate“ entstehen (vgl. § 6 Abs. 3).

##### § 3

#### Wahlkreiseinteilung

(1) Der Bundespräsident ernennt eine ständige Wahlkreis-kommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe, die Veränderung der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu beobachten und im Laufe des ersten Jahres nach Zusammentritt des Bundestages der Bundesregierung einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten. Die Bundesregierung leitet den Bericht unverzüglich dem Bundestag zu und veröffentlicht ihn im Bundesanzeiger.

(3) Jeder Wahlkreis muß ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Ländergrenzen müssen, Stadt- und Landkreisgrenzen sollen nach Möglichkeit bei der Einteilung der Wahlkreise eingehalten werden. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise soll nicht mehr als 33 1/3 vom Hundert nach oben und unten betragen.

(4) Werden Landesgrenzen nach dem Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsstandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (BGBl. I S. 65) geändert, so ändern sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise. Werden im aufzunehmenden Land zwei oder mehrere Wahlkreise berührt oder wird eine Exklave eines Landes gebildet, so bestimmt sich die Wahlkreiszugehörigkeit des neuen Landesteiles nach der Wahlkreiszugehörigkeit der Gemeinde, des Gemeindebezirks oder des gemeindefreien Gebiets, denen er zugeschlagen wird.

##### § 4

#### Stimmen

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste.

##### § 5

#### Wahl in den Wahlkreisen

In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los.

##### § 6

#### Wahl nach Landeslisten

(1) Für die Verteilung der nach Landeslisten zu besetzenden Sitze werden die für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen zusammengezählt. Nicht berücksichtigt werden dabei die Zweitstimmen derjenigen Wähler, die ihre Erststimme für einen im Wahlkreis erfolgreichen Bewerber abgegeben haben, der gemäß § 21 Abs. 3 oder von einer Partei, für die in dem betreffenden Lande keine Landesliste zugelassen ist, vorgeschlagen ist. Von der Gesamtzahl der Abgeordneten (§ 1 Abs. 1) wird die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgezogen, die in Satz 2 genannt oder von einer nach Absatz 4 nicht zu berücksichtigenden Partei vorgeschlagen sind. Die verbleibenden Sitze werden auf die Landeslisten im Verhältnis der Summen ihrer nach Satz 1 und 2 berücksichtigenden Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los.

(2) Von der für jede Landesliste so ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze abgerechnet. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Bewerber, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt. Entfallen auf eine Landesliste mehr Sitze als Bewerber benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt.

(3) In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach Absatz 1 ermittelte Zahl übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Abs. 1) um die Unterschiedszahl; eine erneute Berechnung nach Absatz 1 findet nicht statt <sup>1)</sup>.

(4) Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben <sup>2)</sup>. Satz 1 findet auf die von Parteien nationaler Minderheiten eingereichten Listen keine Anwendung <sup>3)</sup>.

1) „Überhangmandate“ 1949: 2, 1953: 3, 1957: 3 und 1961: 5. – 2) Die „Sperrklausel“ soll die Zersplitterung der Wählerstimmen verhindern. – 3) Z.B. Südschleswigscher Wählerverband (SSW).

##### § 7

#### Listenverbindung

(1) Mehrere Landeslisten derselben Partei können miteinander verbunden werden.

(2) Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste.

(3) Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden auf die beteiligten Landeslisten im Verhältnis ihrer Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. § 6 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

## Wahlorgane

### § 8

#### Gliederung der Wahlorgane

##### (1) Wahlorgane sind

der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet,  
ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,  
ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis,  
ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.

(2) Für mehrere benachbarte Wahlkreise kann ein gemeinsamer Kreiswahlleiter bestellt und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuß gebildet werden. Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können für einen Wahlkreis mehrere Wahlvorsteher und Wahlvorstände eingesetzt werden.

### § 9

#### Bildung der Wahlorgane

(1) Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesminister des Innern, die Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter und Wahlvorsteher sowie ihre Stellvertreter von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt.

(2) Die Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem und drei bis acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, daß die Gemeindebehörde die Beisitzer im Einvernehmen mit dem Wahlvorsteher beruft. Bei Berufung der Beisitzer sind die in dem jeweiligen Bezirk vertretenen Parteien nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

(3) Wahlbewerber und Vertrauensmänner für Wahlvorschläge dürfen nicht zu Mitgliedern eines Wahlorgans bestellt werden.

#### Wahlrecht und Wählbarkeit

### § 12

#### Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das 21. Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Wahlgebiet haben und
3. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

(2) Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst die auf Anordnung ihres Dienstherrn ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland genommen haben sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.

### § 16 (BWO)

#### Eintragung der im Ausland wohnenden Wahlberechtigten

(1) Wahlberechtigte nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland in nächster Nähe der Bundesgrenze genommen haben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes sind, wenn sie es bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beantragen, in das Wählerverzeichnis einer benachbarten deutschen Gemeinde einzutragen. Für die Bediensteten der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik und für die Angehörigen ihres Hausstandes gilt Absatz 2.

(2) Wahlberechtigte nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes, die nicht nach Absatz 1 in das Wählerverzeichnis einer benachbarten deutschen Gemeinde aufzunehmen sind, werden, wenn sie es bis zum Beginn der Auslegungsfrist beantragen, in ein besonderes Wählerverzeichnis der Gemeinde eingetragen, in der die für den Bediensteten zuständige oberste Dienstbehörde ihren Sitz hat. Der Antrag muß den Familiennamen, den Rufnamen, den Geburtstag und den Wohnort enthalten. Er ist über die

oberste Dienstbehörde zu leiten; diese bestätigt, daß der Antragsteller nach § 12 des Gesetzes wahlberechtigt ist. Der Bedienstete kann den Antrag zugleich für die Angehörigen seines Hausstandes stellen. Sammelanträge sind zulässig.

### § 13

#### Ausschluß vom Wahlrecht

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht,
2. wer durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte oder das Wahlrecht rechtskräftig verloren hat.

Die Fristen bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte (bei zeitiger Zuchthausstrafe 2 bis 10, bei Gefängnis 1 bis 5 Jahre) beginnen erst zu laufen, wenn die Freiheitsstrafe verübt, verjährt oder erlassen ist, die Fristen bei Aberkennung des Wahlrechts mit Rechtskraft des Urteils.

### § 14

#### Ruhen des Wahlrechts

Das Wahlrecht ruht für Personen,

1. die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind,
2. die auf Grund Richterspruchs zum Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregel der Sicherung und Besserung untergebracht sind 1).

1) Freiheitsentziehende Maßregeln der Sicherung und Besserung sind: Unterbringung in einer Heil- oder Pflege-, Trinkerheil- oder Entziehungsanstalt, einem Arbeitshaus bzw. Asyl und Sicherungsverwahrung.

### § 15

#### Ausübung des Wahlrechts

(1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

(2) Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird.

(3) Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

- a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder

b) durch Briefwahl teilnehmen.

(4) Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

### § 16

#### Wählbarkeit

(1) Wählbar 1) ist, wer am Wahltag

1. seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und
2. das 25. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Nicht wählbar ist,

1. wer nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
2. wessen Wahlrecht nach § 14 ruht,
3. wer durch Richterspruch die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter rechtskräftig verloren hat 2) oder

4. wer, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 65) erlangt hat.

1) Das aktive Wahlrecht ist nicht Voraussetzung des passiven (Wohnsitz z.B. in West-Berlin). — 2) Zuchthausverurteilte sind nicht wählbar.

## Vorbereitung der Wahl

### § 18

#### Wählerverzeichnis und Wahlschein

(1) Die Gemeindebehörden führen für jeden Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten. Das Wählerverzeichnis wird vom einundzwanzigsten bis vierzehnten Tage vor der Wahl zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt.

(2) Ein Wahlberechtigter, der verhindert ist, in dem Wahlbezirk zu wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist, oder der aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen worden ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein <sup>1)</sup>.

1) Der Wahlschein ist eine öffentliche Urkunde.

#### Wahlhandlung

### § 35

#### Stimmabgabe

(1) Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln in amtlichen Umschlägen.

(2) Der Wähler gibt

1. seine Erststimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzetteln gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welchem Bewerber sie gelten soll,
2. seine Zweitstimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzetteln gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Landesliste sie gelten soll.

(3) Der Bundesminister des Innern kann zulassen, daß anstelle von Stimmzetteln amtlich zugelassene Stimmzählgeräte verwendet werden.

### § 36

#### Briefwahl

(1) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt worden ist, im verschlossenen Wahlbriefumschlag

- a) seinen Wahlschein,
- b) in einem besonderen verschlossenen Umschlag seinen Stimmzettel rechtzeitig zu übersenden, daß der Wahlbrief spätestens am Wahltag bis 18 Uhr eingeht.

(2) Auf dem Wahlschein hat der Wähler eidesstattlich zu versichern, daß er den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat.

(3) Wahlbriefe werden von der Deutschen Bundespost gebührenfrei befördert, wenn sie ihr in amtlichen Wahlbriefumschlägen übergeben werden.

#### Feststellung des Wahlergebnisses

### § 39

#### Ungültige Stimmen, Auslegungsregeln

(1) Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlichen Umschlag abgegeben worden sind,
2. die als nicht amtlich erkennbar sind.

(2) Ungültig sind Stimmen,

1. die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen,
2. die einen Zusatz oder einen Vorbehalt enthalten.

(3) Ist der Umschlag leer, so gelten beide Stimmen als ungültig. Enthält der Stimmzettel keine oder nur eine Stimmabgabe, so gelten die nicht abgegebenen Stimmen als ungültig.

(4) Mehrere in einem Umschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ungültiger Stimmzettel.

(5) Bei Briefwahl ist die Stimmabgabe außerdem ungültig, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Stimmzettel kein oder kein mit der vorgeschriebenen eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt ist.

Zu unterscheiden sind:  
ungültige Stimmzettel,  
ungültige Stimmen und  
ungültige Stimmabgabe.

Bei ungültigen Stimmzetteln sind immer beide Stimmen ungültig, bei ungültigen Stimmen kann die Erst- oder Zweitstimme gültig und die andere ungültig sein. Diejenigen Wahlberechtigten, deren Stimmabgabe nach Abs. 5 ungültig ist, sind Nichtwähler. Ihre Zahl vermindert die Wahlbeteiligung.  
Neben den aufgezählten Ungültigkeitsgründen können andere vorkommen.

#### Schlußbestimmung

### § 52

#### Wahlstatistik

(1) Das Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Bundestag ist statistisch zu bearbeiten.

(2) In den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern zu bestimmenden Wahlbezirken sind auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler dadurch nicht erkennbar wird.

### § 84 (BWO)

#### Wahlstatistische Auszählungen

(1) Wahlstatistische Auszählungen dürfen, soweit sie nicht nach § 52 des Gesetzes angeordnet sind, nur mit Zustimmung des Kreiswahlleiters durchgeführt werden. Die Wahlbezirke müssen so ausgewählt und die Auszählungen so durchgeführt werden, daß das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Die Auszählungen können unter Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsbezeichnungen oder unter Verwendung verschiedener Wahlurnen oder gemäß § 42 Abs. 2 Satz 1 durchgeführt werden. Durch die Auszählung darf die Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk nicht verzögert werden. Die Stimmzettel des Wahlbezirks stehen den mit der Auszählung beauftragten Behörden und Personen nur an Amtsstelle und nur solange zur Verfügung, als es die Ausbereitung erfordert; im übrigen sind die Stimmzettel nach den Vorschriften der §§ 69, 70 zu behandeln.

(2) Die Veröffentlichung von Ergebnissen der wahlstatistischen Auszählungen auf Grund des § 52 Abs. 2 des Gesetzes ist dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vorbehalten. Diese Ergebnisse können den Gemeinden, die Auszählungen nach Absatz 1 durchführen, zu deren Ergänzung und zu zusammengefaßter Veröffentlichung überlassen werden. Die Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht bekanntgegeben werden.

**2. Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen  
von 1946 bis 1965 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften**

Partei oder Wählergruppe 1)		Aufgetreten bei									
		der Bundestagswahl am					vor der 1.	Landtagswahlen			
Name	Ab- kürzung	14.8. 1949	6.9. 1953	15.9. 1957	17.9. 1961	19.9. 1965		zwischen der			
								1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4	4. u. 5.
Bundestagswahl											
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher. ....	AUD					x					
Badische Zentrumsparlei .....	Zentrum							x			
Badische Christlich-Soziale Volkspartei .....	BCSU						x				
Bayerischer Rechtsblock .....	BRbl								x		
Bayernpartei .....	BP	x	x					x	x	x	
Block der Heimatvertriebenen .....								x			
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten ...	BHE							x			
Block Vaterländischer Einigung .....	BVE							x			
Bremer Demokratische Volkspartei .....	BDV	x					x		x		
Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit .....	BdD			x					x	x	
Christlich Demokratische Union .....	CDU	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Christliche Volkspartei .....	CVP					x	x	x	x		
Christlich Nationale Gemeinschaft .....	CNG									x	
Christlich-Sozialer Arbeiterbund .....	CSAB							x			
Christlich-Soziale Union .....	CSU	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Demokratische Partei .....	DemP						x				
Demokratische Partei Saar .....	DPS						x		x	x	
Demokratische Volkspartei .....	DVP						x	x			
Der Deutsche Block .....								x			
Deutsche Arbeiterpartei .....	DAP							x			
Deutsche Demokratische Union .....	DDU								x	x	
Deutsche Friedens-Union. ....	DFU				x	x				x	
Deutsche Friedens-Wahlgemeinschaft .....	DFWG			x							
Deutsche Gemeinschaft .....	DG			x	x			x	x	x	
Deutsche Gemeinschaft - Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten .....	DG-BHE							x			
Deutsche Konservative Partei .....	DKP	x					x				
Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei	DKP/DRP	x									
Deutsche Partei .....	DP	x	x				x	x	x	x	
Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei)	DP			x							
Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen ...	DP									x	
Deutsche Rechtspartei .....	DRP	x					x				
Deutsche Reichspartei .....	DRP		x	x	x			x	x	x	
Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebe- nen und Entrechteten .....	BHE/DG							x			
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstands- parteien-UDM) .....	Mittelstand			x						x	
Deutsches Landvolk .....	DLV								x	x	
Deutsche Soziale Partei .....	DSP							x			
Deutsche-Völkische Gemeinschaft .....	DVG				x						
Deutsche Volkspartei .....	DVP	x					x	x		x	
Deutsche Zentrumsparlei .....	DZP,Z		x				x	x		x	
Deutsch-Hannoversche Partei .....	DHP								x		
Deutsch-Soziale Union .....	DSU									x	
Europäische Föderalistische Partei .....	EFP					x					
Europäische Volksbewegung Deutschlands .....	EVD	x									
Föderalistische Union (Bayernpartei-Zentrum) ...	FU			x							
Freie Demokratische Partei .....	FDP	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar. ....	FDP/DPS			x	x						
Freie Demokratische Partei/Demokratische Volks- parlei .....	FDP/DVP	x	x	x	x	x		x	x	x	
Freie Deutsche Volkspartei .....	FDV									x	
Freie Liste der Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter	NGK							x			
Freie Opposition .....									x		
Freie Sozialistische Partei .....	FSP									x	
Freisoziale Union (bzw. Freie Soziale Union, Frei-Soziale Union) .....	FSU					x	x	x	x	x	
Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) .....	GDP				x					x	
Gesamtdeutscher Block/BHE .....	GB/BHE		x	x				x	x	x	
Gesamtdeutsche Volkspartei .....	GVP		x						x		

1) Z.T. handelt es sich um die gleiche Partei unter verschiedenen Namen oder um die besondere Bezeichnung von Landesverbänden.

2. Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen  
von 1946 bis 1965 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften

Partei oder Wählergruppe <sup>1)</sup>		Aufgetreten bei									
		der Bundestagswahl am					Landtagswahlen				
		14.8. 1949	6.9. 1953	15.9. 1957	17.9. 1961	19.9. 1965	vor der 1.	zwischen der			
Name	Ab- kürzung							1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.
Bundestagswahl											
Hamburg Block									x		
Hessische Bauern- und Landvolkpartei	HB u. LVP							x			
Königspartei								x			
Kommunistische Partei	KP	x					x	x	x		
Kommunistische Partei Deutschlands	KPD	x	x				x	x	x		
Konservative Partei	KonsP							x			
Landwirte-Partei	LP								x		
Liberal-Demokratische Partei	LDP						x				
Nationaldemokratische Partei/Deutsche Reichspartei	NDP/DRP							x			
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD					x					
Nationale Sammlung	DNS		x					x			
Nationale Solidarität Deutschlands	NSD								x		
Niederbayerischer Bauern- und Mittelstandsbund	NBM									x	
Niederdeutsche Union								x			
Niedersächsische Landespartei	NLP						x				
Notgemeinschaft Bayerisches Grenzland	NBayG		x								
Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter	NGK							x			
Partei der guten Deutschen	PdgD		x	x					x		
Parteilose Einzelbewerber, Unabhängige		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Radikal-Soziale Freiheitspartei	RSF	x					x	x			
Rechtspartei	RP							x			
Republikanische Partei Deutschlands	RPD						x				
Rheinische Volks-Partei	RhVP						x				
Rheinisch-Westfälische Volkspartei	RWVP	x									
Saarländische Volkspartei	SVP									x	
Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei	SVP/CVP										x
Schleswig-Holstein Block	SHB								x		
Schleswig-Holsteinische Landespartei	SHLP		x						x		
Sozialdemokratische Partei	SP						x				
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Sozialdemokratische Partei Saar	SPS						x	x	x		
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	SED						x		x	x	
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands-West- berlin	SED-W										x
Sozialistische Reichspartei	SRP							x			
Südschleswigscher Verein	SSV						x				
Südschleswigacher Wählerverband	SSW	x	x	x	x			x	x	x	x
Übernationale Europäische Volkspartei Saar	ÜEPVS								x		
Unabhängige Arbeiter-Partei	UAP					x					x
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutsch- lands	USPD							x	x		
Union Sozialer Arbeiter Christi Deutschlands	USACD				x						
Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft- Hilfe für den Bayerischen Wald								x			
Vaterländische Union	VU		x	x					x		x
Vaterstädtischer Bund Hamburg	VBH							x			
Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit	VFS									x	
Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter								x			
Wahlblock der Kriegsbeschädigten-Heimatvertriebe- nen- Entrechteten								x			
Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland- Wählergemeinschaft	WGnD				x						
Wählerversammlung gegen atomare Aufrüstung	WV								x	x	
Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung	WAV	x					x	x			
Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes	WVM								x		
Zentrums Partei	ZP	x									

1) Z.T. handelt es sich um die gleiche Partei unter verschiedenen Namen oder um die besondere Bezeichnung von Landesverbänden.

### 3. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund

Lfd. Nr.	Gegenstand (1 = Erst-, 2 = Zweitstimmen)	Einheit	Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen	
			1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961
1	Wahlberechtigte . . . . .	Anzahl	1 687 266	1 626 141	1 392 994	1 386 411	4 748 325	4 613 112	525 730	507 760
2	Wähler . . . . .	Anzahl	1 448 994	1 431 704	1 202 934	1 227 787	4 145 849	4 083 490	452 799	447 936
3	Wahlbeteiligung . . . . .	%	85,9	88,0	86,4	88,6	87,3	88,5	86,1	88,2
4	Ungültige Stimmen . . . . .	1 Anzahl	41 058	32 355	23 801	18 143	109 610	81 650	11 680	8 312
5		%	2,8	2,3	2,0	1,5	2,6	2,0	2,6	1,9
6		2 Anzahl	32 252	68 338	15 855	34 050	93 108	140 535	8 582	19 695
7		%	2,2	4,8	1,3	2,8	2,2	3,4	1,9	4,4
8	Gültige Stimmen . . . . .	1 Anzahl	1 407 936	1 399 349	1 179 133	1 209 644	4 036 239	4 001 840	441 119	439 624
9		%	97,2	97,7	98,0	98,5	97,4	98,0	97,4	98,1
10		2 Anzahl	1 416 742	1 363 366	1 187 079	1 193 737	4 052 741	3 942 955	444 217	428 241
11		%	97,8	95,2	98,7	97,2	97,8	96,6	98,1	95,6
Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf:										
12	SPD . . . . .	1 Anzahl	551 767	510 160	584 560	570 382	1 633 758	1 556 255	218 628	220 130
13	Sozialdemokratische Partei	%	39,2	36,5	49,6	47,2	40,5	38,9	49,6	50,1
14	Deutschlands . . . . .	2 Anzahl	549 901	495 728	572 859	560 038	1 614 540	1 526 824	215 487	212 734
15		%	38,8	36,4	48,3	46,9	39,8	38,7	48,5	49,7
16	CDU bzw. CSU <sup>1)</sup> . . . . .	1 Anzahl	715 058	609 048	452 116	392 417	1 919 789	1 606 479	153 888	121 347
17	Christlich Demokratische Union	%	50,8	43,5	38,3	32,4	47,6	40,1	34,9	27,6
18	bzw. Christl.-Soziale Union	2 Anzahl	682 626	569 216	446 133	380 613	1 855 124	1 536 956	150 899	115 493
19		%	48,2	41,8	37,6	31,9	45,8	39,0	34,0	27,0
20	FDP . . . . .	1 Anzahl	97 236	174 848	92 513	182 919	360 034	476 886	45 992	63 985
21	Freie Demokratische Partei	%	6,9	12,5	7,8	15,1	8,9	11,9	10,4	14,6
22		2 Anzahl	132 761	188 619	112 047	187 255	140 860	519 139	51 894	64 955
23		%	9,4	13,8	9,4	15,7	10,9	13,2	11,7	15,2
24	NPD . . . . .	1 Anzahl	28 171	—	19 171	—	89 798	—	11 147	—
25	Nationaldemokratische Partei	%	2,0	—	1,6	—	2,2	—	2,5	—
26	Deutschlands . . . . .	2 Anzahl	34 064	—	20 938	—	102 470	—	12 118	—
27		%	2,4	—	1,8	—	2,5	—	2,7	—
28	DFU . . . . .	1 Anzahl	12 894	17 399	29 022	42 670	28 211	46 259	10 851	12 362
29	Deutsche Friedensunion	%	0,9	1,2	2,5	3,5	0,7	1,2	2,5	2,8
30		2 Anzahl	14 503	17 951	32 051	43 442	31 653	50 380	12 115	12 639
31		%	1,0	1,3	3,7	3,6	0,8	1,3	2,7	3,0
32	AUD . . . . .	1 Anzahl	2 658	—	286	—	3 496	—	613	—
33	Aktionsgemeinschaft Unabhän-	%	0,2	—	0,0	—	0,1	—	0,1	—
34	giger Deutscher	2 Anzahl	2 887	—	1 423	—	5 460	—	699	—
35		%	0,2	—	0,1	—	0,1	—	0,2	—
36	CVP . . . . .	1 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Christliche Volkspartei	%	—	—	—	—	—	—	—	—
38		2 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
39		%	—	—	—	—	—	—	—	—
40	FSU . . . . .	1 Anzahl	152	—	1 465	—	1 133	—	—	—
41	Freisoziale Union	%	0,0	—	0,1	—	0,0	—	—	—
42		2 Anzahl	—	—	1 628	—	2 634	—	—	—
43		%	—	—	0,1	—	0,1	—	—	—
44	UAP . . . . .	1 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
45	Unabhängige Arbeiter-Partei	%	—	—	—	—	—	—	—	—
46		2 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
47		%	—	—	—	—	—	—	—	—
48	EFP . . . . .	2 Anzahl	—	—	—	—	—	—	1 015	—
49	Europäische Föderalistische Partei	%	—	—	—	—	—	—	0,2	—
50	Einzelbewerber . . . . .	1 Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
51		%	—	—	—	—	—	—	—	—
52	DG . . . . .	1 Anzahl	—	752	—	—	—	2 543	—	—
53	Deutsche Gemeinschaft	%	—	0,1	—	—	—	0,1	—	—
54		2 Anzahl	—	1 469	—	—	—	4 186	—	—
55		%	—	0,1	—	—	—	0,1	—	—
56	DRP . . . . .	1 Anzahl	—	11 835	—	10 175	—	59 731	—	4 767
57	Deutsche Reichspartei	%	—	0,8	—	0,8	—	1,5	—	1,1
58		2 Anzahl	—	12 114	—	10 541	—	63 251	—	4 922
59		%	—	0,9	—	0,9	—	1,6	—	1,1
60	GDP . . . . .	1 Anzahl	—	50 356	—	11 081	—	253 372	—	17 033
61	Gesamtdeutsche Partei	%	—	3,6	—	0,9	—	6,3	—	3,9
62	(DP- BHE)	2 Anzahl	—	52 820	—	11 848	—	242 219	—	17 498
63		%	—	3,9	—	1,0	—	6,1	—	4,1
64	SSW . . . . .	1 Anzahl	—	24 951	—	—	—	—	—	—
65	Südschleswigscher Wählerver-	%	—	1,8	—	—	—	—	—	—
66	band	2 Anzahl	—	25 449	—	—	—	—	—	—
67		%	—	1,9	—	—	—	—	—	—
68	Sonstige . . . . .	1 Anzahl	—	—	—	—	—	315 <sup>2)</sup>	—	—
69		%	—	—	—	—	—	0,0	—	—

1) CSU nur in Bayern. — 2) Wählergruppe Niemack. — 3) Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland-Wählergemeinschaft 145 Stimmen, Union Sozialer Arbeiter Christi Deutschlands 51

und Ländern bei den Bundestagswahlen

Nordrhein - Westfalen		Hessen		Rheinland - Pfalz		Baden - Württemberg		Bayern		Saarland		Bundesgebiet		Lfd. Nr.
1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	1965	1961	
11 322 627	11 085 775	3 516 041	3 395 285	2 403 771	2 348 108	5 425 126	5 211 883	6 752 276	6 551 728	736 239	714 512	38 510 395	37 440 715	1
9 920 068	9 799 429	3 073 037	3 028 241	2 114 311	2 069 927	4 598 715	4 419 748	5 803 004	5 174 545	656 496	626 817	33 416 207	32 849 624	2
87,6	88,4	87,4	89,2	88,0	88,2	84,8	84,8	85,9	87,2	89,2	87,7	86,8	87,7	3
259 676	233 453	96 118	84 359	82 542	69 645	160 835	145 850	164 676	136 235	29 162	35 156	979 158	845 158	4
2,6	2,4	3,1	2,8	3,9	3,4	3,5	3,3	2,8	2,4	4,4	5,6	2,9	2,6	5
168 836	281 183	84 585	149 552	58 581	99 994	146 488	230 585	161 513	227 583	25 965	47 208	795 765	1 298 723	6
4,7	2,9	2,8	4,9	2,8	4,8	3,2	5,2	2,8	4,0	4,0	7,5	2,4	4,0	7
9 660 392	9 565 976	2 976 919	2 943 882	2 031 769	2 000 282	4 437 880	4 273 898	5 638 328	5 578 310	627 334	591 661	32 437 049	32 004 466	8
97,4	97,6	96,9	97,2	96,1	96,6	96,5	96,7	97,2	97,6	95,6	94,4	97,1	97,4	9
9 751 232	9 518 246	2 988 452	2 878 689	2 055 730	1 969 933	4 452 227	4 189 163	5 641 491	5 486 962	630 531	579 609	32 620 442	31 550 901	10
98,3	97,1	97,2	95,1	97,2	95,2	96,8	94,8	97,2	96,0	96,0	92,5	97,4	96,0	11
4 178 408	3 593 596	1 395 691	1 271 675	765 462	675 693	1 505 607	1 385 442	1 913 778	1 690 099	250 815	198 625	12 998 474	11 672 057	12
43,3	37,6	46,9	43,2	37,7	33,8	33,9	32,4	33,9	30,3	40,0	33,6	40,1	36,5	13
4 149 910	3 549 359	1 366 010	1 233 312	754 175	659 830	1 470 040	1 342 885	1 869 467	1 652 642	250 797	194 003	12 813 186	11 427 355	14
42,6	37,3	45,7	42,8	36,7	33,5	33,0	32,1	33,1	30,1	39,8	33,5	39,3	36,2	15
4 655 973	4 602 409	1 158 372	1 055 277	1 017 950	988 462	2 256 883	1 955 620	3 204 648	3 104 742	301 290	291 936	15 835 967	14 727 737	16
48,2	48,1	38,9	35,8	50,1	49,4	50,9	45,8	56,8	55,7	48,0	49,3	48,8	46,0	17
4 593 281	4 530 553	1 130 871	1 003 279	1 013 573	964 270	2 219 808	1 899 266	3 136 506	3 014 471	295 257	284 255	15 524 068	14 298 372	18
47,1	47,6	37,8	34,9	49,3	48,9	49,9	45,3	55,6	54,9	46,8	49,0	47,6	45,3	19
596 375	1 063 302	308 146	425 210	180 286	255 961	515 025	697 279	320 121	450 506	46 566	75 373	2 562 294	3 866 269	20
6,2	11,1	10,4	14,4	8,9	12,8	11,6	16,3	5,7	8,1	7,4	12,7	7,9	12,1	21
739 954	1 118 460	359 419	438 726	209 028	259 578	582 913	697 311	413 744	479 830	54 119	74 893	3 096 739	4 028 766	22
7,6	11,8	12,0	15,2	10,2	13,2	13,1	16,6	7,3	8,7	8,6	12,9	9,5	12,8	23
97 972	—	64 808	—	44 512	—	85 820	—	135 383	—	10 434	—	587 216	—	24
1,0	—	2,2	—	2,2	—	1,9	—	2,4	—	1,7	—	1,8	—	25
110 299	—	74 081	—	51 237	—	97 787	—	149 975	—	11 224	—	664 193	—	26
1,1	—	2,5	—	2,5	—	2,2	—	2,7	—	1,8	—	2,0	—	27
111 823	184 218	47 142	62 507	21 965	29 260	62 540	90 287	53 478	83 946	8 974	18 580	386 900	587 488	28
1,2	1,9	1,6	2,1	1,1	1,5	1,4	2,1	0,9	1,5	1,4	3,1	1,2	1,8	29
125 202	188 442	53 316	65 989	25 081	29 867	70 209	95 137	60 561	87 388	9 491	18 683	434 182	609 918	30
1,3	2,0	1,8	2,3	1,2	1,5	1,6	2,3	1,1	1,6	1,5	3,2	1,3	1,9	31
12 441	—	2 386	—	1 594	—	11 469	—	10 685	—	518	—	46 146	—	32
0,1	—	0,1	—	0,1	—	0,3	—	0,2	—	0,1	—	0,1	—	33
11 428	—	4 755	—	2 636	—	11 470	—	11 238	—	641	—	52 637	—	34
0,1	—	0,2	—	0,1	—	0,3	—	0,2	—	0,1	—	0,2	—	35
3 241	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 737	—	11 978	—	36
0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,4	—	0,0	—	37
10 830	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 002	—	19 832	—	38
0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,4	—	0,1	—	39
2 746	—	—	—	—	—	536	—	235	—	—	—	6 287	—	40
0,0	—	—	—	—	—	0,0	—	0,0	—	—	—	0,0	—	41
6 369	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 631	—	42
0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	43
1 127	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 127	—	44
0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	45
3 959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 959	—	46
0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	47
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 015	—	48
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	49
286	—	374	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660	—	50
0,0	—	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	51
—	2 299	—	585	—	1 194	—	6 111	—	7 299	—	300	—	21 083	52
—	0,0	—	0,0	—	0,1	—	0,1	—	0,1	—	0,1	—	0,1	53
—	4 369	—	—	—	1 978	—	6 901	—	7 772	—	633	—	27 308	54
—	0,0	—	—	—	0,1	—	0,2	—	0,1	—	0,1	—	0,1	55
—	41 851	—	14 375	—	42 389	—	27 455	—	24 768	—	5 303	—	242 649	56
—	0,4	—	0,5	—	2,1	—	0,6	—	0,4	—	0,9	—	0,8	57
—	43 932	—	18 418	—	44 644	—	31 052	—	28 699	—	5 404	—	262 977	58
—	0,5	—	0,6	—	2,3	—	0,7	—	0,5	—	0,9	—	0,8	59
—	78 105	—	114 100	—	7 323	—	111 704	—	214 672	—	1 544	—	859 290	60
—	0,8	—	3,9	—	0,4	—	2,6	—	3,8	—	0,3	—	2,7	61
—	83 131	—	118 965	—	9 766	—	116 611	—	216 160	—	1 738	—	870 756	62
—	0,9	—	4,1	—	0,5	—	2,8	—	3,9	—	0,3	—	2,8	63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24 951	64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	65
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 449	66
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,1	67
—	196 <sup>3)</sup>	—	153 <sup>4)</sup>	—	—	—	—	—	2 278 <sup>5)</sup>	—	—	—	2 942	68
—	0,0	—	0,1	—	—	—	—	—	0,0	—	—	—	0,0	69

Stimmen. — 4) Deutsche Völkische Gemeinschaft. — 5) Wählergruppe Dr.Dr.Dr. Keller 1 645 Stimmen, Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland-Wählergemeinschaft 633 Stimmen.

**4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1949 bis 1965**  
a) CDU/CSU, SPD und FDP

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berech- tigte	Wähler		Ungültige		Gültige		Von den gültigen Stimmen 2) entfielen auf							
				Stimmen 2)		CDU/CSU 3)		SPD		FDP		Sonstige			
		Anzahl	% 1)	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Schleswig-Holstein															
14. 8.1949 B . . . . .	1 731 022	1 431 020	82,7	33 349	2,3	1 397 671	428 956	30,7	413 257	29,6	103 492	7,4	451 966	32,3	
9. 7.1950 L . . . . .	1 715 604	1 341 780	78,2	30 738	2,3	1 311 042	258 961	19,8	360 233	27,5	92 466	7,1	599 382	45,7	
6. 9.1953 B . . . . .	1 573 480	1 391 768	88,5	39 706	2,9	1 352 062	636 570	47,1	357 798	26,5	61 486	4,5	296 208	21,9	
12. 9.1954 L . . . . .	1 548 832	1 217 519	78,6	23 231	1,9	1 194 288	384 875	32,2	396 073	33,2	89 415	7,5	323 925	27,1	
15. 9.1957 B . . . . .	1 548 961	1 367 225	88,3	55 180	4,0	1 312 045	631 147	48,1	404 595	30,8	73 656	5,6	202 647	15,4	
28. 9.1958 L . . . . .	1 564 068	1 233 578	78,9	16 563	1,3	1 217 015	540 774	44,4	436 966	35,9	65 140	5,4	174 135	14,3	
17. 9.1961 B . . . . .	1 626 141	1 431 704	88,0	68 338	4,8	1 363 366	569 216	41,8	495 728	36,4	188 619	13,8	109 803	8,1	
23. 9.1962 L . . . . .	1 653 858	1 160 115	70,1	14 119	1,2	1 145 996	516 073	45,0	449 470	39,2	90 310	7,9	90 143	7,9	
19. 9.1965 B . . . . .	1 687 266	1 448 994	85,9	32 252	2,2	1 416 742	682 626	48,2	549 901	38,8	132 761	9,4	51 454	3,6	
Hamburg															
14. 8.1949 B . . . . .	1 141 214	926 435	81,2	20 991	2,3	905 444	178 786	19,7	358 873	39,6	143 371	15,8	224 414	24,8	
16.10.1949 L 4), . . .	1 151 566	811 778	70,5	22 538	2,8	789 240	—	—	337 697	42,8	—	—	451 545 5)	57,2 5)	
6. 9.1953 B . . . . .	1 241 880	1 085 279	87,4	25 296	2,3	1 059 983	389 335	36,7	403 410	38,1	108 722	10,3	158 516	15,0	
1.11.1953 L 4), . . .	1 259 772	1 020 220	81,0	12 148	1,2	1 008 072	—	—	455 402	45,2	—	—	552 670 6)	54,8 6)	
15. 9.1957 B . . . . .	1 328 657	1 185 178	89,2	30 919	2,6	1 154 259	432 262	37,4	528 645	45,8	108 451	9,4	84 901	7,4	
10.11.1957 L 4), . . .	1 345 617	1 040 584	77,3	14 060	1,4	1 026 524	330 991	32,2	553 390	53,9	88 201	8,6	53 942	5,3	
17. 9.1961 B . . . . .	1 386 411	1 227 787	88,6	34 050	2,8	1 193 737	380 613	31,9	560 038	46,9	187 255	15,7	65 831	5,5	
12.11.1961 L 4), . . .	1 384 546	1 000 784	72,3	11 971	1,2	988 813	287 619	29,1	567 793	57,4	95 061	9,6	38 340	3,9	
19. 9.1965 B . . . . .	1 392 994	1 202 934	86,4	15 855	1,3	1 187 079	446 133	37,6	572 859	48,3	112 047	9,4	56 040	4,7	
Niedersachsen															
14. 8.1949 B . . . . .	4 425 610	3 439 964	77,7	73 999	2,2	3 365 965	593 691	17,6	1 125 295	33,4	252 141	7,5	1 394 838	41,4	
6. 5.1951 L . . . . .	4 475 688	3 393 371	75,8	62 931	1,9	3 330 440	—	—	1 123 199	33,7	278 088	8,4	1 929 153 7)	57,9 7)	
6. 9.1953 B . . . . .	4 388 818	3 894 742	88,7	114 146	2,9	3 780 596	1 330 982	35,2	1 136 522	30,1	260 894	6,9	1 052 198	27,8	
24. 4.1955 L . . . . .	4 400 635	3 410 330	77,5	52 552	1,5	3 357 778	894 018	26,6	1 181 963	35,2	264 841	7,9	1 016 956	30,3	
15. 9.1957 B . . . . .	4 438 885	3 950 248	89,0	123 835	3,1	3 826 413	1 495 343	39,1	1 255 204	32,8	226 463	5,9	849 403	22,2	
19. 4.1959 L . . . . .	4 477 897	3 493 904	78,0	56 508	1,6	3 437 396	1 058 687	30,8	1 356 485	39,5	179 522	5,2	842 702	24,5	
17. 9.1961 B . . . . .	4 613 112	4 083 490	88,5	140 535	3,4	3 942 955	1 536 956	39,0	1 526 824	38,7	519 139	13,2	360 036	9,1	
19. 5.1963 L . . . . .	4 701 245	3 617 369	76,9	35 125	1,0	3 582 244	1 351 449	37,7	1 608 927	44,9	316 552	8,8	305 316	8,5	
19. 9.1965 B . . . . .	4 748 325	4 145 849	87,3	93 108	2,2	4 052 741	1 855 124	45,8	1 614 540	39,8	440 860	10,9	142 217	3,5	
Bremen															
14. 8.1949 B . . . . .	379 839	310 980	81,9	7 115	2,3	303 865	51 290	16,9	104 509	34,4	39 228	12,9	108 838	35,8	
7.10.1951 L 8), . . .	407 712	339 810	83,3	6 310	1,9	333 500	30 172	9,0	130 471	39,1	39 432	11,8	133 425	40,0	
6. 9.1953 B . . . . .	420 958	367 920	87,4	11 720	3,2	356 200	88 456	24,8	138 846	39,0	26 777	7,5	102 121	28,7	
9.10.1955 L 8), . . .	440 100	369 521	84,0	4 815	1,3	364 706	65 749	18,0	174 127	47,7	31 486	8,6	93 344	25,6	
15. 9.1957 B . . . . .	467 250	414 498	88,7	15 898	3,8	398 600	121 264	30,4	184 003	46,2	23 311	5,8	70 022	17,6	
11.10.1959 L 8), . . .	490 842	388 949	79,2	4 778	1,2	384 171	56 849	14,8	210 808	54,9	27 450	7,1	89 064	23,2	
17. 9.1961 B . . . . .	507 760	447 936	88,2	19 695	4,4	428 241	115 493	27,0	212 734	49,7	64 955	15,2	35 059	8,2	
29. 9.1963 L 8), . . .	524 703	399 265	76,1	3 900	1,0	395 365	114 222	28,9	216 347	54,7	33 036	8,4	31 760	8,0	
19. 9.1965 B . . . . .	525 730	452 799	86,1	8 582	1,9	444 217	150 889	34,0	215 487	48,5	51 894	11,7	25 947	5,8	
Nordrhein - Westfalen															
14. 8.1949 B . . . . .	8 681 794	6 909 719	79,6	183 176	2,7	6 726 543	2 481 523	36,9	2 109 172	31,4	581 456	8,6	1 554 392	23,1	
18. 6.1950 L . . . . .	8 892 305	6 433 003	72,3	231 886	3,6	6 201 117	2 286 644	36,9	2 005 312	32,3	748 926	12,1	1 160 235	18,7	
6. 9.1953 B . . . . .	9 599 109	8 250 961	86,0	242 532	2,9	8 008 429	3 915 320	48,9	2 553 014	31,9	682 902	8,5	857 193	10,7	
27. 6.1954 L . . . . .	9 730 078	7 068 392	72,6	145 323	2,1	6 923 069	2 855 988	41,3	2 387 718	34,5	793 736	11,5	885 627	12,8	
15. 9.1957 B . . . . .	10 407 006	9 158 928	88,0	303 657	3,3	8 855 271	4 813 996	54,4	2 965 616	33,5	554 781	6,3	520 878	5,9	
6. 7.1958 L . . . . .	10 507 956	8 046 198	76,6	98 020	1,2	7 948 178	4 011 419	50,5	3 115 738	39,2	566 258	7,1	254 763	3,2	
17. 9.1961 B . . . . .	11 085 775	9 799 429	88,4	281 183	2,9	9 518 246	4 530 553	47,6	3 549 359	37,3	1 118 460	11,8	319 874	3,4	
8. 7.1962 L . . . . .	11 156 285	8 188 988	73,4	106 421	1,3	8 082 567	3 752 116	46,4	3 497 179	43,3	553 426	6,8	279 846	3,5	
19. 9.1965 B . . . . .	11 322 627	9 920 068	87,6	168 836	1,7	9 751 232	4 593 281	47,1	4 149 910	42,6	739 954	7,6	268 087	2,7	
Hessen															
14. 8.1949 B . . . . .	2 906 239	2 247 390	77,3	119 112	5,3	2 128 278	454 437	21,4	684 042	32,1	597 081	28,1	392 718	18,5	
19.11.1950 L . . . . .	2 985 021	1 936 762	64,9	85 675	4,4	1 851 087	348 148	18,8	821 268	44,4	588 739	31,8	92 932	5,0	
6. 9.1953 B . . . . .	3 081 783	2 672 103	86,7	115 151	4,3	2 556 952	849 125	33,2	862 701	33,7	502 548	19,7	342 578	13,4	
28.11.1954 L . . . . .	3 105 125	2 559 409	82,4	58 136	2,3	2 501 273	603 691	24,1	1 065 733	42,6	513 421	20,5	318 428	12,7	
15. 9.1957 B . . . . .	3 214 856	2 863 092	89,1	135 829	4,7	2 727 263	1 116 494	40,9	1 037 166	38,0	232 872	8,5	340 731	12,5	
23.11.1958 L . . . . .	3 257 513	2 680 548	82,3	46 691	1,7	2 633 857	843 041	32,0	1 235 361	46,9	250 310	9,5	305 145	11,6	
17. 9.1961 B . . . . .	3 395 285	3 028 241	89,2	149 552	4,9	2 878 689	1 003 279	34,9	1 233 312	42,8	438 726	15,2	203 372	7,1	
11.11.1962 L . . . . .	3 451 314	2 681 995	77,7	45 192	1,7	2 636 803	760 435	28,8	1 340 625	50,8	301 783	11,4	233 960	8,9	
19. 9.1965 B . . . . .	3 516 041	3 073 037	87,4	84 585	2,8	2 988 452	1 130 871	37,8	1 366 010	45,7	359 419	12,0	132 152	4,4	

1) Wahlbeteiligung. — 2) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1965 Zweitstimmen. — 3) CSU nur in Bayern; im Saarland CSU auch bei der Landtagswahl 1955 (3 795) und bei der Bundestagswahl 1957 (117 168) neben der CDU. — 4) Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft. — 5) Darunter: VBH 272 649 = 34,5%. — 6) Darunter: Hamburg-Block 504 084 = 50,0%. — 7) Darunter: Niederdeutsche Union (CDU/DP) 790 766 = 23,7%. — 8) Wahl zur Bremischen Bürgerschaft.

## 4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1949 bis 1965

## a) CDU/CSU, SPD und FDP

Tag der Wahl (B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl)	Wahl- berech- tigte	Wähler		Ungültige		Gültige		Von den gültigen Stimmen 2) entfielen auf							
				Stimmen 2)				CDU/CSU 3)		SPD		FDP		Sonstige	
		Anzahl	% 1)	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Rheinland - Pfalz															
14. 8.1949 B . . . .	1 900 797	1 513 756	79,6	82 200	5,4	1 431 556	702 125	49,0	408 905	28,6	226 625	15,8	93 901	6,6	
29. 4.1951 L . . . .	2 021 104	1 512 643	74,8	75 393	5,0	1 437 250	563 274	39,2	488 374	34,0	240 071	16,7	145 531	10,1	
6. 9.1953 B . . . .	2 143 337	1 842 707	86,0	67 344	3,7	1 775 363	924 932	52,1	482 686	27,2	214 805	12,1	152 940	8,6	
15. 5.1955 L . . . .	2 151 228	1 634 750	76,0	50 921	3,1	1 583 829	741 384	46,8	501 751	31,7	201 847	12,7	138 847	8,8	
15. 9.1957 B . . . .	2 237 023	1 976 225	88,3	77 220	3,9	1 899 005	1 019 709	53,7	578 203	30,4	185 288	9,8	115 805	6,0	
19. 4.1959 L . . . .	2 266 778	1 749 227	77,2	36 873	2,1	1 712 354	829 236	48,4	596 984	34,9	165 937	9,7	120 197	7,0	
17. 9.1961 B . . . .	2 348 108	2 069 927	88,2	99 994	4,8	1 969 933	964 270	48,9	659 830	33,5	259 578	13,2	86 255	4,4	
31. 3.1963 L . . . .	2 363 313	1 784 261	75,5	31 775	1,8	1 752 486	777 838	44,4	713 469	40,7	177 377	10,1	83 802	4,8	
19. 9.1965 B . . . .	2 403 771	2 114 311	88,0	58 581	2,8	2 055 730	1 013 573	49,3	754 175	36,7	209 028	10,2	78 954	3,8	
Baden - Württemberg															
14. 8.1949 B . . . .	4 056 930	2 864 774	70,6	119 321	4,2	2 745 453	1 087 828	39,6	655 506	23,9	482 381	17,6	519 738	18,9	
9. 3.1952 L 4) . . . .	4 382 117	2 789 872	63,7	59 052	2,1	2 730 820	982 727	36,0	765 032	28,0	491 711	18,0	491 350	18,0	
6. 9.1953 B . . . .	4 536 755	3 710 253	81,8	122 122	3,3	3 588 131	1 881 874	52,4	825 704	23,0	455 535	12,7	425 018	11,8	
4. 3.1956 L . . . .	4 738 390	3 328 860	70,3	62 691	1,9	3 266 169	1 392 635	42,6	942 732	28,9	541 221	16,6	389 581	11,9	
15. 9.1957 B . . . .	4 857 815	4 097 575	84,4	189 735	4,6	3 907 840	2 061 701	52,8	1 009 019	25,8	561 538	14,4	275 582	7,1	
15. 5.1960 L 5) . . . .	5 136 768	3 028 248	59,0	79 688	2,6	2 948 560	1 163 352	39,5	1 040 911	35,3	466 908	15,8	277 389	9,4	
17. 9.1961 B . . . .	5 211 883	4 419 748	84,8	230 585	5,2	4 189 163	1 899 266	45,3	1 342 885	32,1	697 311	16,6	249 701	6,0	
26. 4.1964 L . . . .	5 471 002	3 705 791	67,7	85 890	2,3	3 619 901	1 671 674	46,2	1 350 314	37,3	472 492	13,1	125 421	3,5	
19. 9.1965 B . . . .	5 425 126	4 598 715	84,8	146 488	3,2	4 452 277	2 219 808	49,9	1 470 040	33,0	582 913	13,1	179 466	4,0	
Bayern															
14. 8.1949 B . . . .	5 984 175	4 851 576	81,1	123 953	2,6	4 727 623	1 380 448	29,2	1 075 416	22,7	404 145	8,5	1 867 614	39,5	
26.11.1950 L 6) . . . .	6 026 641	4 813 528	79,9	383 851	4,0	9 237 840	2 527 370	27,4	2 588 549	28,0	653 741	7,1	3 468 180	37,5	
6. 9.1953 B . . . .	6 134 820	5 263 817	85,8	190 261	3,6	5 073 556	2 427 387	47,8	1 184 262	23,3	315 494	6,2	1 146 413	22,6	
28.11.1954 L 6) . . . .	6 089 384	5 030 235	82,6	325 782	3,2	9 724 178	3 691 954	38,0	2 733 946	28,1	703 924	7,2	2 594 354	26,7	
15. 9.1957 B . . . .	6 240 499	5 470 347	87,7	196 706	3,6	5 273 641	3 015 892	57,2	1 394 811	26,4	240 695	4,6	622 243	11,8	
23.11.1958 L 6) . . . .	6 254 214	4 787 763	76,6	353 397	3,7	9 203 820	4 192 904	45,6	2 839 300	30,8	512 344	5,6	1 659 272	18,0	
17. 9.1961 B . . . .	6 551 728	5 714 545	87,2	227 583	4,0	5 486 962	3 014 471	54,9	1 652 642	30,1	479 830	8,7	340 019	6,2	
25.11.1962 L 6) . . . .	6 599 417	5 051 684	76,5	285 545	2,8	9 816 377	4 663 528	47,5	3 465 168	35,3	577 836	5,9	1 109 845	11,3	
19. 9.1965 B . . . .	6 752 276	5 803 004	85,9	161 513	2,8	5 641 491	3 136 506	55,6	1 869 467	33,1	413 744	7,3	221 774	3,9	
Saarland															
30.11.1952 L . . . .	622 428	579 226	93,1	141 876	24,5	437 350	—	—	141 872	32,4	—	—	295 478	67,6	
18.12.1955 L . . . .	664 388	600 196	90,3	11 017	1,8	589 179	153 320	26,0	118 699	20,1	142 602	24,2	174 558	29,6	
15. 9.1957 B . . . .	659 971	589 578	89,3	38 487	6,5	551 091	300 591	54,5	138 309	25,1	100 080	18,2	12 111	2,2	
4.12.1960 L . . . .	718 963	568 560	79,1	35 728	6,3	532 832	195 060	36,6	159 698	30,0	73 718	13,8	104 356	19,6	
17. 9.1961 B . . . .	714 512	626 817	87,7	47 208	7,5	579 609	284 255	49,0	194 003	33,5	74 893	12,9	26 458	4,6	
27. 6.1965 L . . . .	746 532	610 836	81,8	15 880	2,6	594 956	254 143	42,7	241 954	40,7	49 524	8,3	49 335	8,3	
19. 9.1965 B . . . .	736 239	656 496	89,2	25 965	4,0	630 531	295 257	46,8	250 797	39,8	54 119	8,6	30 358	4,8	
Bundesgebiet ohne Berlin 7)															
14. 8.1949 B . . . .	31 207 620	24 495 614	78,5	763 216	3,1	23 732 398	7 359 084	31,0	6 934 975	29,2	2 829 920	11,9	6 608 419	27,8	
6. 9.1953 B . . . .	33 120 940	28 479 550	86,0	928 278	3,3	27 551 272	12 443 981	45,2	7 944 943	28,8	2 629 163	9,5	4 533 185	16,5	
15. 9.1957 B . . . .	35 400 923	31 072 894	87,8	1 167 466	3,8	29 905 428	15 008 399	50,2	9 495 571	31,8	2 307 135	7,7	3 094 323	10,3	
17. 9.1961 B . . . .	37 440 715	32 849 624	87,7	1 298 723	4,0	31 550 901	14 298 372	45,3	11 427 355	36,2	4 028 766	12,8	1 796 408	5,7	
19. 9.1965 B . . . .	38 510 395	33 416 207	86,8	795 765	2,4	32 620 442	15 524 068	47,6	12 813 186	39,3	3 096 739	9,5	1 186 449	3,6	
Berlin (West) 8)															
3.12.1950 L . . . .	1 664 221	1 504 580	90,4	40 110	2,7	1 464 470	361 050	24,6	654 211	44,7	337 589	23,0	111 620	7,6	
5.12.1954 L . . . .	1 694 896	1 555 511	91,8	19 618	1,3	1 535 893	467 117	30,4	684 906	44,6	197 204	12,8	186 666	1,8	
7.12.1958 L . . . .	1 757 842	1 632 540	92,9	16 032	1,0	1 616 508	609 097	37,7	850 127	52,6	71 800 9)	4,4	85 484	5,3	
17. 2.1963 L . . . .	1 748 588	1 572 027	89,9	17 060	1,1	1 554 967	448 459	28,8	962 197	61,9	123 382	7,9	20 929	1,4	

1) Wahlbeteiligung. — 2) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1965 Zweitstimmen. — 3) CSU nur in Bayern; im Saarland CSU auch bei der Landtagswahl 1955 (3.795) und bei der Bundestagswahl 1957 (117 168) neben der CDU. — 4) Verfassungsgebende Landesversammlung in den ehem. Ländern Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern. — 5) Stand nach Wiederholungswahl am 12.3.1961. — 6) Die hohe Zahl der Stimmen hängt mit dem Wahlsystem zusammen, nach dem jeder Wähler mehrere Stimmen hatte. — 7) 1949 und 1953 auch ohne Saarland. 8) Wahlen zum Abgeordnetenhaus. — 9) Davon FDP 61 119 = 3,8%, FDV 10 681 = 0,7%.

Anmerkung: Bei der Bundestagswahl 1953 konnte mit Wahrscheinlichkeit im ganzen Bundesgebiet gewählt werden. Für eine genaue Berechnung der Wahlbeteiligung in den Ländern wurde daher die Zahl der Wahlberechtigten wie folgt „konstruiert“: Im Wählerverzeichnis eingetragene Personen abzüglich Wahrscheinlichkeitsabzug und derjenigen, bei denen das Wahlrecht ruht, zuzüglich Wahrscheinlichkeitsabzug. Für das Bundesgebiet betrug 1953 die „nichtkonstruierte“ Zahl der Wahlberechtigten (im Wählerverzeichnis eingetragene Personen abzüglich derjenigen, bei denen das Wahlrecht ruht) 33 202 287.

## 4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1949 bis 1965

## b) Sonstige Parteien

Partei- oder Wählergruppe		Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-
Name	Ab- kürzung	tagswahl								
		1949	1)	1953 2)	1)	1957 2)	1)	1961 2)	1)	1965 2)
Schleswig-Holstein										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher . . .	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	2 887
Bund der Deutschen . . . . .	BdD	—	—	—	10 009	2 527	6 037	—	—	—
Deutsche Friedens-Union . . . . .	DFU	—	—	—	—	—	—	17 951	13 758	14 503
Deutsche Gemeinschaft . . . . .	DG	—	—	—	—	—	—	1 469	1 043	—
Deutsche Konservative Partei . . . . .	DKP	27 066	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Partei . . . . .	DP	169 240	125 697	54 170	—	49 339	33 994	—	—	—
Deutsche Reichspartei . . . . .	DRP	—	37 115	12 794	17 318	9 009	12 950	12 114	—	—
Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) . . . . .	GdP	—	—	—	—	—	—	52 820	48 459	—
Gesamtdeutscher Block/BHE . . . . .	GB/BHE	—	306 660	157 100	167 320	109 510	84 262	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei . . . . .	GVP	—	—	6 015	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3) . . . . .	KPD	43 744	28 319	16 810	24 731	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands . . . . .	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	34 064
Nationale Sammlung . . . . .	DNS	—	—	4 734	—	—	—	—	—	—
Parteilose . . . . .	—	105 800	8 678	—	—	—	2 756	—	—	—
Radikal-Sozialistische Freiheitspartei . . . . .	RSF	18 122	—	—	—	—	—	—	—	—
Schleswig-Holstein Block . . . . .	SHB	—	—	—	61 277	—	—	—	—	—
Schleswig-Holsteinische Landespartei . . . . .	SHLP	—	—	—	1 028	—	—	—	—	—
Sozialistische Reichspartei 4) . . . . .	SRP	—	21 049	—	—	—	—	—	—	—
Südschleswigscher Wählerverband . . . . .	SSW	75 388	71 864	44 585	42 242	32 262	34 136	25 449	26 883	—
Zentrum . . . . .	Z	12 606	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen . . . . .		451 966	599 382	296 208	323 925	202 647	174 135	109 803	90 143	51 454
Hamburg										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher . . .	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	1 423
Bund der Deutschen . . . . .	BdD	—	—	—	—	4 950	3 469	—	—	—
Deutsche Friedens-Union . . . . .	DFU	—	—	—	—	—	—	43 442	28 511	32 051
Deutsche Gemeinschaft . . . . .	DG	—	—	—	—	—	485	—	784	—
Deutsche Konservative Partei . . . . .	DKP	10 838	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Partei . . . . .	DP	118 583	104 728	62 123	—	54 144	42 285	—	—	—
Deutsche Reichspartei . . . . .	DRP	—	—	17 101	7 466	9 050	4 109	10 541	9 045	—
Freier Kulturpolitischer Bund . . . . .	FKB	—	353	—	—	—	—	—	—	—
Freie-Soziale Union/Freisoziale Union . . . . .	FSU	—	—	—	5 915	—	—	—	—	1 628
Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) . . . . .	GdP	—	—	—	—	—	—	11 848	—	—
Gesamtdeutscher Block/BHE . . . . .	GB/BHE	—	—	26 133	—	16 757	—	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei . . . . .	GVP	—	—	12 881	—	—	—	—	—	—
Hamburg-Block . . . . .	—	—	—	—	504 084	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3) . . . . .	KPD	76 747	58 134	40 278	32 433	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands . . . . .	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	20 938
Nationale Solidarität Deutschlands . . . . .	NSD	—	—	—	2 741	—	—	—	—	—
Parteilose/Unabhängige . . . . .	—	4 416	174	—	31	—	—	—	—	—
Radikal-Sozialistische Freiheitspartei . . . . .	RSF	13 830	15 505	—	—	—	—	—	—	—
Union Deutscher Mittelstandsparteien . . . . .	UDM	—	—	—	—	—	3 594	—	—	—
Vaterstädtischer Bund Hamburg . . . . .	VBH	—	272 649	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen . . . . .		224 414	451 543	158 516	552 670	84 901	53 942	65 831	38 340	56 040
Niedersachsen										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher . . .	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	5 460
Bund der Deutschen . . . . .	BdD	—	—	—	8 600	6 812	4 947	—	—	—
Deutsche Friedens-Union . . . . .	DFU	—	—	—	—	—	—	50 380	19 749	31 653
Deutsche Gemeinschaft . . . . .	DG	—	—	—	—	3 320	2 775	4 186	2 190	—
Deutsche Partei . . . . .	DP	597 542	—	449 203	415 183	435 936	424 524	—	97 764	—
Deutsche Reichspartei . . . . .	DRP	273 129	74 017	132 057	126 692	88 963	122 062	63 251	52 785	—
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittel- standsparteien - UDM) . . . . .	—	—	—	—	—	9 660	—	—	—	—
Deutsche Soziale Partei . . . . .	DSP	—	25 546	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Volkspartei . . . . .	DVP	—	—	—	—	—	183	—	—	—
Deutsch-Hannoversche Partei . . . . .	DHP	—	—	—	10 823	—	—	—	—	—
Föderalistische Union . . . . .	FU	—	—	—	—	13 549	—	—	—	—
Freisoziale Union . . . . .	FSU	—	—	—	—	—	—	—	243	2 634
Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) . . . . .	GdP	—	—	—	—	—	—	242 219	132 446	—
Gesamtdeutscher Block/BHE . . . . .	GB/BHE	—	496 569	406 971	370 407	291 163	285 942	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei . . . . .	GVP	—	—	23 876	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3) . . . . .	KPD	104 132	61 364	40 091	44 788	—	—	—	—	—
Landwirte-Partei . . . . .	LP	—	—	—	2 768	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands . . . . .	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	102 470
Niederdeutsche Union . . . . .	—	—	790 766	—	—	—	—	—	—	—
Parteilose/Einzelbewerber/Unabhängig . . . . .	—	273 296	219	—	132	—	1 314	—	139	—
Radikal-Sozialistische Freiheitspartei . . . . .	RSF	33 275	—	—	—	—	—	—	—	—
Rechtspartei . . . . .	RP	—	3 406	—	—	—	—	—	—	—
Sozialistische Reichspartei 4) . . . . .	SRP	—	366 793	—	—	—	—	—	—	—
Zentrum . . . . .	Z	113 464	110 473	—	37 563	—	955	—	—	—
Zusammen . . . . .		1 394 838	1 929 153	1 052 198	1 016 956	849 403	842 702	360 036	305 316	142 217
Bremen										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher . . .	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	699
Bund der Deutschen . . . . .	BdD	—	—	—	3 988	1 254	1 337	—	—	—
Deutsche Friedens-Union . . . . .	DFU	—	—	—	—	—	—	12 639	10 607	12 115
Deutsche Partei . . . . .	DP	54 569	49 007	60 464	60 557	55 118	55 647	—	20 448	—
Deutsche Reichspartei . . . . .	DRP	—	—	10 552	—	5 488	14 689	4 922	—	—
Europäische Föderalistische Partei . . . . .	EFP	—	—	—	—	—	—	—	—	1 015
Freie-Soziale Union . . . . .	FSU	—	4 262	—	—	—	—	—	—	—
Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) . . . . .	GdP	—	—	—	—	—	—	17 498	705	—
Gesamtdeutscher Block/BHE . . . . .	GB/BHE	—	18 744	11 604	10 570	8 162	7 238	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei . . . . .	GVP	—	—	5 616	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3) . . . . .	KPD	20 530	21 244	13 885	18 229	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands . . . . .	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	12 118
Parteilose . . . . .	—	27 293	—	—	—	—	—	—	—	—
Radikal-Sozialistische Freiheitspartei . . . . .	RSF	6 446	—	—	—	—	—	—	—	—
Sozialistische Reichspartei 4) . . . . .	SRP	—	25 813	—	—	—	—	—	—	—
Wählergemeinschaft . . . . .	—	—	14 355	—	—	—	—	—	—	—
Wählervereinigung gegen atomare Aufrüstung . . . . .	WV	—	—	—	—	—	10 153	—	—	—
Zusammen . . . . .		108 838	133 425	102 121	93 344	70 022	89 064	35 059	31 760	25 947

1) Tag der Wahl siehe Übersicht 1. — 2) Zweitstimmen. — 3) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956 aufgelöst. — 4) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2.10.1952 aufgelöst.

## 4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1949 bis 1965

## b) Sonstige Parteien

Partei- oder Wählergruppe		Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-
Name	Ab- kürzung	tagswahl								
		1949	1)	1953 2)	1)	1957 2)	1)	1961 2)	1)	1965 2)
Nordrhein - Westfalen										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	11 428
Bund der Deutschen	BdD	—	—	—	19 515	9 890	176	—	—	—
Christliche Volkspartei	CVP	—	—	—	—	—	—	—	—	10 830
Christlich - Sozialer Arbeiterbund	CSAB	—	107	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Friedens - Union	DFU	—	—	—	—	—	—	188 442	164 333	125 202
Deutsche Gemeinschaft	DG	—	—	—	—	—	220	4 369	4 917	—
Deutsche Konservative Partei	DKP	117 998 5)	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittel- standsparteien — UDM)	—	—	—	—	—	14 412	—	—	—	—
Deutsche Partei	DP	—	106 351	80 034	1 898	141 330	125 696	—	—	—
Deutsche Reichspartei	DRP	5)	107 104	—	—	57 755	43 299	43 932	—	—
Deutsch - Soziale Union	DSU	—	—	—	—	—	540	—	—	—
Föderalistische Union	FU	—	—	—	—	72 563	—	—	—	—
Freisoziale Union	FSU	—	—	—	—	—	—	—	—	6 369
Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE)	GDP	—	—	—	—	—	—	83 131	34 526	—
Gesamtdeutscher Block/BHE	GB/BHE	—	—	213 951	320 676	224 928	—	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP	—	—	117 538	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3)	KPD	513 225	338 862	228 592	264 083	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	110 299
Parteilose/Einzelbewerber/Unabhängig	—	157 155	7 077	—	592	—	1 112	—	353	—
Radikal - Sozialistische Freiheitspartei	RSF	142 648	122 878	—	—	—	—	—	—	—
Rheinisch - Westfälische Volkspartei	RWVP	21 931	—	—	—	—	—	—	—	—
Sozialistische Reichspartei 4)	SRP	—	11 359	—	—	—	—	—	—	—
Unabhängige Arbeiterpartei	UAP	—	—	—	—	—	—	—	426	3 959
Zentrum	Z	601 435	466 497	217 078	278 863	—	83 720	—	75 291	—
Zusammen		1 554 392	1 160 235	857 193	885 627	520 878	254 763	319 874	279 846	268 087
Hessen										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	4 755
Bund der Deutschen	BdD	—	—	—	12 047	6 086	—	—	—	—
Deutsche Friedens - Union	DFU	—	—	—	—	—	—	65 989	64 956	53 316
Deutsche Gemeinschaft	DG	—	—	—	—	—	1 093	—	1 433	—
Deutsche Partei	DP	—	—	70 704	29 309	148 792	93 260	—	—	—
Deutsche Reichspartei	DRP	—	—	—	—	33 881	16 178	18 418	—	—
Deutsche Volkspartei	DVP	—	—	—	—	—	466	—	—	—
Freie Opposition	—	—	—	—	416	—	—	—	—	—
Freie Sozialistische Partei	FSP	—	—	—	—	—	—	—	481	—
Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE)	GdP	—	—	—	—	—	—	118 965	167 090	—
Gesamtdeutscher Block/BHE	GB/BHE	—	—	163 499	192 390	151 972	193 996	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP	—	—	44 438	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3)	KPD	142 539	87 878	63 937	84 013	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	74 081
Parteilose/Sonstige/Unabhängig	—	250 179	5 054	—	253	—	152	—	—	—
Zusammen		392 718	92 932	342 578	318 428	340 731	305 145	203 372	233 960	132 152
Rheinland - Pfalz										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	2 636
Bund der Deutschen	BdD	—	—	—	10 527	4 788	6 613	—	—	—
Deutsche Arbeiterpartei	DAP	—	3 598	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Friedens - Union	DFU	—	—	—	—	—	—	29 867	23 585	25 081
Deutsche Gemeinschaft	DG	—	—	—	—	2 194	2 453	1 978	—	—
Deutsche Partei	DP	—	—	19 731	—	29 698	—	—	4 062	—
Deutsche Reichspartei	DRP	—	7 185	45 073	—	51 350	87 349	44 644	56 155	—
Deutsches Landvolk	DLV	—	—	—	841	—	529	—	—	—
Freie Wählergemeinschaft Rheinland - Pfalz	FWG	—	—	—	45 220	—	—	—	—	—
Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE)	GDP	—	—	—	—	—	—	9 766	—	—
Gesamtdeutscher Block/BHE	GB/BHE	—	27 573	26 210	28 271	27 775	23 253	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP	—	—	20 836	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3)	KPD	89 026	62 483	41 090	50 896	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	51 237
Nationale Sammlung	DNS	—	4 864	—	—	—	—	—	—	—
Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter	NGK	—	10 012	—	—	—	—	—	—	—
Partei der guten Deutschen	PdGD	—	—	—	3 092	—	—	—	—	—
Parteilose	—	4 875	—	—	—	—	—	—	—	—
Zentrum	Z	—	29 816	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen		93 901	145 531	152 940	138 847	115 805	120 197	86 255	83 802	78 954
Baden - Württemberg										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	11 470
Bund der Deutschen	BdD	—	—	—	18 077	9 320	15 333	—	—	—
Deutsche Friedens - Union	DFU	—	—	—	—	—	—	95 137	49 191	70 209
Deutsche Gemeinschaft	DG	—	5 433	—	11 747	6 102	5 326	6 901	10 322	—
Deutsche Gemeinschaft - Bund der Heimatvertriebe- nen und Entrechteten	DG - BHE	—	84 026	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Partei	DP	—	—	56 268	—	50 050	47 410	—	—	—
Deutsche Reichspartei	DRP	—	—	—	—	24 896	—	31 052	—	—
Europäische Volksbewegung Deutschland	EVD	26 162	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE)	GdP	—	—	—	—	—	—	116 611	65 759	—
Gesamtdeutscher Block/BHE	GB/BHE	—	170 751	193 532	204 335	185 214	194 402	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP	—	—	55 616	50 618	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3)	KPD	175 911	119 604	81 635	104 652	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	97 787
Nationale Sammlung	DNS	—	—	37 967	—	—	—	—	—	—
Parteilose/Einzelbewerber	—	315 237	—	—	152	—	—	—	149	—
Radikal - Sozialistische Freiheitspartei	RSF	2 428	—	—	—	—	—	—	—	—
Sozialistische Reichspartei 4)	SRP	—	65 787	—	—	—	—	—	—	—
Unabhängige Wählergemeinschaften bzw. Freie Wählervereinigungen	UWG	—	22 393	—	—	—	—	—	—	—
Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit	VFS	—	—	—	—	—	14 918	—	—	—
Zentrum	Z	—	23 356	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen		519 738	491 350	425 018	389 581	275 582	277 389	249 701	125 421	179 466

1) Tag der Wahl siehe Übersicht 1. — 2) Zweitstimmen. — 3) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956 aufgelöst. — 4) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23.10.1952 aufgelöst. — 5) Die DKP und DRP waren eine Verbindung eingegangen.

## 4. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1949 bis 1965

## b) Sonstige Parteien

Partei- oder Wählergruppe		Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-	Land-	Bundes-
Name	Abkürzung	1949	1)	1953 2)	1)	1957 2)	1)	1961 2)	1)	1965 2)
tagswahl										
Bayern										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	11 238
Bayerischer Rechtsblock	BP	986 478	1 657 713	465 641	1 286 937	—	742 424	—	469 877	—
Block der Heimatvertriebenen	—	—	20 777	—	—	—	—	—	—	—
Bund der Deutschen	BdD	—	—	—	43 720	10 675	—	—	—	—
Deutsche Friedens-Union	DFU	—	—	—	—	—	87 388	84 879	60 561	—
Deutsche Gemeinschaft	DG	—	—	—	—	4 991	31 919	7 772	30 663	—
Deutsche Partei	DP	—	—	43 431	—	38 806	34 437	—	—	—
Deutscher Block	—	—	82 038	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Reichspartei	DRP	—	—	78 162	—	24 902	56 864	28 699	—	—
Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten	BHEDG	—	1 136 148	—	—	—	—	—	—	—
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien - UDM)	—	—	—	—	—	12 520	—	—	—	—
Föderalistische Union	FU	—	—	—	—	168 210	—	—	—	—
Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE)	GDP	—	—	—	—	—	216 160	498 809	—	—
Gesamtdeutscher Block/BHE	GB/BHE	—	—	417 953	990 109	357 119	793 628	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP	—	—	31 659	—	—	—	—	—	—
Königspartei	—	—	71 089	—	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3)	KPD	195 852	177 768	81 542	205 206	—	—	—	—	149 975
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nationale Sammlung	DNS	—	—	28 025	—	—	—	—	5 698	—
Niederbayerischer Bauern- und Mittelstandsbund	NBM	—	—	—	—	—	—	—	14 713	—
Parteilose Wählerschaft	Pfr	3 396	—	—	—	—	—	—	—	—
Parteilose	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unpolitische Bäuerliche Norgemeinschaft-Hilfe für den Bayerischen Wald	—	—	1 382	—	—	—	—	—	—	—
Vaterländische Union	VU	—	—	—	13 860	5 020	—	—	5 206	—
Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter	—	—	9 339	—	—	—	—	—	—	—
Wahlblock der Kriegsbeschädigten-Heimatvertriebenen - Entrechteten	—	—	52 239	—	—	—	—	—	—	—
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung	WAV	681 888	259 687	—	—	—	—	—	—	—
<b>Zusammen</b>		<b>1 867 614</b>	<b>3 468 180</b>	<b>1 146 413</b>	<b>2 594 354</b>	<b>622 243</b>	<b>1 659 272</b>	<b>340 019</b>	<b>1 109 845</b>	<b>221 774</b>
Saarland										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	641
Bund der Deutschen	BdD	—	—	—	—	2 423	—	—	—	—
Christliche Volkspartei	CVP	239 405	—	—	128 658	—	—	—	—	9 002
Christlich Nationale Gemeinschaft	CNG	—	—	—	—	—	13 731	—	—	—
Demokratische Volkspartei	DV	14 669	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Demokratische Union	DDU	—	—	—	5 121	—	26 743	—	18 585	—
Deutsche Friedens-Union	DFU	—	—	—	—	—	—	18 683	—	9 491
Deutsche Gemeinschaft	DG	—	—	—	—	883	—	633	—	—
Deutsche Partei	DP	—	—	—	—	4 069	—	—	—	—
Deutsche Reichspartei	DRP	—	—	—	—	3 270	3 325	5 404	—	—
Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE)	GDP	—	—	—	—	—	—	1 738	—	—
Gesamtdeutscher Block/BHE	GB/BHE	—	—	—	—	1 466	—	—	—	—
Kommunistische Partei 3)	KPD	41 404	—	—	38 698	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	11 274
Saarländische Volkspartei	SVP	—	—	—	—	—	60 557	—	—	—
Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei	SVP/CVP	—	—	—	—	—	—	—	30 750	—
Übernationale Europäische Volkspartei Saar	ÜEVPS	—	—	—	—	2 081	—	—	—	—
<b>Zusammen</b>		<b>295 478</b>	<b>174 558</b>	<b>12 111</b>	<b>104 356</b>	<b>26 458</b>	<b>49 335</b>	<b>30 358</b>		
Bundesgebiet ohne Berlin 4)										
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher	AUD	—	—	—	—	—	—	—	—	52 637
Bayernpartei	BP	986 478	—	465 641	—	—	—	—	—	—
Bund der Deutschen	BdD	—	—	—	—	58 725	—	—	—	—
Christliche Volkspartei	CVP	—	—	—	—	—	—	—	19 832	—
Christlich Nationale Gemeinschaft	CNG	—	—	—	—	—	—	609 918	—	434 182
Deutsche Friedens-Union	DFU	—	—	—	—	—	—	27 308	—	—
Deutsche Gemeinschaft	DG	—	—	—	—	17 490	—	—	—	—
Deutsche Partei	DP	429 031 5)	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Reichspartei	DRP	939 934	—	896 128	—	1 007 282	—	—	—	—
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien-UDM)	—	—	—	—	—	308 564	—	262 977	—	—
Europäische Föderalistische Partei	EFP	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Europäische Volksbewegung Deutschland	EVD	26 162	—	—	—	—	—	—	—	1 015
Föderalistische Union	FU	—	—	—	—	254 322	—	—	—	—
Freisoziale Union	FSU	—	—	—	—	—	—	—	—	10 631
Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE)	GDP	—	—	—	—	—	—	870 756	—	—
Gesamtdeutscher Block/BHE	GB/BHE	—	—	1 616 953	—	1 374 066	—	—	—	—
Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP	—	—	318 475	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands 3)	KPD	1 361 706	—	607 860	—	—	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD	—	—	—	—	—	—	—	—	664 193
Nationale Sammlung	DNS	—	—	70 726	—	—	—	—	—	—
Parteilose	—	1 141 647	—	—	—	—	—	—	—	—
Radikal-Sozialistische Freiheitspartei	RSF	216 749	—	—	—	—	—	—	—	—
Rheinisch-Westfälische Volkspartei	RWVP	21 931	—	—	—	—	—	—	—	—
Südschleswiger Wählerverband	SSW	75 388	—	44 585	—	32 262	—	25 449	—	—
Unabhängige Arbeiterpartei	UAP	—	—	—	—	—	—	—	—	3 959
Vaterländische Union	VU	—	—	—	—	5 020	—	—	—	—
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung	WAV	681 888	—	—	—	—	—	—	—	—
Zentrum	Z	727 505	—	217 078	—	—	—	—	—	—
<b>Zusammen</b>		<b>6 608 419</b>	<b>4 533 185</b>	<b>3 094 323</b>	<b>1 796 408</b>	<b>1 186 449</b>				
Berlin (West)										
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	BHE	—	31 918	—	39 236	—	—	—	—	—
Deutsche Partei	DP	—	53 810	—	75 321	—	53 912	—	—	—
Frei-Soziale Union	FSU	—	4 157	—	2 366	—	—	—	—	—
Konservative Partei	KonsP	—	11 953	—	—	—	—	—	—	—
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	SED	—	—	—	41 375	—	31 572	—	20 929	—
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USPD	—	9 782	—	1 482	—	—	—	—	—
Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes	WVM	—	—	—	26 886	—	—	—	—	—
<b>Zusammen</b>		<b>111 620</b>	<b>186 666</b>	<b>85 484</b>	<b>20 929</b>					

1) Tag der Wahl siehe Übersicht 4a. — 2) Zweitstimmen. — 3) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956 aufgelöst. — 4) 1949 und 1953 auch ohne Saarland. — 5) Die DKP und DRP waren eine Verbindung eingegangen.

# 5. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1871 bis 1912<sup>\*)</sup>

Wahlberechtigte Stimmen Parteien	Ergebnisse der Reichstagswahlen													
	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.	XIII.	
	Legislaturperiode													
	1871	1874 1)	1874 2)	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912

## Bevölkerung, Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000

Bevölkerung nach der letzten Volkszählung	39 460,4	39 460,4	41 010,2	42 727,4	42 727,4	45 234,1	45 234,1	46 855,7	46 855,7	49 428,5	52 279,9	56 367,2	60 641,3	64 926,0
Wahlberechtigte	7 656,3	8 204,0	8 523,4	8 943,0	9 124,3	9 090,4	9 383,1	9 769,8	10 145,0	10 628,3	11 441,1	12 531,2	13 352,9	14 442,4
Wähler	3 907,1	4 975,7	5 219,9	5 422,6	5 780,9	5 118,4	5 681,7	7 570,7	7 261,6	7 702,3	7 786,7	9 533,8	11 293,5	12 260,7
Wahlbeteiligung in %	51,0	60,6	61,2	60,6	63,4	56,3	60,6	77,5	71,6	72,5	68,1	76,1	84,6	84,9
Ungültige Stimmen	19,0	27,3	29,6	21,6	20,0	20,8	18,7	29,8	33,1	28,3	34,0	38,2	30,7	53,1
in %	0,5	0,5	0,6	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4
Gültige Stimmen	3 888,1	4 948,4	5 190,3	5 401,0	5 760,9	5 097,8	5 663,0	7 540,9	7 228,5	7 674,0	7 752,7	9 495,6	11 262,8	12 207,6
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:														
(Deutsch-) Konservativ	548,9	360,0	360,0	526,0	749,5	830,8	861,1	1 147,2	895,1	1 038,4	859,2	948,5	1 060,2	1 126,3
Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	345,7	375,5	375,5	426,6	785,8	379,3	387,7	736,4	182,3	438,4	343,7	333,4	471,9	367,2
Nationalliberal	1 171,1	1 537,4	1 542,5	1 469,5	1 330,6	746,6	997,0	1 678,0	1 177,8	997,0	971,3	1 317,4	1 630,6	1 662,7
Liberalen o.näh. Bez.	281,5	53,0	53,9	134,8	156,1	—	—	—	—	258,5	195,7	243,2	359,3	—
Liberaler Vereinigung	—	—	—	—	—	429,2	997,0	973,1	1 159,0	666,4	558,3	538,2	736,0	1 497,0
Fortschrittspartei	342,4	447,5	447,5	417,8	385,1	649,3	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutsche Volkspartei	18,7	21,7	21,7	44,9	66,1	103,4	95,9	88,8	147,6	166,8	108,5	91,2	138,6	—
Zentrum	724,2	1 446,0	1 446,0	1 341,3	1 328,1	1 182,9	1 282,0	1 516,2	1 342,1	1 468,5	1 455,1	1 875,3	2 179,8	1 996,8
Polen	176,3	198,4	198,4	216,2	210,1	194,9	203,2	220,0	246,8	229,5	244,1	347,8	453,9	441,7
Sozialdemokraten	124,0	351,3	352,0	493,3	437,2	312,0	550,0	763,1	1 427,3	1 786,7	2 107,1	3 010,8	3 259,0	4 250,4
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich-sozial)	—	—	—	—	—	—	—	11,6	47,5	263,9	284,3	244,5	248,5	51,9
Welfen	60,9	92,1	92,1	85,6	100,3	86,7	96,4	112,8	112,7	101,8	105,2	94,3	78,2	84,6
Elsaß-Lothringer	—	—	234,5	200,0	178,9	153,0	165,6	233,7	101,1	114,7	107,4	101,9	103,6	162,0
Dänen	18,2	19,9	19,9	17,3	16,1	14,4	14,4	12,4	13,7	14,4	15,4	14,8	15,4	17,3
Andere Parteien	—	—	—	11,6	2,3	—	—	—	—	70,3	290,9	267,1	319,1	428,0
Unbestimmt und zersplittert	76,2	44,7	46,3	16,1	14,7	15,3	12,7	47,6	74,6	58,7	106,5	67,2	208,7	121,7

## Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Legislaturperioden

Gesamtzahl der Abgeordneten	382	382	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397
davon:														
(Deutsch-) Konservativ	57	22	22	40	59	50	78	80	73	72	56	54	60	43
Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	37	33	33	38	57	28	28	41	20	28	23	21	24	14
Nationalliberal	125	155	155	128	99	47	51	99	42	53	46	51	54	45
Liberalen o.näh. Bez.	30	3	3	13	10	—	—	—	—	13	12	9	14	—
Liberaler Vereinigung	—	—	—	—	—	46	67	32	66	—	—	—	—	42
Fortschrittspartei	46	49	49	35	26	60	—	—	—	24	29	21	28	—
Deutsche Volkspartei	1	1	1	4	3	9	7	—	10	11	8	6	7	—
Zentrum	63	91	91	93	94	100	99	98	106	96	102	100	105	91
Polen	13	14	14	14	14	18	16	13	16	19	14	16	20	18
Sozialdemokraten	2	9	9	12	9	12	24	11	35	44	56	81	43	110
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich-sozial)	—	—	—	—	—	—	—	1	5	16	13	11	16	3
Welfen	7	4	4	4	10	10	11	4	11	7	9	6	1	5
Dänen	1	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Elsaß-Lothringer	—	—	15	15	15	15	15	15	10	8	10	9	7	9
Andere und unbest. Parteistellung	—	—	—	—	—	—	—	2	2	5	18	11	17	16

\*) Wahlberechtigte: Männer nach Vollendung des 25. Lebensjahres.

1) Ohne Elsaß-Lothringen. — 2) mit Elsaß-Lothringen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923, S. 346 u. 347

# 6. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen 1919 bis 1933 \*)

Wahlberechtigte Stimmen Parteien	zur National- versamm- lung 19. Jan. 1919	Ergebnis der Wahlen							
		zum Reichstag							
		I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
		Wahlperiode am							
		1920/22 1)	4. Mai 1924	7. Dez. 1924	20. Mai 1928	14. Sept. 1930	31. Juli 1932	6. Nov. 1932	5. März 1933

## Bevölkerung, Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000

Bevölkerung nach der letzten Volkszählung .....	63 052,0 <sup>2)</sup>	59 198,8	59 198,8	59 198,8	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6
Wahlberechtigte .....	36 766,5	35 949,8	38 375,0	38 987,3	41 224,7	42 957,7	44 226,8	44 373,7	44 685,8
Wähler .....	30 524,8	28 463,5	29 709,4	30 705,0	31 165,8	35 225,8	37 162,1	35 759,1	39 655,0
Wahlbeteiligung in % .....	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,0	80,6	88,7
Ungültige Stimmen .....	124,5	267,2	427,6	414,9	412,5	254,9	279,7	287,3	311,7
in % .....	0,4	0,9	1,4	1,4	1,3	0,7	0,8	0,8	0,8
Gültige Stimmen .....	30 400,3	28 196,3	29 281,8	30 290,1	30 753,3	34 970,9	36 882,4	35 471,8	39 343,3
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:									
Deutschnationale Volkspartei ....	3 121,5	4 249,1	5 696,5	6 205,8	4 381,6	2 458,3	2 177,4	2 959,0	3 136,8
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) ..	—	—	1 918,3 <sup>3)</sup>	907,3 <sup>3)</sup>	810,1	6 409,6	13 745,8	11 737,0	17 277,2
Deutsche Volkspartei .....	1 345,6	3 919,4	2 694,4	3 049,1	2 679,7	1 578,2	436,0	661,8	432,3
Zentrum .....	5 980,2	3 845,0	3 914,4	4 118,9	3 712,2	4 127,9	4 589,3	4 230,6	4 424,9
Deutsche Staatspartei .....	5 641,8 <sup>4)</sup>	2 333,7 <sup>4)</sup>	1 655,1 <sup>4)</sup>	1 919,8 <sup>4)</sup>	1 505,7 <sup>5)</sup>	1 322,4	371,8	336,5	334,2
Sozialdemokratische Partei .....	11 509,1	6 104,4	6 008,9	7 881,0	9 153,0	8 577,7	7 959,7	7 248,0	7 181,6
Unabhängige sozialdemokr. Partei ..	2 317,3	5 046,8	—	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei .....	—	589,5	3 693,3	2 709,1	3 264,8	4 592,1	5 282,6	5 980,2	4 848,1
Bayerische Volkspartei .....	—	1 238,6 <sup>6)</sup>	946,7	1 134,0	945,6	1 059,1	1 192,7	1 094,6	1 073,6
Deutsches Landvolk .....	—	—	—	—	581,8 <sup>7)</sup>	1 108,7	90,6	46,4	—
Deutsche Bauernpartei .....	—	—	—	—	481,3	339,6	137,1	149,0	114,0
Landbund .....	—	—	574,9	499,4	199,5 <sup>8)</sup>	194,0 <sup>9)</sup>	96,9 <sup>8)</sup>	105,2 <sup>8)</sup>	83,8 <sup>8)</sup>
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) .....	275,1 <sup>10)</sup>	218,6 <sup>10)</sup>	693,6 <sup>10)</sup>	1 005,4 <sup>10)</sup>	1 397,1	1 362,4	146,9	110,3	—
Deutsch-Hannoversche Partei .....	77,2	319,1	319,8	262,7	195,6	144,3	46,9	64,0	47,7
Andere Parteien .....	132,5	332,1	1 165,9	597,6	1 445,3	1 696,6	608,7	749,2	389,1

## Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Legislaturperioden

Gesamtzahl der Abgeordneten ....	421 <sup>11)</sup>	459	472	493	491	577	608	584	647
davon:									
Deutschnationale Volkspartei ..	44	71	95	103	73	41	37	52	52
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) ..	—	—	32 <sup>3)</sup>	14 <sup>3)</sup>	12	107	230	196	288
Deutsche Volkspartei .....	19	65	45	51	45	30	7	11	2
Zentrum .....	91	64	65	69	62	68	75	70	74
Deutsche Staatspartei .....	75 <sup>4)</sup>	39 <sup>4)</sup>	28 <sup>4)</sup>	32 <sup>4)</sup>	25 <sup>4)</sup>	20	4	2	5 <sup>12)</sup>
Sozialdemokratische Partei ....	163 <sup>11)</sup>	102	100	131	153	143	133	121	120 <sup>13)</sup>
Unabhängige sozialdemokr. Partei ..	22	84	—	—	—	—	—	—	—
Kommunistische Partei .....	—	4	62	45	54	77	89	100	81 <sup>14)</sup>
Bayerische Volkspartei .....	—	21 <sup>6)</sup>	16	19	16	19	22	20	18
Deutsches Landvolk .....	—	—	—	—	10 <sup>15)</sup>	19	1	—	—
Deutsche Bauernpartei .....	—	—	—	—	8	6	2	3	2
Landbund .....	—	—	10	8	3 <sup>8)</sup>	3	2	2	1
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) ..	4 <sup>10)</sup>	4 <sup>10)</sup>	10 <sup>10)</sup>	17 <sup>10)</sup>	23	23	2	1	—
Deutsch-Hannoversche Partei ..	1	5	5	4	3	3	—	1	—
Andere Parteien .....	2	—	4 <sup>16)</sup>	—	4 <sup>17)</sup>	18 <sup>18)</sup>	4 <sup>19)</sup>	5 <sup>20)</sup>	4 <sup>20)</sup>

\*) Wahlberechtigte: Männer und Frauen nach Vollendung des 20. Lebensjahres.

1) Ergebnis der Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 mit dem Ergebnissen der Wahlen am 20. Februar 1921 in den Wahlkreisen Nr. 1 (Ostpreußen) und Nr. 14 (Schleswig-Holstein) und am 19. November 1922 im Wahlkreis Nr. 10 (Oppeln). — 2) Nach der Zählung von 1910, jedoch ohne Elsaß-Lothringen. — 3) Nationalsozialistische Freiheitsbewegung. — 4) Deutsche Demokratische Partei. — 5) Darunter: Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), angeschlossen an den Reichswahlvorschlag der Dt. Demokr. Partei 26.3. — 6) Einschl. Christl. Volkspartei. — 7) Christlich nationale Bauern- und Landvolkpartei. — 8) Württ. Bauern- und Weingärtnerbund. — 9) Davon: Bauern- und Weingärtnerbund 180,8; Nationale Volksgemeinschaft 13,1. — 10) Einschl. Bayerischer Bauernbund. — 11) Außerdem 2 Abgeordnete, die nachträglich am 2. Februar 1919 von den im Osten stehenden Truppenverbänden gewählt worden sind. — 12) Gewählt auf dem Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Vgl. Anmerkung 13. — 13) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei war auf Grund der „Verordnung zu Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 462)\*“ unwirksam. — 14) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei war auf Grund der „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 153)\*“ unwirksam. — 15) Darunter 1 Abgeordneter der Dt. Hann. P. auf dem gemeinsamen Reichswahlvorschlag Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei. — 16) Deutscheschsoziale Partei. — 17) Davon: Sächsisches Landvolk 2, Volksrecht-P. (Reichsp. f. Volksrecht u. Aufwertung) 2. — 18) Davon: Christlich-Sozialer Volksdienst 14, Konservative Volkspartei 4. — 19) Davon: Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) 3, Volksrecht-Partei 1. — 20) Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 359.

7. Verzeichnis der zugehörigen Karten aus dem Atlas „Die Bundesrepublik Deutschland in Karten“ \*)

Karten- Nummer	Kartentitel	Maßstab	Vollblatt
1 215	Wahlkreise für die Wahl zum fünften Bundestag der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	1 : 1 Mio	1
3 611/1 - 4	Ergebnisse der Bundestagswahl 1961 in den für die Bundestagswahl 1965 gültigen Wahlkreisen 4 Karten . . . . .	1 : 2 Mio	1
/1	Wahlbeteiligung . . . . .	1 : 2 Mio	
/2	Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die CDU/CSU . . . . .	1 : 2 Mio	
/3	Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die SPD . . . . .	1 : 2 Mio	
/4	Zweitstimmen für die FDP . . . . .	1 : 2 Mio	
3 612/1 - 4	Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 in den Wahlkreisen 4 Karten . . . . .	1 : 2 Mio	1
/1	Wahlbeteiligung . . . . .	1 : 2 Mio	
/2	Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die CDU/CSU . . . . .	1 : 2 Mio	
/3	Zweitstimmen und Mehrheit der Erststimmen für die SPD . . . . .	1 : 2 Mio	
/4	Zweitstimmen für die FDP . . . . .	1 : 2 Mio	

\*) Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden-Institut für Landeskunde, Bad Godesberg-Institut für Raumforschung, Bad Godesberg.

Verlag: W. Kohlhammer, Mainz-Hechtsheim - Preis: Einzelkarte: DM 9,50, Gesamtatlas: DM 720,-



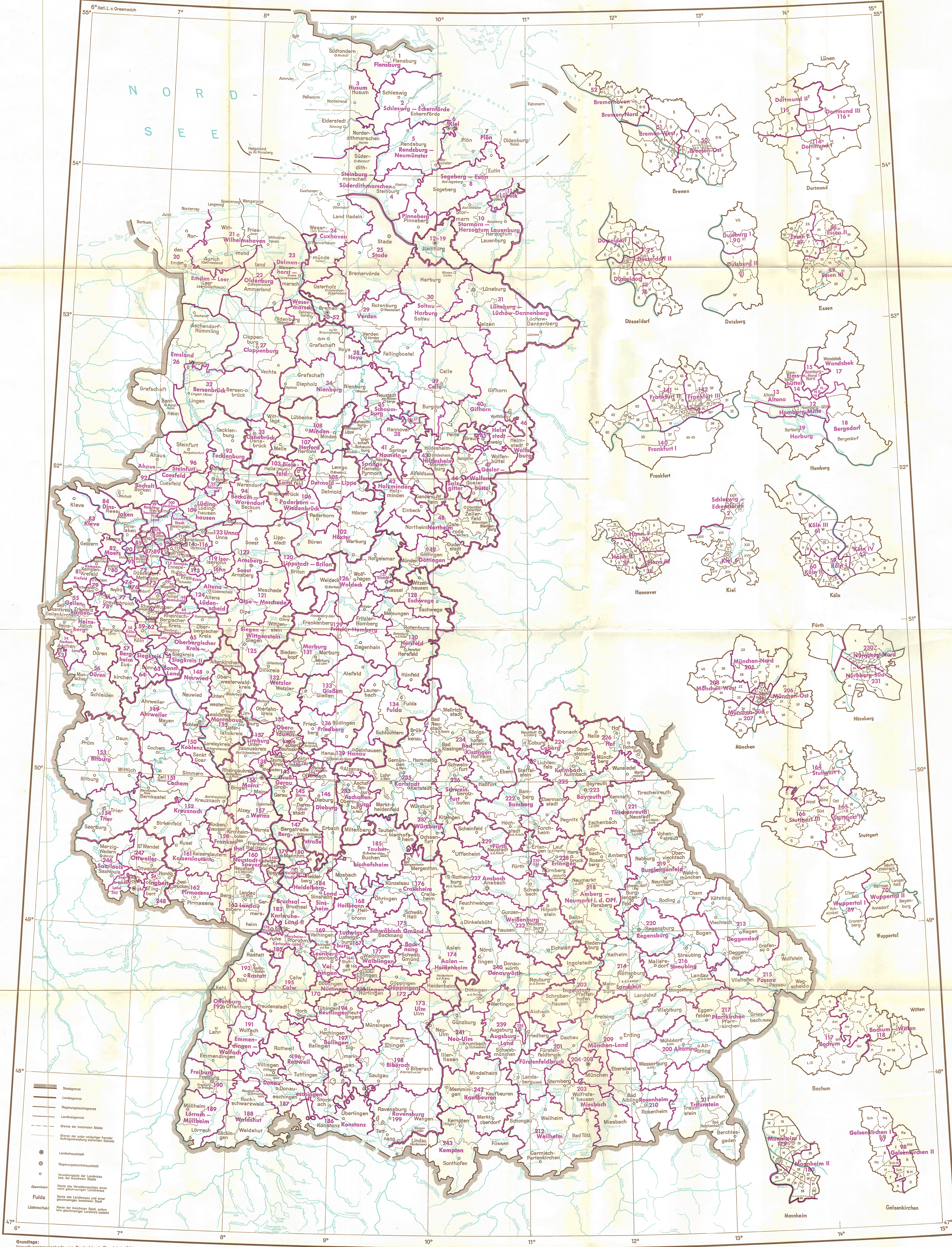


# Karte der Wahlkreise

für die Wahl zum fünften Bundestag der Bundesrepublik Deutschland

Westliches Blatt

1 : 1 000 000



## Verzeichnis der Wahlkreise

### Schleswig-Holstein

- 1 Flensburg
- 2 Schleswig - Eckernförde
- 3 Rendsburg
- 4 Schleswig - Süderdithmarschen
- 5 Rendsburg - Neumünster
- 6 Kiel
- 7 Plön
- 8 Segeberg - Eutin
- 9 Pinneberg
- 10 Stormarn
- 11 Lauenburg

### Freie und Hansestadt Hamburg

- 12 Hamburg-Mitte
- 13 Altona
- 14 Eimsbüttel
- 15 Hamburg-Nord I
- 16 Hamburg-Nord II
- 17 Wandsbek
- 18 Bergedorf
- 19 Harburg

### Niedersachsen

- 20 Emden - Leer
- 21 Wilhelmshaven
- 22 Oldenburg
- 23 Osterholz - Wesermarsch
- 24 Cuxhaven
- 25 Stade
- 26 Verden
- 27 Lüneburg
- 28 Verden
- 29 Salzwedel
- 30 Lüneburg - Lachendorf
- 31 Verden
- 32 Osterholz - Verden
- 33 Osterholz - Verden
- 34 Osterholz - Verden
- 35 Osterholz - Verden
- 36 Osterholz - Verden
- 37 Osterholz - Verden
- 38 Osterholz - Verden
- 39 Osterholz - Verden
- 40 Osterholz - Verden

### Freie Hansestadt Bremen

- 41 Bremen-Mitte
- 42 Bremen-Nord
- 43 Bremen-Süd

### Nordrhein-Westfalen

- 44 Düsseldorf
- 45 Düsseldorf
- 46 Düsseldorf
- 47 Düsseldorf
- 48 Düsseldorf
- 49 Düsseldorf
- 50 Düsseldorf
- 51 Düsseldorf
- 52 Düsseldorf
- 53 Düsseldorf
- 54 Düsseldorf
- 55 Düsseldorf
- 56 Düsseldorf
- 57 Düsseldorf
- 58 Düsseldorf
- 59 Düsseldorf
- 60 Düsseldorf
- 61 Düsseldorf
- 62 Düsseldorf
- 63 Düsseldorf
- 64 Düsseldorf
- 65 Düsseldorf
- 66 Düsseldorf
- 67 Düsseldorf
- 68 Düsseldorf
- 69 Düsseldorf
- 70 Düsseldorf
- 71 Düsseldorf
- 72 Düsseldorf
- 73 Düsseldorf
- 74 Düsseldorf
- 75 Düsseldorf
- 76 Düsseldorf
- 77 Düsseldorf
- 78 Düsseldorf
- 79 Düsseldorf
- 80 Düsseldorf
- 81 Düsseldorf
- 82 Düsseldorf
- 83 Düsseldorf
- 84 Düsseldorf
- 85 Düsseldorf
- 86 Düsseldorf
- 87 Düsseldorf
- 88 Düsseldorf
- 89 Düsseldorf
- 90 Düsseldorf
- 91 Düsseldorf
- 92 Düsseldorf
- 93 Düsseldorf
- 94 Düsseldorf
- 95 Düsseldorf
- 96 Düsseldorf
- 97 Düsseldorf
- 98 Düsseldorf
- 99 Düsseldorf

### Hessen

- 100 Kassel
- 101 Kassel
- 102 Kassel
- 103 Kassel
- 104 Kassel
- 105 Kassel
- 106 Kassel
- 107 Kassel
- 108 Kassel
- 109 Kassel
- 110 Kassel
- 111 Kassel
- 112 Kassel
- 113 Kassel
- 114 Kassel
- 115 Kassel
- 116 Kassel
- 117 Kassel
- 118 Kassel
- 119 Kassel
- 120 Kassel
- 121 Kassel
- 122 Kassel
- 123 Kassel
- 124 Kassel
- 125 Kassel
- 126 Kassel
- 127 Kassel
- 128 Kassel
- 129 Kassel
- 130 Kassel
- 131 Kassel
- 132 Kassel
- 133 Kassel
- 134 Kassel
- 135 Kassel
- 136 Kassel
- 137 Kassel
- 138 Kassel
- 139 Kassel
- 140 Kassel
- 141 Kassel
- 142 Kassel
- 143 Kassel
- 144 Kassel
- 145 Kassel
- 146 Kassel
- 147 Kassel
- 148 Kassel
- 149 Kassel
- 150 Kassel

### Rheinland-Pfalz

- 151 Koblenz
- 152 Koblenz
- 153 Koblenz
- 154 Koblenz
- 155 Koblenz
- 156 Koblenz
- 157 Koblenz
- 158 Koblenz
- 159 Koblenz
- 160 Koblenz
- 161 Koblenz
- 162 Koblenz
- 163 Koblenz
- 164 Koblenz
- 165 Koblenz
- 166 Koblenz
- 167 Koblenz
- 168 Koblenz
- 169 Koblenz
- 170 Koblenz
- 171 Koblenz
- 172 Koblenz
- 173 Koblenz
- 174 Koblenz
- 175 Koblenz
- 176 Koblenz
- 177 Koblenz
- 178 Koblenz
- 179 Koblenz
- 180 Koblenz
- 181 Koblenz
- 182 Koblenz
- 183 Koblenz
- 184 Koblenz
- 185 Koblenz
- 186 Koblenz
- 187 Koblenz
- 188 Koblenz
- 189 Koblenz
- 190 Koblenz

### Baden-Württemberg

- 191 Stuttgart
- 192 Stuttgart
- 193 Stuttgart
- 194 Stuttgart
- 195 Stuttgart
- 196 Stuttgart
- 197 Stuttgart
- 198 Stuttgart
- 199 Stuttgart
- 200 Stuttgart
- 201 Stuttgart
- 202 Stuttgart
- 203 Stuttgart
- 204 Stuttgart
- 205 Stuttgart
- 206 Stuttgart
- 207 Stuttgart
- 208 Stuttgart
- 209 Stuttgart
- 210 Stuttgart
- 211 Stuttgart
- 212 Stuttgart
- 213 Stuttgart
- 214 Stuttgart
- 215 Stuttgart
- 216 Stuttgart
- 217 Stuttgart
- 218 Stuttgart
- 219 Stuttgart
- 220 Stuttgart
- 221 Stuttgart
- 222 Stuttgart
- 223 Stuttgart
- 224 Stuttgart
- 225 Stuttgart
- 226 Stuttgart
- 227 Stuttgart
- 228 Stuttgart
- 229 Stuttgart
- 230 Stuttgart
- 231 Stuttgart
- 232 Stuttgart
- 233 Stuttgart
- 234 Stuttgart
- 235 Stuttgart
- 236 Stuttgart
- 237 Stuttgart
- 238 Stuttgart
- 239 Stuttgart
- 240 Stuttgart

### Bayern

- 241 München
- 242 München
- 243 München
- 244 München
- 245 München
- 246 München
- 247 München
- 248 München
- 249 München
- 250 München
- 251 München
- 252 München
- 253 München
- 254 München
- 255 München
- 256 München
- 257 München
- 258 München
- 259 München
- 260 München
- 261 München
- 262 München
- 263 München
- 264 München
- 265 München
- 266 München
- 267 München
- 268 München
- 269 München
- 270 München
- 271 München
- 272 München
- 273 München
- 274 München
- 275 München
- 276 München
- 277 München
- 278 München
- 279 München
- 280 München
- 281 München
- 282 München
- 283 München
- 284 München
- 285 München
- 286 München
- 287 München
- 288 München
- 289 München
- 290 München

### Saarland

- 291 Saarbrücken
- 292 Saarbrücken
- 293 Saarbrücken
- 294 Saarbrücken
- 295 Saarbrücken
- 296 Saarbrücken
- 297 Saarbrücken
- 298 Saarbrücken
- 299 Saarbrücken
- 300 Saarbrücken

Maßstab 1:1 000 000

Selbstverlag der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung

Das Godesberg

Ausgabe 1969

Kartographie: Institut für Landeskunde und Raumforschung

Druck: Rudolf Habelbeck, Leipzig